

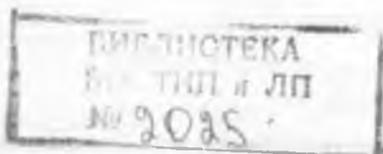


65./54/  
K 25

ISLOM KARIMOW

# USBEKISTAN

AUF DEM WEGE  
DER VERTIEFUNG  
DER WIRTSCHAFTS-  
REFORMEN



Tashkent - "USBEKISTON" - 1995

**Karimow I. A.**

Usbekistan auf dem Wege der Vertiefung der  
Wirtschaftsreformen

ISBN 5-640-01907-3

U  $\frac{0605010404 - 146}{M351(04)95}$  95

© "Usbekistan" 1995

## VORWORT DES VERLAGS

Das unabhängige Usbekistan schreitet auf dem vom Volke gewählten Wege, dem Weg offener freier Marktbeziehungen, dem Weg der Errichtung einer gerechten Gesellschaft, der etappenweisen Errichtung eines mächtigen demokratischen Rechtsstaates voran. Der Staat, den wir aufbauen, gehört vor allem der Weltzivilisation an, er basiert auf den Erfahrungen anderer hochentwickelter Völker beim Aufbau der Staatlichkeit und unseren nationalen Traditionen und Besonderheiten, den allgemeinen sozialen Werten.

Die gegenwärtig in Usbekistan vor sich gehenden Umgestaltungen, die tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Veränderungen, ihre theoretischen Grundlagen und das praktische Programm sind in solchen Sammelbänden des Verfassers, wie „Usbekistan: nationale Unabhängigkeit, Wirtschaft, Politik und Ideologie“, „Unser Ziel: ein freies und blühendes Heimatland“, und seinen Büchern „Usbekistan, ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts“, „Usbekistan, ein eigenes Modell des Übergangs zu den Marktbeziehungen“, „Hauptprinzipien der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung Usbekistans“ umfassend dargelegt.

In diesen Werken werden die wichtigsten vor dem jungen Staat stehenden Aufgaben, wie die Reform des wirt-

schaftlichen und sozialen Lebens des Landes, die Demokratisierung der Wirtschaftsbeziehungen, die hohe Geistigkeit, die dazu berufen ist, das Fundament der künftigen Blüte unseres Staates zu bilden, betrachtet.

In dem Buch, das wir Ihnen vorlegen, werden Schlußfolgerungen aus dem nach der Verkündung der Unabhängigkeit unseres Landes Geleisteten gezogen, wird darüber berichtet, welche sozialen Veränderungen im Leben des Volkes vor sich gehen und wie die Wirtschaftsreformen verwirklicht werden, es wird eine gründliche Analyse der im Bewußtsein der Menschen vor sich gehenden Veränderungen durchgeführt.

Die von der Republik Usbekistan vorgeschlagene, grundlegend neue Theorie und Praxis des staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaus findet starkes Interesse bei den führenden Wirtschaftswissenschaftlern und Politologen der Welt. Im Buch wird diesen Fragen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Auf der Grundlage einer Analyse der ersten Etappe der Wirtschaftsreformen, der Etappe der Einführung verschiedener Eigentumsformen im Leben des Landes, und einer Analyse der Errungenschaften in diesem Bereich werden die vor der jungen Republik in der zweiten Reformetappe stehenden Aufgaben betrachtet, neue vorrangige Richtungen im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben festgelegt und Wege zur Lösung dieser noch komplizierteren Aufgaben gewiesen.

Das Buch besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil des Buches mit dem Titel „Ergebnisse und Lehren der ersten Etappe der Wirtschaftsreformen“ wird die praktische und theoretische Begründung der Fragen der Entwicklung der Strategie und der Wege der Wirtschaftsreformen, der Schaffung der Rechtsgrundlagen der Marktwirtschaftsbeziehungen formuliert. In diesem Teil werden die Privatisierung des Staatseigentums und die Herausbildung einer

Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren, die Reform in der Landwirtschaft und die Schaffung eines neuen Typs von Agrarbeziehungen ausführlich behandelt. Besondere Aufmerksamkeit wird der institutionellen Umgestaltung, der Schaffung neuer, der Marktwirtschaft entsprechender Organisationen und Institutionen, geschenkt. Fragen der Abschaffung des administrativen Kommando-systems in der Verwaltung werden gründlich erörtert.

Den Mittelpunkt dieses Teils des Buches bildet die Analyse der Fragen des Prozesses der Lockerung der Preise, der Schaffung einer Marktinfrastruktur, der Liberalisierung der Außenwirtschaftstätigkeit, des Anschlusses an die Weltwirtschaftsgemeinschaft.

Gründlich und allseitig werden die Ziele und Aufgaben der Wirtschaftsreformen behandelt, die Schaffung menschenwürdiger Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Bevölkerung des Landes, die geistig-moralische Wiedergeburt unseres Volkes, Fragen der Gewährleistung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Stabilität.

Der zweite Teil des Buches heißt „Aufgaben und Prioritäten der zweiten Etappe der Wirtschaftsreformen“. Hier werden die Hauptaufgaben im Bereich der Wirtschaftsentwicklung unseres Landes dargelegt. Sie bestehen in der Vertiefung der Privatisierung und der Prozesse zur Herausbildung von Konkurrenzbedingungen, der Gewährleistung der makroökonomischen Stabilität, der Stärkung der Nationalwährung; der Verwirklichung tiefgreifender struktureller Umwandlungen, der Schaffung eines demokratischen Staates mit bedeutenden sozialen Garantien. Die theoretischen und praktischen Grundlagen für die Lösung dieser Probleme werden ausgearbeitet. Der Hauptinhalt des II. Teils besteht in der Festlegung der Haupttätigkeitsrichtungen in diesem Bereich.

Das Buch stellt ein theoretisch-methodisches Handbuch für Wirtschaftswissenschaftler, Leiter und Organisatoren von Betrieben und Unternehmer dar, die die neuen Entwicklungsrichtungen und -gesetze der Marktwirtschaft studieren. Es stellt gleichzeitig ein wertvolles Lehrwerk für Hoch- und Fachschulstudenten dar.

## EINFÜHRUNG

Der auf der politischen Weltkarte im Zentrum des asiatischen Kontinents gelegene neue unabhängige Staat Usbekistan macht sich immer deutlicher bemerkbar. Die in Usbekistan vor sich gehende fortschrittliche Umgestaltung, die riesigen Naturreichtümer, die Produktion-, das wissenschaftlich-technische und das geistige Potential, das einzigartige nationale Kulturerbe verleihen unserem Lande nicht nur für Politiker und Unternehmer, sondern auch für die einfachen Menschen aus allen Teilen der Welt, die sich für die Geschichte und Gegenwart unseres Volkes interessieren, große Anziehungskraft.

Usbekistan spielt in der sich verändernden geopolitischen Struktur eine immer bedeutendere Rolle. Auf die Meinung Usbekistans, auf seinen Standpunkt nehmen sowohl die Partner der GUS, als auch angesehene internationale Organisationen, deren Vollmitglied unser Staat ist, Rücksicht. Infolge der in Usbekistan durchgeführten konsequenten friedensstiftenden Politik, festigt sich seine Position als Garant des Friedens und der Stabilität in der zentralasiatischen Region.

Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalität und verschiedener Glaubensbekenntnisse, die auf dieser alten fruchtbaren Erde in Frieden und Eintracht zusammenleben, verbinden ihr Schicksal und ihre Zukunft mit Usbekistan. Das Volk Usbekistans, das seine Unabhängigkeit errungen

und das Joch des totalitären Regimes abgeschüttelt hat, fügt aus eigener Kraft eine neue Seite zu seiner jahrhundertealten Geschichte hinzu.

Die Jahre der Unabhängigkeit sind eine Zeit der objektiven Erschließung der Vergangenheit, der eigenen Kultur. Das ist eine Zeit des Erfassens der Rolle, die uns in der Weltgemeinschaft, in der Geschichte selbst zugeteilt ist. Es sind die Jahre der nüchternen, von ideologischen Dogmen befreiten Analyse der Gründe, die die potentiell reiche Republik in den Krisenzustand geführt haben, die Jahre des Suchens nach Wegen zu seiner möglichst schnellen Überwindung.

Die Jahre der Unabhängigkeit sind eine Zeit des staatlichen und politischen Aufbaus des jungen demokratischen Staates. Das ist eine Zeit der geistigen Wiedergeburt und des Wachstums des nationalen Selbstbewußtseins. Dies ist eine Zeit, die vom Geiste der Freiheit, vom Glauben an die eigene Kraft und eine lichte Zukunft des Landes, des Volkes erfüllt ist.

Das Wichtigste ist, daß die ersten Jahre der Unabhängigkeit eine Periode des aktiven Suchens nach dem eigenen Entwicklungsweg der Republik, des Bemühens, die eigene Heimat zu einem freien und blühenden Staat zu machen, darstellen.

Der Erwerb der staatlichen Unabhängigkeit eröffnete Usbekistan weite Möglichkeiten des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, der kulturellen und geistigen Erneuerung.

Die Umstände gestalteten sich so, daß Usbekistan vom ersten Tage an gezwungen war, aktuelle Probleme im Zusammenhang mit der uns als Erbe hinterlassenen hypertrophierten, einseitig entwickelten Wirtschaft, der entstandenen Deformation bei der Nutzung der Natur-, Mineral- und Rohstoffressourcen, bei der Entwicklung und Stan-

dortverteilung der Produktivkräfte, der Preisbildung, der Konsumtionsstruktur der Bevölkerung selbst zu lösen. Selbständig mußte es Verfahren und Formen für die Überführung der Wirtschaftsbeziehungen aus der administrativen Planwirtschaft in die Marktwirtschaft finden. Es mußten optimale Wege für den Eintritt in das System der Weltwirtschaftsbeziehungen und zur Anknüpfung zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen gefunden werden.

Das alles verlangte das Auffinden eines eigenen Wegs der Erneuerung der Gesellschaft, des sozialwirtschaftlichen Fortschritts. Der von uns eingeschlagene Weg hat die Schaffung einer sozial ausgerichteten Marktwirtschaft zum Ziel. Er basiert auf der größtmöglichen Berücksichtigung der Welterfahrungen, der Lebensbedingungen, der Traditionen, der Sitten und Bräuche und der Lebensweise unseres Volkes.

Der gewählte Entwicklungsweg basiert auf der Verfassung. Er entspricht in weitesten Maße den Interessen der gesamten Bevölkerung Usbekistans. Gerade dieser Weg verbürgt den Usbekistanern ein würdiges Leben, gewährleistet die Entwicklung der nationalen Traditionen und der Kultur, die Wiedergeburt der geistig-moralischen Werte.

**Das Endziel bildet die Errichtung eines mächtigen demokratischen Rechtsstaates und einer zivilen Gesellschaft mit einer stabilen, sozial orientierten Marktwirtschaft, einer offenen Außenpolitik.**

Die Hauptlinie des staatlichen Aufbaus bildet die strenge und zielgerichte Einhaltung des eigenen Weges, unter Berücksichtigung der nicht einfachen Erfahrungen der Länder, die den dornenvollen Weg bereits zurückgelegt haben, und weiterhin der spezifischen Besonderheiten der Republik und der Mentalität des Volkes. Diese prinzipiellen Grundsätze vereinen sich organisch zu einem Ganzen und bilden eine

mächtige Strömung, die mit jedem Tage an Kraft und Erfahrungen gewinnend, auf die Erneuerung und den Fortschritt unserer Gesellschaft und unseres Staates gerichtet sein muß.

Als Grundlage für die Verwirklichung dieser Linie, für die grundlegende Reformierung der Wirtschaft, wurden die fünf bekannte Grundprinzipien festgelegt, auf denen die Politik der Übergangsperiode basiert.

Die festgelegten Prinzipien wurden durch das Leben selbst geprüft. Die Praxis bestätigte ihre Richtigkeit und Wirksamkeit. Sie fanden die Zustimmung der Weltöffentlichkeit, am wichtigsten ist jedoch, daß sie vom Volke selbst angenommen und unterstützt wurden. Heute garantiert die Verwirklichung dieser Prinzipien die gesellschaftspolitische Stabilität in der Republik, die folgerichtige Vorwärtsbewegung auf dem Wege zur Einführung der Marktbeziehungen. Deshalb werden wir uns auch in Zukunft von ihnen leiten lassen.

Diese Prinzipien wurden von uns breit und ausführlich dargelegt. Ihr Hauptinhalt besteht in folgendem.

**Erstens** in der vollständigen Deideologisierung der Wirtschaft. Die Wirtschaft muß Vorrang gegenüber der Politik genießen, sie muß den inneren Gehalt der Politik darstellen. Gerade die Wirtschaft, die Probleme ihrer weiteren Entwicklung, stellen das Kernstück der modernen Politik dar.

**Zweitens** muß in der komplizierten Übergangsperiode der Staat der Hauptreformer sein. Er ist verpflichtet, den Reformprozeß im Interesse des gesamten Volkes zu gestalten, die führenden Prioritäten der Wirtschaftsentwicklung festzulegen, die Politik der grundlegenden Umgestaltungen in der Wirtschaft, im sozialen Bereich und im gesellschaftspolitischen Leben unseres souveränen Staates auszuarbeiten und folgerichtig zu verwirklichen.

**Drittens** muß der gesamte Prozeß der Erneuerung und des Fortschritts auf einer rechtlichen Grundlage aufbauen. Die wirtschaftliche Umgestaltung kann nur zu spürbaren Ergebnissen führen, und unumkehrbaren Charakter gewinnen, wenn sie auf ausgereiften in der Praxis angewendeten Gesetzen basiert.

**Viertens** muß unter Berücksichtigung der demographischen Lage, des entstandenen Lebensniveaus der Bevölkerung der Übergang zu marktwirtschaftlichen Beziehungen von deutlich spürbaren vorausseilenden Maßnahmen zum sozialen Schutz der Menschen begleitet werden. Nur unter den Bedingungen eines starken, wirksamen Mechanismus des sozialen Schutzes und sozialer Garantien kann ein dynamisches Voranschreiten zur Marktwirtschaft unter Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität erreicht werden.

**Fünftens** muß die Entstehung neuer marktwirtschaftlicher Beziehungen ausgeglichen, überlegt und etappenweise erfolgen.

Alle Prinzipien nehmen in gleicher Weise eine Schlüsselstellung für eine erfolgreiche Reformierung der demokratischen und wirtschaftlichen Prozesse ein. Besondere Beachtung verdient das Prinzip des etappenweisen Übergangs zum Markt. Dies ist eins der führenden Prinzipien. Es bestimmt die gesamte innere Logik, die Dynamik und den Charakter der Wirtschaftsreformen.

Wir haben wiederholt unterstrichen, daß es notwendig ist, sich schrittweise dem gestellten Ziel zu nähern. Es wird Zeit gebraucht, um eine entsprechende rechtliche Grundlage und die Marktinfrastruktur zu schaffen, um Spezialisten auszubilden, die in der Lage sind, unter den neuen Bedingungen zu arbeiten.

Außerordentlich wichtig ist es, die entstandene Denkweise zu verändern und die Stereotypen zu überwinden. Wenn es nicht gelingt, die Menschen selbst von der Notwendigkeit der Erneuerung und Umgestaltung der Gesellschaft zu überzeugen, die Bewegkräfte, die Wertvorstellungen und die Motivation zu verändern, so ist weder eine Vorwärtsbewegung auf dem Wege des Reformierens noch die Errichtung einer neuen Gesellschaft oder die Einführung prinzipiell neuer Beziehungen möglich.

Wir haben uns klar dafür entschieden, uns der Marktwirtschaft nicht mit großen Sprüngen, nicht durch revolutionäre Zerstörungen, sondern folgerichtig, von Etappe zu Etappe, auf evolutionärem Wege zu nähern. Jede Etappe stellt ein Glied der Verwirklichung der Strategie der durchgeführten Reformen dar. Die Etappen müssen ständig mit den strategischen Prioritäten verglichen werden, sie müssen dem Etappencharakter der Verwirklichung gerecht werden und als Barometer dienen, das die Einhaltung des gewählten Kurses prüft und rechtzeitig die notwendigen Berichtigungen vornimmt. Die strategische Linie bildet das Hauptorientierungsmerkmal zur Festlegung der Etappen, zur Bestimmung ihrer Ziele, ihrer Aufgaben und Prioritäten.

Jede erzwungene Bewegung zum Markt, ohne entsprechende Vorbereitung, führt in der Praxis zum Einsturz, zur Verstärkung der Krisenerscheinungen, einem schneller Zerfall aller entstandenen Strukturen, der Wirtschaftsbeziehungen, und als Folge davon zu einem Zusammenbruch in Wirtschaft, im sozialen Bereich, zu einer Diskreditierung der Idee der Marktwirtschaft. Mit anderen Worten, dieser Weg führt zur vollständigen Zerstörung, die das Land, das diesen Weg eingeschlagen hat, an den Rand des Abgrunds führt und starke soziale Erschütterungen auslöst.

Die Verwirklichung des Prinzips des etappenweisen Übergangs zur Marktwirtschaft sieht einerseits eine pflegliche Einstellung gegenüber all dem Fortschrittlichen vor, das wir als Erbe übernommen haben, andererseits eine klare Festlegung der Hauptetappen der Reformen und die Bestimmung der konkreten Ziele jeder Etappe und der Durchführungsverfahren.

**Die Volksweisheit lehrt: zerstöre nicht das Alte, bevor du etwas Neues errichtet hast.** Beim Übergang zur Marktwirtschaft ist es unverzeihlich, etwas nicht zu nutzen, was den Interessen der Wirtschaftsreformierung dienen und diesen Prozeß besonders effektiv und wenig schmerzhaft gestalten kann.

Das bezieht sich in erster Linie auf die Bestimmung der Stellung und der Rolle des Staates im System der Wirtschaftsbeziehungen. Eine Verneinung der staatlichen Wirtschaftsregelung unter den Bedingungen der noch nicht herausgebildeten Selbstregulierung unter Einfluß von Angebot und Nachfrage, bei Fehlen einer freien Konkurrenz, eingeschränkten Außenhandelsbeziehungen, trägt zur Vertiefung der Krise, zur Erhöhung der Preise und der Inflationsrate bei.

Die Voraussetzung für erfolgreiche Reformen besteht in der Kontinuität der Etappen und ihrer Verwirklichung. **Das Endziel, die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft mit einer freien Marktwirtschaft, muß seine Verkörperung in jeder Etappe auf dem Wege zu diesem Ziele finden.** Die Gestaltung jeder Etappe muß die Verknüpfung der Ziele und die Folgerichtigkeit ihres Erreichens garantieren. Nur real gestellte Aufgaben für jede Etappe, ein klar ausgearbeitetes Verfahren zu ihrer Lösung garantieren eine fortschreitende, überzeugte Bewegung in Richtung zum Ziel. Das bietet die Möglichkeit, die Kräfte und Ressourcen auf die

Erfüllung der gestellten Aufgaben zu konzentrieren, die wichtigsten Prioritäten aufzufinden, ihrer Erreichung den gesamten Prozeß der Wirtschaftsreformierung zu unterzuordnen.

Erst nach Abschluß einer Etappe und Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, darf man zu einer neuen Etappe übergehen. Die Wirtschaftsreformen müssen allmählich, Schritt für Schritt die realen Mechanismen der Marktbeziehungen herausbilden. Diese Mechanismen schalten sich nicht sofort ein, sie laufen allmählich an und müssen ständig unterstützt werden.

Durch Vorbereitung der Denkweise in jeder Etappe durch Überzeugung der Menschen von den Vorteilen des neuen Systems können wir die Reformen endgültig verwirklichen, eine Gesellschaft mit einer entwickelten Wirtschaftsstruktur und effektiven gesellschaftlichen Beziehungen errichten.

Heute haben wir die notwendigen Formen des Herangehens, den passenden Arbeitsrhythmus gefunden und gewisse nützliche Erfahrungen gesammelt. Es ist notwendig, die erste Bilanz zu ziehen, die Aufgaben und Prioritäten der nächsten Etappe festzulegen.

Im Prinzip ist eine titanische, vielseitige Vorbereitungsarbeit geleistet worden, deren Wesen in der Anpassung der Volkswirtschaft und der Psychologie der Menschen an die neuen Verhältnisse besteht.

Die Haupterrungenschaft unserer Politik besteht darin, daß der Reformprozeß breite Unterstützung aller Bewohner der Republik besitzt. Das verleiht uns die Überzeugung, daß die Reformen erfolgreich sein werden.

Wenn wir jedoch die Gründe nicht aufdecken, die die Durchführung der Reformen aufhalten, und nicht alle Hindernisse aus dem Wege räumen, riskieren wir in einen langwierigen, schleppend verlaufenden Reformprozeß zu

geraten. In diesem Falle besteht die große Gefahr, daß die Reformen selbst ihren Sinn verlieren, ihres Hauptvorteils beraubt werden, der in der Schaffung neuer Impulse, Anreize, einer ausgeprägten Motivation für Veränderungen besteht. Das darf nicht zugelassen werden.

Unser wichtigste Aufgabe besteht heute darin, daß Geleistete zu analysieren und die Strategie der Vertiefung der Reformen auf einer qualitativ neuen Etappe anzunehmen. ihre Hauptaufgaben und Ziele festzulegen.

## *Teil I*

### **ERGEBNISSE UND LEHREN DER ERSTEN ETAPPE DER WIRTSCHAFTSREFORMEN**

Mit der Einführung der eigenen nationalen Währung in Usbekistan begann eine qualitativ neue Etappe der Verwirklichung der Wirtschaftsreformen. Heute kann man in fester Überzeugung sagen, daß wir die schwierigste Etappe, die Anfangsetappe, bereits überwunden haben. Es handelt sich um die Etappe, die die Grundlage des gesamten Reformprozesse gelegt hat. Sie hat den Prüfungen der Zeit standgehalten, und wir haben allen Anlaß dazu, zu behaupten, daß sie ihre Hauptaufgabe, ihre Funktion, erfüllt hat.

Die erste Etappe der Übergangsperiode hat die Schwierigkeiten des Reformprozesses und zugleich die nicht standardmäßigen und ungewöhnlichen Verfahren zur Wiederherstellung der natürlichen Wirtschaftsbeziehungen aufgezeigt.

**Die erste Etappe war voll und ganz auf die Schaffung der Rechtsgrundlagen des neuen Wirtschaftssystems, die Herausbildung und Festigung der Staatlichkeit, die Beseitigung der alter Denkstereotype aus unserem Bewußtsein gerichtet.** Die in der Schaffung eines zuverlässigen Fundaments der neuen Ordnung bestehende Aufgabe dieser Etappe wurde erfolgreich gelöst.

Worin bestehen die Hauptergebnisse der ersten Etappe, was von dem Geplanten konnte verwirklicht werden, welche Schlußfolgerungen sind aus der Analyse des zurückgelegten Weges zu ziehen? Eine vollständige und objektive Antwort

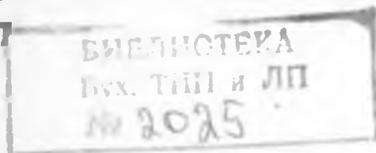
auf diese Fragen ermöglicht es uns, die historische Bedeutung des Geleisteten tiefer zu verstehen, richtig einzuschätzen, wie weit wir bereits auf dem Wege der Ausbildung der Marktwirtschaft vorangekommen sind. Das erlaubt uns, die notwendigen Lehren daraus zu ziehen, um keine Abweichungen vom gewählten Kurs auf den folgenden Stufen und Etappen der Reformierung und Erneuerung unserer Gesellschaft zuzulassen.

### 1.1. GRUNDSÄTZE DER GESTALTUNG DER STRATEGIE UND DES KURSES DER WIRTSCHAFTSREFORMEN

Das Hauptergebnis der Anfangsetappe der durchgeführten grundlegenden Umgestaltungen besteht darin, daß es uns gelungen ist, unser eigenes Modell der Gestaltung der Strategie und des Kurses der Reformen auszuarbeiten und in der Praxis zu verwirklichen.

Den Ausgangspunkt des gesamten Reformprozesses bildet die Wahl der Strategie. Das ist ein prinzipiell wichtiger und verantwortungsvoller Gesichtspunkt. Ohne eine Gesamtstrategie zu besitzen und ohne das Endziel zu sehen, kann man keine effektiven Maßnahmen zur Wirtschaftsreformierung festlegen.

Die Festlegung des Endziels der sozialwirtschaftlichen Umgestaltungen bildet den Ausgangspunkt der modernen Reformstrategie. Dabei haben wir wiederholt unterstrichen, daß der Übergang von der zentralisierten Wirtschaft des administrativen Kommandosystems zur Marktwirtschaft keine Modernisierung oder Vervollkommnung der alten Wirtschaftsmechanismen darstellt, sondern einen Übergang von einem Zustand in einen qualitativ anderen. Das ist der Austausch der einen Wirtschaftsbeziehungen und Verwaltungsstrukturen gegen andere.



Im Interesse der Erringung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Usbekistans, der Errichtung einer nationalen Staatlichkeit und der Schaffung ihrer stabilen materiellen Basis, wurden folgende strategische Ziele im Bereich der Wirtschaftsreformierung abgesteckt.

1. Etappenweise Schaffung einer sozial orientierten Marktwirtschaft, Bildung eines mächtigen und sich dynamisch entwickelnden Wirtschaftssystems, das den Wachstum des nationalen Reichtums und würdige Lebens- und Schaffensbedingungen für die Menschen garantiert.

2. Schaffung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren, Überwindung der Entfremdung der Menschen vom Eigentum, staatlicher Schutz des Privateigentums als Grundlage für die größtmögliche Entwicklung von Initiative und Unternehmergeist.

3. Gewährleistung weitreichender wirtschaftlichen Freiheiten für Unternehmer und Bürger, Absage von direkter staatlicher Einmischung in ihre Wirtschaftstätigkeit, Ausmerzung der administrativen Kommandomethoden der Wirtschaftsleitung, breite Nutzung der ökonomischen Hebel und Anreize.

4. Verwirklichung tiefgreifender struktureller Umgestaltungen in der Wirtschaft, die eine effektive Nutzung der materiellen und Naturressourcen, des Arbeitskräftepotentials, die Herstellung konkurrenzfähiger Erzeugnisse und die Integrierung in das Weltwirtschaftssystem gewährleisten.

5. Herausbildung eines neuen ökonomischen Denkens bei den Menschen, Veränderung ihrer Weltanschauung, Sicherung der Möglichkeit für jeden Menschen, Anwendungsbereich und -form seiner Arbeit selbst zu wählen.

Dabei dürfen wir nie vergessen, daß die Reformen nur dann Sinn haben, wenn sie den Interessen des Menschen

entsprechen, der Befriedigung seiner Ansprüche und Bedürfnisse gerecht werden und auf die Mehrung seines Wohlstands ausgerichtet sind.

Die folgerichtige Erreichung der strategischen Ziele war durch die Notwendigkeit der Festlegung der Hauptprioritäten der ersten Reformetappe vorausbestimmt. Dabei war es wichtig, die Hauptkettenglieder aufzufinden, mit deren Hilfe schon in allernächster Zeit die aktuellsten Probleme gelöst werden können.

Auf der etappenweisen Lösung der vorrangigsten Aufgaben basiert unser Programm der Marktumgestaltungen.

Die erste Etappe stellt das Anfangsglied einer Kette von Maßnahmen beim Übergang aus der totalitären Vergangenheit zu modernen, zivilisierten Marktbeziehungen dar. Darin besteht die Besonderheit und die Kompliziertheit der gegebenen Periode.

In der ersten Etappe mußten wir gleichzeitig zwei maßgebliche Aufgaben lösen:

— Überwindung der schweren Folgen des administrativen Kommandosystems, Herbeiführung eines Wendepunkts in der Krise, Stabilisierung der Wirtschaft;

— Schaffung der Grundlagen der Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen und Besonderheiten der Republik.

Bei Lösung dieser Aufgaben wurden in der ersten Etappe folgende Hauptprioritäten gesetzt, die die Richtungen zu Beginn der Wirtschaftsreformierung bestimmten.

**Erstens.** Schaffung der Rechtsgrundlagen des Übergangsprozesses, Festigung und Entwicklung der gesetzgebenden und rechtlichen Grundlagen der Reformen. Die Hauptaufgabe bestand in der Annahme des Grundgesetzes, der neuen Verfassung der Republik Usbekistan, der Rech-

tsgrundlage der staatlichen Unabhängigkeit und der modernen Wirtschaftsbeziehungen.

**Zweitens.** Schaffung der Grundlagen einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren durch Ausbildung neuer Eigentumsformen in der Landwirtschaft, Durchführung der Privatisierung und Entstaatlichung der Betriebe der örtlichen Industrie, des Handels, des Dienstleistungsbereichs, des Wohnraums und Überführung einzelner Betriebe der Leichtindustrie, des Bau- und Transportwesens in Privateigentum durch Bildung von Aktiengesellschaften.

Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Entwicklung des Privatunternehmertums, Gewährleistung der verfassungsmäßigen Rechte und Garantien zum Schutze des Privateigentums. Die Wiederherstellung tatsächlich genossenschaftlicher Produktionsformen auf dem Lande durch Reorganisation der Staatswirtschaften in genossenschaftliche oder andere nichtstaatliche Eigentumsformen, Entwicklung von Einzelbauernwirtschaften (Dechkanenwirtschaften), kleiner Genossenschaften, Kleinunternehmen und Familienpachtkollektiven.

**Drittens.** Zur wichtigsten Voraussetzung für die Verwirklichung der Wirtschaftsreformen mußte die Überwindung der weiteren Rückentwicklung der Produktion, die Gewährleistung der Stabilisierung der Finanzlage werden.

Der erfolgreiche Übergang zum Markt ist nur unter den Bedingungen des stabilen Funktionierens der Wirtschaft möglich. Die sich in der ersten Etappe herausbildende Situation verlangte die Annahme operativer, harter, mitunter unpopulärer Maßnahmen zur Überwindung der Krise, die Verhinderung einer krassen Verschlechterung des Lebensniveaus der Bevölkerung.

Zu den wichtigsten vorrangigen Maßnahmen und Prioritäten der ersten Etappe gehörten:

### *Im Bereich der Finanz- und Steuerpolitik:*

— Durchführung einer harten Finanzpolitik, Verringerung des Staatshaushaltsdefizits auf das kleinste zulässige Minimum, etappenweise Kürzung aller Arten von Dotationen und Subventionen aus dem Staatshaushalt;

— strikte Einhaltung des Kurses, bei dem die Haushaltsmittel nur in strenger Übereinstimmung mit den Einnahmen bereitgestellt werden, Realisierung von Haushaltszuweisungen nur für die dringlichsten, vorrangigen gesamtstaatlichen Bedürfnisse;

— Aufgabe der Praxis der nicht rückzahlungspflichtigen Haushaltsfinanzierung der Volkswirtschaftszweige, einzelner Betriebe, der breiten Verwendung von Investitionskrediten für diesen Zweck;

— Vervollkommnung des Steuersystems, Durchführung einer geschmeidigen Steuerpolitik, die eine stabile Auffüllung der Haushaltseinnahmen garantiert und die Entwicklung der kleinen und mittleren Privatbetriebe, der Joint-ventures mit ausländischem Kapitalanteil für die Verarbeitung von Agrarerzeugnissen oder die Herstellung von Konsumgütern, stimuliert.

### *Im Bereich der Kredit- und Geldpolitik:*

— Ausbildung eines Bankensystems mit zwei Ebenen mit der Zentralbank an der Spitze und einem großen Netz selbständiger Geschäfts- und Privatbanken, Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Eröffnung von Filialen und Vertretungen großer ausländischer Banken im Hoheitsgebiet der Republik;

— Gewährleistung eines stabilen Geldumlaufs, der krassen Einschränkung der Kredit- und Bargeldemissionen und des Wachstums der Gesamtgeldmasse;

— Schaffung der notwendigen wirtschaftlichen und organisatorischen Bedingungen und Voraussetzungen für die Einführung der nationalen Währungseinheit der Republik Usbekistan.

### *Im Bereich der Preis- und Antiinflationpolitik:*

— weitere Regelung des Preisbildungssystems, Stärkung der Rolle der Preise als Marktregulator;

— nach eindeutiger Anerkennung dessen, daß für Usbekistan das Verfahren der „schockartigen“ Freigabe der Preise nicht akzeptabel ist, folgerichtige Durchführung des Kurses der etappenweisen Freigabe der Großhandelsabgabe- und Einzelhandelspreise, Ausweitung des gegen freie (vertraglich geregelte) Preise verkauften Warenangebots;

zeitweilige Beibehaltung der staatlich gestützten Preise für einige lebenswichtige Nahrungsmittel, in erster Linie für Mehl und Brot;

— schrittweise Erhöhung der Aufkaufpreise für Agrarerzeugnisse bis zum Erreichen der Weltmarktpreise:

— Verwirklichung von Maßnahmen zur Verhütung einer künstlichen Preissteigerung mittels Durchführung von Antimonopolmaßnahmen, Auftrennung von Hochmonopolstrukturen, Schaffung von Voraussetzungen für die Bildung von Konkurrenzbedingungen.

Die wichtigste strategische Priorität, die im Verlaufe des gesamten Reformprozesses verwirklicht werden muß, stellt die strukturelle Umgestaltung dar. Um in strategischer Hinsicht ein Wachstum zu erzielen, muß die Struktur der Produktion verändert werden. Deshalb müssen in jeder

Etappe in Abhängigkeit von den vorhandenen Ressourcen konkrete Maßnahmen für strukturelle Veränderungen ausgearbeitet werden, in erster Linie für die vorrangigen Wirtschaftsrichtungen.

In der ersten Etappe galt das Hauptaugenmerk folgendem:

— der Gewährleistung der vorrangigen Entwicklung des Kraftstoff- und Energiekomplexes, der Erhöhung des Umfangs der Förderung und Verarbeitung von Erdöl und Erdgas, und damit der energetischen Unabhängigkeit der Republik;

— der Realisierung von Maßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit der Republik von der Einfuhr aus anderen Regionen wichtiger Erzeugnisse zur Versorgung der Volkswirtschaft und der Bevölkerung auf Grundlage der Entwicklung der Zweige, die die Einfuhr ersetzen;

— der Weiterverarbeitung der wichtigsten Agrarrohstoffe (Baumwolle, Seide, Obst und Gemüse und anderer Erzeugnisse); der Schaffung aufeinander abgestimmter Produktionsbetriebe in der Leichtindustrie und der örtlichen Industrie, wie Textilbetriebe, Spinnereien, Webereien, Nähereien usw.;

— der beschleunigten Entwicklung der die wichtigsten Konsumgüter produzierenden Zweige, der Ausweitung des Warensortiments, der Schaffung neuer Betriebe für die Produktion von Speisesalz, Spiritus, Streichhölzern und anderen Mangelwaren.

**Als Hauptkettenglied der wirtschaftlichen Umgestaltungen wurde die Reform in der Landwirtschaft erkannt.**

Die Probleme der Entwicklung des Agrarsektors sind ausschlaggebend für die gesamte Strategie des Übergangs Usbekistans zum Markt. Deshalb wird sich die Landwirt-

schaft ständig im Mittelpunkt der durchgeführten Reformen befinden, da sie die Grundlage unserer gesamten Wirtschaft darstellt. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß davon, wie tiefgreifend die Prozesse der radikalen Umgestaltung den Agrarsektor erfassen, wie weit die Reformen im Dorf gehen, in bedeutendem Maße das Resultat der gesamten wirtschaftlichen Umgestaltung abhängt.

In der ersten Etappe bestanden die Hauptaufgaben der Reformierung der Landwirtschaft in folgendem:

— der breiten Entwicklung neuer Wirtschaftsformen auf dem Lande, der Herausbildung von ökonomischen Beziehungen, die den Dechkanen erlauben, sich als wahre Herren der von ihnen bearbeiteten Erde, der erzeugten Produktion, zu fühlen;

— der folgerichtige Realisierung der Übergabe der freigestellten Bestände der früher mit Baumwolle und anderen landwirtschaftlichen Kulturen bebauten landwirtschaftlichen Nutzflächen für die Organisation von Einzelbauernwirtschaften (Dechkanenwirtschaften), der Vergrößerung des privaten Hoflands, der Bereitstellung von Feldstücken an die Landarbeiter zur lebenslänglichen Nutzung mit Erbrecht;

— der Durchführung tiefgreifender fortschrittlicher, auf die Optimierung der Anbauflächen, die Senkung des Anbauanteils an Baumwolle, die Steigerung der Produktion von Nahrungsmittelkulturen, insbesondere Getreide, ausgerichteter Veränderungen im Agrar- und Industriekomplex;

— der maximalen Annäherung der Verarbeitungsbetriebe an die Agrarrohstoffquellen, der Schaffung von kleinen, kompakten Industriebetrieben und Produktionsstätten auf dem Lande, der breiten Entwicklung der Heimarbeit, der Schaffung eines Netzes von Dienstleistungsbetrieben für die landwirtschaftliche Produktion;

— der aktiven Ausbildung einer weitverzweigten Infrastruktur des sozialen und produktiven Bereichs, der Versorgung der Gemeinden mit Trinkwasser und Erdgas.

Zu einem wichtigen Kettenglied der Stabilisierung der Wirtschaft gestaltet sich die zuverlässige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Das ist eine der durchgehenden Prioritäten der in der Landwirtschaft durchgeführten Politik. Die Erringung wahrer wirtschaftlicher Unabhängigkeit verlangt die endgültige Lösung des Lebensmittelproblems in der Republik. Eine aktuelle Aufgabe besteht in der Steigerung des Anteils der Selbstversorgung mit Getreide, Kartoffeln, den Erzeugnissen der Viehwirtschaft, sowie mit Zucker und anderen Erzeugnissen, die heute noch nach Usbekistan eingeführt werden.

Zur wichtigsten Voraussetzung der Wirtschaftsfestigung wird die allseitige Entwicklung und effektive Nutzung unseres Exportpotentials. Im Laufe vieler Jahre war die Republik praktisch von der Außenwelt abgeschnitten. Die Hauptaufgabe der ersten Etappe bestand darin, sich in der Weltgemeinschaft durchzusetzen, sich als zuverlässiger Partner anzubieten, umfangreiche Außenwirtschaftsbeziehungen anzuknüpfen. Dafür war folgendes notwendig:

— Schaffung spezialisierter Organisationsstrukturen für die Realisierung der außenpolitischen und Außenhandelstätigkeit, Organisation der Ausbildung entsprechender Kader;

— Durchführung einer auf die Liberalisierung der Außenwirtschaftstätigkeit ausgerichteten Politik, Gewährleistung größerer Freiheiten für Betriebe und Bürger beim Anknüpfen direkter Kontakte zu ausländischen Partnern;

— Einführung vergünstigter Warenexport- und Importverfahren, etappenweise Verringerung der quoten- und lizenzpflichtigen Waren;

— Vervollkommnung der Export- und Importstrukturen. Neben den traditionellen Exporterzeugnissen (Baumwolle und Baumwollerzeugnisse, Buntmetalle, Mineraldünger usw.) erweiterte Lieferung von Fertigerzeugnissen, hochtechnologischen Waren und Erzeugnissen, Erbringung verschiedenartiger Dienstleistungen, wie Transportleistungen, Touristik-, Devisen- und Kreditleistungen;

— Förderung der Investitionstätigkeit der Betriebe in den exportorientierten Produktionsbereichen durch Schaffung eines Systems von Vergünstigungen, Organisation von Joint-ventures, Sicherung der Rechte und Interessen der ausländischen Investoren;

— vorrangige Nutzung ausländischer Kredite für die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln, Medikamenten, Heranziehung ausländischer Investitionen zu den tragenden Zweigen der Volkswirtschaft, dem Bergbau, der Kraftstoff- und Energetikindustrie, der industriellen Verarbeitung von Agrarerzeugnissen und der Entwicklung des nichtstaatlichen Wirtschaftsbereichs;

— Schaffung einer Infrastruktur der Außenwirtschaftstätigkeit, spezialisierter Außenhandels-, Leasing-, Consulting- und Versicherungsfirmen, eines den Interessen und den Bedingungen der Entwicklung von Auslandskontakten entsprechenden Transport-, Nachrichten-, Kommunikationssystems, Eröffnung eigener Vertretungen im Ausland.

Neben den genannten grundlegenden Prioritäten unseres Gesamtprogramms der Wirtschaftsreformen müssen weiterhin eine Reihe von durchgehenden Aufgaben festgelegt werden, die für alle Etappen der Realisierung der Reformen zutreffend sind. Sie durchdringen im wahrsten Sinne des

Wortes alle Richtungen des Erneuerungsprozesses der Gesellschaft.

Diese durchgehenden Prioritäten garantieren die Kontinuität der Reformetappen, ihren ununterbrochenen Charakter. Sie schaffen Voraussetzungen für die Unumkehrbarkeit der geplanten Umgestaltungen.

Eine durchgehende Priorität bei der Realisierung der Reformstrategie kommt für uns in erster Linie der Verwirklichung von spürbaren Maßnahmen zum sozialen Schutz der Bevölkerung zu.

Besondere Bedeutung besitzen folgende dieser Maßnahmen:

— Gewährleistung sicherer Garantien der sozialpolitischen Stabilität in der Republik, des zivilen Friedens und der internationaler Eintracht;

— weitere Festigung der Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, Schaffung eines wirksamen Mechanismus zum sozialen Schutze der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung, der Betagten, Invaliden, Waisen, kinderreichen Familien, der studierenden Jugend;

— Verstärkung der Zuordnung, der Zielbezogenheit der gewährten sozialen Hilfe, Erhöhung ihrer Effektivität durch Schaffung eines einheitlichen Systems von Unterstützungen und anderen Zahlungen in Abhängigkeit vom Einkommen der Bevölkerung;

— Hebung der Rolle der Bürgerselbstverwaltungsorgane und der Machalljakomitees, bei der Lösung von Problemen des sozialen Schutzes minderbemittelter Schichten der Bevölkerung, Schaffung von Voraussetzungen für die Aktivierung der Tätigkeit von Spezialfonds zur Unterstützung der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung;

— Regelung des Arbeitsmarkts und Durchführung einer aktiven Beschäftigungspolitik, Stimulierung der Schaffung

neuer Arbeitsplätze in Gegenden der Republik mit Arbeitskräfteüberschuß, vorwiegend durch die Entwicklung kleiner und mittlerer Betriebe.

Weitere durchgehende Prioritäten haben die Entwicklung und Reformierung der Bildung und Kultur, die Stärkung des intellektuellen und geistigen Potentials.

Die Wirtschaftsreformen können sich nur dann erfolgreich gestalten, wenn unser Volk sich wirklich frei fühlt, wenn der Geist und die Sitten und Bräuche unser Ahnen wieder auferstehen. Nur hochgebildete, körperlich und geistig kräftige Menschen sind in der Lage, den Weg der Erneuerung und des Fortschritts zurückzulegen. Die Geistigkeit unseres Volkes, die ihren Ursprung im Denken und Streben unserer großen Vorfahren hat, bildet ein mächtiges Fundament der ökonomischen Umgestaltungen.

## 1.2. SCHAFFUNG DER RECHTSGRUNDLAGEN DER WIRTSCHAFTSREFORMEN

Einen der grundlegenden Gesichtspunkte der Durchführung der Wirtschaftsreformen bildet die Schaffung der Rechtsgrundlagen der Marktwirtschaft. Gleich zu Beginn haben wir eine wichtige Lehre gezogen: ohne die notwendige rechtliche Absicherung, ohne entsprechende Gesetze und Normativakte werden keine zuverlässigen Garantien für die Verwirklichung der Reformen geschaffen, keine Garantien dafür, daß die Reformen nicht im Sande verlaufen.

Nur bei Vorhandensein einer stabilen Rechtsgrundlage kann man voller Überzeugung das alte, überlebte System abbauen, eine neue Gesellschaft mit einer geordneten Marktwirtschaft errichten. Nur eine neue Gesetzgebung, die die grundsätzlich neuen politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen widerspiegelt, bil-

det das Gerüst, daß unserem jungen gesellschaftlichen Bau Standfestigkeit und einen demokratischen Charakter verleiht. Gerade die auf die Sicherung der Interessen der gesamten Bevölkerung der Republik, den Schutz ihrer Rechte und Freiheiten ausgerichteten Gesetze, schaffen starke soziale Motive der grundlegenden Umgestaltung, säen Zuversicht auf eine lichte Zukunft Usbekistans.

**Deshalb bestand die von uns bewußt verfolgte Hauptaufgabe der ersten Etappe in der Schaffung einer eigenen Rechtsgrundlage der Reformen.**

Die Notwendigkeit der Ausarbeitung und Annahme eines ganzen Pakets neuer Gesetze war durch mehrere Gründe vorausbestimmt.

Erstens dienten die früher gültigen Gesetze dem Schutz des ehemaligen totalitären Regimes. Gesetzlich fixiert waren die das administrative Kommandoprinzip in Verwaltung und Wirtschaftsführung verkündenden Normen, die nur das allgemeine staatliche Eigentum an Produktionsmitteln anerkannten und das Recht auf Privateigentum, eine freie Konkurrenz, die den Wirkungskreis der freien Marktwirtschaft bestimmen, völlig ausschlossen.

Die herrschenden pseudosozialistischen Prinzipien stellten im Leben Normen einer angeblichen sozialen Gerechtigkeit auf, die als Gleichstellung aufgefaßt wurde, aber nur Schmarotzertum, soziale und berufliche Apathie, ökonomische Verantwortungslosigkeit hervorbrachte.

Alle damals gültigen wirtschaftlichen Gesetzgebungsakte waren vom Geiste des zentralisierten Plansystems der Organisation der Volkswirtschaft durchdrungen, wo praktisch kein Raum für wirtschaftliche Freiheit der Betriebe, wirtschaftliche Initiative und Unternehmungsgeist blieb.

Die Wirtschaft und ihre rechtliche Grundlage waren im Laufe vieler Jahrzehnte stark ideologisiert und ignorierten

die Forderungen der internationalen Normen und Regeln. Sogar im Bereich der Rechtsprechung waren wir in den Rahmen des sozialistischen Lagers eingezwängt und besaßen praktisch keinen freien Ausgang zur Weltgemeinschaft, traten nicht als gleichberechtigtes Subjekt des internationalen Rechts auf.

Kurz gesagt, die gesamte gesetzgebende Grundlage bildete das Haupthindernis für die Herausbildung neuer Wirtschaftsbeziehungen. Alle mit Beginn der Reformen von uns unternommenen Handlungen gerieten in tiefen Widerspruch zu der gültigen Gesetzgebung und den Normativakten. Um die Reformen voranzutreiben, mußten wir unser gesamtes gesetzgebendes System mit den neuen Bedingungen und den gestellten Aufgaben in Einklang bringen.

Zweitens waren die früher in Usbekistan angenommenen Gesetzesakte vollständig auf die Unionsnormen orientiert, ohne die spezifischen regionalen Besonderheiten unserer Republik zu berücksichtigen.

Die gesetzgeberische Initiative gehörte dem Moskauer Kreml. Die gesetzgebenden Organe der Republik kopierten nur die auf Unionsebene angenommenen Gesetze, Partei- und Regierungsbeschlüsse bezüglich der Republik. Viele der angenommenen Beschlüsse waren ihrem Wesen nach eklektisch, weit entfernt von den tatsächlichen Gegebenheiten, standen mitunter sogar im Widerspruch zu den nationalen Besonderheiten und Traditionen, den Interessen der Republik und schmälerten ihre Souveränität. Das führte dazu, daß sich sowohl in der Wirtschaft als auch im sozialen und geistigen Bereich ernsthafte Disproportionen und Überspitzungen herausbildeten, die dringend beseitigt werden mußten.

Mit der Erringung der Unabhängigkeit mußte Usbekistan als junger Staat eine neue den Interessen seines Volkes, den

Aufgaben der demokratischen Umgestaltung sowohl in der Gesellschaft als auch in den Wirtschaftsbeziehungen, entsprechende Gesetzgebungsgrundlage annehmen.

Und drittens hatten wir einen eigenen Weg der Erneuerung und des Fortschritts eingeschlagen, unser eigenes Modell der Reformierung der Wirtschaft gewählt, was die Verwendung Gesetzgebungsnormen und -akte anderer Länder, sogar wenn es sich um Länder mit reiner Marktwirtschaft handelte, unmöglich machte. Wir haben die Erfahrungen der Gesetzgebung vieler Länder, in denen sich bereits lange demokratische marktwirtschaftliche Normen und Prinzipien herausgebildet haben, gründlich studiert. Das hat uns erlaubt, ohne begangene Fehler zu wiederholen in aller kürzester Frist unter Berücksichtigung der Besonderheiten einer erneuerten Gesellschaft eine stabile moderne gesetzgeberische Grundlage, unseren Mechanismus der rechtlichen Absicherung der Reformen zu schaffen. Zahlreiche der angenommenen Gesetze wurden vorher von bekannten internationalen juristischen Organisationen und Experten begutachtet und von diesen in bezug auf rechtliche Reife und Übereinstimmung mit den allgemein üblichen Normen und Regelungen sehr hoch eingeschätzt.

In der ersten Reformierungsetappe wurden von uns eine eigene Konzeption der Schaffung der Rechtsgrundlagen, unser Mechanismus der Ausarbeitung und Annahme von Gesetzgebungsakten erarbeitet. Wir zogen die für uns wichtige Schlußfolgerung, daß es notwendig ist, zu lernen, die Gesellschaft mit Hilfe von Gesetzen zu leiten. Das Gesetz muß zum Hauptregulator des gesellschaftlichen Lebens und der gesellschaftlichen Beziehungen werden. Dafür brauchen wir gut durchdachte, allseitig begründete Gesetze mit einer langen Geltungsdauer.

**Gegenwärtig ist ein ganzheitliches System der staatlichen und rechtlichen Regelung des Reformprozesses entstanden. Es vereint organisch zwei Machtbereiche: die Präsidialgewalt und die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Gewalt. Weiterhin stützt es sich auf die Prinzipien der Öffentlichkeit, der Offenheit und auf die breite Erörterung der anzunehmenden Gesetze.**

Die grundlegenden, prinzipiellen, strategischen Bestimmungen im Bereich des staatlichen Aufbaus und der Reformierung der Wirtschaft werden durch Erlasse des Präsidenten der Republik Usbekistan in die Wege geleitet und bestätigt. Gerade die Erlasse widerspiegeln die grundlegende Ideologie und die Hauptabschnitte in der Realisierung des Reformkurses. Gerade in den Erlassen zeigt sich die Zielgerichtetheit der angenommenen radikalen Beschlüsse und ihrer Verwirklichungsmechanismen.

Fundamentale Normen und Bestimmungen mit dauerhafter und langer Geltung finden ihre Widerspiegelung in den Gesetzen. Die gesetzlich verankerten Normen unterliegen der direkten und unbedingten Erfüllung durch alle Wirtschaftssubjekte, unabhängig von ihrer Eigentumsform. In Laufe der Entwicklung und Vertiefung des Reformprozesses wird seine Rechtsgrundlage erarbeitet und vervollkommenet, in den angenommenen Gesetzgebungsakten werden rechtzeitig die notwendigen Korrekturen vorgenommen. Das erlaubt, die Effektivität der Gesetze zu erhöhen und ihre direkte Verbindung zu den sich tatsächlich herausbildenden sozialökonomischen Bedingungen zu verstärken.

Die in den Erlassen angenommenen Beschlüsse finden ihre detaillierte Aufschlüsselung auf gesetzlicher Grundlage und werden durch konkrete durch die Regierungsbeschlüsse vorgesehenen Maßnahmen unterstützt. Durch Annahme von Regierungsbeschlüssen werden der Prozeß der operativen

staatlich-rechtlichen Regelung des Verlaufs der Wirtschaftsreformen, die Umgestaltung der wichtigsten Wirtschaftssektoren und -bereichen realisiert.

Die auf Regierungsebene beschlossenen Maßnahmen sind mit der Lösung der wichtigsten Probleme der Volkswirtschaft koordiniert und orientieren alle Teilnehmer des Reformprozesses auf die Schwerpunkte. Viele Verordnungen haben in bezug auf die aufgeworfenen Probleme und ihren Inhalt bestimmenden Charakter und dienen als Ausgangspunkt für die Durchführung der Reformen in einzelnen Wirtschaftsbereichen. Allein im Jahre 1994 wurde eine Reihe wichtiger Verordnungen angenommen, die prinzipiell neue Wege zur Lösung des Problems der Stärkung der nationalen Währung, zur Verringerung der Geldemission, zur Sättigung des Republikverbrauchermarktes mit Waren, zur Devisenregulierung, zur Vertiefung der Wirtschaftsreformen in der Landwirtschaft und der Entwicklung der Einzelbauernwirtschaften (Dechkanenwirtschaften), zur Vervollkommnung der Leitung der Industrie u. a. aufwiesen.

Wenn man die Gesetze, Erlasse und Beschlüsse isoliert und im Zusammenhang betrachtet, kann man überzeugt behaupten, daß bei uns ein ganzheitliches, fortschrittliches System der staatlich-rechtlichen Absicherung der durchgeführten Reformen geschaffen wurde.

In den letzten Jahren wurde nicht nur das System der Rechtsschöpfung selbst, sondern auch der Mechanismus zur Ausarbeitung und Annahme der Gesetzgebungs- und Normativakte ausgebildet. In der Praxis hat das Prinzip der offenen und breiten Diskussion der Entwürfe der wichtigsten zur Annahme vorgesehenen Dokumente weite Verbreitung gefunden. Alle Gesetzgebungs- und Normativakte werden in breitem Rahmen beleuchtet, in der Presse veröffentlicht, im Fernsehen und anderen Massenmedien erörtert, um breite

Schichten der Bevölkerung damit bekannt zu machen. Zu den Schlüsselpositionen wird, damit sie ins Bewußtsein der Massen eindringen, aktive Aufklärungsarbeit geleistet, an der Regierungsmitglieder, Deputierte, Wissenschaftler und Fachleute teilnehmen.

Für die kollektive Erörterung und die Annahme von Beschlüssen zu den wichtigsten Problemen mit außerordentlicher Bedeutung für die weitere Beschleunigung der durchgeführten Reformen, wurde beim Präsidenten ein spezieller gemischter Rat für Wirtschaftsreformen, das Unternehmertum und die ausländischen Investitionen geschaffen. Die Hauptaufgaben und -richtungen des Rats bestehen in der Ausarbeitung einer einheitlichen Strategie der sozialwirtschaftlichen Entwicklung und praktischer Maßnahmen für ihre Verwirklichung, in der Vorbereitung von Empfehlungen zur Vervollkommnung der Rechtsgrundlagen der Wirtschaftsreformen, der Ausarbeitung von konkreten Modellen und Programmen der wirtschaftlichen Umgestaltung in der Republik, der Analyse des Entwicklungszustands des Unternehmertums, der Festlegung eines Systems von Maßnahmen zur aktiven Heranziehung von ausländischen Investitionen.

Während seiner Tätigkeit hat der Rat solche Probleme ausführlich erörtert, wie die Hauptrichtungen, -prinzipien und -mechanismen der weiteren Privatisierung des Staatseigentums, die Bildung eines Wertpapiermarktes und die Organisation der Tätigkeit der Fondsbörse, Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität der nationalen Währung, zur Stimulierung der Entwicklung der Unternehmertätigkeit, zur Initiierung und Stimulierung der Entwicklung des Privateigentums, und Empfehlungen zu diesen Problemen angenommen, die später die Grundlage für Erlasse des Präsidenten der Republik bildeten. Der Rat hat die Erfüllung der Re-

gierungsbeschlüsse zur weiteren Vertiefung der Wirtschaftsreform in der Landwirtschaft gründlich analysiert und begutachtet. Die Erörterung aller dem Rat zur Prüfung unterbreiteten Fragen trägt offenen, prinzipiellen und konstruktiven Charakter. Das ermöglicht, bei den Entscheidungen das breite Spektrum der Meinungen und Empfehlungen von Spezialisten möglichst vollständig zu berücksichtigen.

In rechtlicher Hinsicht wurde bereits Bedeutendes auf dem Weg der Errichtung der Marktwirtschaft geleistet. In der Republik werden folgerichtig auch die rechtlichen Institute geschaffen, eine Sammlung von Gesetzen aufgestellt, die es erlaubt, die Marktbeziehungen in zivilisierter Form einzuführen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurden bereits rund 100 die Wirtschaft betreffende grundlegende Gesetzgebungsakte angenommen, die die rechtliche Grundlage für die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen schaffen. Die Schaffung der rechtlichen Grundlage der Reformen wird in mehreren wichtigen Richtungen vorangetrieben.

Die **erste Richtung** besteht in der Schaffung der rechtlichen Grundlagen der staatlichen Souveränität, der wirtschaftlichen Selbständigkeit Usbekistans, in der Annahme von Gesetzen zur Regelung der Prinzipien der staatlichen Leitung. Im Rahmen dieser Richtung wurden solche Gesetze mit historischer Bedeutung angenommen, wie das „Gesetz über die staatliche Unabhängigkeit der Republik Usbekistan“, die Gesetze „Über die Bodenschätze“, „Über das Ministerkabinett der Republik Usbekistan“, „Über die örtliche Staatsmacht“, „Über die Selbstverwaltungsorgane der Bürger“ u.a.m. Als Ergebnis der angenommenen Gesetze wird anerkannt, daß der Boden, die Bodenschätze, die Natur- und Mineralressourcen, das geschaffene Produktionspotential das unteilbare Alleineigentum des Volkes Usbekistans bilden.

Klar getrennt sind die Funktionen der Leitungsstrukturen auf Republik- und örtlicher Ebene. Geschaffen wurden die den nationalen Bedingungen besonders gut entsprechenden Einrichtungen der Chokimiate als einziges mit allen Machtbefugnissen ausgestattetes Organ der Vertreter der Macht vor Ort. Geschaffen wurde ein fußender einzigartiger Mechanismus der Bürgerselbstverwaltung, der aus den Volkstraditionen und den im Lauf der Geschichte entstandenen Beziehungen innerhalb der Gemeinde, der Machallja, stammt. Anerkannt wird, daß die Gemeindeversammlungen der Siedlungen, Kischlaks und Machalljas das Organ darstellen, das die Rechte der Bürger auf Teilnahme an der Führung der Staatsangelegenheiten und der Lösung der sozialen oder wirtschaftlichen Aufgaben in ihrem Bereich wahrnimmt.

Die **zweite Richtung** bildet die Schaffung einer Gesetzessammlung, die die Grundlage für Systemumgestaltungen und qualitativ neuer Wirtschaftsbeziehungen, vor allem Eigentumsbeziehungen, schafft. Zu diesen grundlegenden, vom Obersten Sowjet der Republik angenommenen Gesetzen, sind die Gesetze über das Eigentum, über den Boden, über die Entstaatlichung und Privatisierung, über die Pacht, über die Privatisierung des staatlichen Wohnungsbestands und andere zu rechnen.

Die Grundlage der wirtschaftlichen Umgestaltungen bildet das Recht auf Eigentum. Das Recht des Eigentümers wird in der Republik anerkannt und gesetzlich geschützt. Usbekistan hat als eins der ersten Länder das Recht auf Privateigentum anerkannt und es gleichberechtigt neben die anderen Eigentumsformen gestellt. Die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen wurden geschaffen, ein effektives Verfahren für die Privatisierung des Staatseigentums entwickelt und in der Praxis erprobt, staatliche Betriebe in andere Eigentumsformen überführt.

Über Gesetzgebungsverfahren wurde die Einstellung zur Frage des Bodenbesitzes eindeutig geklärt. Ausgehend von der Spezifik des Bewässerungsfeldbaus, den historischen Besonderheiten der Boden- und Wassernutzung in Usbekistan wurde festgelegt, daß der Boden unter Vererbung des Nutzungsrechts denjenigen übergeben wird, die ihn bearbeiten.

Tatsächlich sind heute alle Rechtsnormen geschaffen, die die Möglichkeit der Schaffung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren ermöglichen, die eine notwendige Voraussetzung und die Grundlage der Marktbeziehungen darstellen.

Die dritte, sich besonders aktiv entwickelnde, Richtung der Rechtsschöpfung bildet die Schaffung der Rahmenbedingungen für neue Wirtschaftsverfahren und die institutionelle Umgestaltung. Diese Richtung ist durch ein großes Paket von Gesetzen und Normativakten vertreten, die alle Seiten der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe und Organisationen regeln und die Schaffung einer neuen Marktinfrastruktur gewährleisten.

In erster Linie wurden Gesetze angenommen, die den Status, die Rechte und die wirtschaftlichen Freiheiten der Wirtschaftssubjekte selbst in verschiedenen Wirtschaftsbereichen festlegen. Zu diesen Gesetzen gehören die Gesetze über die Betriebe, die Genossenschaften, die Dechkanenwirtschaft, die Wirtschafts- und Personengesellschaften. In diesen Gesetzen wurden erstmalig die Hauptprinzipien des neuen Wirtschaftsmechanismus der Republik formuliert, die auf dem wirtschaftlichen Interesse, dem Gewinn und der materiellen Verantwortung für die Ergebnisse seiner Tätigkeit aufbauen.

Mit Inkrafttreten dieser Gesetze nahmen die organisatorisch-rechtlichen Formen der Betriebe (Kollektiv- und Aktienunternehmen, Gesellschaften mit beschränkter Haftung,

Genossenschaften, Personengesellschaften, Joint-ventures u.a.) vielfältigeren Charakter an und entsprachen mehr den Tätigkeitsformen der Betriebe und dem Organisationssystem ihrer Leitung.

Aktiv bildeten sich gesetzgebenden Normen heraus, die die Regelung der Schaffung und der Wirkung der Marktinfrastruktur gewährleisteten. Ihre grundlegenden Bestimmungen fanden ihren Niederschlag in den Gesetzen über Banken und Banktätigkeit, das Geldsystem, das Unternehmertum, die Versicherung, Börsen und Börsentätigkeit, die Tätigkeit der Wirtschaftsprüfer, Wertpapiere und die Wertpapierbörse u. a. m. Mit der Annahme dieser Gesetze wurde ein sicheres Fundament für die Entwicklung der Marktmechanismen in der Republik gelegt.

Sehr große Bedeutung innerhalb des Systems der staatlichen Regelung der Marktbeziehungen hatte die Annahme von Gesetzgebungsakten, die das Verfahren der gegenseitigen Beziehungen zwischen wirtschaftlich freien Betrieben und Bürgern und dem Staat über ein System von Steuern, die Einschränkung der Monopoltätigkeit, die Einführung des Pfandrechts und die gesetzliche Anerkennung des Konkurses der Betriebe regelten. Alle auftretenden Streitfragen müssen jetzt zivilisiert, auf gerichtlichen Wege, entschieden werden. Zu diesem Zwecke wurden die Wirtschaftsprozeßordnung der Republik Usbekistan ausgearbeitet und ein Wirtschaftsgericht geschaffen.

Trotz der Vielzahl der angenommenen Gesetzgebungsakte ist der Prozeß der Schaffung des neuen Wirtschaftsrechts noch nicht abgeschlossen. Diese Richtung der Gesetzesschöpfung wird auch in den folgenden Etappen der Reformierung sich weiter besonders dynamisch entwickeln. In allernächster Zeit steht die Annahme des Zivilgesetzbuches bevor, in dem alle Hauptbestimmungen zur Rege-

lung der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe aller Eigentumsformen ihre rechtliche Darlegung finden.

Die **vierte Richtung** bildet die Ausarbeitung der Rechtsnormen, die die Lage Usbekistans als gleichberechtigtes Subjekt der internationalen Beziehungen festlegen. Die angenommenen Gesetze über die Außenwirtschaftstätigkeit, die Mitgliedschaft Usbekistans in führenden internationalen Organisationen, die Devisenbewirtschaftung, die Unterzeichnung der wichtigsten internationalen Pakte und Abkommen durch Usbekistan eröffneten eine qualitativ neue Seite in der Entwicklung der Auslandsbeziehungen unseres Landes.

Besonders bedeutungsvoll für die Zukunft Usbekistans ist die Annahme der gesetzlichen Grundlagen für die breite Heranziehung ausländischer Investitionen zu unserer Wirtschaft, die Bereitstellung sicherer Rechte und Garantien zum Schutz der ausländischen Investoren. Die ausländischen Investitionen stellen nicht nur einen lebendigen Kontakt zur Außenwelt dar, sondern bilden gleichzeitig einen mächtigen Ausgangspunkt tiefgreifender struktureller und systemgemäßer Umgestaltungen, ohne die die Errichtung einer erneuerten Gesellschaft nicht vorstellbar ist.

Die **fünfte und wichtigste Richtung** stellt die Schaffung der Gesetzgebung dar, die die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Rechte des Menschen, die sozialen Garantien und die soziale Unterstützung der Bevölkerung sichert. Prinzipiell neu in dieser Gesetzgebung sind die Vorbereitung, Erörterung und Annahme der grundlegenden, die Rechte und Pflichten des Menschen, der gesellschaftlichen Organisationen, die Gewissens- und Glaubensfreiheit regelnden und sichernden Gesetze.

Die Annahme der Gesetze über die Beschäftigung, den sozialen Schutz der Körpergeschädigten, die Rentenversorgung der Bürger, die Bildung, die Grundlagen der staatli-

chen Jugendpolitik, die Gewissensfreiheit und die staatlichen Organisationen erlaubt nicht nur durch Gesetzeskraft die Interessen der bedürftigsten Schichten der Bevölkerung unter den komplizierten Bedingungen des Übergangs zum Markt zu schützen, sondern auch das geistige, schöpferische Potential der Menschen zu entfalten und eine sichere soziale Grundlage der Reformen zu schaffen.

Die Krönung der gesetzgeberischen Tätigkeit der ersten Etappe bildete die Annahme der ersten Verfassung des unabhängigen Usbekistans, des Grundgesetzes des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die Verfassung bildet das sichere Fundament der wahren Unabhängigkeit unseres jungen Staates, der Entstehung neuer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehungen.

Die in den Erlassen und Gesetzen der Republik dargelegten und in der Praxis verwirklichten Hauptprinzipien des staatlichen und wirtschaftlichen Reformtätigkeit schaffen eine stabile rechtliche Grundlage für die Übergangsperiode, des Prozesses des juristischen Wandels der überlebten Wirtschaftsbeziehungen und der politischen Ordnung, der Bestätigung wahrhaft demokratischer Normen und sozialer Garantien.

In der ersten Etappe bestand die Aufgabe nicht nur in der Ausarbeitung und Annahme der den modernen Bedingungen entsprechenden Gesetze, sondern auch in der Gewährleistung ihrer strikten Einhaltung. Es mußten solche Verhältnisse des Rechtslebens, ein derartiges Niveau der Rechtskultur geschaffen werden, bei denen die Einhaltung des Gesetzes Pflicht aller ist und seine Verletzung einfach unzulässig wird.

Die erfolgreiche Verwirklichung der angenommenen Normativ- und Rechtsakte ist in vielerlei Hinsicht mit der Bildung eines neuen Rechtsbewußtseins, einer neuen Re-

chtskultur verbunden. Es ist gut bekannt, daß das Niveau der Rechtskultur nicht durch die Anzahl der angenommenen Gesetze, sondern durch ihre Einhaltung bestimmt wird. Der Weg zur Marktwirtschaft muß sich für uns zu einer Schule der Rechtserziehung gestalten. Eine wichtige Lehre, die wir daraus ziehen müssen, ist, daß wir lernen müssen, laut Gesetz zu leben und zu arbeiten, daß wir lernen müssen, über das Gesetz unsere Rechte und Freiheiten zu verteidigen und unbedingt unsere Pflichten zu erfüllen. Wir müssen lernen, die Rechte, Freiheiten und Interessen anderer Menschen zu achten. Wir müssen erreichen, daß die Macht des Gesetzes triumphiert und seine strikte Einhaltung heilige Pflicht aller wird.

### **1.3. PRIVATISIERUNG DES STAATSEIGENTUMS UND BILDUNG DER GRUNDLAGEN EINER WIRTSCHAFT MIT MEHREREN SOZIALÖKONOMISCHEN SEKTOREN**

Die Grundbedingung für den Übergang zu den Marktbeziehungen bildet die Schaffung rechtlicher und organisatorischer Voraussetzungen für die Ausbildung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren und von Konkurrenzbedingungen.

Den Grundstein des gesamten Maßnahmenkomplexes zur Schaffung des Marktes bildet die Lösung der Eigentumsfrage. Sie gewinnt in den postsozialistischen Staaten, die den Weg der Marktwirtschaft eingeschlagen haben, besonders an Bedeutung und Schärfe. Mit der Lösung dieser Frage beginnt die Verlegung des Fundaments der neuen Gesellschaft, der neuen Wirtschaftsbeziehungen. Gerade in bezug auf Lösung der Eigentumsfrage unterscheiden sich die von den neuen souveränen Staaten gewählten unter-

chen Jugendpolitik, die Gewissensfreiheit und die staatlichen Organisationen erlaubt nicht nur durch Gesetzeskraft die Interessen der bedürftigsten Schichten der Bevölkerung unter den komplizierten Bedingungen des Übergangs zum Markt zu schützen, sondern auch das geistige, schöpferische Potential der Menschen zu entfalten und eine sichere soziale Grundlage der Reformen zu schaffen.

Die Krönung der gesetzgeberischen Tätigkeit der ersten Etappe bildete die Annahme der ersten Verfassung des unabhängigen Usbekistans, des Grundgesetzes des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die Verfassung bildet das sichere Fundament der wahren Unabhängigkeit unseres jungen Staates, der Entstehung neuer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehungen.

Die in den Erlassen und Gesetzen der Republik dargelegten und in der Praxis verwirklichten Hauptprinzipien des staatlichen und wirtschaftlichen Reformtätigkeit schafften eine stabile rechtliche Grundlage für die Übergangsperiode, des Prozesses des juristischen Wandels der überlebten Wirtschaftsbeziehungen und der politischen Ordnung, der Bestätigung wahrhaft demokratischer Normen und sozialer Garantien.

In der ersten Etappe bestand die Aufgabe nicht nur in der Ausarbeitung und Annahme der den modernen Bedingungen entsprechenden Gesetze, sondern auch in der Gewährleistung ihrer strikten Einhaltung. Es mußten solche Verhältnisse des Rechtslebens, ein derartiges Niveau der Rechtskultur geschaffen werden, bei denen die Einhaltung des Gesetzes Pflicht aller ist und seine Verletzung einfach unzulässig wird.

Die erfolgreiche Verwirklichung der angenommenen Normativ- und Rechtsakte ist in vielerlei Hinsicht mit der Bildung eines neuen Rechtsbewußtseins, einer neuen Re-

chtskultur verbunden. Es ist gut bekannt, daß das Niveau der Rechtskultur nicht durch die Anzahl der angenommenen Gesetze, sondern durch ihre Einhaltung bestimmt wird. Der Weg zur Marktwirtschaft muß sich für uns zu einer Schule der Rechtserziehung gestalten. Eine wichtige Lehre, die wir daraus ziehen müssen, ist, daß wir lernen müssen, laut Gesetz zu leben und zu arbeiten, daß wir lernen müssen, über das Gesetz unsere Rechte und Freiheiten zu verteidigen und unbedingt unsere Pflichten zu erfüllen. Wir müssen lernen, die Rechte, Freiheiten und Interessen anderer Menschen zu achten. Wir müssen erreichen, daß die Macht des Gesetzes triumphiert und seine strikte Einhaltung heilige Pflicht aller wird.

### **1.3. PRIVATISIERUNG DES STAATSEIGENTUMS UND BILDUNG DER GRUNDLAGEN EINER WIRTSCHAFT MIT MEHREREN SOZIALÖKONOMISCHEN SEKTOREN**

Die Grundbedingung für den Übergang zu den Marktbeziehungen bildet die Schaffung rechtlicher und organisatorischer Voraussetzungen für die Ausbildung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren und von Konkurrenzbedingungen.

**Den Grundstein des gesamten Maßnahmenkomplexes zur Schaffung des Marktes bildet die Lösung der Eigentumsfrage.** Sie gewinnt in den postsozialistischen Staaten, die den Weg der Marktwirtschaft eingeschlagen haben, besonders an Bedeutung und Schärfe. Mit der Lösung dieser Frage beginnt die Verlegung des Fundaments der neuen Gesellschaft, der neuen Wirtschaftsbeziehungen. Gerade in bezug auf Lösung der Eigentumsfrage unterscheiden sich die von den neuen souveränen Staaten gewählten unter-

schiedlichen Verfahren und Modelle der Umgestaltung der zentralen Planwirtschaft in die Marktwirtschaft voneinander. Eine erfolgreiche, den Forderungen der Zeit entsprechende Lösung der gegebenen Frage bildet den Hauptfaktor, der dazu berufen ist, die Wirtschaft unserer Republik in eine Reihe mit den entwickelten Ländern der Welt zu stellen.

**In Usbekistan wurde in der ersten Reformetappe die Gleichberechtigung aller Eigentumsformen verfassungsrechtlich verankert.** Für ihre Ausbildung wurden verschiedene Rechtsnormen und Funktionsmechanismen geschaffen. Mehr noch, für die neuorganisierten oder privatisierten, auf Privateigentum basierenden oder mit Teilnahme ausländischen Kapitals geschaffenen Betriebe existiert ein ganzes System von Steuervergünstigungen und Präferenzen als Anreiz für ihre aktive Entwicklung. So wurden heute praktisch alle juristischen und organisatorischen Einschränkungen aufgehoben, die früher künstlich den nichtstaatlichen, privaten Sektor, die Entwicklung des Unternehmertums einschränkten.

Eine beachtenswerte Besonderheit der Schaffung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren in den postsozialistischen Ländern, zu denen auch Usbekistan gehört, die sie prinzipiell von den Ländern unterscheidet, in denen der Prozeß der Schaffung der Marktwirtschaft auf revolutionärem Wege erfolgte, ist die Tatsache, daß die Bildung des nichtstaatlichen Sektors vorwiegend auf Kosten der Entstaatlichung und Privatisierung des Staatseigentums erfolgt.

Die Privatisierung des Staatseigentums erfolgt sowohl in wirtschaftlich entwickelten Ländern als auch in den Entwicklungsländern, wie z. B. in Großbritannien, Frankreich, Japan, den Philippinen und anderen. Das ist ein natürlicher Prozeß der Entwicklung der Marktbeziehungen.

besonders in den Ländern, wo der staatliche Wirtschaftssektor einen genügend hohen Anteil ausmacht. Der Staat ist dazu berufen, die einzelnen Wirtschaftssektoren, einzelne, nicht selten wirtschaftlich wenig effektive, aber für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes eine wichtige Rolle spielenden Betriebe zu unterstützen und sich um ihren Unterhalt und ihre Finanzierung zu kümmern. Sobald sie wirtschaftlich erstarken und reibungslos funktionieren, können sie in Privatbesitz überführt werden.

In den ehemaligen sozialistischen Ländern, die Wirtschaftsreformen durchführen, ist die Situation anders. Vor Erringung der Souveränität wurde Privateigentum an Produktionsmitteln überhaupt verneint. Das war das erste Kennzeichen und der Unterschied der kapitalistischen Produktionsweise von der sozialistischen. Deshalb wurde juristisch und vorrangig in der Praxis Privateigentum vollständig verneint. Existenzberechtigung besaß nur seine veränderte Form als persönliches Eigentum der Bürger an persönlicher Habe, die kein Produktionsmittel darstellte und keine Einnahmen einbrachte. Alle Arten von Einnahmen, die die Bevölkerung aus der Nutzung ihres Vermögens zog, waren ungesetzlich.

Im Laufe vieler Jahrzehnte herrschte in der Wirtschaft der staatliche Sektor in Form des sogenannten Volkseigentums, das in Wirklichkeit vollständig im Besitz des staatlichen bürokratischen Systems war. Die ganze Vielfalt der Eigentumsformen war auf zwei Arten beschränkt: das staatliche und das kollektivwirtschaftlich-genossenschaftliche Eigentum. Wobei zu berücksichtigen ist, das letzteres sich faktisch auch im Staatsbesitz befand.

Auf diese Art und Weise waren alle Produktionsmittel Monopoleigentum des Staates. Das führte zur gewaltsamen Lostrennung der tatsächlichen Produktionsteilnehmer von

den Produktionsmitteln, zum Verlust des Eigentümergefühls, zur Verringerung der wirtschaftlichen Interessiertheit und der Arbeitsanreize. Nur der wirtschaftlich freie Bürger, der wahre Eigentümer, ist tatsächlich daran interessiert, über sein Eigentum zu verfügen, ist fähig, nicht nur seinen Wohlstand zu vergrößern, sondern auch den Reichtum seines Landes zu mehren.

**Deshalb bestand die allerwichtigste Aufgabe der ersten Etappe in der Beseitigung des Monopolismus an Staatseigentum und der Schaffung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren auf Grundlage seiner Privatisierung.**

Viele Länder, die den Privatisierungsprozeß durchgeführt haben, haben Erfahrungen gesammelt und eigene Verfahren zur Überführung in verschiedene Eigentumsformen geschaffen. Prinzipiell unterschieden sie sich voneinander durch die Ziele der Privatisierung, die Dynamik und die Verfahren zur Verwirklichung dieses Prozesses, den Grad der Teilnahme der Bevölkerung am Privatisierungsprozeß.

Das Ziel der Massenprivatisierung in Rußland bestand darin, in einer möglichst kurzen Frist eine breite Schicht von Eigentümern durch vollständige Überführung aller Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften zu bilden und einen Markt für Privatisierungsscheine zu schaffen. Dabei wurde die Finanzierung nicht als Faktor zur Gewährleistung der Wirtschafts- und Finanzstabilität betrachtet. Im Endeffekt bildete sich auf dem Hintergrund einer weitreichenden Privatisierung, die den Prozeß der schnellen Annäherung an den Markt symbolisierte, keine Schicht tatsächlich vorhandener, wirtschaftlich starker Eigentümer heraus. Im Gegenteil, dieser Prozeß wurde von einem Absinken der Produktion, der Zunahme der finanziellen Unausgeglichenheit begleitet, zahlreiche Betriebe, die ihre Eigentumsform

verändert hatten, gerieten an den Rand des Bankrotts und wurden für einen Spottpreis weiterverkauft. Anstelle einer breiten Schicht von Eigentümern, der Besitzer der Eigentumsscheine, entstand ein weit verzweigtes Netz von Finanz- und Holdinggesellschaften, Fonds für Privatisierungsscheine, die aus der Unwissenheit der Hauptmasse der Bevölkerung Kapital schlugen. Das führte zu einer noch stärkeren sozialen Differenzierung in der Gesellschaft.

Unter Berücksichtigung der Besonderheiten des eigenen Modells des Übergangs zu den Marktbeziehungen, wurden von uns prinzipielle Verfahren zur Verwirklichung der Privatisierung und zur Schaffung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren ausgearbeitet, die sich in der Praxis bewährt haben. Worin bestehen sie?

Vor allem, haben wir von Anfang an die Idee der Privatisierung durch Gutscheine abgelehnt, obwohl ausländische Experten mit viel Nachdruck versucht haben, sie uns aufzuzwingen. Trotz aller Versuche, uns diese Idee mit Akzentierung auf die Gewährleistung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit schmackhaft zu machen, haben wir sie aus mehreren Gründen für uns als nicht annehmbar befunden.

Erstens läßt sich nicht objektiv bestimmen, welchen Beitrag jeder einzelne Bewohner der Republik für das vorhandene, von mehreren Generationen geschaffene Produktionspotentials, geleistet hat. Die Einschätzung des Wertes des Vermögens und daraufhin die Vergabe einer entsprechenden Menge von Schecks, Eigentumsscheinen und anderen derartigen Wertpapieren und ihre Aufteilung zu gleichen Teilen an die gesamte Bevölkerung, stellt keine Wahrung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit dar, sondern wiederum eine verzerrte Form der sozialistischen verschwommenen Gleichmacherei.

Zweitens schafft die unentgeltliche Verteilung von Eigentumsscheinen und der anschließende Erwerb von Aktien der Betriebe keine Armee von Eigentümern, sondern führt im Gegenteil zu einer Entwertung unseres Reichtums. Niemand wird Vermögen oder den Teil eines Vermögens, das ihm praktisch unentgeltlich zugefallen ist, so behüten und effektiv zu nutzen versuchen, wie das für sauer verdientes Geld erworbene Gut. **Was keinen Preis besitzt, wird auch nicht geschätzt.** Diese bittere Wahrheit haben wir in den vergangenen Jahren gut begriffen. Nicht zufällig beobachten viele „Neue Russen“ gleichgültig, wie die Betriebe zerfallen, deren Eigentumsscheinaktionäre sie sind, wie mit viel Lärm und Skandalen gleich Seifenblasen zahlreiche Scheck- und Investitionssfonds zerplatzen.

Wir haben die eindeutige Schlußfolgerung gezogen, daß **das Staatseigentum nur durch Verkauf an einen neuen Eigentümer in eine andere Eigentumsform überführt werden kann.** Eine Ausnahme bilden nur Objekte der sozialen Infrastruktur und des ökologischen Schutzes. Der Sinn eines derartigen Herangehens an die Entstaatlichung und Privatisierung war denkbar einfach: Absage an den verschwommenen Privatisierungsscheineigentümer und Übergabe des Vermögens an den Eigentümer, der fähig ist, das ihm übergebene Gut richtig zu nutzen und bereits in der ersten Etappe seiner Nutzung ihm höchste Effektivität zu garantieren. Dieses Herangehen hat sich, wie die Praxis zeigt, vollständig bewährt. Anstelle des Sinkens der Produktion und des Konkurses, wie in mehreren anderen Staaten, haben die meisten privatisierten Betriebe bei uns ihre Leistungen gesteigert und sich alle Schwierigkeiten der Übergangsperiode auf ihre Schultern geladen.

Nicht unwichtig ist weiterhin, daß die durch die Privatisierung gewonnenen Mittel in erster Linie für die

Unterstützung der Betriebe selbst in der Periode nach der Privatisierung, für die Schaffung neuer konkurrierender Produktionsstätten aufgewandt werden. Das führt zu einer beachtlichen Entlastung des Haushalts und bietet die Möglichkeit, die freien Investitionsreserven in vorrangigen Reformrichtungen zu akkumulieren.

**Drittens** verlangt ein effektives Funktionieren des Scheckmarktes eine hohe Kultur des Umgangs mit Wertpapieren, das Vorhandensein entsprechender Strukturen und Garantiesysteme. Das Fehlen von Fertigkeiten im Umgang mit Wertpapieren bei dem größten Teil der Bevölkerung und klarer Vorstellungen darüber, in welchen Bereichen und Betrieben man sie vorteilhaft anlegen kann, sowie die Tatsache, daß ein bedeutender Teil der Bevölkerung mit der Landwirtschaft verbunden ist, hätte bei Durchführung einer Privatisierung mit Eigentumsscheinen zweifellos zu einer Verschärfung der sozialen Situation geführt. Das jedoch widerspricht voll und ganz den von uns ausgewählten Reformprinzipien .

**Der zweite Unterschied besteht in der Gewährleistung des programmgemäßen Herangehens und der etappenweisen Verwirklichung der Privatisierung.** Im Gesetz über die Entstaatlichung und Privatisierung ist eindeutig festgelegt, daß die gesamte Tätigkeit zur Überführung der Eigentumsformen auf der Grundlage der ausgearbeiteten und bestätigten Republik- und Territorialspezialprogramme etappenweise erfolgt.

Ein derartiges Verfahren erlaubte uns, die wichtigsten Prioritäten im Bereich der Privatisierung für jede Etappe festzulegen. In der Anfangsetappe erfaßte der Privatisierungsprozeß den gesellschaftlichen Wohnungsbestand, die Betriebe des Handels, der örtlichen Industrie und des Erfassungssystems für Agrarerzeugnisse, er stellt die sogenannte

„Privatisierung von Kleinbetrieben“ dar. Einzelne Mittel- und Großbetriebe der Leicht-, der örtlichen Industrie, des Verkehrs- und Bauwesens und anderer Zweige wurden in der Regel in Pachtbetriebe mit dem Recht des späteren Erwerbs, in Kollektivbetriebe, in geschlossene Aktiengesellschaften, bei denen sich das Aktienkontrollpaket in Besitz des Staates befindet, umgewandelt. In der gleichen Etappe wurde im Verlaufe der Privatisierung selbst das Verfahren der Entstaatlichung aufgestellt und vervollkommen, veränderten sich Psychologie und Einstellung zur Entstaatlichung.

Nachdem genügend Erfahrungen vorlagen, vertiefte sich der Privatisierungsprozeß. Qualitativ neue Impulse vermittelten ihm die Erlasse vom 21. Januar 1994 über Maßnahmen zur Vertiefung der Wirtschaftsreformen und vom 16. März 1994 über die vorrangigen Richtungen der Weiterentwicklung des Entstaatlichungs- und Privatisierungsprozesses. Die angenommenen Beschlüsse sahen eine Ausweitung des Aktionierungsprozesses der Betriebe durch Gründung offener Gesellschaften mit breiter Einbeziehung der Bevölkerung und ausländischer Investoren vor. Durch Erweiterung der Teilnehmerzahl hatte den Zweck, den Staatsanteil an den Aktien kräftig zu verringern. Es wurden die Grundlagen für die Bildung eines Wertpapier- und Immobilienmarktes geschaffen, man begann regelmäßig Auktionen und Ausschreibungen zum Verkauf des staatlichen Vermögens abzuhalten.

Die gesamte Privatisierungstätigkeit besitzt folgerichtigen, systematischen Charakter. Über 20 Staatsprogramme zur Entstaatlichung und Privatisierung in verschiedenen Wirtschaftszweigen und Gegenden der Republik wurden angenommen.

Das nächste kennzeichnende Merkmal des von uns gewählten Privatisierungsverfahrens besteht in der

**Schaffung und Sicherung sozialer Garantien für die Bevölkerung während der Entstaatlichung.** Dabei wurden das Prinzip der Gleichberechtigung der Bürger auf in bezug auf das Anrecht auf einen Vermögensanteil und der soziale Schutz des Arbeitskollektivs des zu privatisierenden Betriebs streng eingehalten.

Die sozialen Garantien bestehen in erster Linie darin, daß ein ganzes System von Vergünstigungen bei der Privatisierung geschaffen wurde. So können Angehörige des Arbeitskollektivs des privatisierten Betriebs Aktien zu vergünstigten Bedingungen erwerben. Unentgeltlich werden dem neuen Eigentümer die Grundfonds mit einem hohen Verschleißgrad und die Objekte der sozialen Infrastruktur übergeben. Unter vergünstigten Bedingungen wird die Privatisierung des Vermögens der Staatsgüter, der Farmen, der Obst- und Weingärten durchgeführt. Vorgesehen sind auch Preisabschläge für den Rückkaufwert des Vermögens, wenn der privatisierte Betrieb die Grundfonds für eigene Mittel aus dem Produktionsentwicklungsfonds erworben hat. Zahlreiche Handels- und Dienstleistungsobjekte wurden den neuen Besitzern zusammen mit den Grundstücken verkauft. Um die Betriebe nach der Privatisierung zu unterstützen, werden ihnen auch einzelne Steuervergünstigungen gewährt.

Das System der sozialen Garantien ist damit dazu berufen, die allergünstigsten Bedingungen, sowohl für den Privatisierungsprozeß, als auch für den erfolgreichen Tätigkeitsbeginn nach der Privatisierung zu schaffen.

Das bei uns entwickelte Privatisierungsverfahren unterscheidet sich dadurch von anderen, daß neben einer Änderung der Eigentumsformen eine Aufgliederung, eine Demonopolisierung der entstandenen Produktions- und Leitungsstrukturen erfolgt. Besonders deutlich spürte man das in den Zweigen der Leicht- und örtlichen Industrie, im Agrar-

und Industriekomplex. Es tauchen nicht nur neue Besitzer auf, sondern es bilden sich tatsächliche Konkurrenzbedingungen heraus.

Welche konkreten Ergebnisse haben wir in der ersten Etappe der Wirtschaftsreformen im Bereich der Privatisierung und Entwicklung des Unternehmertums erzielt?

**Vor allem, und das ist das Hauptergebnis, ist die Privatisierung der Kleinbetriebe so gut wie abgeschlossen, weiterhin wurden institutionelle Strukturen, Spezialorgane, geschaffen, deren Aufgabe darin besteht, das Staatseigentum zu verwalten und in andere Eigentumsformen zu überführen.**

In der ersten Etappe verlief dieser Privatisierungsprozeß am aktivsten im Bereich der Privatisierung der Kleinbetriebe, die hauptsächlich auf der Grundlage der Überführung von Handelseinrichtungen, Dienstleistungsbetrieben und Betrieben der örtlichen Industrie in Privat- und kollektives Eigentum (Schirkateigentum) erfolgte. Sie wurde bereits 1994 abgeschlossen und Anfang 1995 entfielen bereits 82 Prozent der Gesamtproduktion des Handels und der öffentlichen Speisewirtschaft auf den nichtstaatlichen Sektor. In Übereinstimmung mit den angenommenen Privatisierungsprogrammen der verschiedenen Zweige wurden der größte Teil der Betriebe im System der Korporation "Machall Sanoat", der Assoziationen "Usbeksawdo", und "Usbel bir-laschuw" und "Usbytsojus" umgewandelt.

Die Erfahrungen der privatisierten Objekte des Handels und des Dienstleistungsbereichs beweisen, daß von dem Augenblick an, da sie einen richtigen Eigentümer erhielten, sich die Verkaufskultur und die Qualität der Dienstleistungen rapide verbessert haben, sich das Angebot an Waren und Dienstleistungen vergrößert hat und überall laufende und Generalrenovierungen vorgenommen wurden.

Den ersten Schritt bildete auch die Privatisierung des Wohnungsbestands. Im Laufe der Privatisierung wurden über eine Million Wohnungen, die früher vom Staat verwaltet wurden, d.h. über 95 Prozent des staatlichen Wohnungsfonds, in Privateigentum der Bürger überführt. Dabei wurde jede dritte Wohnung den Besitzern vergünstigt oder kostenlos übergeben. Kriegsveteranen, Lehrer, medizinisch und wissenschaftlich Tätige und die schöpferische Intelligenz wurden unentgeltlich Wohnungsbesitzer.

Für arbeitsunfähige und alleinstehende, betagte Personen mit niedrigem Einkommen und für junge Leute, die zum ersten Male geheiratet haben, und andere sozial nicht geschützte, minderbemittelte wohnraumbedürftige Bürgerkategorien wurden vor Ort bei den Verwaltungsorganen spezielle kommunale zweckbestimmte Wohnraumbestände geschaffen. Diese Bestände werden durch Mietverträge ohne Recht auf Privatisierung genutzt.

Betrieben und Organisationen wurde das Recht gewährt, die ihren Beschäftigten und Rentnern für den Wohnungsbau oder die Privatisierung einer Wohnung gewährten Darlehen oder Kredite vollständig oder teilweise zu tilgen.

Mit der Privatisierung des Wohnungsbestands änderte sich das System der kommunalen Wartung grundlegend. Sie wechselte in die Kompetenz der örtlichen Verwaltungsorgane über. Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der Regionen für die kommunale Versorgung der Bevölkerung nahmen zu. Der Bereich wurde nicht formal, sondern tatsächlich über die Finanzierung den örtlichen Organen übergeben.

Die Durchführung der Privatisierung der Kleinbetriebe und die wachsende Erfahrung der Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen, ermöglichten Mitte 1994 mit der Massenprivatisierungsetappe zu beginnen, deren Ziel die Schaffung von offenen Aktiengesellschaften, die Durchführung

und Industriekomplex. Es tauchen nicht nur neue Besitzer auf, sondern es bilden sich tatsächliche Konkurrenzbedingungen heraus.

Welche konkreten Ergebnisse haben wir in der ersten Etappe der Wirtschaftsreformen im Bereich der Privatisierung und Entwicklung des Unternehmertums erzielt?

**Vor allem, und das ist das Hauptergebnis, ist die Privatisierung der Kleinbetriebe so gut wie abgeschlossen, weiterhin wurden institutionelle Strukturen, Spezialorgane, geschaffen, deren Aufgabe darin besteht, das Staatseigentum zu verwalten und in andere Eigentumsformen zu überführen.**

In der ersten Etappe verlief dieser Privatisierungsprozeß am aktivsten im Bereich der Privatisierung der Kleinbetriebe, die hauptsächlich auf der Grundlage der Überführung von Handelseinrichtungen, Dienstleistungsbetrieben und Betrieben der örtlichen Industrie in Privat- und kollektives Eigentum (Schirkateigentum) erfolgte. Sie wurde bereits 1994 abgeschlossen und Anfang 1995 entfielen bereits 82 Prozent der Gesamtproduktion des Handels und der öffentlichen Speisewirtschaft auf den nichtstaatlichen Sektor. In Übereinstimmung mit den angenommenen Privatisierungsprogrammen der verschiedenen Zweige wurden der größte Teil der Betriebe im System der Korporation "Machall Sanoat", der Assoziationen "Usbeksawdo", und "Usbekbir-laschuw" und "Usbytsojus" umgewandelt.

Die Erfahrungen der privatisierten Objekte des Handels und des Dienstleistungsbereichs beweisen, daß von dem Augenblick an, da sie einen richtigen Eigentümer erhielten, sich die Verkaufskultur und die Qualität der Dienstleistungen rapide verbessert haben, sich das Angebot an Waren und Dienstleistungen vergrößert hat und überall laufende und Generalrenovierungen vorgenommen wurden.

Den ersten Schritt bildete auch die Privatisierung des Wohnungsbestands. Im Laufe der Privatisierung wurden über eine Million Wohnungen, die früher vom Staat verwaltet wurden, d.h. über 95 Prozent des staatlichen Wohnungsfonds, in Privateigentum der Bürger überführt. Dabei wurde jede dritte Wohnung den Besitzern vergünstigt oder kostenlos übergeben. Kriegsveteranen, Lehrer, medizinisch und wissenschaftlich Tätige und die schöpferische Intelligenz wurden unentgeltlich Wohnungsbesitzer.

Für arbeitsunfähige und alleinstehende, betagte Personen mit niedrigem Einkommen und für junge Leute, die zum ersten Male geheiratet haben, und andere sozial nicht geschützte, minderbemittelte wohnraumbedürftige Bürgerkategorien wurden vor Ort bei den Verwaltungsorganen spezielle kommunale zweckbestimmte Wohnraumbestände geschaffen. Diese Bestände werden durch Mietverträge ohne Recht auf Privatisierung genutzt.

Betrieben und Organisationen wurde das Recht gewährt, die ihren Beschäftigten und Rentnern für den Wohnungsbau oder die Privatisierung einer Wohnung gewährten Darlehen oder Kredite vollständig oder teilweise zu tilgen.

Mit der Privatisierung des Wohnungsbestands änderte sich das System der kommunalen Wartung grundlegend. Sie wechselte in die Kompetenz der örtlichen Verwaltungsorgane über. Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der Regionen für die kommunale Versorgung der Bevölkerung nahmen zu. Der Bereich wurde nicht formal, sondern tatsächlich über die Finanzierung den örtlichen Organen übergeben.

Die Durchführung der Privatisierung der Kleinbetriebe und die wachsende Erfahrung der Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen, ermöglichten Mitte 1994 mit der Massenprivatisierungsetappe zu beginnen, deren Ziel die Schaffung von offenen Aktiengesellschaften, die Durchführung

von Aktienemissionen und die Herausbildung von großangelegten Immobilien- und Wertpapiermärkten war. Der Prozeß der Entstaatlichung und Privatisierung der Mittel- und Großbetriebe der Industrie, des Bau- und Verkehrswesens, der Fleisch- und Milchindustrie, der Nahrungsmittel- und Baumwollverarbeitungsbranche des Agrar- und Industriekomplexes setzte ein. Große Aufmerksamkeit wird der Privatisierung der Touristikkomplexe in Taschkent, Buchara, Samarkand und Chiwa geschenkt.

Im Verlaufe der ersten Etappe wurde auch das Privatisierungsverfahren selbst vervollkommen. Vorbereitet ist ein Vorhaben zur Bildung offener Aktiengesellschaften auf der Grundlage von mittleren und großen Staatsbetrieben. Gründer einer Aktiengesellschaft können in erster Linie das gesamte Arbeitskollektiv, ausländische Investoren, die bereit sind, Geld in die technische Umgestaltung der Produktion zu investieren, und der Staat sein. Vorgesehen ist außerdem die freie Ausschreibung von Aktien über die Wertpapierbörse, sogar im Ausland. Dabei ist eindeutig festgelegt, daß der staatliche Anteil der Aktien rapide gesenkt werden muß. Heute darf er schon nicht mehr als 26 Prozent betragen. Über die Hälfte des gesamten Aktienpakets soll frei verkauft werden.

Mit dem Ziel, die Reformen zu beschleunigen, wurde auf dem Lande ein Programm zur Entstaatlichung und Entwicklung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren in der Landwirtschaft Usbekistans ausgearbeitet, das jetzt verwirklicht wird. Auf der Grundlage des Taschkenter Rayons wurde eine Konzeption der Wirtschaftsentwicklung ausgearbeitet, die als Grundlage für die Vorbereitung der Vertiefung der Wirtschaftsreformen auf Rayonebene dienen soll.

Im Privatisierungssystem finden häufiger neue Formen der Entstaatlichung durch Verkauf des Staatseigentums über Ausschreibungen und Auktionen Anwendung. Die Erfahrungen der ersten Auktionen haben bewiesen, daß diese Form große Aussichten besitzt und das eine immer größere Zahl neuer Eigentümer an ihnen teilnimmt. Über Auktionen werden heute in der Regel Handels- und Dienstleistungseinrichtungen verkauft: Geschäfte, Restaurants, Hotels usw. Der Verkaufspreis spielt sich dabei bedeutend über dem Startpreis ein. Das ermöglicht nicht nur eine möglichst genaue Festlegung des Preises des zu privatisierenden Eigentums, sondern trägt weiterhin zur Stärkung unserer nationalen Währung bei.

In der letzten Zeit fand eine neue Auktionsform Verbreitung, bei der nicht nur Vermögen, sondern auch die Grundstücke auf denen sich die zu privatisierenden Handels- und Dienstleistungsobjekte befinden, und das Recht der Nutzung von Grundstücken für Neubauten, auf Auktionen zum Verkauf, darunter auch an ausländische Investoren, angeboten werden. Es werden Auktionen und Ausschreibungen zur Übergabe von landwirtschaftlich genutzten Flächen in unbefristete Nutzung mit Erbrecht durchgeführt.

Mit der Schaffung institutioneller Strukturen des Immobilien- und des Wertpapiermarktes wurde begonnen. Eine Republikimmobilien- und eine Wertpapierbörse, das Nationale Depositorium und ein Investitionsfonds wurden gebildet und ein Programm zur Schaffung eines Informations- und Telekommunikationssystems aufgestellt.

Mit dem Ziel der breiten Einbeziehung der Bevölkerung in den Prozeß der Privatisierung und der beschleunigten Herausbildung eines Wertpapiermarktes begann man mit der regelmäßigen Durchführung von Auktionen auf der

Republikwertpapierbörse, die Maklerbüros in den Oblasten besitzt.

Ein Immobilienmarkt bildet sich heraus. Bei den verkauften Objekten handelt es sich meist um Wohnungen, Handels- und Dienstleistungsobjekte, unfertige Bauobjekte. Das ist nur der Anfang.

Der Prozeß der Entstaatlichung und Privatisierung gewinnt an Kraft. Seit Privatisierungsbeginn des Staatseigentums und bis Ende 1994 wurden rund 54 Tausend Betriebe und Objekte entstaatlicht. 18,4 Tausend davon gingen in Privateigentum über, 26,1 Tausend wurden Aktiengesellschaften, 8,7 Tausend - Kollektivbetriebe und 661 - Pachtbetriebe. Auf Grundlage der privatisierten Betriebe werden Joint-ventures mit ausländischem Kapital gegründet. Heute haben von drei Betrieben zwei nichtstaatliche Eigentumsformen. Rund die Hälfte des Bruttonationalprodukts wurde 1994 vom nichtstaatlichen Wirtschaftssektor erbracht.

Mit der durch die Entstaatlichung und Privatisierung erhaltenen Mittel werden die Kredite für die Realisierung konkreter Projekte zur technischen Umrüstung und zur Umgestaltung der Produktionsstrukturen für die Betriebe in der Periode nach der Privatisierung finanziert. Das bietet die Möglichkeit, die Privatunternehmer, in erster Linie Einzelbauern, durch Kredite zu unterstützen.

Auch das Kleinbusiness entwickelt sich. Die Zahl der Kleinbetriebe hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Zur Unterstützung des nichtstaatlichen Sektors wurden in der Republik der Fonds zur Entwicklung des Kleinunternehmertums und der Fonds zur Unterstützung der klein- und mittelständischen Unternehmen gebildet.

Die durchgeführten Maßnahmen zur Unterstützung des Privatsektors ermöglichten die Steigerung der Anzahl der Privatbetriebe zum Anfang 1995 fast bis auf 20 Tausend.

individueller Erwerbstätigkeit gehen über 250 Tausend Personen nach. Insgesamt arbeiten im nichtstaatlichen Sektor rund 4 Mill. Menschen, etwa die Hälfte aller in der gesellschaftlichen Produktion Beschäftigten. Das ist ein überzeugender Beweis dafür, daß wir uns tatsächlich der Marktwirtschaft nähern.

An der Realisierung der Prozesse der Entstaatlichung und Privatisierung nehmen viele internationale Organisationen aktiv teil, solche wie UNOID, mit deren Unterstützung drei Business-Inkubatoren eingerichtet wurden. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft gründete ein Zentrum für Geschäftskontakte. Die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) schuf ein Zentrum zur Unterstützung des kleinen und mittleren Unternehmertums. Aktiv tätig sind der Amerikanische Fonds des Unternehmertums in Zentralasien und der Zentralasiatische Investitionsfonds (Großbritannien), die eine breite Palette von Consultingleistungen erteilen und die Kaderausbildung organisieren.

Der Effekt der Privatisierung hat zweispältigen Charakter, einerseits zieht er die freien Mittel der Bevölkerung an, senkt ihren Druck auf den Markt und schafft gleichzeitig Voraussetzungen für die Einbeziehung neuer Quellen in die Produktion und die Entstehung von Konkurrenz zwischen den Warenerzeugern. Andererseits trägt dieser Prozeß durch die effektivere Tätigkeit der privatisierten Betriebe zur Steigerung des Einkommens der Bevölkerung bei.

Trotz der sichtbaren Erfolge bei der Schaffung einer modernen Wirtschaft mit mehreren sozialwirtschaftlichen Sektoren ist eindeutig, daß der Privatisierungsprozeß im Großmaßstab erst anzulaufen beginnt. In seiner weiteren Vertiefung besteht eine der vorrangigen Aufgaben der nachfolgenden Etappen der Wirtschaftsreformen.

#### 1.4. REFORMIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT, SCHAFFUNG EINES NEUEN TYPUS VON AGRAR- BEZIEHUNGEN

In der ersten Etappe der Wirtschaftsreformen in Usbekistan wurde der Reformierung der Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Das war durch die Rolle bedingt, die die Landwirtschaft und die mit der Verarbeitung der Agrarrohstoffe verbundenen Zweige in der modernen Wirtschaft unserer Republik spielen.

Auf den Agrarsektor entfielen nach dem Stand vom 1. Januar 1995 über 24 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, rund 37 Prozent aller in der Volkswirtschaft Beschäftigten; über die Hälfte der Bevölkerung lebt auf dem Lande und ihre materielle Lage hängt direkt vom Zustand in diesem führenden Lebensbereich der Republik ab.

Die Entwicklungsperspektiven, die wirtschaftliche und finanzielle Lage vieler Industriezweige der Republik, solcher wie der Baumwollreinigungs-, Textil-, Leicht-, Nahrungsmittel- und Chemieindustrie, des Landmaschinenbaus und anderer, die etwa die Hälfte des gesamten Industriepotentials ausmachen, hängen in der komplizierten Übergangsperiode unmittelbar von der Landwirtschaft ab. Gerade die stabile Entwicklung der Landwirtschaft in den letzten Jahren ermöglichte die Erhaltung des Industriepotentials, und in den mit der Verarbeitung der Agrarerzeugnisse verbundenen Betrieben sogar eine Steigerung der Produktion. Gerade der Agrarsektor wurde zu einem wichtigen Faktor der wirtschaftlichen Stabilität Usbekistans.

Die landwirtschaftliche Produktion und insbesondere die Baumwolle bildet in der Gegenwart die wichtigste Devisenressource, die Hauptquelle, mit deren Mitteln der Import der für die Republik lebenswichtiger Nahrungsmittel, der

Medikamente, des Erdöls, der Erdölerzeugnisse, der Maschinen und der technologischen Ausrüstungen erfolgt.

Deshalb waren Probleme der grundlegenden Umgestaltung und beschleunigten Entwicklung des Agrarsektors bestimmend für die Anfangsetappe der Reformen und die gesamte Strategie Usbekistans beim Übergang zum Markt.

Wir stellen uns die Aufgabe, die vorrangige Entwicklung des Dorfes zu garantieren und die Landwirtschaft nach qualitativ neuen Prinzipien auferstehen zu lassen. Der gesamte Reformierungsprozeß des Dorfes verlangte die Wiedergeburt des wahren Herrn des größten Reichtums, den wir besitzen, der Erde, es war notwendig, dem Dechkanen Hoffnung einzufloßen und sein Wohlhabender zu erhöhen. Wir halten uns streng an das Prinzip, daß der Staat dem Dorf jegliche Hilfe leisten muß. In der Republik wurden, ausgehend von der konsequenten Einhaltung dieser Prinzipien, die notwendigen Voraussetzungen für die Reformierung der Agrarbeziehungen, die Restrukturierung der Landwirtschaftsbetriebe, die weitere Steigerung der Agrarproduktion, die Verringerung der Importabhängigkeit einzelner Nahrungsmittel geschaffen.

Für die Beschleunigung des Erneuerungsprozesses im Agrarsektor haben neben den früher angenommenen Gesetzen, die im Februar 1994 gefaßter Regierungsbeschlüsse über zusätzliche Maßnahmen zur Verwirklichung der Wirtschaftsreformen in der Landwirtschaft und über die Vervollkommnung der Reformen in der Viehzucht und den Schutz der Interessen der Dechkanenwirtschaften (Einzelbauernwirtschaften) und der privatisierten Viehwirtschaftsbetriebe große Bedeutung.

Dank der während der Agrarreform auf dem Lande durchgeführten Maßnahmen entstanden neue Wirtschaftsstrukturen, die den Forderungen der Marktwirtschaft

besser entsprachen. Der nichtstaatliche Sektor entwickelte sich stark, die Struktur der Agrarproduktion veränderte sich grundlegend, das Leitungssystem und die Wirtschaftsmethoden wurden umgestaltet.

**Das Kernproblem, die Grundlage der gesamten Agrarpolitik, bildet die Frage, wem der Boden gehört.** Der größte Reichtum unserer Gegend ist die Erde: Sie ernährt uns und schafft die Hauptvoraussetzungen für unsere Lebenstätigkeit. Deshalb hängt die Zukunft der Republik, die Zukunft des usbekischen Volkes wesentlich davon ab, wie sich die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden gestalten.

Die führende Priorität in der Anfangsetappe der Wirtschaftsreformen war die Veränderung der Einstellung zum Boden als dem Hauptreichtum. Die das Dorf betreffenden Erlasse, das Gesetz „Über den Boden“ bestimmten, wie sich die Beziehungen in der Landwirtschaft gestalten werden und was mit dem Boden geschehen wird. In der Verfassung ist verankert, daß der Boden nicht als Privateigentum verkauft und nur langfristig als Pachtland weitergegeben werden darf.

Die Entwicklung der Marktbeziehungen auf dem Lande, die Wiedergeburt des Eigentümergefühls bei den Dechkanen wird durch Bereitstellung von Boden zur lebenslänglichen Nutzung mit dem Recht, den Boden zu vererben, erreicht. Die Hauptaufgabe bestand in der Entwicklung eines Wirtschaftsverfahrens auf dem Lande, das jedem Dechkanen die Möglichkeit bot, frei und interessiert zu arbeiten und selbst über die Früchte seiner Arbeit zu verfügen. Wir haben für uns eindeutig die Schlußfolgerung gezogen: der Dechkanen wird sich nur dann als wahrer Eigentümer des Bodens betrachten, wenn die Früchte seiner Arbeit, der Ertrag, ihm selbst gehören, wenn er der wahre Besitzer der produzierten Erzeugnisse ist.

Die Besonderheit unseres Ackerbaus besteht darin, daß er auf Bewässerungsfeldbau basiert, der von einem leistungsfähigen Irrigationssystem gewährleistet wird. Mehr als drei Viertel des gesamten Ackerlands müssen bewässert werden. Deshalb sind die Entwicklungsperspektiven der Landwirtschaft unmittelbar mit der Entwicklung des Bewässerungsfeldbaus, dem Bau und der Rekonstruktion der vorhandenen Irrigations- und Meliorationssysteme, der Lösung der Frage, in wessen Eigentum sich diese Anlagen befinden werden, verbunden. Dem meliorativen Zustand des Bodens ist ständig große Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn wir das versäumen, so verlieren wir die Entwicklungsaussichten.

In Usbekistan gibt es 4,2 Mill. ha bewässertes Land, von dem nur etwa 50 Prozent sich in einem guten meliorativen Zustand befinden, die übrigen Böden bedürfen der Verbesserung und der Durchführung meliorativer Arbeiten. Für diesen Zweck sollen 1995 25 Tausend ha Neuland kultiviert und 50 Tausend ha Land verbessert werden und auf einer Fläche von 26 Tausend ha ein Kollektor- und Drainagenetz angelegt werden.

Wenn die Neukultivierung eines Hektars bewässertes Land 1990 noch 6,5 Tausend Rubel und die Verbesserung eines Hektars alter bewässerter Flächen 5,0 Tausend Rubel kostete, so sind die Ausgaben heute etwa um das 14-15 fache gestiegen. Daraus ist ersichtlich, daß ein Einzelbauer nicht der Lage ist, selbständig Irrigations- und Meliorationsarbeiten vorzunehmen. Nur der Staat ist fähig, das Meliorationsnetz projektieren und anlegen zu lassen, Fragen zur Verhütung des Versalzens und des Versumpens der Böden zu lösen. Daraus wurde die entsprechende Schlußfolgerung gezogen, daß heute der Staat die Erfüllung aller Programme zur Melioration, Irrigation und Erhöhung

der Bodenfruchtbarkeit übernimmt und damit den nichtstaatlichen Wirtschaften riesige Hilfe und Unterstützung zuteilkommen läßt. Eine gründliche Analyse der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und der Systeme der Leitungsorganisation auf dem Lande zeigte, daß die Notwendigkeit ihrer grundlegenden Änderung besteht. In der Anfangsetappe der Reformen erfolgte der Prozeß der kritischen Einschätzung der Tätigkeit der Kolchosen und Sowchosen.

Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß alle staatlichen Landwirtschaftsbetriebe, und in erster Linie die unrentablen Sowchosen, in kollektive und andere Eigentumsformen überführt werden müssen. Das ist notwendig, damit das Dorf auf eine wirtschaftlich gesunde Grundlage gestellt wird. Im Grund genommen ist das eine Berichtigung der Fehler, die in der letzten Zeit in der Landwirtschaft bei Fragen der Organisation der Leitung dieses Zweigs gemacht worden waren, als man von der konsumentenhaften Einstellung ausgehend, die genossenschaftlichen Wirtschaften künstlich in der Hoffnung auf staatlichen Unterhalt in Staatsgüter umwandelte.

Während des Umwandlungsprozesses der Leitungsstrukturen auf dem Lande wurde klar festgelegt, was die landwirtschaftliche Grundeinheit darzustellen hat. Das ist eine Genossenschaft, die Einzelbauernwirtschaften vereint und für sie Leistungen erbringt, deren Tätigkeit koordiniert und in Fragen der materiell-technischen Versorgung, der Erbringung technischer und agrochemischer Hilfsleistungen unterstützt.

Prinzipiell wichtig daran ist, daß die Einzelbauernwirtschaft die Grundlage der Organisation der landwirtschaftlichen Produktion bilden soll und für ihre effektive Tätigkeit eine ausgebaute leistungsfähige Infrastruktur von

Agrofirmen, Maschinen- und Traktorenparcs, Reparaturwerkstätten, Erfassungsstellen, Kleinverarbeitungsbetrieben für Agrarproduktion usw. bestehen soll.

Gemäß den ausgearbeiteten Prinzipien und Verfahren wurden in der ersten Etappe der Prozeß der Reorganisation der Staatsgüter in Aktiengesellschaften, kollektive, genossenschaftliche und andere private Landwirtschaftsbetriebe verwirklicht. Im Zeitraum ab 1992 wurden 1066 der insgesamt bestehenden 1137 Staatsgüter in Aktionär-, Kollektiv und Pachteigentum überführt. Auf ihrer Grundlage wurden 530 Kolchosen, etwa 350 Genossenschaften, über 100 Pachtbetriebe, sowie Betriebe anderer Eigentumsformen gegründet. Außerdem wurden 1516 Rindviehfarmen den Arbeitskollektiven als Eigentum übergeben. Gegenwärtig werden Farmen der nicht auf Tierproduktion spezialisierten Betriebe privatisiert und als Privateigentum verkauft.

Das führte zu grundlegenden Veränderungen in der Struktur der Agrarproduktion in bezug auf die Eigentumsformen. Der nichtstaatliche Sektor auf dem Lande erstarkte bedeutend. 1991 betrug der staatliche Anteil 37 Prozent des Gesamtumfangs der Agrarproduktion, der Anteil des nichtstaatlichen entsprechend 63 Prozent, 1994 erzeugte der nichtstaatliche Sektor bereits fast 95 Prozent der gesamten Produktion.

Das wichtigste Ergebnis der Anfangsetappe der Durchführung der Wirtschaftsreformen in Usbekistan bildete die tatsächliche Zuweisung von Boden an die Bevölkerung durch Vergrößerung der Hofgrundstücke, die Zuteilung von neuen, in der Regel bewässerten Landflächen, für private Nebenwirtschaften, von Obst- und Weinparzellen.

Die Bereitstellung von Boden an die Menschen spielte eine ausschlaggebende Rolle bei der Lösung der aktuellen.

besonders wichtigen Probleme in den ersten, allerschwersten Jahren der Reformierung. Durch Annahme wichtiger Maßnahmen zur Stärkung der privaten Nebenwirtschaften wurde folgendes erreicht:

**erstens.** Einbeziehung des Arbeitskräfteüberschusses, des in erster Linien auf dem Lande lebenden, aus Frauen und Jugendlichen bestehenden, unbeschäftigten Teils der Bevölkerung in die gemeinnützige Arbeit und damit Aufhebung der Gefahr der Zunahme der Arbeitslosigkeit;

**zweitens.** Erhöhung des Realeinkommens der Bevölkerung, sowie Festigung der sozialen Garantien für viele Landbewohner durch Ausgabe von Arbeitsbüchern und die Gewährung des Anspruchs auf Altersrente an diejenigen, die vertragsgemäß Agrarerzeugnisse erzeugt haben;

**drittens.** Verminderung der Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln. Personen, denen eine Parzelle zugewiesen wurde, konnten nicht nur den eigenen Bedarf an Kartoffeln, Gemüse, Obst und Erzeugnissen der Viehwirtschaft decken, sondern trugen auch dazu bei, daß bedeutend mehr auf den Dechkanenmärkten in den Städten verkauft wurde und halfen damit bei der Lösung des Lebensmittelproblems;

**viertens.** eine bedeutende Zunahmen des individuellen Wohnungsbaus, was zur Lösung des aktuellen Problems der Versorgung der Bevölkerung der Republik mit Wohnraum, der Verbesserung der Wohn- und übrigen Lebensbedingungen beitrug;

**und zum Abschluß fünftens.** Gewährleistung der sozialpolitischen Stabilität in der Republik nicht nur durch Beseitigung der Gründe und Ausgangspunkte sozialer Konflikte, sondern auch als Ergebnis der aktiven Teilnahme an der Anlage der privaten Hausparzellen und Garten- und Datschengrundstücke im eigenen Interesse und im Interesse

der Familie, die Ablenkung der Menschen von Meetings und politischem Extremismus.

Die Bereitstellung von Boden spielte eine wahrhaft revolutionäre Rolle, die Abhängigkeit jeder Einzelperson vom Staat wurde damit aufgehoben. Mit dem Erwerb von Boden beginnt der Mensch Einnahmen zu erhalten, fühlt er sich als Besitzer und lernt Freiheit und Unabhängigkeit kennen.

In den Jahren der wirtschaftlichen Umgestaltung wurden zusätzlich über 550 Tausend ha bewässerter Boden für die Nutzung der Menschen bereitgestellt. Das ist wesentlich mehr, als die Bevölkerung vor Annahme der Beschlüsse besaß. Die Gesamtfläche der in individueller Nutzung befindlichen landwirtschaftlichen Fläche hat etwa 700 Tausend ha erreicht. Über 9 Mill. Menschen genießen die Früchte dieser Erde. Die Durchschnittsgröße des Hoflands beträgt mehr als 0,2 ha, was unter den Bedingungen der begrenzten Bodenressourcen einen riesigen Besitz darstellt.

Auf den in individueller Nutzung befindlichen landwirtschaftlichen Fläche werden 70 Prozent der gesamten Rinder, die Hälfte aller Schafe und Ziegen gehalten. In den letzten drei Jahren hat sich der Anteil dieser Wirtschaften am Gesamtumfang der Agrarproduktion von 30 auf 44 Prozent erhöht. Sie erzeugen (laut den Endergebnissen von 1994) 76 Prozent des Gesamtumfangs an Milch, 70 Prozent an Fleisch, 56 Prozent an Kartoffeln, 63 Prozent an Gemüse und 60 Prozent an Obst.

Die Maßnahmen in der ersten Etappe der Reformierung der Landwirtschaft waren in erster Linie auf die Entwicklung neuer Organisationsformen der landwirtschaftlichen Produktion ausgerichtet, die maximal den Prinzipien für die Schaffung wahrer Herren des Bodens entsprachen. Auf dem Lande begann sich ein Einzelbauern-, ein Dechkanensektor, zu

bilden. Zur Stimulierung der Entwicklung der Einzelbauernwirtschaften (Dechkanenwirtschaften) wurden die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen. Den Einzelbauern wurde das Recht auf langfristige Pacht und das Recht auf Vererbung des bereitgestellten Bodens gewährt. Aus dem Republikhaushalt wurden bedeutende Mittel für die Unterstützung der Einzelbauern bereitgestellt.

Obwohl für Usbekistan die Baumwolle die politische und wirtschaftliche Macht verkörpert, die die Unabhängigkeit der Republik garantiert, wurde konsequent die Linie zur Beseitigung des sich unheilvoll auf die Ökologie und die Gesundheit der Menschen auswirkenden Baumwollmonopols und die Übergabe der früher mit Baumwolle und anderen Kulturen mit niedrigem Ernteertrag bebauten Felder für die Entwicklung der Einzelbauernwirtschaften (Dechkanenwirtschaften) durchgeführt.

Daneben wurde ein System zum Schutz dieser Wirtschaften durch Schaffung von Garantien seitens des Staates zur Erhaltung und Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit geschaffen. Aktiv wird das System zur Erbringung spezialisierter Dienstleistungen für die Dechkanen durch Bereitstellung von Maschinen, Düngemittel, Samen und Setzlingen ausgebaut. Nach neuen Prinzipien werden die Veterinär- und Selektionsdienste umgestaltet. In den Rayons werden Verkaufsstellen für den Verkauf von Samen landwirtschaftlicher Kulturen und Pflanzgut eröffnet.

Das Ergebnis war, daß sich allein im Jahre 1994 die Zahl der Einzelbauernwirtschaften (Dechkanenwirtschaften) auf das 1,9 fache erhöhte und Ende des Jahres über 25 Tausend betrug, wovon sich über 10 Tausend Betriebe auf tierische Produkte spezialisieren.

Die von den Einzelbauernwirtschaften im Jahre 1994 bestellte Fläche erhöhte sich im Vergleich zu 1993 auf das 2,7

fache. Die Produktion von Getreide stieg um das 3-fache, die Produktion von Kartoffeln, Gemüse und Melonen um das 3,3-fache, von Fleisch um das 3-fache, von Milch um das 2,1-fache und von Eiern um das 1,3-fache. Das ist das tatsächliche Resultat der Anfangsetappe der Entwicklung der Einzelbauernwirtschaften (Dechkanenwirtschaften).

In der ersten Etappe der Durchführung der Wirtschaftsreformen wurde der Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Vollkommen abgeschafft wurde die verhängnisvolle Praxis der formalen bürokratischen Leitungsmethoden, die den Wirtschaften vorschrieb, was auf welchen Flächen zu säen ist. Die Wirtschaften erhielten das Recht, die Struktur der Anbauflächen und den Produktionsumfang selbst zu bestimmen.

Gleichzeitig wurde durch ökonomische Methoden, durch Stimulierung über erhöhte Aufkaufpreise konsequent eine Politik der Stabilisierung der Baumwollproduktion, zur Steigerung ihrer Erträge, der Baumwollfaserausbeute und der Umprofilierung der freiwerdenden Flächen für den Anbau von Getreide und Kartoffeln durchgeführt.

In der Republik wurde konsequent der Kurs zur Erreichung der Getreideunabhängigkeit, zur Wiederaufnahme der Produktion von Zucker und anderen Nahrungsmitteln durchgeführt. Dieser Kurs konnte in der ersten Etappe erfolgreich verwirklicht werden. Das ist ein außerordentlich wichtiges Ergebnis.

In Verbindung mit der durchgeführten Agrarpolitik erfolgten beachtliche Veränderungen der Struktur der Anbauflächen zugunsten einer bedeutenden Vergrößerung der Getreideanbauflächen und eine entsprechende Verringerung der Baumwollanbauflächen.

1994 wurden 2,7 Mill. Tonnen Getreide produziert, oder 44 Prozent mehr als 1991. 1995 sollen in allen Wirtschaftskategorien über 4,4 Mill. Tonnen Getreide, davon über 3,5 Mill. Tonnen Ährenkulturen, erzeugt werden. Um das zu gewährleisten, soll der Getreideschlag bis auf 1472 Tausend ha, davon 972 Tausend ha bewässerter Flächen, durch Vervollkommnung der Struktur der Anbauflächen und Nutzung der Flächen, auf denen früher Baumwolle und Futterkulturen angebaut wurden, vergrößert werden.

Heute haben wir nicht nur die eigene Getreideproduktion gesteigert, sondern die Möglichkeit erhalten, den Getreideimport rapide zu senken und die eingesparten Devisenressourcen zur Lösung anderer für die Republik wichtiger Aufgaben zu verwenden.

Die Kartoffelanbaufläche soll bis auf 57 Tausend ha vergrößert und die Kartoffelproduktion bis auf 800 Tausend Tonnen erhöht werden. Um das zu erreichen, sollen holländische Pflanzkartoffeln und die holländische Technologie genutzt werden.

Neben der Reformierung der Eigentumsbeziehungen auf dem Lande wurde in der Anfangsetappe der Vervollkommnung der Wirtschaftsverfahren große Aufmerksamkeit geschenkt. In dieser Hinsicht konzentrierte sich die gesamte Tätigkeit auf drei Richtungen.

**Erstens** wurde die Festsetzung gerechter Aufkaufpreise der für gesamtstaatliche Bedürfnisse gelieferten landwirtschaftliche Produktion zu einem wichtigen Hebel der Stimulierung der landwirtschaftlichen Entwicklung. Mit der Veränderung der Produktionsbedingungen und dem Ziel, den materiellen Wohlstand der in der Landwirtschaft Beschäftigten zu verbessern, wurden die Aufkaufpreise für praktisch alle Erzeugnisse der Pflanzen- und Tierproduktion ständig erhöht.

In den letzten Jahren sind die Aufkaufpreise für Baumwolle und Getreide stark angewachsen. Der Preis für eine Tonne Baumwollfasern, der anfänglich 22 Tausend Rubel betrug, machte zur Ernte 1994 bereits 3750 Sum aus, was das 170,5 fache ausmacht. Ab 1995 sollen die Aufkaufpreise für Baumwolle etappenweise bis zu den Weltmarktpreisen angehoben werden.

Bedeutend wurden die Aufkaufpreise für Kartoffeln, Obst und Gemüse, Vieh und Geflügel, Milch und Eier, Karakul und Wolle angehoben, heute existieren für diese und andere Erzeugnisse bereits freie (vereinbarte) Preise.

Mit der Anhebung der Aufkaufpreise und ihrer anschließenden Überführung in freie Preise hat der Staat nicht nur der Landwirtschaft reale Hilfe geleistet, sondern auch versucht, die Preisparität der Industrie- und Agrarerzeugnisse zu erreichen.

Zweitens wurde mit der Erhöhung der Aufkaufpreise ständig die Politik im Bereich der Festlegung der Staatsaufträge für Pflichtablieferungen landwirtschaftliche Erzeugnisse für gesamtstaatliche Bedürfnisse gelockert. In dieser Hinsicht wurden bedeutende Ergebnisse erzielt. Vor allem wurden für die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Staatsaufträge allmählich aufgehoben. Heute verfügen die Wirtschaften selbst über die von ihnen produzierten Erzeugnisse der Viehwirtschaft, des Gemüse-Obst- und Weinbaus.

Staatsaufträge bestehen nur noch für Baumwolle und Getreide, ihr Umfang wurde jedoch 1995 für Baumwolle auf 60 Prozent und für Getreide auf 50 Prozent gesenkt. Geplant ist, auch diese in den nächsten zwei bis drei Jahren abzuschaffen.

Die Erhöhung des Umfangs der dem Erzeuger selbst zum freien Verkauf nach eigenem Ermessen verbleibende Teil

der Produktion hat nicht nur zur ökonomischen Stärkung der Wirtschaften und zur Hebung des Wohlstands der Landarbeiter beigetragen, sondern stellt einen starken Anreiz zur Vergrößerung der Produktion, zur Entwicklung von Betrieben für ihre Weiterverarbeitung in den Wirtschaften dar. Viele Wirtschaften besitzen schon heute Kleinbetriebe und Abteilungen für die Produktion von Konserven, Weingerzeugnisse, Mehl, Pflanzenöl, die Erstverarbeitung von Baumwolle u.a.

**Drittens** wurden durch den Staat Maßnahmen zur Unterstützung der Zuchtätigkeit in den Landwirtschaftsbetrieben ausgearbeitet und verwirklicht. Heute sind alle Wirtschaften der Republik von der Einkommens-, der Mehrwertsteuer und anderen Steuern befreit. Die ersten beiden Jahre nach ihrer Gründung brauchen die Einzelbauernwirtschaften (Dechkanenwirtschaften) keine Steuern zu bezahlen.

Zur finanziellen Gesundung der Wirtschaften wurden wiederholt gegenseitige Verrechnungen der Kreditverschuldungen und anderer geschuldeter Beträge vorgenommen und Zahlungsaufschübe von drei Jahren für die Tilgung früher erhaltener Kredite gewährt.

Somit änderte sich in der ersten Etappe das Wechselverhältnis zwischen den Wirtschaften und dem Staat grundlegend, was dazu führte, daß sich auch das Verhältnis der Bauern zu den Ergebnissen ihrer Arbeit grundlegend veränderte.

**Die wichtigste Richtung der Agrarpolitik in der ersten Etappe und die in den folgenden Reformetappen ihre kardinale Lösung verlangende Richtung bildet die Einbeziehung überflüssiger, heute in der Landwirtschaft beschäftigter Arbeitskräfte, in andere Wirtschaftszweige, in die Industrie und den Dienstleistungsbereich.**

Berechnungen ergaben, daß auf dem Lande 6,5 Millionen Personen der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter beschäftigt sind. Die Landwirtschaft selbst kann eine derartige Anzahl von Arbeitskräften nicht mit Arbeit versorgen. Aus diesem Grund werden hocheffektiver industrieller Methoden, fortschrittlicher agrochemischer Verfahren in der landwirtschaftliche Produktion nur zögerlich eingeführt, die Folge sind eine niedrige Produktivität und Arbeitsproduktivität.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Gründung mobiler Kleinbetriebe mit moderner Technologie auf dem Lande bleibt deshalb auch weiter eine vorrangige Aufgabe. Das können nicht nur Betriebe für die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe sein, sondern auch arbeitsaufwendige Produktionsstätten für Heimarbeit und das Volksgewerbe.

Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß in den Wirtschaften, kleinere nach modernen Verfahren und mit moderner Technik arbeitende Betriebe für die Erstverarbeitung der Rohstoffe gebaut werden müssen, natürlich an Orten mit Arbeitskräfteüberschuß.

**Im Maßnahmenkomplex zur Erneuerung und Umgestaltung des Dorfes hat die beschleunigte Entwicklung der Infrastruktur des produktiven und sozialen Bereichs ausschlaggebende Bedeutung.** Das ist eine der wichtigsten Prioritäten der modernen Agrarpolitik. Nur nach Schaffung eines verzweigten Netzes kommunaler und ingenieurtechnischer Anlagen, durch grundlegende Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der Landbevölkerung kann die Landwirtschaft auf ein qualitativ neues Niveau gehoben und ihr industrieller Charakter verliehen werden.

Gleichzeitig damit wird ein Kernproblem des Dorfes gelöst, die Abziehung des Arbeitskräfteüberschusses, eines

bedeutenden Teils der arbeitsfähigen Bevölkerung aus der Sphäre der unmittelbaren landwirtschaftlichen Produktion in den industriellen Bereich, in den Bereich des Service und der Dienstleistungen.

Vom ersten Tage der Gewinnung der Unabhängigkeit in Usbekistan an wurde konsequent das Zielprogramm zur Versorgung der Landbewohner mit Trinkwasser und Erdgas verwirklicht. In einem kurzen Zeitraum wurden mehrere Tausend Kilometer Wasser- und Gasleitungen verlegt. Trinkwasser und Erdgas kamen in viele weit entfernt liegende Siedlungen und Kischlaks.

Trotzdem ist heute das Problem der Errichtung einer weitverzweigten modernen Infrastruktur des produktiven und sozialen Bereichs, die Bildung eines Service- und Dienstleistungsnetzes noch nicht endgültig gelöst.

Eine wichtige Aufgabe besteht außerdem in der Anlage eines dichten Netzes von Großhandelsgeschäften zur Deckung des Kleinbedarfs, Reparaturwerkstätten, Punkten, die die Dechkanen mit landwirtschaftlichen Maschinen, Pflanzgut, Mineraldünger usw. versorgen.

Es muß zugegeben werden, daß die Agrarreform in der Republik nicht intensiv genug durchgeführt wird, daß sie auf viele sozialökonomische Hindernisse und Barrieren stößt. Das ist in erster Linie dadurch bedingt, daß im Bewußtsein der Menschen ein Umbildungsprozeß der Konsumentenideologie vor sich geht, die sich gegen die Überführung der landwirtschaftlichen Produktion auf Marktgrundlage stemmt. Noch immer haben nicht alle Leiter, die dazu berufen sind, Initiatoren der Reformen und ihre Verwirklicher zu sein, ihre neue, für die Marktbeziehungen zutreffende Funktion begriffen. Vor Ort stößt man auf Unverständnis gegenüber den neuen Wirtschaftsprinzipien. allen

Gliedern der Leitung fehlt es an Initiative und Unternehmungsgeist.

Trotz der vorgenommenen organisatorischen Veränderungen, der Schaffung wirtschaftlicher Vergünstigungen und Anreize, ändern sich die innerbetrieblichen Produktionsverhältnisse nur langsam. Es kommt vor, daß die angenommenen Gesetze und Erlasse ignoriert und die Rechte der Erzeuger der Produktion verletzt werden, nicht völlig durchgearbeitet sind die Mechanismen der gegenseitigen Beziehungen mit den kooperierenden Zweigen, die ein effektives Funktionieren der Landwirtschaft gewährleisten sollen.

Die Hauptaufgabe der neuen Etappe der Vertiefung der Agrarreformen muß also in der möglichst schnellen Beseitigung aller hemmenden Ursachen, im Abschluß der Modernisierung der Agrarbeziehungen, in erster Linie der Eigentumsbeziehungen, in der Schaffung von Agrofirmer, einem Netz der Markt- und der sozialen und produktiven Infrastruktur, in der Optimierung der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen, der Hebung des Niveaus der Mechanisierung der Dechkanenarbeit und ihrem zuverlässigen rechtlichen Schutz bestehen.

Die wichtigste aller Aufgabe besteht darin, alles zu tun, um bei den Erzeugern der landwirtschaftlichen Produktion das Gefühl des Eigentümers zu stärken.

### **1.5. INSTITUTIONELLE UMGESTALTUNG UND ABSCHAFFUNG DES ADMINISTRATIVEN KOMMANDOSYSTEMS**

Der Übergang zur Marktwirtschaft und die Erneuerung der Wirtschaftsbeziehungen verlangen die Verwirklichung der institutionellen Umgestaltung, die Schaffung entsprechender Leitungsstrukturen. Deshalb wurde in der ersten Re-

formetappe der Reformierung des Leitungssystems besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Heute sind wir berechtigt zu behaupten, daß die Leitungsreform insgesamt abgeschlossen ist, und zwar relativ erfolgreich. Die Ergebnisse dieser Reform müssen noch gründlich analysiert und durchdacht werden. Aber gewisse Schlußfolgerungen können schon jetzt gezogen werden.

Während der ersten Etappe wurde der nicht einfache, manchmal sogar schmerzhaft Übergang vom totalitären zum demokratischen System, vom zentralisierten Umverteilungsmechanismus zur Marktwirtschaft, vom strengen Direktivcharakter und dem administrativen Kommandosystem zur Selbstverwaltung und Selbstregelung auf Grundlage ökonomischer Hebel und Anreize vorgenommen. In dieser Etappe wurde praktisch ein neues Leitungssystem geschaffen.

Wir besaßen keine entsprechenden Erfahrungen und keinerlei Analogielösungen. Nach Studium der verschiedenen Organisationssysteme der Leitung in Ländern mit bereits bestehenden Marktbeziehungen und in Ländern, die in dieser Hinsicht die ersten Schritte tun, entwickelten wir unsere eigenen, am besten passenden und den modernen Bedingungen am besten entsprechenden Strukturen für die Leitung der Volkswirtschaft insgesamt, für die Zweige und Territorien.

Die von uns angenommenen Verfahren trugen in vielerlei Hinsicht experimentellen, suchenden Charakter. Wir machten uns wagemutig an Versuche, da wir darin den einzigen Weg zur Überwindung des in Mißkredit geratenen administrativen Kommandosystems, zur schnelleren Schaffung eines sich den sich stürmische verändernden Wirtschaftsbedingungen entsprechenden institutionellen Systems sahen.

Bereits während der institutionellen Umgestaltungen wurden die Leitungsmechanismen vervollkommnet, bildeten sich ein solcher organisatorischer und rechtlicher Leitungsaufbau der Wirtschaftszweige und -bereiche heraus, der am meisten ihren Besonderheiten entsprach, der dazu beitrug, den Wirtschaftssubjekten ökonomische Freiheiten zu gewähren, und die Entwicklung von Initiative und Unternehmergeist förderte. Die Lossagung von der zentralisierten Produktionsplanung und -organisation, vom System der staatlichen Regelung des Finanz- und Stoffflusses verlangte das Suchen nach einem prinzipiell neuen Herangehen an das Organisationssystem der Wirtschaftsleitung.

Im Rahmen des Maßnahmensystems zur Vervollkommnung der Produktionsleitung wurde ein Modell des konsequenten, etappenweisen Leitungsaufbaus angenommen. Der Reformprozeß des Leitungssystems durchlief mehrere Stadien und wird auch gegenwärtig noch weiter vervollkommnet.

Als Folge der strukturellen Veränderungen im Leitungsbereich haben sich die Funktionen zahlreicher Leitungsstrukturen geändert, daneben wurden neue Organe geschaffen. Beseitigt wurden die Überbleibsel des administrativen Kommandosystems, das Kontrollsystem und seine Vollzugorgane. Abgeschafft wurden die Verteilungsfunktionen und -mechanismen, ihre Verwirklichung.

Grundlegend neu gestaltet wird die Tätigkeit der zentralen Wirtschaftsorgane und Ministerien. Von Grund auf werden die ihnen obliegenden Funktionen und Aufgaben geändert.

Abgeschafft wurden die Organe, die das Kernstück des administrativen Kommandosystems, des bürokratischen Systems bildeten, die die Unerschütterlichkeit und Standhaftigkeit des zentralisierten Plansystems verkörperten: die Staatliche Plankommission, die Staatliche Materialversorgung, das Staatliche Preiskomitee, das Staatliche Agrar-

und Industriekomitee und andere ihm ähnliche Staatskomitees und Ministerien mit einem riesigen Angestelltenapparat. Als Widerpart für sie wurden neue Strukturen geschaffen, die Initiatoren der Wirtschaftsreformen sein und sie in die Tat umsetzen sollen. Anstelle des berichtigten Staatlichen Plankomitees wurde das Komitee für Prognostizierung und Statistik gebildet, dem in Übereinstimmung mit den ausgearbeiteten Prinzipien und Prioritäten der Wirtschaftsreformierung und den Realisierungsverfahren folgendes auferlegt wurde: Einschätzung des Verlaufs der Wirtschaftsreformen, Ausarbeitung von Vorschlägen zu ihrer weiteren Vertiefung; Analyse der Makrowirtschaftsproporzionen aufgrund der Bilanzrechnung, der Tendenzen der Veränderungen in den Zweig- und Territorialstrukturen; Realisierung der zahlreichen Prognosevarianten der sozialwirtschaftlichen Entwicklung der Republik, der Wirtschaftszweige und -sektoren, sowie der Regionen, ausgehend von der Notwendigkeit der Gewährleistung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Usbekistans.

Anstelle des monopolisierten Verteilermonstrum, des Staatliches Plankomitees und seines Nachfolgers Uskontraktorg, wurde eine neue Marktstruktur, die Republikaktiengesellschaft für Groß- und Börsenhandel geschaffen, deren Aufgabe es ist, die notwendige Infrastruktur für die freie und gleichberechtigte Teilnahme der Warenressourcen der Warenerzeuger, der Verbraucher und Unternehmer auf dem Markt auszubilden. Ihr gehören die Republikwaren- und Rohstoffbörsen-AG, die Börsenbank-AG, die territorialen Handels- und Vermittler-AG an. Sie sind dazu berufen, auf vertraglicher Grundlage Geschäfts- und Vermittlerleistungen, Handels-, Marketing- und andere Leistungen für Organisationen und natürliche Personen, unabhängig von ihrer Eigentumsform, zu erbringen, für sie alle Voraussetzungen

für eine gleichberechtigte Teilnahme an Börsenauktionen zu schaffen.

Das Staatliche Preiskomitee wurde unter den Bedingungen der Preisfreigabe vollständig aufgelöst, innerhalb des Finanzministeriums wurde eine Spezialhauptverwaltung für Demonopolisierung und die Kontrolle exklusiv hoher Preise eingerichtet. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Verhütung der Bildung von Monopolstrukturen und in der Förderung von Konkurrenzbedingungen in der Republik.

Unter den Bedingungen des Übergangs zum Markt verändert sich die Rolle der Finanz- und Bankstrukturen grundlegend. Der Schwerpunkt der gesamten Tätigkeit zur staatlichen Regulierung der Marktbeziehungen hat sich auf diese Kernstrukturen verlagert. Sie sind dazu berufen, eine ausgewogene Finanz- und Währungspolitik durchzuführen, deren Verwirklichung die Gesamtwirtschaftslage entscheidend mitbestimmt.

Aus diesem Grund wurde in den letzten Jahren die Funktion und die Struktur des Finanzministeriums und der Zentralbank der Republik wesentlich verändert. Heute wird dem Finanzministerium neben der Aufstellung des Republikshaushalts, die Ausarbeitung der Hauptrichtungen und -prinzipien der staatlichen Steuerpolitik, der Koordinierung der Finanzpolitik und der Devisenbewirtschaftung übertragen.

Zur Vervollkommnung des Banksystems, zur Hebung der Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der Banken für den Geldumlauf, die Regelung der Geld- und Kreditbeziehungen wurden mehrere Beschlüsse zur Stärkung der Bankstrukturen angenommen. Die Herausbildung eines unabhängigen und selbständigen Banksystems wurde durch die Annahme des Gesetzes „Über Banken und Banktätigkeit“ gefördert.

In der Republik begann sich tatsächlich ein Banksystem mit zwei Ebenen auszubilden. Die ehemalige Staatsbank der

Republik, als Struktureinheit der Staatsbank der UdSSR, die gleichzeitig die Funktion einer Kredit- und Verrechnungsanstalt erfüllte, existiert nicht mehr. Der Zentralbank wurden die für das föderative Reservesystem üblichen Funktionen übertragen. Parallel dazu förderte der Staat die Entwicklung von Geschäftsbanken. Es wurden neue Strukturen gebildet, um den unteren Einheiten des Banksystems selbständigen Charakter zu verleihen. Die ehemaligen staatlichen Zweigbanken wurden aufgelöst. Die Agroprombank und die Promstroibank wurden in spezialisierte Aktiengeschäftsbanken umgestaltet. Die Nationalbank für Außenwirtschaftstätigkeit wurde gegründet.

Der Ussberbank wurde der Status einer Kredit- und Finanzinstitution und das Recht zuerkannt, die Kreditressourcen für die Kreditgewährung an natürliche und juristische Personen zu nutzen, sowie die Kreditressourcen über Auktionen auf dem Geldmarkt zwischen den Banken zu realisieren. Bedeutend erweitert wurde der Bereich der Gewährung von Bankanleihen, für die Bildung und Entwicklung von Betrieben, für die Privatisierung von Staatseigentum durch Bürger, für den Bau und die Renovierung von Wohnhäusern und für die Befriedigung anderer Bedürfnisse der Bevölkerung.

Daneben entstand ein Netz neuer Geschäfts- und Privatbanken, die für Wirtschaftssubjekte, unabhängig von ihrer Eigentumsform, Dienstleistungen erbringen, die entstehenden nichtstaatlichen Betriebe und Einzelbauernwirtschaften finanziell unterstützen.

Die spezialisierten Aktiengeschäftsbanken „Galla-Bank“, „Mewasabsawot-Bank“, „Tadbikor-Bank“, „Sawdogar“ und andere wurden gegründet, ihr Aufgabenbereich besteht in der Erbringung von Dienstleistungen für die Unternehmerstrukturen, in Investitionen im Interesse der Entwicklung

der Klein- und Mittelunternehmen, in der Sättigung des Verbrauchermarktes mit lebensnotwendigen Waren.

Infolge der aktiven Ausbildung der Marktbeziehungen in der ersten Etappe der Wirtschaftsreformen, der Durchführung der Prozesse zur Entstaatlichung und Privatisierung, zur Liberalisierung des Außenhandels und zur Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen entstand die Notwendigkeit, neue institutionelle Strukturen zu schaffen und die Organe für übertriebene Kontrollen und administrative Einschränkungen zu liquidieren.

Mit dem Ziel, die Tätigkeit der Kontrollorgane zu regeln, eine einheitliche staatliche Steuer- und Zollpolitik durchzuführen und den Schutz der wirtschaftlichen Interessen Usbekistans zu garantieren, wurde das Staatliche Steuerkomitee gegründet. Das Staatliche Zollkomitee wurde in die Hauptzollverwaltung umgewandelt und dem Staatlichen Steuerkomitee unterstellt. Innerhalb des Innenministeriums wurde die Verwaltung für den Kampf mit Wirtschaftsverbrechen aufgelöst.

Im Interesse der weiteren Vervollkommnung des staatlichen Kontrollsystems, seiner Anpassung an die Forderungen der Marktwirtschaft, der Abschaffung von Doppelgleisigkeit in der Tätigkeit der Kontrollorgane, wurden das Komitee für staatliche Kontrolle beim Präsidenten und seine Organe vor Ort aufgelöst und die Kontrollinspektion im Apparat des Präsidenten und entsprechende Kontrollinspektionen innerhalb der Apparate der Chokimiate gebildet.

Zur Koordinierung der Tätigkeit zur beschleunigten Durchführung der Wirtschaftsreformen wurde, wie oben erwähnt, beim Präsidenten der gemischte Rat für Wirtschaftsreformen, Unternehmertum und ausländische Investitionen gegründet.

In der ersten Etappe bildete, wie bereits erwähnt, die tatsächliche Schaffung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren, die Wiedergeburt ihres privaten, nichtstaatlichen Sektors, eine der vorrangigen Aufgaben. Zur Lösung dieser Aufgabe wurde das Staatskomitee der Republik Usbekistan für Verwaltung des Staatseigentums und Förderung des Unternehmertums gebildet. Ihm wurde die Funktion der Durchführung einer einheitlichen Politik bei der Ausbildung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren und bei der Förderung des Unternehmertums, der Festlegung der Prioritäten bei der Entstaatlichung und der Ausarbeitung eines Privatisierungsprogramms, sowie bei der Förderung der Privatwirtschaft übertragen. Beim Staatskomitee wurde ein Spezialfonds geschaffen, in dessen Rahmen Mittel aus der Überführung von Objekten des Staatseigentums in andere Eigentumsformen mobilisiert und anschließend für die Lösung struktureller Umgestaltungen in der Wirtschaft und zur Förderung der Betriebe in der Zeit nach der Privatisierung aufgewandt werden. Das Staatskomitee Goskomimuschtschestwo fördert unter unmittelbarer Teilnahme die Schaffung von Investitionsfonds, Consulting- und Auditdiensten, Holdinggesellschaften, Wertpapier- und Immobilienbörsen und anderweitigen Marktstrukturen.

Die wichtigste Richtung der strukturellen Umgestaltungen in der ersten Etappe bildete die Schaffung von Leitungsstrukturen, die die Entwicklung und Stärkung der Auslandsverbindungen sichern. In diesem Zusammenhang wurde in der Republik zum ersten Male in der Geschichte ein Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen gegründet. Ihm wurde die Analyse der internationalen Waren- und Dienstleistungsmärkte, die Ausarbeitung der Strategie der Außenwirtschaftstätigkeit, die Vornahme zentralisierter Ex-

port- und Importlieferungen, die Koordinierung der Tätigkeit aller Außenwirtschaftsorganisationen der Republik übertragen.

In allen Ministerien und Ämtern, in allen Betrieben der Republik wurden Spezialabteilungen, Organisationen und Firmen für die Außenwirtschaftstätigkeit gegründet. In der Republik entstand ein ganzheitliches System zur Gewährleistung der Auslandsverbindungen.

**Die tiefgreifendsten strukturellen Veränderungen erfolgten im Leitungssystem der Zweige und einzelnen Wirtschaftsbereiche der Republik.**

Mit dem Zerfall der Sowjetunion, der Auflösung der Alunionsministerien, der Nationalisierung der im Hoheitsgebiet Usbekistans befindlichen Betriebe der Unions- oder Unionsrepublikunterstellung, ergab sich das Problem, ihre Leitung zu organisieren. In Abhängigkeit von ihrem Tätigkeitsprofil wurden sie auf freiwilliger Grundlage in staatliche Konzerne bestimmter Zweige vereint. Das sicherte nicht nur die Erhaltung des Produktionspotentials, sondern vermittelte ihm auch neue Impulse.

Mit der Ausweitung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Betriebe wurden die staatlichen Konzerne in Zweiggassoziationen überführt, die Finanzierung ihres Leitungssapparats erfolgte aus den Mitteln freiwilliger Abführungen der in sie eingehenden Vereinigungen und Betriebe.

Während der ersten Reformetappe wurden die Fachministerien durch Umwandlung in Assoziationen, Konzerne, Korporationen, Vereine und andere Wirtschaftsvereinigungen vollständig demontiert. Umgewandelt wurden die Strukturen im Kraftverkehrswesen, im Bauwesen und in der Landwirtschaft.

In die Konzerne, Assoziationen und Korporationen gehen die Betriebe und Organisationen freiwillig auf Grund-

lage gemeinsamer Wirtschaftsinteressen, unabhängig von ihrem administrativen Unterstellungsverhältnis und ihrer Eigentumsform ein. Sie organisieren ihre Tätigkeit auf der Grundlage der Eintritts- und Inventarbeiträge und des Erwerbs eines Aktienpakets durch die Teilnehmer.

In Tätigkeitsbereichen und -sphären mit gesamtnationaler Bedeutung, solchen wie Tourismus, Verkehr, Kultur, Lichtspielwesen u.a., wurden nationale Gesellschaften gegründet. Kennzeichnend für die Gesellschaften ist ihre wirtschaftliche Selbständigkeit. Sie funktionieren unter den Bedingungen der Selbstfinanzierung und entscheiden Fragen ihrer Produktions-, Geschäfts- und Finanztätigkeit selbst.

In der Übergangsperiode bestand die Hauptaufgabe der Assoziationen, Konzerne, Korporationen und anderen Vereinigungen in der Versorgung der Volkswirtschaft der Republik mit konkreten Arten der erzeugten Produktion, der Durchführung einer einheitlichen wissenschaftlich-technischen und Investitionspolitik, der Erforschung der Konjunktur des Innen- und Außenmarktes, der Entwicklung von Marktbeziehungen in den Zweigen, der Organisation von Arbeiten zur Überführung der staatlichen Betriebe und Organisationen in nichtstaatliche Eigentumsformen, der allseitigen Förderung des Unternehmertums. Außerdem gewährleisteten die Wirtschaftsvereinigungen den rechtlichen Schutz und die legitimen Interessen ihrer Gründer in den staatlichen und örtlichen Machtorganen und Leitungen und legen die Entwicklungsstrategie des Zweigs fest.

1994 wurde mit ihrer Überführung in Holdinggesellschaften und andere Organisationen mit kooperativer Leitung begonnen. Dabei hatten die in sie eingehenden Betriebe das Recht, selbst die Formen und Arten der Vereinigung zu bestimmen.

Mit der Gewährleistung der wirtschaftlichen Freiheit der Organisationen und Betriebe der unteren Reihe, mit der Aufhebung des staatlichen Diktats für sie, gingen wir zu einem neuen Arbeitsstil über. Die Betriebe erhielten das Recht, ihre Produktion selbst zu organisieren und den Absatz ihrer Erzeugnisse selbst zu realisieren. Dabei wurde nicht nur in rechtlicher Hinsicht, sondern auch tatsächlich das Prinzip der Gleichheit der Wirtschaftsbedingungen für Betriebe mit unterschiedlichen Eigentumsformen gewährleistet. Ein charakteristisches Merkmal der Gestaltung der Marktbeziehungen stellt die Verlagerung des Schwerpunkt der gesamten Tätigkeit bei der Ausbildung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren, der Privatisierung des Staatseigentums, der Beschleunigung der Entwicklung der Produktivkräfte und der Lösung der Frage der Hebung des Wohlstands der Menschen unmittelbar auf die örtliche Ebene dar. Verstärkt werden die territorialen Aspekte der Marktumgestaltungen. Unter diesen Bedingungen erhöht sich die Rolle und Verantwortlichkeit der örtlichen Leitungsorgane bei der Lösung der vor ihnen stehenden Aufgaben, ändert sich ihre Struktur grundlegend.

In Übereinstimmung mit dem Gesetz „Über die Reorganisation der örtlichen Machtorgane der Republik Usbekistan“ wurde ab Januar 1992 auf Oblast-, Rayon- und Stadtebene das Institut der Chokime gegründet, denen die örtliche Vertretungs- und Vollzugsgewalt übertragen wurde. Ihnen obliegt, ausgehend von den gesamtstaatlichen Interessen und den Interessen der auf dem Territorium des Chokimiats lebenden Bürger, alle Fragen örtlicher Zuständigkeit zu entscheiden. Für die Lösung der gestellten Fragen wurde bei den Chokimiats ein Vollzugsapparat geschaffen, der die Erfüllung der früher den örtlichen Volksdep-

tiertensowjets und den Exekutivkomitees obliegenden Aufgaben übernommen hat.

Die Erfahrungen bei der Durchführung institutioneller Umgestaltungen und der Reformierung des Leitungssystems in der Anfangsetappe des Übergangs zur Marktwirtschaft gestatten folgende Schlußfolgerungen:

**Erstens** war es in der Anfangsetappe außerordentlich wichtig, keine ernsthafte Zerstörung des Leitungssystems zuzulassen, die tatsächlichen Hebel der Wirtschaftsleitung nicht aus der Hand zu verlieren, so wie das in mehreren Ländern der GUS geschah, da die neu zu bildenden Organe weder über Erfahrungen, noch über den Mechanismus zur Selbstregulierung unter Marktbedingungen verfügen.

**Zweitens** können in der Übergangsperiode, in der sich noch keine endgültigen reifen Marktbeziehungen und -mechanismen ausgebildet haben, rein wirtschaftliche Methoden ohne bestimmte administrative Hebel nicht funktionieren. Zweifellos muß den Rechtsnormen und wirtschaftlichen Methoden der Vorrang gewährt werden, im Interesse der Sache müssen jedoch manchmal vernünftige administrative Einmischungen erfolgen, besonders was die Vollzugs- und Finanzdisziplin anbetrifft.

**Drittens** bedeutet die Umgestaltung der Leitungsorgane und ihre Ausstattung mit neuen Funktionen keinesfalls, daß die Leitungsreform abgeschlossen ist. Es ist notwendig, daß sich ihr Arbeitsstil von Grund auf ändert, daß die Leitungsstrukturen voll und ganz den gegenwärtigen Bedingungen und Prinzipien der Organisation der wirtschaftlichen Entwicklung und Produktion entsprechen.

**Viertens** ist die Abschaffung der vertikalen und horizontalen Organisations- und Wirtschaftsverbindungen weniger durch den Zerfall der ehemaligen Union, als durch die sich beschleunigenden Prozesse der Wirtschaftsreform-

men bedingt, die Entstaatlichung und Privatisierung selbst mußte den administrativ-bürokratischen Charakter der Tätigkeit der Leitungsstrukturen verändern. Deshalb besteht heute eine der Hauptaufgaben in dem entschiedenen Kampf mit Formalismus, dem „weichen“ Bürokratismus, dem noch heute in vielen Leitungsorganen existierenden Konservatismus.

Fünftens stellt die Ausbildung neuer Verwaltungsstrukturen an die dort Beschäftigten in bezug auf ihre berufliche Qualifikation höhere Anforderungen. Die modernen Leitungskader, die Manager, müssen nicht nur über ein hohes fachliches Leistungsniveau verfügen, sondern müssen allseitig gebildete und sachkundige Personen sein, die Initiative besitzen und denen der ihnen übertragene Arbeitsbereich am Herzen liegt, die an die Lösung der Probleme schöpferisch herangehen und die natürlich in erster Linie Patrioten ihrer Heimat sind.

#### 1.6. PREISFREIGABE UND AUSBILDUNG DER MARKTINFRASTRUKTUR

Beim Übergang vom zentralisierten Planungs- und administrativen Kommando- und Verteilungssystem zu den Marktmechanismen der wirtschaftlichen Entwicklung wird der Lösung des Problems der Preisfreigabe, der Anpassung der Preise an die aufgewendeten Ausgaben und der tatsächlichen Nachfrage nach Rohstoffen und Erzeugnissen besonderer Beachtung geschenkt.

Das Funktionieren der freien Marktpreise, die sich auf Grundlage des tatsächlichen Angebots und der Nachfrage ausbilden, bildet das wichtigste Kettenglied der Marktwirtschaft, das eine enge Wechselwirkung zwischen Erzeuger und Verbraucher gewährleistet. Bei

der Schaffung zivilisierter Marktbedingungen gestatten die Mechanismen der freien Preisbildung eine optimale gegenseitige Abstimmung der Interessen der einzelnen Warenherzeuger, Verbraucher und der ganzen Gesellschaft im Verlaufe des Prozesses der Herstellung, des Umtausches, der Verteilung und des Verbrauchs des Erzeugnisses.

Die Preisfreigabe ist das Schlüsselproblem der Reformpolitik, von dessen Lösung voll und ganz abhängt, in welcher Richtung und mit welchen sozialökonomischen Folgen sich die Reformierungsprozesse entfalten. Gerade im unterschiedlichen Herangehen an den Prozeß der Preisliberalisierung, an die Einführung der Inlandpreise in Übereinstimmung mit den Weltmarktpreisen, dem Erzielen der Ausgewogenheit zwischen den Preisen für einzelne Rohstoffe und den Erzeugnissen, zwischen den Preisen und dem Einkommensniveau der Bevölkerung und den Betrieben, unterscheiden sich die bekannten Modelle der Transformation der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft. Die Palette dieser Verfahren ist weit gefächert, angefangen von der schlagartigen Freigabe der Preise bis hin zu dem Versuch sie künstlich einzufrieren, sie staatlich zu regulieren und zu kontrollieren.

Während der Wahl des für die Lösung dieser Aufgaben einzuschlagenden Weges wurden in Usbekistan verschiedene Varianten in Betracht gezogen. Entscheidende Bedeutung unter unseren Bedingungen besitzt vor allem die Berücksichtigung eventueller negativer Folgen der Preisfreigabe.

Für uns waren Extreme beliebiger Art untragbar. Sie entsprachen weder den tatsächlichen Bedingungen noch der materiellen Lage des größten Teils der Bevölkerung oder dem von uns eingeschlagenen Weg der Reformen. Wir bereiteten uns sehr sorgfältig auf die Veränderung des Preis-

systems vor und nahmen sie, der Verantwortung für das Schicksal der Menschen und der Wirtschaft der Republik bewußt, in Angriff.

Bei der Wahl der Verfahren, der Taktik und der Strategie der Preisliberalisierung trat deutlicher als irgendwo sonst eines der Prinzipien der Wirtschaftsreformierung, die allmähliche und etappenweise Durchführung der Reformen in der Republik, zutage.

Bis zum Jahre 1990 war das entstandene Preissystem derartig unausgeglichen, daß es keinen gerechten äquivalenten Austausch zwischen den einzelnen Regionen und Republiken ermöglichen konnte. Die Preise für die Produktion der Rohstoffzweige und der Landwirtschaft, waren in der Regel zu niedrig angesetzt, für Waren der bearbeitenden und verarbeitenden Zweige dagegen künstlich überhöht. Bei der entstandenden Außenhandelsbilanz mit den Ländern der ehemaligen Union, als man in der Regel aus den Republiken für niedrige Preise Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse ausführte und Fertigerzeugnisse und Konsumgüter einfuhrte, erlitt Usbekistan riesige Verluste und wurde künstlich in die Stellung einer auf Subventionen angewiesenen Republik eingestuft. Das brachte nicht nur wirtschaftlichen Schaden, sondern war auch unmoralisch gegenüber dem sehr reichen Land und seinem Volk.

Infolge der Verzerrungen in der Preisbildung gerieten ganze Zweige der Volkswirtschaft und Regionen in eine schwierige Situation. Besonders kompliziert war die Lage in der Landwirtschaft. Noch aus der Zeit der Massenindustrialisierung der ehemaligen UdSSR war die sog. „Preisschere“ für Industrie- und Landwirtschaftserzeugnisse erhalten. Als Ergebnis der zu niedrig festgesetzten Preise, die nicht dem tatsächlichen Aufwand und der Nachfrage entsprachen, waren viele Wirtschaften planmäßig unrenta-

bel, sie konnten im Laufe vieler Jahre ihre laufenden Ausgaben nicht decken, waren weder in der Lage die schwere Arbeit der Dechkanen entsprechend zu bezahlen, noch sich selbst mit allem Notwendigen, mit Technik, Saatgut, materiellen Ressourcen, Mitteln für die Entwicklung des sozialen Bereichs zu versorgen. Die Landbewohner, die 65 Prozent der Bevölkerung Usbekistans ausmachen, waren gezwungen, in Armut und Not zu leben. Untergraben waren die wirkungsvollen materiellen Anreize zur Arbeit, der sorgsame Umgang mit der Erde, der Technik, der landwirtschaftlichen Produktion selbst, mit der Baumwolle, mit dem Getreide usw.

Die künstlich niedrig angesetzten Preise für Konsumgüter, einzelne Arten von Rohstoffressourcen, besonders solcher wie Erdöl, Elektrizität und anderer Energieressourcen, die niedrigen Tarife für Verkehrsmittel und kommunalen Leistungen führten zu ihrem überhöhten Verbrauch, die tatsächlichen Ausgaben für ihre Erzeugung wurden durch die Einnahmen nicht gedeckt. Früher wurde die Spanne zwischen den Preisen, Tarifen und den Selbstkosten der Produktion durch Haushaltssubventionen oder „kreuzweise Subventionierung“ einer Verbraucherkategorie durch die andere gedeckt.

Unter derartigen Bedingungen erlitt ein bedeutender Teil der Wirtschaftssubjekte große Einbußen, was eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben für die Unterstützung ihrer Tätigkeit verlangte. Im Zusammenhang damit wurde den Erzeugern ein Teil der Ausgaben für die Produktion von Getreide, Brot, Mehl und anderen Lebensmitteln zurückerstattet, auf Kosten staatlicher Mittel wurden die Verluste durch Gewährung unterschiedlicher sozialer Vergünstigungen gedeckt. Außerdem wurde die Produktion einiger Waren des Kinderassortiments, der Arzneimittel und einer Vielzahl

von Dienstleistungen für die Bevölkerung gestützt. Allein im Jahre 1991 wurde für die Ausglei-  
chung der Preisunter-  
schiede und die Zahlung von Subventionen an die mit Ver-  
lusten arbeitende Betriebe rund 4 Mrd. Rubel ausgegeben,  
das sind mehr als 12 Prozent aller Haushaltseinnahmen der  
Republik.

Mehr noch, der wesentliche Preisunterschied für die  
gleichen Erzeugnisarten auf dem Inlandmarkt und dem Welt-  
markt, bildete ein wesentliches Hindernis für die Entwick-  
lung von Außenwirtschaftsbeziehungen zum gegenseitigen  
Vorteil, der Ausbildung einer fortschrittlichen Struktur der  
Außenhandelsbilanz. Andererseits stellte das Bestreben, sich  
schneller in das Weltwirtschaftssystem zu integrieren, die  
neuen unabhängigen Staaten vor die Notwendigkeit, die Pre-  
ise für viele Rohstoffarten und Material und die Tarife für  
Transportleistungen freizugeben, was einen mächtigen und  
unumgehbaren Faktor der Zunahme der Inflationsprozesse  
in diesen Staaten bildete.

**Das alles verlangte die Wahl ausgewogener, über-  
prüfter Verfahren zur Realisierung der Reformen, die  
Umgestaltung des Systems der Preisbildung und die  
Verhütung der Abwicklung der verderblichen Inflations-  
spirale.**

Einige neue unabhängige, aus Ländern des sozialistischen  
Lagers hervorgegangene Staaten, wählten den Weg der  
„Schocktherapie“ und gaben gleichzeitig die Preise für alle  
Rohstoffressourcen, Konsumgüter und Dienstleistungen frei.  
Als Ergebnis stiegen die Preise in Polen auf das 9-fache, in  
Jugoslawien auf das 13-fache und in Rußland auf das 26-  
fache.

Eine schroffe, einmalige Preiserhöhung für die Rohstof-  
fressourcen bei einem praktisch konkurrenzunfähigen Stand  
der Technologie und Technik hätte sogar bei uneingesch-

ränkter Freigabe der Preise für Fertigerzeugnisse die Betriebe zweifellos in eine komplizierte Situation gebracht, die meisten von ihnen würden wenig rentabel oder verlustbringend arbeiten.

Das hätte wiederum zu einer rapiden Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung, zu einer Verschärfung der sozialen Lage, geführt. Eine aktive Preisfreigabe und die Konkurrenzunfähigkeit vieler Betriebe und Wirtschaften hätte ein krasses Absinken der Produktion, die Verdrängung der Produzenten von den Inlandmärkten, durch die aus dem Ausland eingeführte Erzeugnisse, den Zerfall der nationalen Industrie und Landwirtschaft, zur Folge.

Unter Berücksichtigung des bestehenden hohen Grades der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen der Wirtschaft Usbekistans und Rußlands und der anderen Republiken der ehemaligen Union und der Zugehörigkeit der Republiken zu der einheitlichen Rubelzone, waren wir ebenso wie die anderen gezwungen, mit der Preisfreigabe zu beginnen. Wir nahmen die Lösung dieses Problems, gestützt auf die von uns ausgearbeiteten Reformprinzipien, unter Berücksichtigung der tatsächlichen Situation und des entstandenen Lebensniveaus des Volkes, in Angriff.

Wir lehnten die „Schock“-Methoden kategorisch ab und beschlossen, ungeachtet des Drucks von außen, den Prozeß der Preisfreigabe allmählich, nach einem vorher ausgearbeiteten Szenarium, durchzuführen. Ein derartiges Verfahren ermöglichte den Betrieben und der Bevölkerung die erschütterungsfreie Anpassung an die Bedingungen der Marktwirtschaft und der freien Preisbildung.

Von 1991 bis 1994 fanden in unserer Republik beachtliche Veränderungen im Bereich der Preisfreigabe statt. In diesem Zeitraum wurde der Übergang von den Festpreisen

zu freien Preisen für so gut wie alle Arten von Rohstoffen und Fertigerzeugnissen vorgenommen und die Maßnahmen zur direkten Kontrolle der Preise für alle Konsumgüter durch den Staat vollständig abgeschafft.

Der Prozeß der Preisfreigabe wurde ab Januar 1992 etappenweise, in kleinen Schritten, mit vorausgehenden starken Maßnahmen zum sozialen Schutz der Bevölkerung, durchgeführt.

In Übereinstimmung mit dem Erlaß der Regierung „Über Maßnahmen zur Preisliberalisierung“ vom 10. Januar 1992 wurde in Usbekistan der Übergang zu vereinbarten (freien) Preisen und Tarifen für einen breiten Kreis von Produktionsmitteln, einzelne Konsumgüter, Arbeiten und Dienstleistungen vollzogen.

Zum Schutz der Bevölkerung wurden von der Regierung der Republik für einen beschränkten Kreis von Lebensmitteln- und Industriewaren Höchstpreise und für einige der Bevölkerung erwiesene Dienstleistungen Höchstsätze festgesetzt. Im Zusammenhang damit wurde den Erzeugern ein Teil der Ausgaben bei der Produktion von Getreide, Mehl und anderen Lebensmitteln aus dem Haushalt kompensiert, ebenso wurden die Verluste für die Vergabe von kostenlosem Frühstück und die verbilligte Speisung der Schulkinder und Studenten aus staatlichen Mitteln beglichen. Weiterhin wurde die Herstellung bestimmter Waren des Kindersortiments und von Medikamenten dotiert.

1993 wurde die Liste der zu festgesetzten und geregelten Preise angebotenen Waren und Dienstleistungen bedeutend gekürzt. Die Besonderheit der Preisliberalisierung im Jahre 1993 bestand darin, daß zu jenem Zeitpunkt die Regelung der vereinbarten Großhandelspreise völlig eingestellt wurde. Die 1992 geltenden Normative des höchsten der

Rentabilitätsniveaus, die nur die Haupterzeugnisse des Brennstoff- und Energiekomplexes betrafen, wurden abgeschafft.

Zu einer wichtigen Etappe im Prozeß der Preisfreigabe gestaltete sich der Zeitraum von Oktober bis November 1994, als die Preise für die wichtigsten Konsumgüter freigegeben und die Tarife für Transport- und Kommunalleistungen erhöht wurden. Teilweise gestützt wurden nur noch die Preise für Brot und Mehl, die Tarife und Leistungen der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft und des öffentlichen Stadtverkehrs. Somit wurde die erste Etappe der Reformierung der Wirtschaft mit der vollständigen Freigabe der Preise abgeschlossen, die ohne soziale Erschütterungen verlief. Durch die Bildung verschiedener Kompensationsfonds, die Einführung von Kinderbeihilfen, die regelmäßige Erhöhungen des Minimallohns, der Renten und Stipendien, durch die Gewährung von materiellen Hilfen an Bedürftige über die Machalljakomitees, die Festsetzung vergünstigter Steuersätze, bei denen 50% der Kompensationsausgaben des Betriebs durch Senkung des Anteil der Abführungen an den Haushalt gedeckt werden, und andere Formen, gewährleistete der Staat einen sicheren Schutz der Interessen der Bevölkerung.

Wenn man das Problem des Übergangs zur Marktwirtschaft nur vom Standpunkt der Ausbreitung freier Preise auf den Wirtschaftsbereich betrachtet, so kann man die Schlußfolgerung ziehen, daß Usbekistan schon heute unter Marktbedingungen funktioniert.

Während der Periode der etappenweise Preisfreigabe wurde bei uns konsequent in der Wirtschaft die Politik der Schaffung von Konkurrenzbedingungen durchgeführt. Mit diesem Ziel wurde im August 1992 das Gesetz der Republik Usbekistan „Über die Einschränkung der

Monopoltätigkeit“ in Kraft gesetzt und auf seiner Grundlage ein auf die Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit ausgerichtetes Paket von Normativedokumenten ausgearbeitet und realisiert.

Für die Verwirklichung aktiver Antimonopolmaßnahmen wurde innerhalb des Finanzministeriums die Hauptverwaltung für Antimonopol- und Preispolitik gegründet, die befugt wurde, die Preise und die produktionsbezogene Rentabilität der im Republik- und örtlichen Register aufgenommenen Monopolbetriebe zu regeln. Gegenwärtig umfaßt das Verzeichnis 658 Betriebe mit 1625 Warenbezeichnungsgruppen. Gleichzeitig stellen die Antimonopolregelung und die Schaffung tatsächlicher Konkurrenzbedingungen die Hauptaufgaben der neuen Etappe der Wirtschaftsreformen dar.

Die Bildung der Marktbeziehungen ist nicht vorstellbar ohne entsprechende Bedingungen, ohne eine Marktinfrastruktur, der es obliegt, die Wechselbeziehung zwischen den Wirtschaftssubjekten auf dem Waren-, Geld- und Arbeitsressourcenmarkt zu gewährleisten.

Das früher bestehende zentralisierte Leitungssystem war trotz aller ihm anhaftenden Mängel auf seine Art ganzheitlich. Von grundsätzlicher Natur war die Frage, auf welche Art und Weise, in welchen Fristen, mit welchen Methoden und in welchen Formen der Übergang vom zentralisierten Plansystem der Verteilung aller Ressourcen — der Finanzmittel, der verfügbaren Rohstoffe, des Marktaufkommens, des Arbeitskräftepotentials — zum Marktsystem durchgeführt werden kann. Mit anderen Worten, die Aufgabe bestand in der Schaffung paralleler Märkte für Waren und Dienstleistungen, Rohstoffressourcen, Kapital und Arbeitskräfte.

Vor dem Übergang zum Markt mußte eine Marktinfrastruktur geschaffen und die Fragen des Finanz-, Bank- und Kreditsystems, die Schaffung von Versicherungs-, Audit-, Rechts- und Consultingfirmen und Gesellschaften und Börsensystemen geklärt werden.

Die Infrastruktur kann man nicht innerhalb einer Stunde schaffen. Das ist ein langwieriger und komplizierter Prozeß, der außer allem anderen, das Vorhandensein hochqualifizierter Kader und die psychologische Adaption sowohl der Wirtschaftssubjekte als auch der Bevölkerung an die neuen Bedingungen der Wirtschaftstätigkeit verlangt.

Den ersten Schritt zur Ausbildung einer Marktinfrastruktur bildete die Abschaffung des Systems der staatlichen Pflichtaufträge für die Lieferung von Erzeugnissen und der zentralisierten Sicherstellung der Produktion aus bewirtschafteten Fonds. Während der ersten Reformetappe wurden die Staatsaufträge allmählich durch Aufkäufe der für den staatlichen Bedarf notwendigen Produktion zu freien (vereinbarten) Preisen ersetzt, wobei zum staatlichen Bedarf, die Stärkung der Sicherheit der Republik, die Befriedigung sozial wichtiger Bedürfnisse, der Lieferung von Erzeugnissen für den Export im Rahmen der auf Regierungsebene abgeschlossener Verträge und Verpflichtungen gehören.

Mit der Abschaffung der Staatsaufträge wurden auch die für die zentralisierte Verteilung des Warenaufkommens verantwortlichen Strukturen aufgelöst. Wie bereits erwähnt, wurde die Republikwaren- und -rohstoffbörse gebildet, die allein im Jahre 1994 über tausend Geschäfte für einen Betrag von über 1,3 Mrd. Sum abschloß.

Einen stürmischen Aufschwung erhielt in der Republik das Waren- und Rohstoffbörsensystem. Zum Moment ihrer Gründung Mitte des Jahres 1991 wurden erstmalig Auktio-

nen auf der einzigen Waren- und Wertpapierbörse „Taschkent“ in der Republik durchgeführt, ein Jahr später funktionierten schon über 30 Börsen, die in den Börsenverband eingingen.

Die Schaffung eines Börsensystem für die Verteilung der Warenressourcen zog die Entstehung zahlreicher Unternehmerstrukturen; Broker- und Dealerfirmen, Handelshäuser, Vermittlerfirmen nach sich. Die früher vollständig von staatlichen Verteilerorganisationen besetzte Wirtschaftsnische, begannen Vertreter des neu entstehenden Marktmielieu zu erschließen. Das war ein entscheidender Schritt zum Ersatz der ehemaligen Strukturen zur Verteilung der Warenressourcen durch neue Mechanismen.

Mit Erfüllung des Programms der „kleinen Privatisierung“, der Überführung von Kleinbetrieben in Privateigentums, wurde praktisch das gesamte Netz der Handels- und Dienstleistungseinrichtungen entstaatlicht, entstand eine Vielzahl von Vermittlerfirmen und -büros, die in der Lage waren, prinzipiell neue Kanäle für den Warenstrom zu schaffen.

Ein andere Richtung zur Ausbildung der Marktinfrastruktur bildete die Schaffung von Strukturen, denen es oblag, das Funktionieren des Kapitalmarkts zu gewährleisten. Geschaffen wurde ein prinzipiell neues System, das die Finanz-, Geld- und Kreditbewirtschaftung übernahm.

Ab 1994 begann der Kreditmittelmarkt aktiver zu funktionieren. Der Zinssatz begann immer aktiver die Prozesse der Umverteilung der Finanzmittel zwischen den Zweigen der Volkswirtschaft und den Betrieben der Republik zu beeinflussen. Die Schaffung eines Markts für Kreditmittel und die Verteilung der Kredite auf Wettbewerbsgrundlage bildete einen Eckpfeiler der Herausbildung des Finanzmarktes.

In der letzten Zeit hat das Teilnahmeverfahren für die aktiven einer Außenwirtschaftstätigkeit nachgehenden Organisationen an den einmal wöchentlich abgehaltenen Devisenauktionen auf der zwischenbanklichen Devisenbörse wesentlich vereinfacht. Die auf den Auktionen angebotene Devisenmenge hat beachtlich zugenommen. Es wurden reale Voraussetzungen für den Übergang zu zweimal wöchentlich oder noch häufiger veranstalteten Devisenauktionen geschaffen.

Immer aktiver treten auf dem Finanzmarkt verschiedene Versicherungsgesellschaften auf. Die ehemalige staatliche Versicherung der Republik wurde umgestaltet, ihre Funktionen haben sich grundlegend geändert. Über 40 nichtstaatliche, als Aktiengesellschaften wirkende Versicherungsgesellschaften, wurden gegründet. Begonnen wurde mit dem Prozeß der Versicherung des politischen und geschäftlichen Risikos, von Bank- und Börsenoperationen.

Unter den Bedingungen des Marktübergangs nimmt, wie es die Welterfahrung zeigt, das Problem der Gewährleistung der Beschäftigung des Arbeitskräftepotentials, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, an Schärfe zu. Das Problem der Arbeitslosigkeit bildet einen Schwerpunkt im System der makroökonomischen Regelung und der gesamten Wirtschaftspolitik der wirtschaftlich hochentwickelten Länder mit einer ausgebildeten Marktstruktur. Besonders aktuell wird sie unter den Bedingungen des Zurückgehens der Produktion, der Durchführung der Massenprivatisierung, die charakteristisch für die Anfangsphase der Umgestaltung des Wirtschaftssystems sind, wenn in die Kategorie der Arbeitslosen nicht nur Menschen gelangen, die keine Ausbildung haben, sondern auch Beschäftigte mit verbreiteten oder seltenen Berufen, die im Moment nur in begrenztem Umfang gefragt sind.

Unter diesen Bedingungen gewinnt die Ausbildung eines vollwertigen Arbeitsmarktes, die vollständige Erfassung aller Personen, die einen Arbeitsplatz benötigen, und aller vorhandenen freien Arbeitsplätze, sehr große Bedeutung. Ausgehend von der entstandenen demographischen Situation, einer jährlichen Zuwachsrate von über 2 %, einem Arbeitskräfteüberschuß auf dem Lande, in Kleinstädten und Siedlungen mit Stadtcharakter, dem Vorhandensein einer latenten Arbeitslosigkeit in einzelnen Wirtschaftszweigen, schenken wir der Organisation von Diensten für Arbeitsplätzebeschaffung und Kaderausbildung große Aufmerksamkeit. Eine der erfolgreich gelösten Hauptaufgaben in der ersten Etappe der Wirtschaftsreformen bestand darin, keine Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen zuzulassen.

Zu diesem Zweck wurde in der Republik ein weit verzweigtes Netz von Arbeitsämtern geschaffen, das über 240 Arbeitsvermittlungsstellen umfaßt. Jeder Rayon der Republik hat ein derartiges Arbeitsamt. Es wurde ein Verfahren zur Erfassung der Arbeitslosen und ihrer beruflichen Umschulung, der reibungslosen Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung eingerichtet. Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen macht weniger als ein % des Arbeitskräftepotentials aus. Unter den Bedingungen unserer Republik stellt das ein großartiges Resultat für die erste Reformetappe dar.

Somit bestand das Resultat der ersten Reformetappe in der Herausbildung des Hauptkreislaufs der notwendigen Marktinfrastruktur, in der Gewährleistung des Funktionierens der sich formierenden gesamtnationalen und regionalen Märkte, sowie in der Regelung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen.

## 1.7. LIBERALISIERUNG DER AUSSENWIRTSCHAFTSTÄTIGKEIT UND INTEGRIERUNG IN DIE WELTWIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

Das wichtigste Ergebnis der ersten Etappe der Wirtschaftsreformen bildet die Überwindung der viele Jahrzehnte bestehenden äußeren Abkapselung der Wirtschaft Usbekistans nach außen, der Ausbildung und Realisierung eines selbständigen Außenwirtschaftskurses.

Die Jahre der Unabhängigkeit wurden zu Jahren der Schaffung der notwendigen politischen, rechtlichen und organisatorischen Grundlagen für die Errichtung eines Fundaments der offenen Wirtschaft. Mit der Abschaffung des totalitären Systems stürzte das staatliche Außenhandelsmonopol der Union und mit ihm zusammen die rechtlichen, die Außenwirtschaftsbeziehungen regulierenden Normen, das Unionssystem der zentralisierten Lenkung des Exports und Imports, die Regelung der Weiterverteilung der Devisenressourcen auf Unionsebene ein.

Der Zerfall der Außenhandels- und Außenwirtschaftsstrukturen der Union, ihr tatsächliches Fehlen in der Republik, die ungenügende Kenntniss der Weltmarktkonjunktur, der große Mangel an qualifizierten Fachkräften mit entsprechenden Fertigkeiten im Welthandel, erschwerten zu Beginn die Durchführung der Außenpolitik. Der Exportumfang der Erzeugnisse sank, die Deviseneinnahmen verringerten sich, die usbekischen Exporteure wurden von den traditionellen Märkten verdrängt. 1992 führte die Tatsache, daß die Republiken der ehemaligen Union ihre Produktion planlos und in großen Mengen auf den Weltmarkt warfen, zu einem krassen Absinken der Weltmarktpreise für Baumwollfasern, Gold, Buntmetalle, Erdöl und andere Rohstoffressourcen.

Die entstandene Situation diktierte die Notwendigkeit der beschleunigten Schaffung eines eigenen Leitungssystems des Außenwirtschaftskomplexes, der Ausarbeitung eigener Prinzipien für die Anknüpfung von Außenwirtschaftsbeziehungen, der selbständigen Festlegung des Weges zur Integrierung Usbekistans in das Weltwirtschaftssystem. Das verlieh der Aufgabe der allmählichen Liberalisierung der Außenwirtschaftstätigkeit unter bedeutender Verringerung administrativer Einschränkungen und ihrem Ersatz durch die allgemein üblichen internationalen Normen und Regeln und den Marktinstrumenten zur Regelung der Außenhandels vorrangige Bedeutung.

In den Jahren der Unabhängigkeit wurden die Hauptprinzipien des Aufbaus unserer Außenpolitik ausgearbeitet und folgerichtig verwirklicht. Sie gehen in erster Linie davon aus, daß Usbekistan bestrebt ist, seine Außenpolitik auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils, der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder aufzubauen.

Wir vertreten streng den Standpunkt, uns nicht in den Einflußbereich irgendeines Staates zu begeben und beabsichtigen auch in Zukunft, ausgehend von unseren nationalstaatlichen Interessen, selbständig die gegenseitigen Beziehungen zu allen Staaten der Welt, unabhängig von den ideologischen Anschauungen, festzulegen. Wir verfolgen konsequent das Prinzip der Anknüpfung von Kontakten zum gegenseitigen Vorteil, sowohl bilateraler als auch multilateraler Vertragsbeziehungen, durch Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Wirtschaftsunionen, in die Usbekistan eingetreten und deren aktiver Teilnehmer es geworden ist.

Als souveräner Staat befaßt sich Usbekistan aktiv mit der Ausbildung einer offenen Wirtschaft. Die Grundlage für den Aufbau einer Wirtschaft offenen Typs bildet die breite Teil-

nahme des Landes an den weltwirtschaftlichen Kontakte an der internationalen Arbeitsteilung. Bei der konsequenten Realisierung der Maßnahmen zur Vertiefung der Wirtschaftsreformen, der Ausbildung einer sozial orientierten Marktwirtschaft, gehen wir von der unbestrittenen Tatsache aus, daß die Marktwirtschaft eine freie Wirtschaft darstellt, die einen offenen Charakter besitzt, der Isoliertheit und Abgeschlossenheit fremd sind. Im Zusammenhang damit, sehen wir die Zukunft unserer Wirtschaft in ihrer Integration in die Weltwirtschaft.

Nicht zufällig bestand einer der wichtigen Schritte zur Sicherung der wahren Souveränität der Republik in der verfassungsmäßigen Verankerung Usbekistans als selbständiges Subjekt der internationalen Beziehungen, das die Außenpolitik in seinem Interesse betreibt und das Recht besitzt, internationalen Organisationen, dem System der kollektiven Sicherheit und zwischenstaatlichen Gebilden beizutreten.

Das alles bildete eine praktische Festlegung des Erreichten. Heute ist Usbekistan von über 150 Staaten der Welt anerkannt worden, mit 74 von ihnen wurden diplomatische Beziehungen angeknüpft. In der Hauptstadt der Republik funktionieren Botschaften von über 30 Ländern, darunter so anerkannter Weltmächte, wie die USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und China. In mehr als 20 Staaten der Welt (in den USA, Deutschland, Frankreich, der Türkei, Indien, Rußland und anderen) sind diplomatische Missionen unserer Republik akkreditiert.

Die Republik Usbekistan hat sich aktiv in den vielseitigen Mechanismus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eingeschaltet und hat damit begonnen, eine aktive Politik in den angesehenen internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen, wie die Organisation der Vereinten Nationen und

ihre Spezialorganisationen, die Weltbank, der Internationalen Währungsfonds, die Internationalen Finanzkorporation, die Internationalen Entwicklungsorganisation, die Internationalen Arbeitsorganisation, die Weltgesundheitsorganisation, und in andere führende Finanz- und Wirtschaftsorganisationen, zu betreiben.

Viele internationale Organisationen, die UNO, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Kommission der Europäischen Union und andere haben in der Republik ihre Vertretungen eröffnet und arbeiten aktiv mit usbekischen Partnern zusammen.

Unter Teilnahme von Spezialisten aus dem Internationalen Währungsfonds wurde das Programm der Systemumgestaltung (STF) ausgearbeitet, das eine tiefgreifende Reformierung der Wirtschaft Usbekistans zum Ziele hat und für deren Verwirklichung bereits der erste Tranch in Höhe von 74 Mill. US\$ bereitgestellt wurde. Gegenwärtig laufen in der Republik die Vorbereitungsarbeiten für die Eröffnung des zweiten Tranch für den gleichen Betrag, die Arbeiten zur Einschätzung der Möglichkeiten zur Ausarbeitung und Durchführung des „Stand-by“-Programms für Usbekistan laufen an.

Zusammen mit der Weltbank wurde nach eingehender Prüfung ein Abkommen über die Bereitstellung eines Rehabilitationsdarlehens in Höhe von 160 Mill. US\$ zur Stärkung der nationalen Währung, für den Ausbau der Außenwirtschaftstätigkeit und Stützung der Zahlungsbilanz, die strukturelle Umgestaltung der Wirtschaft und Realisierung der Reformen auf Betriebsebene, die Erweisung der notwendigen Unterstützung und Hilfe an entstaatlichte Betrieb nach der Privatisierung und der neu entstehenden nichtstaatlichen Strukturen abgeschlossen.

Realisiert werden mehrere unter Teilnahme des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Internationalen Finanzkorporation ausgearbeiteten Projekte, die insbesondere die Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe fördern und die Projekte der vorrangigen Entwicklungsrichtungen der Republik finanziell absichern sollen.

Usbekistan wurde zusammen mit den zentralasiatischen Staaten Mitglied der von der Türkei, Iran und Pakistan gegründeten Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Innerhalb dieser Organisation nimmt Usbekistan aktiv an der Ausarbeitung und Realisierung von Projekten der zwischenstaatlichen Transportlinien teil, die Usbekistan den Zugang zu den Seehäfen, dem transnationalen Verkehrsnetz, den Weltwaren- und -kapitalmärkten ermöglichen sollen.

Im Juni 1994 erhielt Usbekistan den Status eines Beobachters beim Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT), das eine führende Stellung in der Regelung des modernen Welthandelssystems einnimmt. Gegenwärtig wird die Frage der Aufnahme Usbekistans als Vollmitglied geprüft, was unserer Republik sichere rechtliche Grundlagen und Vergünstigungen für den Handel mit 111 Ländern, die vollberechtigte Teilnehmern dieses Abkommens sind, schafft.

Zur Unterstützung und Durchführung des Programms der Wirtschaftsreformen wurde Usbekistan durch internationale Organisationen und 21 Spenderländer umfangreiche technische Hilfe geleistet, die allein in den Jahren 1993 und 1994 einen Betrag von etwa 75 Mill. US\$ ausmachte. Diese technische Hilfe wurde genutzt für die Kaderausbildung, die Vervollkommnung der Wirtschaftsleitung und des Systems zur staatlichen Regelung des Übergangs zum Markt, zur Entwicklung des Menschenpotentials, des Energie- und Transportsystems, zur Erweisung technischer und humanitärer Hilfe im Bereich des Gesundheitswesens, zur Versorgung mit Medika-

menten und für den Umweltschutz, zur Stärkung des Finanz-, Steuer- und Banksystems und zur Ausstattung verschiedener Wirtschaftsbereiche mit Rechnern.

Außerdem sollen die im Rahmen der technischen Hilfe bereitgestellten Mittel für die Unterstützung der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen bezüglich des Privatsektors, der Privatisierung und Restrukturierung der Produktion, der Neugestaltung der Buchführung, der Vervollkommnung der sozialen Schutzmaßnahmen der Bevölkerung und zur Verwirklichung anderer Aufgaben mit für unsere Republik und unser Volk außerordentlich wichtiger Bedeutung, aufgewandt werden.

Hervorgehoben sei, daß die Zusammenarbeit Usbekistans mit den internationalen Organisationen gleichzeitig auf langfristigen und aktuellen Prioritäten aufbaut und auch in Zukunft aufbauen wird.

Erstens handelt es sich um eine strategische Integrationssaufgabe, und zwar um die unmittelbare Einbeziehung in internationale Devisen-, Finanz- und Handelsmechanismen auf Grundlage der Schaffung gleichberechtigter und den nationalen Interessen entsprechender Bedingungen für das Zusammenwirken aller Wirtschaftssubjekte Usbekistans mit der Außenwelt.

Zweitens ist das eine direkte Unterstützung bei der Lösung der laufenden Probleme der Republik, eine Förderung der durchgeführten Reformen durch finanzielle, technische und konsultative Hilfe seitens einer Reihe der genannten Institutionen auf Grundlage der vorhandenen internationalen Erfahrungen.

In der Anfangsetappe der Durchführung der Reformen mußten praktisch aus dem Nichts der Außenwirtschaftskomplex der Republik und ein seinem Wesen nach neuer Mechanismus zur Regelung der Außenwirtschaftstätigkeit ge-

schaffen werden. In den drei Jahren der Unabhängigkeit Usbekistans ist die Reform der Außenwirtschaftsbeziehungen der Republik beachtlich vorangeschritten, in erster Linie bezüglich der organisatorischen und rechtlichen Aspekte.

So gut wie neu geschaffen wurden sämtliche notwendigen institutionellen Republikstrukturen. Wie bereits erwähnt, wurden das Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen, die Nationalbank für Außenwirtschaftstätigkeit und der Zolldienst gegründet. Entsprechende Außenwirtschaftsabteilungen wurden beim Ministerkabinet, in den Ministerien und Ämtern, Korporationen, Konzernen, Assoziationen und den örtlichen Leitungsorganen eröffnet. Mit Teilnahme ausländischer Partner wird das Republikzentrum für internationalen Handel geschaffen. In mehreren Ländern der Welt wurden von uns Handelshäuser eingerichtet. Auf bilateraler Grundlage wurden Industrie- und Handelskammern zwischen Usbekistan und den USA, Großbritannien, Deutschland und anderen, an einer aktiven Zusammenarbeit mit der Republik interessierten Ländern gebildet.

Seit Beginn der Durchführung der Reformen haben sich die Zusammensetzung und die Struktur der Teilnehmer der Außenwirtschaftsbeziehungen geändert. Das Recht der Außenmarkterschließung erhielten über zweitausend Wirtschaftssubjekte der Republik, darunter Assoziationen, Konzerne, Klein- und Mittelbetriebe.

Neben dem Außenhandel haben sich anderen Formen der Außenwirtschaftstätigkeit beachtlich aktiviert, die Zahl der im Hoheitsgebiet der Republik gegründeten und funktionierenden Betriebe mit ausländischen Investitionen wächst. Die Zahl der im Hoheitsgebiet der Republik eingetragenen Betriebe mit ausländischem Kapital beträgt über 1450 Einheiten, davon 110 Betriebe mit reinem Auslandskapital. An-

Im Jahr 1995 funktionierten in Usbekistan 166 Vertretungen ausländischer Firmen, Banken und Gesellschaften aus 25 Ländern der Welt. Die Nationalbank für Außenwirtschaftstätigkeit unterhält Korrespondenzkonten mit 80 großen Banken der Welt.

In den ersten Jahren der Unabhängigkeit wurden die Gesetzgebungsakte angenommen, Erlasse des Präsidenten und Regierungserlasse herausgegeben, die die rechtliche Grundlage für den Ausbau der Auslandskontakte, die Liberalisierung der gesamten Außenwirtschaftsbeziehungen und der Förderung des Exportpotentials der Republik bildeten. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Gesetze „Über die Außenwirtschaftstätigkeit“, „Über ausländische Investitionen und Garantien für die Tätigkeit ausländischer Investoren“ und andere Gesetzgebungs- und Normativakte, die erlaubten, die Grundrahmenbedingungen für die Verwirklichung der Außenwirtschaftsbeziehungen, den Abschluß und die Erfüllung der internationalen Verträge im Bereich der Außenwirtschaftstätigkeit, die wirtschaftlichen Interessen der Republik, der juristischen Personen und Bürger Usbekistans außerhalb seiner Grenzen zu schützen und rechtliche Garantien für die Tätigkeit ausländischer Investoren im Hoheitsgebiet der Republik zu schaffen.

Um die Ausweitung der Außenwirtschaftstätigkeit zu stimulieren, wurden eine Reihe von Vergünstigungen eingeführt. In erster Linie wurden die Zollgebühren für den Import von Waren abgeschafft und die Zollgebühren für den Export der eigenen Produktion wesentlich gesenkt, für den Export von Erzeugnissen der Joint-ventures wurden keine Zollgebühren erhoben. Anstelle von Steuern für die Deviseneinnahmen wurde der Zwangsverkauf von 30 % der Einnahmen an die Zentralbank der Republik eingeführt. Um das Interesse der Betriebe am Einsatz der Deviseneinnahmen durch Export



für den Ausbau der materiellen Basis und des Exportpotentials zu erhöhen, wurden viele von dem Zwangsverkauf eines Teils der Deviseneinnahmen befreit.

Wesentlich vereinfacht wurde das Verfahren zur Gründung von Joint-ventures mit ausländischem Kapital, die Registrierung der Außenwirtschaftsteteiligter und die Lizenzierung der zu exportierenden Produktion. Die Anzahl der Erzeugnisse, deren Export nur nach Lizenzen erfolgt, wurde allein 1994 von 74 Bezeichnungen auf 11 gekürzt. Das alles trug zur Aktivierung der Außenwirtschaftstätigkeiten und zur Verbesserung der Export- und Importstruktur bei.

Der Außenhandel erfolgte in der ersten Reformetappe in zwei Richtungen: mit den GUS-Ländern aufgrund der abgeschlossenen Regierungsabkommen und mit ausländischen Ländern unter Verrechnung in frei konvertierbarer Währung. Außerdem wurde die Anknüpfung direkter außenwirtschaftlicher Kooperationsbeziehungen stimuliert.

Der Gesamtaußenhandelsumsatz stieg und betrug 1994 5053,3 Mill. US\$, davon mit den GUS-Ländern — 2919,7 Mill. \$ und mit dem Ausland — 2133,6 Mill. \$. Im Gesamtaußenhandelsumsatz nahm der Anteil des Außenhandels mit ausländischen Staaten beachtlich zu.

Der Export der Erzeugnisse ins Ausland, der 1992 870 Mill. US\$ und 1993 920 Mill. US\$ betrug, erhöhte sich im Jahre 1994 auf über eine Mrd. US\$. Heute entfällt ein großer Teil des Exports, neben den traditionellen Partnern, den GUS-Ländern, auf die Türkei, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Holland, Polen, die Republik Korea, Indonesien, Malaysia u.a.

Wir schenken der Stärkung und dem Ausbau multilateral-er Verbindungen und der engen Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten vorrangige Aufmerksamkeit.

Tatsächlich sind die Brudervölker Zentralasiens durch eine gemeinsame Geschichte, einheitliche Kulturtraditionen, eine ähnliche Lebensweise, Mentalität und vieles mehr eng miteinander verbunden. Auch die heutigen Probleme, politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Art, fallen bei den zentralasiatischen Staaten in vielerlei Hinsicht zusammen. Die Wirtschaften dieser Republiken sind eng miteinander integriert und beeinflussen sich gegenseitig.

Ausgehend von den entstandenen Umständen wurde auf der Begegnung mit dem Präsidenten Kasachstans N. Nasarbajew am 10. Januar 1994 in Taschkent ein Vertrag über die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums zwischen den Republiken Usbekistan und Kasachstan unterzeichnet. Unterschrieben wurden weiterhin Regierungsabkommen über die Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft, Bildung, Kultur, des Gesundheitswesens, Tourismus und Sports. Der genannte Vertrag sieht die freie Bewegung von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Arbeitskräften zwischen Usbekistan und Kasachstan und eine aufeinander abgestimmte Kredit- und Verrechnungs-, Haushalts-, Steuer-, Preis-, Zoll- und Devisenpolitik vor. Dem Vertrag hat sich bei der Begegnung in Bischkek auch Kyrgysstan angeschlossen, wodurch die Perspektiven für die Vertiefung der Integrationsprozesse in der zentralasiatischen Region weiter zunehmen.

Der Vertrag über einen einheitlichen Wirtschaftsraum zwischen den drei Staaten trägt bereits Früchte. In Almaty wurde das Zwischenstaatliche Exekutivkomitee aus Vertretern der Teilnehmerstaaten gebildet. In Taschkent nahm das regionale Bankzentrum seine Tätigkeit auf. Ein Programm zur Integration der Industrie wurde aufgestellt, auf dessen Grundlage gegenwärtig konkrete Objekte, für deren Produktion in der

für den Ausbau der materiellen Basis und des Exportpotentials zu erhöhen, wurden viele von dem Zwangsverkauf eines Teils der Deviseneinnahmen befreit.

Wesentlich vereinfacht wurde das Verfahren zur Gründung von Joint-ventures mit ausländischem Kapital, die Registrierung der Außenwirtschaftstätigkeitsteilnehmer und die Lizenzierung der zu exportierenden Produktion. Die Anzahl der Erzeugnisse, deren Export nur nach Lizenzen erfolgen konnte, wurde allein 1994 von 74 Bezeichnungen auf 11 gekürzt. Das alles trug zur Aktivierung der Außenwirtschaftstätigkeit und zur Verbesserung der Export- und Importstruktur bei.

Der Außenhandel erfolgte in der ersten Reformetappe in zwei Richtungen: mit den GUS-Ländern aufgrund der abgeschlossenen Regierungsabkommen und mit ausländischen Ländern unter Verrechnung in frei konvertierbarer Währung. Außerdem wurde die Anknüpfung direkter außenwirtschaftlicher Kooperationsbeziehungen stimuliert.

Der Gesamtaußenhandelsumsatz stieg und betrug 1994 5053,3 Mill. US\$, davon mit den GUS-Ländern — 2919,7 Mill. \$ und mit dem Ausland — 2133,6 Mill. \$. Im Gesamtaußenhandelsumsatz nahm der Anteil des Außenhandels mit ausländischen Staaten beachtlich zu.

Der Export der Erzeugnisse ins Ausland, der 1992 870 Mill. US\$ und 1993 920 Mill. US\$ betrug, erhöhte sich im Jahre 1994 auf über eine Mrd. US\$. Heute entfällt ein großer Teil des Exports, neben den traditionellen Partnern, den GUS-Ländern, auf die Türkei, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Holland, Polen, die Republik Korea, Indonesien, Malaysia u.a.

Wir schenken der Stärkung und dem Ausbau multilateral-er Verbindungen und der engen Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten vorrangige Aufmerksamkeit.

Tatsächlich sind die Brudervölker Zentralasiens durch eine gemeinsame Geschichte, einheitliche Kulturtraditionen, eine ähnliche Lebensweise, Mentalität und vieles mehr eng miteinander verbunden. Auch die heutigen Probleme, politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Art, fallen bei den zentralasiatischen Staaten in vielerlei Hinsicht zusammen. Die Wirtschaften dieser Republiken sind eng miteinander integriert und beeinflussen sich gegenseitig.

Ausgehend von den entstandenen Umständen wurde auf der Begegnung mit dem Präsidenten Kasachstans N. Nasarbajew am 10. Januar 1994 in Taschkent ein Vertrag über die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums zwischen den Republiken Usbekistan und Kasachstan unterzeichnet. Unter-schrieben wurden weiterhin Regierungsabkommen über die Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft, Bildung, Kultur, des Gesundheitswesens, Tourismus und Sports. Der genannte Vertrag sieht die freie Bewegung von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Arbeitskräften zwischen Usbekistan und Kasachstan und eine aufeinander abgestimmte Kredit- und Verrechnungs-, Haushalts-, Steuer-, Preis-, Zoll- und Devisenpolitik vor. Dem Vertrag hat sich bei der Begegnung in Bischkek auch Kyrgysstan angeschlossen, wodurch die Perspektiven für die Vertiefung der Integrationsprozesse in der zentralasiatischen Region weiter zunehmen.

Der Vertrag über einen einheitlichen Wirtschaftsraum zwischen den drei Staaten trägt bereits Früchte. In Almaty wurde das Zwischenstaatliche Exekutivkomitee aus Vertretern der Teilnehmerstaaten gebildet. In Taschkent nahm das regionale Bankzentrum seine Tätigkeit auf. Ein Programm zur Integration der Industrie wurde aufgestellt, auf dessen Grundlage gegenwärtig konkrete Objekte, für deren Produktion in der

gesamten zentralasiatischen Region Bedarf besteht, für gemeinsame Investitionsprojekte ausgesucht werden.

Eine der vorrangigen Richtungen unserer Außenpolitik bildet die Entwicklung direkter und vielseitiger Beziehungen zu den Ländern, die die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten bilden. Usbekistan hat die Idee der Gemeinschaft unterstützt, gehört zu ihren Gründungsmitgliedern und setzt sich aktiv für die Festigung der Integrations- und Kooperationsbeziehungen ein. Usbekistan nimmt aktiv an der Ausbildung der institutionellen Strukturen der Wirtschaftsgemeinschaft, des Zwischenstaatlichen Wirtschaftskomitees, der Zwischenstaatlichen Bank u. a. teil. Im Rahmen der Gemeinschaft wurden bilaterale außenpolitische, Handels- und Wirtschafts- und andere Verträge und Abkommen mit Rußland, der Ukraine, Weißrußland, Moldauen und anderen GUS-Ländern unterzeichnet, die eine sichere Grundlage für die enge Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil schaffen.

Die Struktur und der Charakter der Wirtschaftsbeziehungen zu den GUS-Ländern verändern sich beachtlich. Usbekistan, das in bezug auf viele GUS-Länder ein positives Handels- und Zahlungssaldo besitzt, kann seine Stellung immer mehr festigen.

Der Warenumsatz mit den GUS-Ländern auf Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen auf Regierungsebene betrug 1994 1,8 Mrd. \$, oder 63 % des gesamten Warenumsatzes mit den GUS-Ländern. Für viele hundert Millionen Dollar wurden so wichtige Erzeugnisse, wie Erdöl, Flugpetroleum, Walzgut, Holz, Spiritus, Lebensmittel u. a. geliefert. Usbekistan seinerseits führte Waren für rund 1,0 Mrd. \$ ein. Das Einfuhr-Ausfuhr-Saldo mit den GUS-Ländern weist einen Überschuß von über 142 Mill. \$ zugunsten Usbekistans auf.

Durch Steigerung der Erdölproduktion auf mehr als das Doppelte und Anwachsen der Erdölverarbeitung,

Vergrößerung der Anbauflächen und Erhöhung der Getreideproduktion konnte die Abhängigkeit der Republik von Importen aus den GUS-Ländern und ausländischen Staaten wesentlich verringert werden. Die Unabhängigkeit der Wirtschaft der Republik von äußeren Faktoren nimmt zu, wodurch die Durchführung der Innenpolitik im Bereich der Stabilisierung der Wirtschaft und des Übergangs zu Marktverhältnissen erleichtert wird.

Gleichzeitig demonstrieren die Beziehungen Usbekistans zu den GUS-Ländern, und in erster Linie zu Rußland, überzeugend eine beidseitig vorteilhafte Politik, bestätigen die Bereitschaft der Republik, mit allen GUS-Ländern fruchtbar zusammenzuarbeiten, auf einer neuen Grundlage die vielseitigen wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und einfach menschlichen Kontakte, die sich zwischen unseren Völkern ausgebildet haben, zu festigen und auszubauen.

Bei der Entwicklung der Außenwirtschaftstätigkeit schenken wir der Schaffung günstiger Voraussetzungen für die breite Heranziehung ausländischer Investitionen in unsere Wirtschaft besondere Aufmerksamkeit. Bei der Verwirklichung der Maßnahmen zur Heranziehung ausländischer Investitionen gingen wir von folgenden Prinzipien aus:

**erstens**, einer zielgerichteten Politik der weiteren Liberalisierung der Außenwirtschaftstätigkeit:

**zweitens**, der weiteren Vervollkommnung der rechtlichen, sozialökonomischen und anderen Bedingungen, die eine breite Heranziehung direkter Kapitalanlagen in die Wirtschaft der Republik gewährleisten;

**drittens**, der konsequenten Durchführung einer Politik der offenen Türen in bezug auf die ausländischen Investoren, die in die Republik Technologie mit Weltniveau liefern, was die Ausbildung einer modernen Volkswirtschaftsstruktur fördert;

gesamten zentralasiatischen Region Bedarf besteht, für gemeinsame Investitionsprojekte ausgesucht werden.

Eine der vorrangigen Richtungen unserer Außenpolitik bildet die Entwicklung direkter und vielseitiger Beziehungen zu den Ländern, die die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten bilden. Usbekistan hat die Idee der Gemeinschaft unterstützt, gehört zu ihren Gründungsmitgliedern und setzt sich aktiv für die Festigung der Integrations- und Kooperationsbeziehungen ein. Usbekistan nimmt aktiv an der Ausbildung der institutionellen Strukturen der Wirtschaftsgemeinschaft, des Zwischenstaatlichen Wirtschaftskomitees, der Zwischenstaatlichen Bank u. a. teil. Im Rahmen der Gemeinschaft wurden bilaterale außenpolitische, Handels- und Wirtschafts- und andere Verträge und Abkommen mit Rußland, der Ukraine, Weißrußland, Moldauen und anderen GUS-Ländern unterzeichnet, die eine sichere Grundlage für die enge Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil schaffen.

Die Struktur und der Charakter der Wirtschaftsbeziehungen zu den GUS-Ländern verändern sich beachtlich. Usbekistan, das in bezug auf viele GUS-Länder ein positives Handels- und Zahlungssaldo besitzt, kann seine Stellung immer mehr festigen.

Der Warenumsatz mit den GUS-Ländern auf Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen auf Regierungsebene betrug 1994 1,8 Mrd. \$, oder 63 % des gesamten Warenumsatzes mit den GUS-Ländern. Für viele hundert Millionen Dollar wurden so wichtige Erzeugnisse, wie Erdöl, Flugpetroleum, Walzgut, Holz, Spiritus, Lebensmittel u. a. geliefert. Usbekistan seinerseits führte Waren für rund 1,0 Mrd. \$ ein. Das Einfuhr-Ausfuhr-Saldo mit den GUS-Ländern weist einen Überschuß von über 142 Mill. \$ zugunsten Usbekistans auf.

Durch Steigerung der Erdölproduktion auf mehr als das Doppelte und Anwachsen der Erdölverarbeitung,

Vergrößerung der Anbauflächen und Erhöhung der Getreideproduktion konnte die Abhängigkeit der Republik von Importen aus den GUS-Ländern und ausländischen Staaten wesentlich verringert werden. Die Unabhängigkeit der Wirtschaft der Republik von äußeren Faktoren nimmt zu, wodurch die Durchführung der Innenpolitik im Bereich der Stabilisierung der Wirtschaft und des Übergangs zu Marktverhältnissen erleichtert wird.

Gleichzeitig demonstrieren die Beziehungen Usbekistans zu den GUS-Ländern, und in erster Linie zu Rußland, überzeugend eine beidseitig vorteilhafte Politik, bestätigen die Bereitschaft der Republik, mit allen GUS-Ländern fruchtbar zusammenzuarbeiten, auf einer neuen Grundlage die vielseitigen wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und einfach menschlichen Kontakte, die sich zwischen unseren Völkern ausgebildet haben, zu festigen und auszubauen.

Bei der Entwicklung der Außenwirtschaftstätigkeit schenken wir der Schaffung günstiger Voraussetzungen für die breite Heranziehung ausländischer Investitionen in unsere Wirtschaft besondere Aufmerksamkeit. Bei der Verwirklichung der Maßnahmen zur Heranziehung ausländischer Investitionen gingen wir von folgenden Prinzipien aus:

**erstens**, einer zielgerichteten Politik der weiteren Liberalisierung der Außenwirtschaftstätigkeit:

**zweitens**, der weiteren Vervollkommnung der rechtlichen, sozialökonomischen und anderen Bedingungen, die eine breite Heranziehung direkter Kapitalanlagen in die Wirtschaft der Republik gewährleisten;

**drittens**, der konsequenten Durchführung einer Politik der offenen Türen in bezug auf die ausländischen Investoren, die in die Republik Technologie mit Weltniveau liefern, was die Ausbildung einer modernen Volkswirtschaftsstruktur fördert;

viertens, der Konzentration der Mittel auf die wichtigsten vorrangigen Richtungen, die die Unabhängigkeit der Republik garantieren und mit der Produktion konkurrenzfähiger Erzeugnisse verbunden sind.

Im Bereich der institutionellen Umgestaltung wurden Schritte zur Bildung von Organisationen und Institutionen unternommen, die für die Heranziehung ausländischer Investitionen notwendig sind. Die Nationale Versicherungsgesellschaft „Usbekinvest“ zur Deckung des politischen und wirtschaftlichen Risikos wurde gegründet. „Usbekinvest“, die Nationalbank für Außenwirtschaftstätigkeit und die amerikanische Finanzgruppe „ALG Inc“ gründeten gemeinschaftliche Versicherungsgesellschaften zur Deckung der politischen Risiken mit Sitz in London und der Geschäftsrisiken mit Sitz in Taschkent. Zusammen mit der EBRD begann in der Republik eine Gruppe an Projekten zu arbeiten, die die Vorbereitung von Feasibility-Studien für Investitionsvorhaben mit dem Ziel fördern wird, die von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Rekonstruktion bereitgestellten 60 Mill. Investitionskredite so schnell wie möglich einzusetzen. Beim Ministerkabinett wurde im Rahmen des Gemeinschaftsprojekts für technische Hilfe mit der UN (UNOID) der Dienst zur Förderung von Investitionen gegründet, in dessen Aufgabenbereich es fällt, den ausländischen Investoren Hilfe bei der Vorbereitung der Investitionsangebote zu erweisen. beim Goskomimuschtschestwo wurde eine Agentur für Immobilien und ausländische Investitionen gegründet, deren Aufgabe darin besteht, die ausländischer Investoren an den Prozeß der Privatisierung heranzuführen.

Zusammen mit der Internationalen Finanzkorporation und der holländischen „ABN-AMRO-Bank“ wird eine gemeinsame Bank gebildet. Die Nationalbank für Außenwirtschaftstätigkeit gründet zusammen mit dem IFC,

der EBRD und der MayBank (Malaysia) eine gemeinsame Leasinggesellschaft.

In der Republik wurde ein breites System von Vergünstigungen zur Heranziehung ausländischer Investitionen geschaffen. Steuervergünstigungen für ausländische Investitionen wurden eingeführt. In Übereinstimmung mit dem Erlaß „Über Maßnahmen zur Stimulierung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit und der Heranziehung und den Schutz ausländischer Investitionen“ wird vorgesehen, die auf die Produktion von Gebrauchsgütern spezialisierten Betriebe von der Gewinnsteuer in Devisen und dem Zwangsverkauf der Devisen an die Zentralbank der Republik Usbekistan für die Dauer von fünf Jahren vom Moment ihrer Registrierung an zu befreien.

Das geltende System der Vergünstigungen und Anreize sieht folgendes vor:

— Ausstattung der Betriebe beliebiger Eigentumsform, bei denen der Umfang der Exportwaren (Arbeiten, Dienstleistungen) mindestens 30 % des Produktionsumfangs umfaßt, mit dem Recht, Gewinnsteuern zu Sätzen zu zahlen, die die Hälfte der geltenden betragen;

— Steuerfreiheit für fünf Jahre für Projekte, die in das staatliche Investitionsprogramm der Republik aufgenommen sind;

— Steuerfreiheit für den Gewinnanteil der Betriebe mit ausländischen Investitionen, der für die Ausweitung der Produktion und die technische Modernisierung reinvestiert wird;

— unbehinderte lizenzfreie Ausfuhr der Erzeugnisse eigener Produktion;

— steuerfreie Einfuhr des Vermögens für Kapitaleinlagen in den Gründungsfonds von Joint-ventures und Betrieben mit ausschließlich ausländischem Kapital im Hoheitsgebiet Usbekistans;

viertens, der Konzentration der Mittel auf die wichtigsten vorrangigen Richtungen, die die Unabhängigkeit der Republik garantieren und mit der Produktion konkurrenzfähiger Erzeugnisse verbunden sind.

Im Bereich der institutionellen Umgestaltung wurden Schritte zur Bildung von Organisationen und Institutionen unternommen, die für die Heranziehung ausländischer Investitionen notwendig sind. Die Nationale Versicherungsgesellschaft „Usbekinvest“ zur Deckung des politischen und wirtschaftlichen Risikos wurde gegründet. „Usbekinvest“, die Nationalbank für Außenwirtschaftstätigkeit und die amerikanische Finanzgruppe „ALG Inc“ gründeten gemeinschaftliche Versicherungsgesellschaften zur Deckung der politischen Risiken mit Sitz in London und der Geschäftsrisiken mit Sitz in Taschkent. Zusammen mit der EBRD begann in der Republik eine Gruppe an Projekten zu arbeiten, die die Vorbereitung von Feasibility-Studien für Investitionsvorhaben mit dem Ziel fördern wird, die von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Rekonstruktion bereitgestellten 60 Mill. Investitionskredite so schnell wie möglich einzusetzen. Beim Ministerkabinett wurde im Rahmen des Gemeinschaftsprojekts für technische Hilfe mit der UN (UNOID) der Dienst zur Förderung von Investitionen gegründet, in dessen Aufgabenbereich es fällt, den ausländischen Investoren Hilfe bei der Vorbereitung der Investitionsangebote zu erweisen. beim Goskomimuschtschestwo wurde eine Agentur für Immobilien und ausländische Investitionen gegründet, deren Aufgabe darin besteht, die ausländischer Investoren an den Prozeß der Privatisierung heranzuführen.

Zusammen mit der Internationalen Finanzkorporation und der holländischen „ABN-AMRO-Bank“ wird eine gemeinsame Bank gebildet. Die Nationalbank für Außenwirtschaftstätigkeit gründet zusammen mit dem IFC,

der EBRD und der MayBank (Malaysia) eine gemeinsame Leasinggesellschaft.

In der Republik wurde ein breites System von Vergünstigungen zur Heranziehung ausländischer Investitionen geschaffen, Steuervergünstigungen für ausländische Investitionen wurden eingeführt. In Übereinstimmung mit dem Erlaß „Über Maßnahmen zur Stimulierung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit und der Heranziehung und den Schutz ausländischer Investitionen“ wird vorgesehen, die auf die Produktion von Gebrauchsgütern spezialisierten Betriebe von der Gewinnsteuer in Devisen und dem Zwangsverkauf der Devisen an die Zentralbank der Republik Usbekistan für die Dauer von fünf Jahren vom Moment ihrer Registrierung an zu befreien.

Das geltende System der Vergünstigungen und Anreize sieht folgendes vor:

— Ausstattung der Betriebe beliebiger Eigentumsform, bei denen der Umfang der Exportwaren (Arbeiten, Dienstleistungen) mindestens 30 % des Produktionsumfangs umfaßt, mit dem Recht, Gewinnsteuern zu Sätzen zu zahlen, die die Hälfte der geltenden betragen;

— Steuerfreiheit für fünf Jahre für Projekte, die in das staatliche Investitionsprogramm der Republik aufgenommen sind;

— Steuerfreiheit für den Gewinnanteil der Betriebe mit ausländischen Investitionen, der für die Ausweitung der Produktion und die technische Modernisierung reinvestiert wird;

— unbehinderte lizenzfreie Ausfuhr der Erzeugnisse eigener Produktion;

— steuerfreie Einfuhr des Vermögens für Kapitaleinlagen in den Gründungsfonds von Joint-ventures und Betrieben mit ausschließlich ausländischem Kapital im Hoheitsgebiet Usbekistans;

— unbehinderte Teilnahme natürlicher und juristischer Personen, darunter auch ausländischer, am Privatisierungsprozeß des Staatsvermögens, einschließlich des Immobilienkaufs;

— Erwerb des Nutzungs- und Verfügungsrechts über Grundstücke für die Durchführung von Investitionsvorhaben von langer Dauer.

Laut Gesetz über ausländische Investitionen werden ausländischen Partnern Garantien gegen Nationalisierung und Beschlagnahme gewährt. Garantiert wird ihnen weiterhin der Transfer von Gewinnen und anderer durch ihre Tätigkeit gewonnener Beträge, die Reinvestierung des Gewinns im Hoheitsgebiet der Republik, das Führen von Konten in jeder beliebigen Währung ohne Einschränkungen in den Banken der Republik.

Gegen Änderungen der Gesetzgebung sind zuverlässige Garantien vorgesehen, die den ausländischen Investoren 10 Jahre lang das Inkraftbleiben der während der Investierung geltenden Gesetze zusichern.

Damit schaffen die ausgearbeiteten Rechtsnormen günstige Bedingungen für die ausländischen Partner bei ihrer Investitionstätigkeit und schützen ihre Rechte und das von ihnen investierte Kapital.

Usbekistan hat Vereinbarungen über den gegenseitigen Investitionsschutz mit Deutschland, der Türkei, Ägypten, Indonesien, Malaysia, Pakistan, Finnland, Korea, den USA und Frankreich unterzeichnet. Die Unterzeichnung derartiger Abkommen mit mehreren anderen Ländern wird vorbereitet.

Die Republik Usbekistan hat 32 gegenwärtig laufende bedeutende Kreditabkommen auf Regierungsebene mit Banken und Firmen in Kanada, der Chinesischen Volksrepublik, der Türkei, Holland, Deutschland, der Schweiz über den Betrag von rund 1,5 Mrd. US\$ abgeschlossen.

1994 traten die Abkommen mit ausländischen Finanzinstituten und ausländischen Investoren über die Bereitstellung von Investitionskrediten in Höhe von 640 Mill. US\$ in Kraft, von denen 300 Mill. \$ als Kreditlinie für konkrete Objekte, darunter für den in Angriff genommenen Bau des Internationalen Handels- und Ausstellungskomplexes in Tschkent, die Zuckerfabrik in der Oblast Choresm, die Errichtung der Objekte des Joint-ventures für die Goldgewinnung mit der amerikanischen Gesellschaft „Newmont-Mining“ bestimmt sind.

Unter Teilnahme ausländischer Partner wurde in der Republik die Verwirklichung von Projekten zur Schaffung neuer Gemeinschaftsunternehmen, wie „UzDAEWOOAvto“ und „UzDAEWOOElectronics“ (Republik Korea), AG „UzItalMotor“ (Italien), UzBAT (Großbritannien), Choresmer APA (mit der Firma „Mercedes-Benz“, Deutschland), von Textilbetrieben u.a., in Angriff genommen.

Usbekistan ist bemüht, einen würdigen Platz in der Weltgemeinschaft einzunehmen. Wir sind weltoffen und streben danach, daß die Welt auch für uns offen ist.

#### 1.8. GEWÄHRLEISTUNG ZUVERLÄSSIGER SOZIALER GARANTIEN

Als wir mit der Verwirklichung der grundlegenden Wirtschaftsreformen begannen, hatten wir die klare Schlußfolgerung gezogen: die Ausbildung der Marktwirtschaft stellt nicht das Selbstziel dar. Das Endziel aller Reformen, der wirtschaftlichen, der demokratischen und der politischen, bildet die Schaffung würdiger Lebens- und Schaffensbedingungen für den Menschen.

Die rechtzeitige Unterstützung der am wenigsten geschützten und bedürftigsten Schichten der Bevölkerung

— unbehinderte Teilnahme natürlicher und juristischer Personen, darunter auch ausländischer, am Privatisierungsprozeß des Staatsvermögens, einschließlich des Immobilienkaufs;

— Erwerb des Nutzungs- und Verfügungsrechts über Grundstücke für die Durchführung von Investitionsvorhaben von langer Dauer.

Laut Gesetz über ausländische Investitionen werden ausländischen Partnern Garantien gegen Nationalisierung und Beschlagnahme gewährt. Garantiert wird ihnen weiterhin der Transfer von Gewinnen und anderer durch ihre Tätigkeit gewonnener Beträge, die Reinvestierung des Gewinns im Hoheitsgebiet der Republik, das Führen von Konten in jeder beliebigen Währung ohne Einschränkungen in den Banken der Republik.

Gegen Änderungen der Gesetzgebung sind zuverlässige Garantien vorgesehen, die den ausländischen Investoren 10 Jahre lang das Inkraftbleiben der während der Investierung geltenden Gesetze zusichern.

Damit schaffen die ausgearbeiteten Rechtsnormen günstige Bedingungen für die ausländischen Partner bei ihrer Investitionstätigkeit und schützen ihre Rechte und das von ihnen investierte Kapital.

Usbekistan hat Vereinbarungen über den gegenseitigen Investitionsschutz mit Deutschland, der Türkei, Ägypten, Indonesien, Malaysia, Pakistan, Finnland, Korea, den USA und Frankreich unterzeichnet. Die Unterzeichnung derartiger Abkommen mit mehreren anderen Ländern wird vorbereitet.

Die Republik Usbekistan hat 32 gegenwärtig laufende bedeutende Kreditabkommen auf Regierungsebene mit Banken und Firmen in Kanada, der Chinesischen Volksrepublik, der Türkei, Holland, Deutschland, der Schweiz über den Betrag von rund 1,5 Mrd. US\$ abgeschlossen.

1994 traten die Abkommen mit ausländischen Finanzinstituten und ausländischen Investoren über die Bereitstellung von Investitionskrediten in Höhe in 640 Mill. USS in Kraft, von denen 300 Mill. \$ als Kreditlinie für konkrete Objekte, darunter für den in Angriff genommenen Bau des Internationalen Handels- und Ausstellungskomplexes in Taschkent, die Zuckerfabrik in der Oblast Choresm, die Errichtung der Objekte des Joint-ventures für die Goldgewinnung mit der amerikanischen Gesellschaft „Newmont-Mining“ bestimmt sind.

Unter Teilnahme ausländischer Partner wurde in der Republik die Verwirklichung von Projekten zur Schaffung neuer Gemeinschaftsunternehmen, wie „UzDAEWOOAvto“ und „UzDAEWOOElectronics“ (Republik Korea), AG „UzItalMotor“ (Italien), UzBAT (Großbritannien), Choresmer APA (mit der Firma „Mercedes-Benz“, Deutschland), von Textilbetrieben u.a., in Angriff genommen.

Usbekistan ist bemüht, einen würdigen Platz in der Weltgemeinschaft einzunehmen. Wir sind weltoffen und streben danach, daß die Welt auch für uns offen ist.

## 1.8. GEWÄHRLEISTUNG ZUVERLÄSSIGER SOZIALER GARANTIEN

Als wir mit der Verwirklichung der grundlegenden Wirtschaftsreformen begannen, hatten wir die klare Schlußfolgerung gezogen: die Ausbildung der Marktwirtschaft stellt nicht das Selbstziel dar. **Das Endziel aller Reformen, der wirtschaftlichen, der demokratischen und der politischen, bildet die Schaffung würdiger Lebens- und Schaffensbedingungen für den Menschen.**

Die rechtzeitige Unterstützung der am wenigsten geschützten und bedürftigsten Schichten der Bevölkerung

bildet ihrerseits die Garantie für eine erfolgreiche Durchführung der Reformen, sie bildet jene soziale Stütze, die nicht zuläßt, daß der einmal eingeleiteten Prozeß der Umgestaltung und Reinigung wieder rückgängig gemacht wird.

Der Übergang zum Markt, verläuft, wie die Erfahrungen anderer Länder zeigen, nicht glatt, ohne Komplikationen und soziale Konflikte. Deshalb müssen der Einführung der Marktmechanismen objektiv vorbeugende, oder genauer gesagt vorausgehende Maßnahmen zum sozialen Schutz der Menschen voranstellen.

In der Anfangsetappe des Übergangs zum Markt ergriffen wir Maßnahmen zum vorbeugenden Schutz der ganzen Bevölkerung. Ausgehend von diesem Prinzip führte die Regierung energische Maßnahmen zur Kontrolle der Situation und zur Stärkung der sozialen Sphäre durch. Das trug wesentlich dazu bei, daß sich das Lebensniveau der Menschen nicht rapide verschlechterte, daß Ruhe und Stabilität in der Republik erhalten blieben.

Heute können wir mit Bestimmtheit sagen, daß die in der ersten Etappe der Wirtschaftsreformen ausgearbeitete und durchgeführte Sozialpolitik ihre Mission voll und ganz erfüllt hat.

Die wichtige Lehre, die wir daraus gezogen haben, besteht darin, daß sich beim Übergang zum Markt die Prioritäten der Sozialpolitik, die Maßnahmen und Verfahren zur sozialen Unterstützung und zum sozialen Schutzes der Bevölkerung ändern müssen. In jeder konkreten Periode der Anfangsetappe des Reformprozesses wurden entsprechende Maßnahmen zum sozialen Schutze durchgeführt, d.h. es existierte eine Art Korrekturmechanismus zur sozialen Adaption in bezug auf die sich ändernden Wirtschaftsbedingungen.

Zu diesem Zweck wurde ein breites Instrumentarium von Verfahren und Methoden staatlicher Regelungen genutzt.

Unter anderem fanden in breitem Rahmen direkte Geldleistungen in Form von regelmäßig neu festgesetzten Löhnen und Gehältern, Renten, Stipendien und verschiedenen Unterstützungen, sowie indirekte Leistungen in Form von Vergünstigungen und verschiedenen Subventionen Anwendung. Die Minimallöhne und -gehälter und Renten werden beispielsweise nicht besteuert. Die Ausgaben der Betriebe für Sozialleistungen an ihre Beschäftigten wurden teilweise aus dem Haushalt gedeckt. Der Preisunterschied für zahlreiche Massenbedarfsartikel und Dienstleistungen wurde erstattet. Daneben existierte ein ganzer Komplex zusätzlicher sozialer Vergünstigungen: kostenloses Frühstück für Schüler der unteren Klassen und alleinstehende Rentner, kostenlose Nahrung für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr, vergünstigte Speisung aller Schüler und Studierenden. Einer umfangreichen Kategorie von Bürgern wurden ihre Wohnungen unentgeltlich in persönliches Eigentum übergeben. Es wurden Vergünstigungen für einige kommunale Dienstleistungstarife eingeführt u.a..

Obwohl die Wirtschaftslage kompliziert und die materiellen und finanziellen Ressourcen begrenzt waren, wurden immer Mittel für die dringlichsten, sozial wichtigsten Aufgaben bereitgestellt. Die Ausgaben für den Sozialschutz machten in der gesamten ersten Reformetappe rund ein Drittel des Republikhaushalts aus. Der Umverteilungsmechanismus für die Mobilisierung der notwendigen Mittel zur Verwirklichung sozialer Maßnahmen funktionierte reibungslos.

Die in der ersten Reformetappe gesammelten Erfahrungen erlaubten den Aufbau eines gut durchdachten Systems zur Versorgung aller Lebensbereiche des Menschen und der Familie. Die Maßnahmen, die in der komplizierten Periode der Ausbildung der Marktbeziehungen durchgeführt wurden, lassen sich ihrer funktionalen Bestimmung und ihrem Endeffekt nach, klar gliedern. Die einzelnen Formen und

Mechanismen zur Erweisung sozialer Unterstützung innerhalb dieser Richtungen wurden ständig vervollkommenet.

Eine der Hauptrichtungen innerhalb des alle Schichten der Bevölkerung umfassenden, breit angewendeten sozialen Schutzsystems, war und bleibt die regelmäßige Erhöhung des Minimal- und mittleren Einkommens in Verbindung mit der Preisfreigabe und der Zunahme der Inflationsrate. Dabei wurde von uns ein eigenes Verfahren zur Indexierung des Einkommens ausgearbeitet. Zum Unterschied von anderen Ländern erfolgt der Prozeß der Indexierung durch gleichzeitige zentralisierte Änderung der Minimallohne und -gehälter, Renten, Stipendien, der Zinssätze der Spareinlagen der Bevölkerung in den Sparkassen.

Im Zeitraum von 1992 bis 1994 wurden die Minimallohne und -gehälter und die Minimalrenten, deren Höhe sich in diesem Zeitraum um das 428- bzw. 1230fache erhöht hatte, wiederholt gesteigert. Unter Berücksichtigung der materiellen Lage der Rentner wurden die Minimalrenten im Vergleich zu den Löhnen und Gehältern stärker erhöht, was den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit entsprach. So beträgt gegenwärtig bei einem Minimallohn von 150 Sum die Höhe der minimalen Altersrente 450 Sum, die Invalidenrenten sind noch höher.

Die Erhöhung der Minimallohne und -gehälter und anderer Zahlung hatte in der Regel vorauseilenden Charakter, und entsprach der Veränderung des Preisfaktors, wodurch die Kaufkraft der Bevölkerung erhalten und ein krasses Absinken ihres Lebensniveaus verhütet wurde.

Unter den Maßnahmen zum sozialen Schutz der Bevölkerung über die Indexierung des Einkommens war das 1993 eingeführte neue Einheitstarifnetz, das über die Tarifkoeffizienten eine direkte Verbindung zwischen der Höhe

des Verdienstes aller Beschäftigtenkategorien und den Minimallöhnen und -gehältern herstellte, von großer Bedeutung. Auf diese Art und Weise, wurden mit der Erhöhung der Minimallöhne und -gehälter auch der Durchschnittsverdienst und das Einkommen der Bevölkerung angehoben. Ein derartiges System gewährleistete optimale Proportionen zwischen den Einkommensniveau der Beschäftigten unterschiedlicher Kategorien, und stellte eine direkte Abhängigkeit von der unmittelbaren Arbeitsquantität und -qualität her, und verhütete dabei eine unbegründete Differenzierung des Einkommensniveaus und der sozialen Bevölkerungsschichtung..

**Die zweite wichtigste Richtung zum sozialen Schutz der Bevölkerung bildete die Durchführung von Maßnahmen zum Schutze des Inlandverbrauchermarktes der Republik und die Aufrechterhaltung des Verbrauchs der wichtigsten Lebensmittel und Industriewaren auf einem bestimmten Niveau.**

Die Notwendigkeit des Schutzes des Verbrauchermarktes war dadurch bedingt, daß wir eine gemäßigtere Politik der Preisliberalisierung durchführten als unsere Nachbarn. Besonders wichtig war dieser Umstand in Anbetracht dessen, daß sich Usbekistan in der Rubelzone befand. Wir wurden wiederholt damit konfrontiert, daß Mangelwaren, wie Mehl, Pflanzenöl, Zucker und andere, die teilweise selbst für den Bedarf der Republik für Devisen gekauft worden waren, in großen Mengen aus der Republik ausgeführt wurden.

Um den Zusammenbruch des Verbrauchermarktes zu verhüten, wurde von uns ein ganzheitliches System ausgearbeitet, das neben strengen Zollkontrollen und hohen Zollgebühren für den Export lebenswichtiger Erzeugnisse, in der ersten Etappe die Einführung zunächst einmaliger und später für mehrmaligen Gebrauch bestimmte Coupons für

den Kauf von Gebrauchsgüter und die normierte Ausgabe eines bestimmten Gebrauchswarenkontingents vorsah. Dieses System hat sich als richtig erwiesen. Es schützte nicht nur den Markt, sondern gestattete ebenfalls die regelmäßige Lieferung aller notwendigen Lebensmittel und Gebrauchswaren an den Handel, und ließ keine Verringerung ihres Verbrauch zu.

Trotz aller Schwierigkeiten der Übergangsperiode gewährleistete dieses System sichere soziale Garantien für die gesamte Bevölkerung der Republik in bezug auf den Verbrauch lebenswichtiger Waren und Dienstleistungen.

Diese Maßnahmen wurden von 1992 bis 1994 zusätzlich durch eine finanzielle Teilstützung von Brot und Brotwaren, Fleisch und Fleischwaren, Milch, Zucker, Pflanzenöl, Kernseife, einzelnen Erzeugnissen des Kindersortiments, der kommunalen und Transporttarife ergänzt, was diese für Familien mit geringem Einkommen erschwinglich machte. In der Anfangsetappe der Reformen, als in anderen Ländern der ehemaligen Union die Verarmung des größten Teils der Bevölkerung zu einer typischen Erscheinung wurde, war das von großer sozialer Bedeutung und bildete einen wichtigen Faktor, der die Menschen von der Notwendigkeit der Durchführung von Reformen überzeugte.

Parallel dazu wurden die Vorbereitungsarbeiten zum Übergang zu einem grundsätzlich neuen System des Schutzes der Interessen der Republikverbraucher ausgearbeitet. Das Wesen des neuen Systems besteht in der Gewährleistung von Schutzmaßnahmen durch schnellste Angleichung der Inlandpreise an das Weltniveau mit entsprechenden Einkommenserhöhungen der Bevölkerung. Große Bedeutung für die Lösung dieses Problems hatten die organisatorischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zur Einführung der nationalen Währung und ihrer inneren Konvertierbarkeit.

Wir sind zu dem eindeutigen Schluß gekommen, daß nur eine stabile Währung, gestützt durch eine entsprechende Warenmenge vorwiegend eigener Produktion, und das Vorhandensein bedeutende Devisenreserven aus einer umfangreichen Exporttätigkeit, den Inlandmarkt und die Interessen unseres Volkes zuverlässig schützen können..

Mit Einführung der nationalen Währung konnte bereits zum Abschluß der ersten Reformetappe die normierte Zuteilung von Lebensmitteln vollständig eingestellt und zu freien Preisen übergegangen werden. Die Abschaffung des Zuteilungssystems verlief problemlos, ohne eine Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nach sich zu ziehen. Der Übergang zu freien Preisen wurde nicht von schockartigen Erschütterungen begleitet.

**Die dritte Hauptrichtung der Durchführung einer aktiven Sozialpolitik bestand im Treffen wirksamer Maßnahmen zum sozialen Schutz und zur Unterstützung bedürftiger Bevölkerungsschichten.** Wir gingen von dem Prinzip aus, daß der Schutz der sozial schwachen Schichten der Bevölkerung, der Rentner, Invaliden, kinderreichen und minderbemittelten Familien, der Arbeitslosen, der studierenden Jugend, sowie der Personen mit Festgehältern, die heilige Pflicht des Staates ist.

Neben der Erhöhung der Löhne und Gehälter, wurden als soziale Schutzmaßnahme und zur Stimulierung ihrer Tätigkeit an Lehrer aller Schultypen, die Erzieher der Kinderheime, Vorschul- und außerschulischen Einrichtungen, die Professoren und Lehrer der Hoch- und Fachschulen, die Beschäftigten des künstlerischen und medizinischen Bereichs zusätzliche materielle Leistungen in Form von Vergünstigungen bei der Bezahlung der Miete und der Kommunalleistungen und in Form von bevorzugter Bereitstellung von Grundstücken für den Eigenheimbau usw. vergeben.

Mit dem Übergang zu den Marktbeziehungen gestalten sich die Lage der alleinstehenden ständig pflegebedürftigen Rentner besonders schwer. Unter Berücksichtigung dieser Schwierigkeiten wurde der Beschluß gefaßt, diese Rentnerkategorie von der Zahlung der Mieten und Kommunalleistungen zu befreien. Sie genießen das Recht, Medikamente und lebensnotwendige Waren entsprechend festgelegten Normen kostenlos zu erhalten und unentgeltlich die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen. Für ihre Unterstützung wurde in der Republik eine Spezialabteilung für soziale Hilfe eingerichtet, die die soziale und häusliche Betreuung alleinstehender Rentner und Invaliden übernimmt.

Dem sozialen Schutz der studierenden Jugend, der Schaffung materieller Bedingungen für ein Direktstudium den Erwerb von Kenntnissen wird ständig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Stipendien für Studierende der Hoch-, Fach- und Berufsschulen und für Aspiranten wurden wiederholt erhöht.

Dem sozialen Schutz der Jugend dienen ebenfalls die Kompensationszahlungen zur Erstattung der Ausgaben für das Essen, die Deckung eines Teils der zusätzlichen Ausgaben in den Schulspeisegaststätten und Mensas, das Mietgeld für Privatwohnungen, die verbilligte Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel u.a, die aus Haushaltsmitteln bestritten wurden. Unter Berücksichtigung der nationalen Traditionen wurden Jungverheirateten bei der ersten Eheschließung Vergünstigungen beim Kauf von Möbeln und Teppichwaren gewährt.

Die durchgeführten Maßnahmen ermöglichten in der ersten Reformetappe den Schutz der Interessen der bedürftigsten, in sozialer Hinsicht am meisten gefährdeten Schichten der Bevölkerung, wodurch die Verarmung eines bestimmten Teils der Bevölkerung verhütet und ziviler Frieden und Eintracht gewährleistet wurden.

Die erste Etappe der Wirtschaftsreformen in Usbekistan verlief unter dem Zeichen der allmählichen Umgestaltung und Rationalisierung aller Systeme zum sozialen Schutz der Bevölkerung, wenig effektive Formen des Sozialschutzes der Bevölkerung wurden aufgelöst und umgestaltet, die Sozialschutzausgaben wurden den Haushaltsmöglichkeiten angepaßt.

Eine gründliche Analyse des bestehenden sozialen Schutzsystems brachte ihre Mängel zutage, die in Vergeudung von Mitteln bei ungenügendem sozialem Effekt bestanden.

Außerdem sah das existierende System der Subventionen, Beihilfen und Vergünstigungen keine Konzentrierung von Mitteln zur sozialen Unterstützung der Bevölkerungsgruppen vor, die tatsächlich des sozialen Schutzes bedurften, sondern war auf die ganze Bevölkerung ausgerichtet und reagierte nicht auf einen solchen Faktor, wie Armut, Unterstützung in gleicher Höhe erhielten sowohl bedürftige als auch wohlhabende Bürger. Mehr noch, unter Berücksichtigung der Höhe der Subventionen für die wichtigsten Waren des alltäglichen Bedarfs und der tatsächlichen Verbrauchsstruktur dieser Waren und Dienstleistungen durch verschiedene Bevölkerungskategorien, ergab sich, daß die soziale Unterstützung bei weitem mehr von denjenigen in Anspruch genommen wurde, die sie am wenigsten brauchten.

Es bestand ein außerordentlich aufwendiges System, realisiert durch einen gleichmacherischen Verteilungsmechanismus, mit einem niedrigen tatsächlichen sozialen Effekt, das versuchte, die gesamte Bevölkerung zu erfassen. Ein derartiges Unterstützungssystem besaß keine klare soziale Basis und war nicht an einen konkreten Empfänger adressiert.

Das beweist die Tatsache, daß nur über den Republikaushalt Sozialhilfe unter 30 verschiedenen Benennun-

gen und Richtungen erfolgte, was zu einer Vergeudung der Mittel führte und nicht erlaubte, gerade diejenigen materiell zu unterstützen, die es am nötigsten brauchten, und zwar die Minderbemittelten.

Notwendig war, mit der bei einem großen Teil der Bevölkerung tiefverwurzelten Konsumentenpsychologie, die die Durchführung der Reformen stark bremst, endlich Schluß zu machen.

Die Notwendigkeit einer qualitativ neuen Etappe der Verwirklichung der Sozialpolitik, die Vertiefung des Mechanismus zum sozialen Schutze war objektiv herangereift. Im Zusammenhang damit war es sinnvoll, den folgerichtigen Übergang vom System des allgemeinen sozialen Schutzes zu einem System zuverlässiger Garantien und der sozialen Unterstützung der Bevölkerung zu vollziehen.

Die Grundlage zur Ausbildung einer erneuerten Sozialpolitik bildete das Prinzip der strikten Einhaltung der Gerechtigkeitsdominante. Das Wesen dieses Prinzips besteht darin, daß die Kriterien für die Auswahl der tatsächlich unterstützungsbedürftigen Bevölkerungskategorien und die Wahl der Zuleitungsverfahren einfach und verständlich, und vom Standpunkt ihrer Empfänger aus gerecht sein müssen. Bei der Bestimmung der Personen, die sozialer Garantien und einer Unterstützung bedürfen, bei der Festlegung der konkreten Form und Höhe der Hilfe, muß jeglicher Subjektivismus ausgeschlossen werden. Das ganze System muß die Abschaffung der Gleichmacherei und der Konsumentenpsychologie verfolgen.

Das alles verlangt eine grundlegende Umgestaltung der bestehenden sozialen Unterstützungsmethoden, ihrer Finanzierungsquellen.

**Der Sozialschutz muß zielgerichtet und adressiert sein.**  
Ein Unterscheidungsmerkmal des neuen Sozialschutzsystems

muß in einem streng differenzierten Herangehen an die verschiedenen Bevölkerungsschichten bestehen. Es muß an die Mitglieder der Gesellschaft adressiert sein, die tatsächlich der materiellen Unterstützung durch den Staat bedürfen, es muß eine klare Adresse erhalten und zielgerichtet sein.

Das adressierte System der Unterstützung muß nur die minderbemittelten und arbeitsunfähigen Bürger erfassen. Das verlangt eine Vereinheitlichung aller bestehenden Arten und Formen von Kinderbeihilfen und Kindergeld.

Neben staatlichen Quellen müssen zur Lösung der Sozialschutzaufgaben der Bevölkerung, zur Verbesserung der materiellen Lage der Menschen, aktiv Mittel der Arbeitskollektive, der öffentlichen und Wohltätigkeitsorganisationen und -fonds herangezogen werden.

Bei der Gewährung der Sozialhilfe an die Bevölkerung müssen die Rechte und die Verantwortlichkeit der örtlichen Macht- und Verwaltungsorgane wesentlich erhöht werden. Die Chokime und die Machalljakomitees sind berechtigt, bei der Verwirklichung der gesamtstaatlichen Garantien für die gefährdeten Bevölkerungsschichten, unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der Region, zusätzliche Maßnahmen zu ihrer sozialen Unterstützung einzuführen.

Eine besonders komplizierte und verantwortungsvolle Aufgabe bildete die genauere Festlegung der Kanäle und Verfahren für die Übermittlung der staatlichen Sozialhilfe an die konkreten Bedürftigen.

Wir haben den Weg eingeschlagen, der die Abschaffung der Gleichmacherel des Sozialschutzsystems und die Ausarbeitung eigener Verfahren vorsieht, die den moralisch-sittlichen Werten, der Lebensweise und den weltanschaulichen Orientierungspunkten entsprechen, die sich im Laufe von Jahrtausenden im Orient entwickelten.

In Übereinstimmung damit wurde 1994 das soziale Schutzsystem der Bevölkerung grundlegend verändert. Geschaffen wurde ein prinzipiell neues, fortschrittliches System der Sozialhilfe. Das bildet die wichtigste Bilanz der ersten Etappe der wirtschaftlichen Umgestaltungen im Bereich der Sozialreformen.

Das neue System ist stärker vereinheitlicht und besitzt eine klare Orientierung auf den konkreten Verbraucher. Das Wesen des modernen Systems besteht darin, daß seine Hauptnutzer, die Kinder, die die Zukunft unseres Landes darstellen, und die minderbemittelten Familien sind. **Wichtig dabei ist, daß die Unterstützung und jegliche materielle Hilfe nur über die Familie erfolgt.** Auf diese Art und Weise bildet die Familie im modernen Unterstützungssystem die Schlüsselfigur, was den allgemein humanen Prinzipien, den nationalen Traditionen, der Mentalität und der Stellung entspricht, die die Familie im System der sozialen Organisation der zivilen Gesellschaft einnimmt.

Neben den erhalten gebliebenen einmaligen Beihilfen bei der Geburt eines Kindes, sieht das neue System der sozialen Unterstützung folgende Arten von Beihilfen und Vergünstigungen vor.

**Erstens** werden Beihilfen an die Mütter zur Betreuung ihrer Kinder ausbezahlt. Dabei wurde nicht nur die Höhe der Unterstützung angehoben, sondern auch die Zahlungsdauer der Beihilfe **von eineinhalb auf zwei Jahre verlängert.** Empfänger der Beihilfe sind jetzt sowohl **berufstätige als auch nicht berufstätige Mütter.** Damit wurde die soziale Gerechtigkeit gegenüber den Müttern wiederhergestellt, was eine beachtliche Hilfe für viele Familien darstellt.

**Zweitens** wurde eine einheitliche Unterstützung für Familien mit Kindern im Alter bis zu 16 Jahren eingeführt.

während alle früher existierenden Beihilfen und Vergünstigungen für Kinder abgeschafft wurden. Das System des Kindergelds wurde vereinheitlicht. Anstelle von über 20 verschiedenen Arten von Kindergeld wurde ab September 1994 das einheitliche Kindergeld für alle Familien mit Kindern eingeführt, dessen Höhe direkt von der Struktur der Empfängerfamilie abhängt. Die Höhe des Kindergelds ist mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung gebracht worden und direkt auf die Veränderungen der Minimallohne und -gehälter abgestimmt.

**Es sei unterstrichen, daß die Beihilfe für Familien mit Kindern bis zu 16 Jahren an alle Familien, unabhängig vom Einkommen der Eltern und dem Gesamteinkommen der Familie, gezahlt wird.** Das bedeutet, daß Kinder im Alter bis zu 16 Jahren, unabhängig von verschiedenen Ausgangsfaktoren und Gründen, zu direkten Objekten werden, denen staatliche Hilfe zuteil wird.

Der Staat kompensiert den Eltern einen Teil der Ausgaben für den Unterhalt und die Ausbildung der Kinder, und erhöht dabei gleichzeitig die Verantwortung der Eltern. Die Maximalhöhe des Kindergelds war anfänglich auf einen halben Minimallohn festgesetzt und beträgt jetzt für eine Familie mit fünf und mehr Kindern den vollen Satz eines Minimallohnes.

**Drittens** hat der Staat ab Oktober 1994 begonnen, den minderbemittelten Familien aktiv zu helfen. Die durch einen Erlass eingeführte materielle Hilfe war gerade an sie adressiert. Die Einführung einer Unterstützung für minderbemittelte Familien in der Republik stellt einen absolut außergewöhnlichen Schritt dar.

Eine Besonderheit der Familienstruktur in Usbekistan bildet das Vorhandensein eines hohen Anteils an Großfamilien, dabei leben auf gemeinsamem Wohnraum mehrere in

engen verwandtschaftlichen Beziehungen zueinander stehende Familien, die eine gemeinsame Wirtschaft führen und ein konsolidiertes Familienbudget haben.

Unter derartigen Bedingungen erwies es sich als äußerst schwierig, Kriterien für die Zuordnung der Familie zu der Kategorie der Minderbemittelten und ein Instrumentarium für ihre Einschätzung zu wählen. Die bekannten Formen der Einkommensdeklarierung erwiesen sich für Usbekistan als wenig brauchbar. Die Wahl des formalen Wegs der Gewährung von Beihilfen durch die Spezialorgane an Familien aufgrund von Bescheinigungen war noch gefährlicher, da er zweifellos von Subjektivismus, und Nichteinhaltung des Prinzips der Dominante der Gerechtigkeit begleitet gewesen wäre.

Das hatte mehrere Gründe:

erstens lebt der größte Teil der Bevölkerung auf dem Lande und hat Einnahmen aus einer Nebengewirtschaft, die schwer objektiv einzuschätzen sind;

zweitens hätte ein derartiges Verfahren dazu geführt, daß die Menschen versucht hätten, ihre Nebeneinnahmen zu verbergen, wodurch das Konsumentenbewußtsein gefördert würde. Die Verfahren zur Überprüfung der Hauswirtschaften und die Erfassung aller Einkommensquellen sind bei uns noch nicht ausgereift.

Den Schlüssel zur Lösung dieses Problems haben wir in der eigenen Geschichte gefunden, als wir uns den Quellen der sozialen Organisation der Gesellschaft des in grauer Vorzeit auf dieser Erde existierenden mächtigen und blühenden Staates zuwandten. Dabei wurden die jahrhundertalten Traditionen der in den Tiefen der Urbevölkerung Usbekistans entstandenen gegenseitigen Beziehungen und der Unterstützung der Armen berücksichtigt.

In Mittelasien, und vor allem in Usbekistan, existiert seit alters her eine noch heute erhaltene so einmalige Form der

sozialen Selbstorganisation, wie die Machallja. Für einen Usbeken bedeutet Machallja mehr als einfach der Begriff eines Kollektivs. Der Machallja verdankt die Erhaltung besonderer Prinzipien der Motivierung des sozialen und wirtschaftlichen Verhaltens der einheimischen Bevölkerung, die Achtung gesellschaftlicher Werte, der Ethik der gegenseitigen Beziehungen, die die unbedingte Erfüllung der übernommenen Pflichten und die Verantwortlichkeit vor der Gesellschaft gewährleisten. Der Geist der Machallja ist in der Seele jedes Bewohners unserer Republik erhalten geblieben.

Gerade das Vorhandensein dieses Geistes, die Stärke und Zuverlässigkeit der Verbindungen zwischen den Menschen und den Familien über das bestehende System der Selbstorganisation der Bürger in Form der Machallja bildete jenen Schlüssel, der es erlaubte, das Geheimnis der Wiedergeburt eines gerechten Sozialsystems für Hilfeleistungen an die Bedürftigsten zu lüften.

Als Ergebnis unserer Suche nach Wegen zur Organisation eines effektiven Systems der sozialen Unterstützung überzeugten wir uns davon, daß in Usbekistan der einfachste, jedoch effektive und offene Mechanismus zur Verwirklichung der sozialen Hilfe an Bedürftige, der Mechanismus zur Hilfeleistung über die Machallja darstellt. In der Machallja leben Menschen mit viel Lebenserfahrung, die in der Lage sind, alles zu regeln. Die auf demokratischer Grundlage von den Bürgern gewählten Ältesten der Machallja, die laut Gesetz den Status eines Selbstverwaltungsorgans besitzt, ihre Ratgeber und das Aktiv kennen die materielle und die Vermögenslage jedes Bewohners der Machallja, die Einnahmequellen jeder Familie.

Im Rahmen des neuen Systems der sozialen Unterstützung erfolgt die Anweisung der materiellen Hilfe für minderbe-

mittelte Familien durch die Vollversammlung, durch die den Menschen am nächsten stehenden Bürger der Machallja. Besondere Beachtung verdient die einerseits auf der jahrhundertalten traditionellen Nachbarhilfe, dem Mitgefühl, und andererseits auf Unduldsamkeit gegenüber Faulenzern und Schmarotzern basierende Methode zum Auffinden, Erfassen und Registrieren von Minderbemittelten. Ohne Schaffung eines aufgeblähten bürokratischen Staatsangestelltenapparats wird ein Teil des Gesamtinlandprodukts zum Wohle der tatsächlich bedürftigen Bevölkerung auf Beschluß der Bevölkerung selbst verteilt.

Das Wichtigste dabei ist, daß das ausgearbeitete Verfahren erlaubt, materielle Hilfe zu leisten, ohne die Würde der Angehörigen derartiger Familien zu verletzen.

Damit die Selbstverwaltungsorgane über reale Mittel für Hilfeleistungen an bedürftige Familien verfügen, erhielt der Machallja-Spezialfonds Mittel aus dem Republikhaushalt und dem örtlichen Haushalt, sowie freiwillige Überweisungen der Betriebe und Organisationen, Unternehmerstrukturen und einzelnen Bürger. Allein im vierten Quartal des Jahres 1994 wurden aus dem Staatshaushalt für diesen Zweck 360 Mill. Sum bereitgestellt.

Auf diese Art und Weise, und das stellt eins der wichtigen Ergebnisse der ersten Reformetappe dar, begann in Usbekistan, gestützt auf die Traditionen und die von uns ausgearbeiteten Ausgangsprinzipien, ein einzigartiges System des adressierten Sozialschutzes der Bevölkerung zu funktionieren.

Unter den Bedingungen des früheren administrativen Kommandosystems, das die Beschäftigten vom Eigentum, von den Produktionsmitteln und dem Resultat ihrer Arbeit entfremdete, war es nicht gelungen, ein System von Arbeitsmotivationen zu schaffen, bei dem die Mehrheit der Menschen daran inter-

essiert war, effektiv und mit maximalem Einsatz ihres Arbeits- und schöpferischen Potentials tätig zu sein.

Die heute in unserer Republik vor sich gehenden wirtschaftlichen und sozialen Prozesse ändern die Motivationsstruktur der menschlichen Tätigkeit grundlegend. Gegenwärtig bildet sich eine aktive Schicht der Bevölkerung aus, deren wirtschaftliche Interessen mit dem Streben verbunden sind, Eigentümer oder Miteigentümer von Gütern zu sein, Dividenden oder Gewinn zu erhalten, persönlich an der Leitung der Produktion teilzuhaben, nach eigenem Ermessen das gesparte Kapital anzulegen. Ihre Motivation basiert auf dem Wunsch, Eigentümer zu sein.

Gegenwärtig ist die Hoffnung auf Erfolg der Wirtschaftsreformen in erster Linie mit der Entwicklung positiver Formen der Motivationen der Tätigkeit, der Steigerung der Arbeits- und Wirtschaftsaktivität der Bevölkerung verbunden. Ein neues System der Tätigkeitsmotive und -anreize bildet sich heraus, was sich im wirtschaftlichen Verhalten der Menschen widerspiegelt. Die Zahl der Bürger nimmt zu, deren wirtschaftliche Interesse mit der Bereitschaft verbunden sind, in nichtstaatlichen Betrieben tätig zu sein oder eine eigene Existenz zu gründen.

Die Umgestaltung der Eigentumsformen, die Ausbildung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren wird von einer allmählichen Veränderung des Bewußtseins der Massen, der Wertvorstellungen und der Zielsetzungen im Arbeitsbereich begleitet. Eine neue Motiv- und Anreizstruktur für die Arbeit bildet sich heraus.

Allmählich vollzieht sich im Bewußtsein der Menschen eine scharfe Wende, immer breitere Bevölkerungsschichten beginnen zu verstehen, daß die Durchführung der Wirtschaftsreformen, der Übergang zu den Marktbeziehungen, den einzigen richtigen Weg darstellt, um die Wirtschaftskrise zu

überwinden und einen mächtigen, unabhängigen Staat errichten.

In der Periode der Ausbildung der Marktbeziehungen bedürfen Bildung, Gesundheitswesen, Wissenschaft, Kultur und Kunst, d.h. alle die Bereiche, von deren Entwicklungsniveau die moralisch-sittliche Atmosphäre in der Gesellschaft, das geistige und körperliche Wohlbefinden der Menschen abhängen, besonderer Unterstützung.

Die in der ersten Etappe durchgeführten Maßnahmen zum sozialen Schutz der Bevölkerung trugen wesentlich dazu bei, den Übergang zum neuen Modell der Wirtschaftsbeziehungen zu erleichtern, den durch die Notwendigkeit der möglichst schnellen Anpassung an die sich stürmisch verändernde wirtschaftliche Situation, die neuen Lebensbedingungen und -standarde hervorgerufenen psychologischen Streß abzubauen.

Der Übergang zu einer neuen Etappe der Wirtschaftsformen muß die Lehren berücksichtigen, die wir aus der vorhergehenden Etappe und den angehäuften Lebenserfahrungen gezogen haben. **Die Hauptlehre besteht darin, daß bei der Wahl der Kriterien und Mechanismen zum sozialen Schutze in vollem Umfang das Prinzipien der Dominante sozialer Gerechtigkeit, der Adressiertheit der Maßnahmen zur sozialen Unterstützung und ihre maximale Effektivität berücksichtigt werden müssen.** Fragen des sozialen Schutzes der Bevölkerung müssen in engem Zusammenhang mit den Problemen anderer sozialer und wirtschaftlicher Komplexe, gestützt auf die nationalen Traditionen und Sitten, entschieden werden.

Der Staat muß Garant der sozialen Stabilität und der gesellschaftlichen Eintracht sein, durch Unterstützung der bedürftigen Schichten der Bevölkerung und Schaffung gleicher Bedingungen und eines günstigen Milieus für alle übrigen Menschen, die in der Lage sind, auf eigenes Risiko

... mit ihrem Besitz, Wohlstand für sich und ihre Familie zu schaffen.

### 1.9. DIE GEISTIG-MORALISCHE WIEDERGEBOURT DES VOLKES BILDET DIE GRUNDLAGE DER WIRTSCHAFTSREFORMEN

Als eine bedeutende Errungenschaft der Anfangsetappe des Erneuerungsprozesses der Gesellschaft und der Wirtschaftsreformierung sind zweifellos jene konkreten Leistungen zu betrachten, die ihre Verkörperung im geistigen Bereich gefunden haben. **Die Wiedergeburt der Geistigkeit und der Kultur des Volkes, die Wiederauffindung seiner wahren Geschichte und der Urwüchsigkeit, gewinnen heute entscheidende Bedeutung für die erfolgreiche Vorwärtsbewegung auf dem Wege der Erneuerung und des Fortschritts unserer Gesellschaft.**

Die Rückkehr zu den eigenen Quellen, das Bewußtwerden der Tiefe und der Größe des kulturellen und geistigen Erbes unserer ruhmreichen Ahnen, die einen bedeutenden Beitrag für die Weltkultur geleistet haben, die Erziehung eines pfleglichen Verhaltens gegenüber allem, was die Vergangenheit anbetrifft, gegenüber den edlen nationalen und religiösen Traditionen und daneben das klare Verstehen der Notwendigkeit, sich die Werte der modernen Weltzivilisation und Geistigkeit anzueignen und ihrer teilhaftig zu werden, bilden die konkrete Grundlage, auf der unsere Politik der Erneuerung und Hebung des nationalen Selbstbewußtseins, der politischen Reife und Aktivität der Bevölkerung, aufbaut.

Heute, da unser ganzes Trachten darauf gerichtet ist, eine demokratische gerechte Gesellschaft, einen Staat mit einem mächtigen Wirtschaftspotential zu errichten, ist es uns nicht

gleichgültig, auf welcher geistig-moralischen Grundlage wir den Übergang zum Markt vollziehen. Besonders wichtig ist das für die ehemaligen sozialistischen Ländern, in denen im Laufe vieler Jahrzehnte ideologisch die Prinzipien einer vorgetäuschten sozialen Gleichheit, einer kollektivistischen Psychologie und eines solchen Denkens verbreitet wurden. Der Markt hat andere, härtere und anspruchsvollere Gesetze und Normen. Das Wohlergehen vieler hängt in erster Linie von ihnen selbst, von dem Grad ihrer Vorbereitung auf die neuen Bedingungen und die neuen Beziehungen ab. Das Schicksal jedes Einzelnen hängt in vielerlei Hinsicht von seiner beruflichen Meisterschaft, seinem moralischen Halt, seiner Fähigkeit ab, sich an das neue sich dynamisch verändernde Milieu anzupassen.

Beim Übergang zum Markt werden Lebensreife und Standhaftigkeit geprüft. Völlig unzulässig sind dabei geistige Leere oder der Kult des Alleserlaubtseins. Deshalb schenken wir Problemen der geistig-moralischen Wiedergeburt und Reinigung besondere Aufmerksamkeit. Nur auf einer hochmoralischen Grundlage, nur mit ausgeprägten, edlen geistigen und patriotischen Prinzipien können wahrhaft zivilisierte Marktbeziehungen und Marktmechanismen ausgebildet werden. Ist das nicht der Fall, so herrschen, wie das leider in einigen Regionen der früheren Union der Fall ist, Chaos und Maßlosigkeit. Es bildet sich ein Pseudomarkt heraus, der durch Verbrechen, Korruption, moralischen Verfall der Menschen und ihre geistigen Degradierung hervorgebracht wurde. Das darf auf keinen Fall zugelassen werden. Unzulässig sind Hinweise darauf, dass dies alles durch die Forderungen der klassischen Theorie der "primären Kapitalanhäufung" diktiert wird.

Nicht für solche Zwecke haben wir Unabhängigkeit und Souveränität zu erlangen gesucht und den Weg grundlegender Umgestaltungen eingeschlagen.

Welche notwendigen moralischen Hauptlehren haben wir aus dem in der ersten Reformetappe Erlebten und Geleisteten gezogen?

**Erstens**, hat das Leben die Richtigkeit des von uns eingeschlagenen eigenen Weges und unseres Modells der Erneuerung und des Fortschritts bestätigt und hat bewiesen, daß die durchgeführten Reformmaßnahmen den Interessen der Menschen entsprechen.

**Zweitens**, sind staatliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit kein Geschenk des Himmels, um sie zu erreichen, braucht man Frieden, Ruhe und ein einiges Volk, das geschlossen und initiativreich arbeitet. Frieden, Stabilität und nationale Eintracht machen alle Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität, ihrer sozialen Herkunft und ihrem Glaubensbekenntnis, stolz auf unsere Region.

**Drittens**, entspricht die soziale Marktwirtschaft den hohen Idealen der orientalischen, islamischen Lebensphilosophie, den historischen Erfahrungen und der Mentalität unseres Volkes.

**Viertens**, ist unser Volk der wahre Herr seines Schicksals, seine Weisheit und Eintracht gewährleisten die Stabilität und eine Wende zum Besseren.

**Fünftens**, und das ist das Allerwichtigste für uns, gehen qualitative, den Forderungen der modernen Wirklichkeit entsprechende Veränderungen in der Weltanschauung der Menschen, in ihrer Einstellung zu den Werten und der Wahl der Orientierungspunkte in ihrem Leben vor sich.

**Sechstens**, entfalten sich dank der eingeleiteten Reformierung und der Erneuerung unserer Gesellschaft mächtige Schichten der Volks- und der nationalen Geistigkeit, der

Moral und Kultur, bestätigt sich die außerordentliche Stärke der Volksmentalität.

Wir stützen uns auf die reiche geistige Kultur der Völker Usbekistans, seine einmalige historische Vergangenheit, das unendlich wertvolle philosophische und moralische Erbe, das wir sind aufgeschlossen für die Wechselbeziehung zwischen verschiedenen Kulturen, ihren Dialog und ihre gegenseitige Bereicherung.

Offenheit und Traditionsbewußtsein bilden die beiden Bestandteile, die fähig sind, den Prozeß der Schaffung zivilisierter Marktbeziehungen, die Wissenschaft, Technik und Technologie, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt insgesamt noch weiter voranzutreiben. Sie bilden das Wesen und die Besonderheit des eigenen Weges der Erneuerung und des Fortschritts.

Als wir die Reformen in Angriff nahmen, gingen wir von einer These aus, deren Richtigkeit heute überzeugend bewiesen ist. Beim Übergang zum Markt muß man die objektiven Bedingungen, die Lebensweise, die Psychologie, die Traditionen und die Kultur des Volkes berücksichtigen.

Die Mentalität unseres Volkes bildet die wichtigste Stütze bei der Umgestaltung der Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft auf der Grundlage der Marktbeziehungen. Charakteristisch für unser Volk sind seine geistige Unabhängigkeit und Selbständigkeit, seine Güte, die Freigebigkeit seiner Seele und Offenheit. Diese hervorragenden Eigenschaften haben auch den Prüfungen durch die neuen Wirtschafts- und Lebensbedingungen standgehalten. Die besten Charaktereigenschaften des Volkes werden durch die Liebe zur Erde, zur Heimat und durch den Patriotismus zu einer geistigen Einheit verschmolzen.

**Die Hauptquelle unseres Reichtums, unserer Unabhängigkeit und unseres Glaubens an eine lichte**

**Zukunft bildet die Heimaterde.** Die Liebe zu dieser heiligen Erde, in der die sterblichen Überreste unserer großen Ahnen ruhen, die uns erwärmt und ernährt, bildet eine unversiegbare Quelle. Das gesamte Innere des Menschen ist mit ihr verbunden. Und in Minuten höchster Freude und höchster Trauer fallen wir vor ihr nieder, sie verleiht uns neue Kräfte, flößt uns neue Hoffnung ein. Unsere Erde ist ein riesiges Kulturerbe, auf deren Weiten viele Zivilisationen ihre Schätze von einer Generation an die anderen weitergegeben haben, wodurch sie eine nicht abreißende Verbindung zwischen den Zeiten und die Kontinuität der geistigen und kulturellen Werte gesichert haben.

Diese Erde kann alle ernähren, doppelt oder dreimal so viele Menschen, sogar bei dem heutigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Menschen aller Nationalitäten und Überzeugungen haben verstanden, das es so ist. Dafür braucht man Frieden und Stabilität.

Uns, den Bürgern des freien Usbekistans, sind die heiligen Symbole der Unabhängigkeit teuer, das Staatswappen, die Staatsflagge, die Staatshymne. Sie stellen ebenfalls wichtige Symbole der Geistigkeit dar, sie erziehen die Menschen im Geiste des Stolzes und der grenzenlose Achtung gegenüber ihrem Heimatland, der Republik Usbekistan. Stolz weht unsere Flagge unter den Bannern der anderen Teilnehmerstaaten der Organisation der Vereinten Nationen, Offenheit und Gleichberechtigung in den Auslandsbeziehungen symbolisierend.

Unendlich großen moralischen und erzieherischen Wert besitzt die Stiftung von staatlichen Auszeichnungen, Orden und Medaillen, Ehrentiteln, die Auszeichnung der Pioniere der Unabhängigkeit, von Bürgern, die Heldentaten im Namen der Heimat vollbracht haben. Im Patriotismus besteht das „Hauptgeheimnis“ der Geschlossenheit der Menschen.

des stabilen Friedens, der Stabilität und der Eintracht zwischen den Nationalitäten in Usbekistan.

Die Hauptrichtung unserer Tätigkeit im Bereich der Gerechtigkeit besteht darin, dieses hohe Gefühl zu bewahren, zu pflegen und weiter zu entfalten, unsere Kinder so zu erziehen, daß sie einem freien und demokratischen Usbekistan würdig sind.

Das Volk ist im Besitz so zuverlässiger traditioneller Hebel der gesellschaftlichen Stabilität, wie Familie und Machallja. Gerade sie bilden die Stütze unserer Mentalität. Familie und Machallja geben der Bevölkerung die Möglichkeit, mit vielen Problemen der gegenwärtigen Übergangsperiode zurechtzukommen, die Kontinuität des bewährten Alten und des nützlichen Neuen zu bewahren.

Niemand und nichts ist in bezug auf die Erziehung einer reinen und ehrlichen Persönlichkeit, bei der Wiedergeburt der Muttersprache, mit der Familie zu vergleichen. Die Bedeutung der Machallja, der Nachbarschaft, der gegenseitigen Hilfe wird von uns, und besonders von den jungen Menschen, im alleredelsten Sinne als nie verlöschende Flamme der geistig-moralischen Wiedergeburt des Volkes noch mehr geschätzt. Breiteste Unterstützung unter der Bevölkerung und der Öffentlichkeit Usbekistans hat die Tätigkeit des Fonds „Machallja“ zur Wiedereinführung der guten und schönen Volksfeste, der Traditionen und Bräuche, der Kultur, zur Leistung konkreter Hilfe an die bedürftigsten Familien, von Humanismus und Wohltätigkeit gefunden.

Hat etwa nicht die Wohltätigkeit breiter Schichten der Bevölkerung, die „Sadakka“, aus freigiebigem Herzen kommend, den alleinstehenden und mittellosen Bejahrten, den tatsächlich bedürftigen Familien, den Invaliden, den Schülern und Studenten wiederholt geholfen und wird sie ihnen nicht auch in Zukunft noch viele Male helfen. Das Frühlingsfest

„Nawrus“ bringt allen Bewohnern Usbekistans Glück und Freude. Voller Hingabe pflegen wir das heilige Andenken an die Kämpfer gegen Faschismus und Nazismus während des II. Weltkriegs und an den Tag des Sieges. Unsere Aufmerksamkeit gilt den Veteranen des Krieges und der Arbeit zum Wohle der Heimat. Mit tiefer Ehrfurcht und Achtung verneigen wir uns vor Mutter und Vater, vor den Ahnen.

Jeden Tag erstarkt die allgemein menschliche und internationale Freundschaft. Die von uns auf staatlicher Ebene durchgeführten Maßnahmen, die Festveranstaltungen anlässlich der Jubiläen großer Gelehrter, Feldherren, Dichter und Schriftsteller nehmen den Charakter von Volksfesten an, tragen dazu bei, die Stimmung der Menschen zu heben, sie den staatlichen Interessen näher zu bringen. Wir haben alle das gleiche Interesse, die Erhaltung des Friedens und des Wohlergehens für alle Menschen aller Nationalitäten und Glaubensbekenntnisse, die in Usbekistan leben.

Zu einem anschaulichen Beweis für die hohe Moral gestalteteten sich die großangelegten und nützlichen Vorhaben der gesellschaftlichen Fonds zur Stärkung der Gesundheit der heranwachsenden Generation, der Kinder und Mütter, für die Wiedergeburt der heimatlichen Natur und Ökologie im breitesten Sinne des Wortes.

Unbedingt erwähnt werden müssen so hervorragende Resultate der Erneuerung wie das zunehmende Bestreben der jungen Generation, würdige Nachkommen unserer großen Vorfahren, der Genien der Menschheit, zu sein. Ein positives Merkmal der Reformen ist, daß Staat und Gesellschaft der körperlichen und moralischen Gesundheit der jungen Familie immer mehr Aufmerksamkeit schenken.

Das Vertrauen gegenüber ihrem Reformatorstaat nimmt einen stabile Stellung in der Mentalität der Bevölkerung Us-

bekistans ein. Jeder neue Reformschritt, jeder neue Entwurf eines Gesetzes oder eines Regierungsbeschlusses wurde bei uns unter Berücksichtigung seines humanitären Wertes, seines Nutzens für die Menschen aufgenommen bei uns wird das Ungewohnte, jedoch für den Fortschritt Notwendige von der Bevölkerung mit Vertrauen und Verständnis aufgenommen.

Das Prinzip der Einheit der Reformierung aller Lebensbereiche des Landes und der geistig-moralischen Erneuerung des Volkes hat seine Lebensberechtigung in vollem Umfang bewiesen. Für die orientalische Zivilisation und Kultur, zu der wir uns voller Stolz bekennen, war immer das Streben kennzeichnend, das Volk in moralischer und geistiger Hinsicht auf bevorstehende Veränderungen vorzubereiten.

**Nur eine geistig gesunde, starke Gesellschaft kann zur Reformierung bereit sein.** Unser Volk kommt würdevoll mit den Schwierigkeiten der Übergangsperiode zurecht. Die Welt sieht die unversiegbare geistige und moralische Größe unserer Bevölkerung, aller Einwohner Usbekistans. Wir werden als Gleichberechtigte behandelt, man bietet uns Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil an.

Hat die Marktwirtschaft eine würdige Zielsetzung? Heute können wir voller Überzeugung diese vordringliche Aufgabe positiv beantworten. Immer mehr Menschen bei uns zeigen Initiative, eine schnelle Auffassungsgabe, Können im Bereich des nutzbringenden Unternehmertums. Immer mehr junge Menschen streben nach wirtschaftlichen und beruflichen Kenntnissen, die man braucht, damit die freie, wetteifernde, konkurrenzfähige Tätigkeit von Erfolg gekrönt wird. Die einheimischen Unternehmer streben nicht nur nach Gewinn, sondern auch danach, das Ansehen Usbekistan in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen noch weiter zu erhöhen.

Das Recht des Eigentümers und das Besitzergefühl machen sich immer mehr unter der Bevölkerung des Landes

breit und rufen tiefgreifende Veränderungen in der Psychologie und im Verhalten hervor. In Vergessenheit geraten, obwohl nicht immer sofort und nicht schmerzlos, Konsumentenideologie und Untätigkeit. Der Begriff Bildung erhält einen neuen Sinn.

**Die Wiedergeburt der ökonomisch freien Arbeit bestimmt auch die hohe Moral, die allmählich in unser Leben zurückkehrt.** Das verdanken wir in erster Linie den Unternehmern, den Menschen, deren Talent wir am Anfang nicht genug geschätzt haben.

Es ist ganz natürlich, daß in der Übergangsetappe zur Marktwirtschaft verschiedene Problemen, wie Diebstahl, Bestechung, Betrug, und anderen Verletzungen der moralischen Normen, auftreten können. Das ist in erster Linie das Resultat geistiger Armut von Einzelpersonen, Ausdruck ihrer Gleichgültigkeit dem Schicksal der Gesellschaft gegenüber.

Wir haben der usbekischen Sprache im Leben des Volkes und des Staates unter Wahrung der Achtung gegenüber allen Sprachen, die von den in Usbekistan lebenden Nationen gesprochen werden, die ihr zustehende Stellung zurückgegeben. Damit sind die Würde der Nation und die Würde unseres unabhängigen Staates wiederhergestellt. In das XXI. Jahrhundert, das sich zu einem Jahrhundert der Informationstechnologie gestalten wird, tritt unser Land mit einer festen Grundlage für die Anknüpfung allseitiger Kontakte, sowohl im Bereich der Wissenschaft, Technik und Wirtschaft als auch in Bildung, Kultur und zwischenmenschlichen Beziehungen ein.

Zur Lebensnorm der Gesellschaft und zur Quelle der nationalen Ehre wurde die Achtung des schöpferischen Erbes und der Großtaten von Amir Temur, Mirso Ulugbek, Muxhammad Sachriddin Babur, dem Imam al Buchari, at-

Termesi, Bachouddin Nakschbandi, Hodsha Achmad Jassawi und anderen bedeutenden und weltberühmten Vorfahren des usbekischen Volkes. Ihnen zu Ehren wurden großartige Denkmäler errichtet, Paläste, Medresen und Moscheen restauriert, ihre Namen wurden Plätzen und Straßen in vielen Städten und Ortschaften verliehen. Unsere alten Städte haben wieder den Rang von Zentren der Weltkultur errungen, hier werden bedeutende wissenschaftliche Konferenzen und Symposien abgehalten, an denen bekannte Wissenschaftler des Okzidents und Orients teilnehmen.

Wir geben uns selbst und der übrigen Welt unsere Geschichte und Kultur zurück. Das kann als eine hervorragende Großtat bezeichnet werden.

Dank der untrennbaren Verbindung zwischen der staatlichen Unabhängigkeit und der Aufgeschlossenheit gegenüber Fortschritt und Demokratie nimmt die Autorität unseres Landes in der Weltkultur zu. Eine Anerkennung des Beitrags, den unser Volk für die Zivilisation der gesamten Menschheit geleistet hat, bildete das auf Beschluß der UNESCO in Paris veranstaltete 600-jährige Jubiläums des hervorragenden Astronomen und Staatsmanns Muchammad Targai Ulugbek.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Aufgaben und der Entwicklungsperspektiven der Republik Usbekistan gebührt dem Beschluß über die Schaffung des öffentlichen Zentrums für Geistigkeit und Aufklärung „Manawijat wa Marifat“ besondere Beachtung. Seine Filialen haben überall ihre Tätigkeit aufgenommen, in immer mehr Machalljas, Arbeitskollektiven, Lehranstalten, Städten und Ortschaften führen sie ihre geistig-aufklärerische Tätigkeit durch. Erhalten geblieben und staatlich unterstützt werden das Verlagswesen und die Massenmedien. Die ersten interessanten Nummern der Zeitschrift „Tafakkur“ („Gedanke“) sind erschienen.

Überzeugte Anhänger der Reformationspolitik sind die fortschrittliche Intelligenz, die Wissenschaftler, Schriftsteller, Kunst- und Kulturschaffenden und die Geistlichen. Unser geistiges und intellektuelles Potential wurde dadurch wesentlich gestärkt. Im Lande wird ein gesamtnationaler intellektueller und kultureller Raum geschaffen. Er zieht gleich einem mächtigen Magneten durch Humanismus und Größe, Optimismus und Glauben all diejenigen an, die auf unserer Erde leben, unser gemeinsames Haus errichten, unabhängig von Rasse, Nationalität, Glaubensbekenntnis und politischen Anschauungen.

Die nationale Einheit innerhalb des usbekischen Volkes bildet die wichtigste Voraussetzung für die internationale Eintracht auf unserer Erde, die Angehörige von 130 verschiedenen Nationalitäten wie gute Verwandte aufgenommen hat. Man kann nicht wenige Beispiele dafür anführen, daß Souveränität, Frieden und Stabilität in unserem Lande nicht nur dem usbekischen Volke, sondern auch den Vertretern aller anderen in unserer Region lebenden Nationalitäten zum Wohle gereichen. Immer mehr Menschen erhalten die Möglichkeit, ihre Bildung in ihrer Muttersprache zu erhalten und ihre Kinder im nationalen Geiste zu erziehen. Die nützliche Tätigkeit zur kulturellen und geistigen Wiedergeburt haben ebenfalls die nationalen Kulturzentren übernommen. Weiterhin tragen sie zur Festigung des Patriotismus des ganzen Volkes gegenüber Usbekistan bei.

Recht und Wirtschaft schaffen gleiche Voraussetzungen für alle, eine Atmosphäre der Gutherzigkeit und des Vertrauens wird durch die seit alters her allen bekannte Menschlichkeit, Güte, Milde, gegenseitige Toleranz, Ehrerbietung und durch das genannt „Usbekschilik“, das Mitleid der Usbeken, hervorgebracht.

Neben dem Streben nach allgemein menschlichen Werten, erlangt die orientalische Philosophie einen würdigen Platz in unserem Leben. Wir haben die Rechte der großen kulturellen Werte des Islams wiederhergestellt. Je tiefer unsere Seele diese Schätze aufnimmt, desto größer wird der geistige Reichtum und die moralische Reinheit im Leben des Volkes sein.

Die Erhöhung der geistigen Rolle der Religion unserer Vorfäter, des Islams, im Leben des Menschen und seiner Familie, der Moral und der Wohltätigkeit, sind harmonisch mit dem weltlichen Entwicklungsweg unseres Staates und der Gewissensfreiheit verbunden.

Die Öffentlichkeit Usbekistans ist die Ideale der staatlichen Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Blüte konsolidiert worden. Bei uns herrschen Frieden und Eintracht, Stabilität und Umgestaltungen im Interesse des Menschen. Ins Gigantische gestiegen sind die geistigen Ansprüche der Bevölkerung, der Drang nach Bildung, nach Beherrschen der Grundlagen der Wirtschaft. Das Volk hat seine geistige Freiheit, seinen Glauben und seinen Stolz verteidigt und ist in der Lage, noch größere Taten im Namen einer besseren Zukunft zu vollbringen.

In der ersten Reformetappe wurde eine Reihe von zukunftsorientierten Voraussetzungen geschaffen, die sich in der neuen Reformetappe weiter entfalten sollen. Zu solchen Erscheinungen größeren Ausmaßes muß auch die sich herausbildende Ideologie der nationalen Unabhängigkeit gerechnet werden. Wir haben für uns die wichtige Schlußfolgerung gezogen, daß keine Ideologie auf das Niveau einer Staatsideologie gehoben werden darf.

**Die auf den jahrhundertealten Traditionen, den Sitten, der Sprache und dem Geist unseres Volkes in enger Verbindungen mit den gesamt menschlichen Werten ba-**

sierende Ideologie der nationalen Unabhängigkeit, muß dazu dienen, den Glauben an die Zukunft in die Herzen und in den Geist der Menschen zu tragen, um Heimatliebe, Menschenliebe, Gewissenhaftigkeit, Mut und Toleranz, Gerechtigkeitsgefühl, den Drang nach Wissen und Aufklärung herauszubilden. Sie muß dazu beitragen, daß sich die Bürger des Staates auf dem Wege zu dem hohen Ziele geistig nähern.

Der wahre Sinn der Ideologie besteht darin, selbständig und auf neue Art denkende Menschen zu erziehen, die frei von alten Vorurteilen sind.

Aus der ersten Reformetappe hat die Gesellschaft die Bilanz gezogen, daß es notwendig ist, eine zivilisierte, dem Menschen zugewandte Marktwirtschaft auf einem festen Fundament der Geistigkeit, der Moral und Kultur zu errichten. Sie bilden die belebenden Quellen des Friedens, der Stabilität und der Eintracht unter den Nationen in Usbekistan. Sie stellen den allergrößten Reichtum dar. Wir haben gut verstanden, wie wichtig es ist, sie zu bewahren, zu mehren und möglichst viele Menschen an diese geistigen Kostbarkeiten heranzuführen.

Ein Philosoph hat einmal geäußert, daß die Geistigkeit der Weg sei, der zu Menschlichkeit führt. Gerade auf diesen Wege, auf dem Wege der Güte und der Menschlichkeit, schreitet heute das unabhängige Usbekistan in seine Zukunft.

#### **1.10. DIE GEWÄHRLEISTUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALPOLITISCHEN STABILITÄT BILDET DAS HAUPTERGEBNIS DER ERSTEN REFORMETAPPE**

Die folgerichtige Verwirklichung des Reformkurses brachte spürbare Erfolge bei der Umgestaltung der Wirtschaft, ihrer Liberalisierung und ihre Öffnung in bezug auf

die Weltgemeinschaft. Reale Voraussetzungen für den Übergang zu den Marktmechanismen der Wirtschaftstätigkeit wurden geschaffen.

Die zielgerichtete und etappenweise Vorwärtsbewegung auf dem Reformwege ermöglichte die Schaffung der Grundlagen einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren, der Marktinfrastruktur und des Devisenmarktes sowie anderer wichtiger Elemente für die Entstehung der sozial orientierten Marktwirtschaft. Darin besteht zweifellos die wichtigste Bilanz der ersten Reformetappe. Jedoch nicht nur darin.

Als man die Ziele der Anfangsetappe der Reformierung festlegte, wurden die Überwindung der Wirtschaftskrise, das Erlangen wirtschaftlicher und finanzieller Stabilität zu den Prioritäten gerechnet. Heute können wir konstatieren, daß diese Aufgabe insgesamt erfolgreich gelöst wurde. Es ist gelungen, die zunehmende Rezession der Wirtschaft, die Verringerung des Produktionsumfanges in den führenden, strukturbildenden Zweigen aufzuhalten, den Haushalt und den Geldumlauf zu stabilisieren, die Inflationsrate wesentlich zu senken und eine krasse Verschlechterung des Lebensniveaus der Bevölkerung zu verhüten.

Man muß offen sagen, daß Ende 1991 und 1992 dem unabhängigen Usbekistan und seiner Bevölkerung schwere und ernste Prüfungen auferlegt wurden. Wir wurden auf unsere politische und staatliche Reife hin, auf die Fähigkeit hin, unser Schicksal selbst zu entscheiden und unsere Unabhängigkeit und unsere Freiheit zu verteidigen, geprüft.

Mit dem Zerfall der UdSSR, der Zerstörung der traditionellen Wirtschaftsverbindungen, geriet die Republik in eine Zange zwischen großem Mangel an Finanzen und strategisch wichtigen Rohstoffressourcen. Unsere Großbetriebe,

die von Lieferungen aus anderen Regionen des Landes abhängen, befanden sich am Rande des Stillstands. Die Lage wurde durch eine schlechte Startposition in bezug auf die materielle Lage der Bevölkerung, den hohen Abhängigkeitsgrad von Exportlieferungen lebenswichtiger Nahrungsmittel, Medikamente, das Vorhandensein ausgeprägter struktureller und preislicher Disproportionen weiter verschlechtert.

Bei der Ausarbeitung unserer Wirtschaftsreformstrategie und bei Beginn ihrer Realisierung, waren wir uns klar darüber, daß sich Usbekistan in Vergleich zu Rußland, der Ukraine, Belorußland, ganz zu schweigen von den Baltikumsländern, in einer unvorteilhaften Ausgangsposition befand. Das hat jedoch unseren Glauben an die erfolgreiche Realisierung der Reformen nicht zum Wanken gebracht. Im Gegenteil, es verlangte die Mobilisierung all unserer Kräfte und inneren Reserven und zwang uns dazu, neue effektive Wege zur Lösung der aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu finden.

Es ist genügend Zeit vergangen, um die Richtigkeit der von jedem Land ausgearbeiteten Reformstrategie und der Prinzipien ihrer Verwirklichung und den Verlauf der Reformen selbst einzuschätzen.

Auf den ersten Blick dürften keine krassen Unterschiede vorhanden sein. Alle GUS-Länder müssen den Weg von der zentralisierten Planwirtschaft mit ihrem administrativen Kommandoprinzipien zur Marktwirtschaft durchlaufen. In allen Ländern wurden Gesetze angenommen, die auf die Ausbildung von Marktbeziehungen ausgerichtet waren, wurden entsprechende institutionelle Strukturen geschaffen, wurden Marktmechanismus zur Wirtschaftsregelung ausgearbeitet, der Prozeß der Privatisierung des Staatseigentum verwirklicht. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Ergebnisse der ersten Reformetappe überraschend verschieden waren.

Was ist der Grund dafür?

In erster Linie ist er in der Wahl der Reformierungsverfahren und -prinzipien zu suchen. Viele GUS-Länder stellten, Empfehlungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen folgend, in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik des Übergangs zum Markt, Fragen der möglichst schnellen Liberalisierung der Preise und des Außenhandels. Die Lösung der zunehmenden Inflationprobleme verbanden sie in der Praxis mit der Durchführung einer ziemlich straffen Geld- und Finanzpolitik. **Das heißt, verwendet wurden rein monetäre Methoden zur makroökonomischen Regelung.** Diese Verfahren sind gut bekannt, sie bestehen in der Senkung der Haushaltsdefizits, der Verringerung der Kreditemission, der Kursstabilisierung der nationalen Währung durch Devisenintervention der Zentralbank auf den zwischenbanklichen Devisenauktionen. Um das Haushaltsdefizits annehmbar zu gestalten, wird systematisch eine Politik der Zwangsverwaltung der Staatsausgaben mit dem Ziel durchgeführt, sie in Übereinstimmung mit den eingehenden Einkünften zu bringen.

Es wurde erwartet, daß die sich in den hochentwickelten Ländern bewährten Methoden der monetären Politik auch in der Wirtschaft der GUS-Länder das gleiche Ergebnis zeitigen würden. Dabei wurde nicht berücksichtigt, daß hier die der monetären Politik eine genügend hohe Effektivität verleihenden Marktmechanismen in der Praxis nicht vorhanden sind.

Unter Berücksichtigung dessen wurden ambitionöse Programme der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung aufgestellt, die eine Senkung der Inflationsrate auf 1-3 %, eine rapide Verringerung des Haushaltsdefizits vorsahen. Es war ihnen jedoch nicht vergönnt, in die Tat umgesetzt zu werden. So erhöhte sich die Inflationsrate in Rußland Ende 1994 rapide

und betrug mehr als 16 %, das Haushaltsdefizit machte 13 % des Bruttoinlandsprodukts aus, der Rubel wurde immer stärker abgewertet. In Kyrgysstan wurden die Industrie, die Landwirtschaft, das materielle Wohlergehen der Stabilisierung der eigenen Währung geopfert. Das alles beweist deutlich, daß die gestellten Ziele nicht erreicht wurden.

Wie die Erfahrungen mehrere GUS-Länder gezeigt haben, kann eine strenge Geld- und Kreditpolitik in der Anfangsetappe der Umgestaltung allein nur ein Ergebnis erzielen, nämlich einen krassen Tiefstand der Produktion.

Als allgemeine, und unseres Erachtens allergefährlichste Erscheinungsform der Volkswirtschaftskrise in den GUS-Ländern ist das besonders in den Schlüsselindustriebereichen ausgeprägte Absinken des Produktionsumfangs zu betrachten. So hat sich in Rußland in den letzten drei Jahren das Bruttoinlandsprodukt um 39 %, in der Ukraine um 40 %, in Kasachstan um 43 %, in Kyrgysstan um 48 % verringert. Der Umfang der Industrieproduktion sank dementsprechend in Rußland um 44 %, in der Ukraine um 38 %, in Kasachstan um 48 %, in Kyrgysstan um 58 %. Besonders kompliziert gestaltete sich die Lage in den wissenschaftsintensiven Zweigen, die die Grundlage des Wirtschaftswachstums darstellen. Rapide gesenkt wurde die Produktion von Gebrauchsgütern. Vorhanden ist die Tendenz zur Entindustrialisierung dieser Länder. Hoch ist auch das Tempo des Rückgangs der Landwirtschaft, des Investitionsbaus.

Auf diese Art und Weise erfolgt eine spürbare Beschleunigung der Zerstörungsprozesse der materiellen, sozialen und geistigen Grundlagen der Lebensversorgung der Bevölkerung dieser Länder. Viele sind nicht in der Lage, die einfache Reproduktion zu gewährleisten, die Folge ist der Rückgang der Gesamteffektivität der Wirtschaftstätigkeit, die

Stillegung vieler Betriebe, die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Es werden nicht nur die Motivation zur Arbeit, sondern auch das traditionelle System der zwischenmenschlichen Beziehungen deformiert und zerstört.

Heute werden eine Vielzahl von Gründen für die Vertiefung der Krise genannt. Als wichtigste können folgende aufgeführt werden:

**Erstens**, ist die entstandene Situation gemäß Einschätzung der Urheber der Reformen selbst die Folge der ungenügenden Vorbereitung auf den Übergang zum Markt, der unerwarteten und unüberlegten, von den internationalen Experten aufgezwungenen, totalen Preisfreigabe unter den Bedingungen der staatlichen Monopolpolitik.

Es stellte sich heraus, daß die Preisfreigabe isoliert von den anderen Reformierungsrichtungen der Wirtschaft, den strukturellen Veränderungen, den institutionellen Umgestaltungen, den Privatisierungsprozessen, und was am allerwichtigsten ist, von den effektiven Mechanismen zum Sozialschutz der Bevölkerung erfolgte.

**Zweitens**, besaß die durchgeführte monetäre makroökonomische Politik keine adäquaten Realisierungsmechanismen auf dem Mikroniveau. Zum Schwerpunkt gemacht wurde die Einschränkung der Nachfrage und nicht die Erweiterung des Angebots. Das Ergebnis waren eine Zunahme der Zahlungsverweigerungen und der globale Rückgang der Produktion. Dabei wurde außer Acht gelassen, daß das Nachlassen der Inflation allein noch kein Merkmal der Gesundung der Wirtschaft darstellt.

**Drittens**, bestehen die tieferen Gründe für den sich in die Länge ziehenden und wachsenden Rückgang der gesellschaftlichen Produktion, gemäß Aussagen der Führer der Umgestaltung, in der Abschwächung des staatlichen Einflusses

es auf die Wirtschaftsprozesse, der unzulässig schlechten Staats- und Arbeitsdisziplin auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Wirtschaftstätigkeit.

**Viertens**, wurde effektiven Maßnahmen zur sozialen Unterstützung und zum Schutz der Bevölkerung praktisch so gut wie keine Aufmerksamkeit geschenkt. Tatsächlich wurden die Reformen ihrer sozialen Grundlage beraubt. Mehr noch, der Einsatz widernatürlicher Methoden zur künstlichen Drosselung der Inflation, die mitunter der Verletzung der Menschenrechte nahekamen (längerer Zahlungsrückstand beider Löhnen und Gehältern, den Renten usw.) hat unvermeidlich negative soziale Erscheinungen zur Folge und führt zu sozialen Explosionen.

Zum Unterschied von mehreren Staaten der Gemeinschaft erfolgte in Usbekistan kein totaler Abfall der Produktion, keine krasse Senkung des Lebensniveaus der Bevölkerung. Es ist uns gelungen, das wirtschaftliche und politische Chaos zu verhindern, das andere Regionen der ehemaligen Sowjetunion nach ihrem Zerfall ergriffen hat. Mehr noch, in der Republik wird die gesellschaftspolitische und sozialwirtschaftliche Stabilität, die Konsolidierung aller gesellschaftlichen Kräfte zur Unterstützung des durchgeführten Kurses sicher erhalten.

Das wird durch eine aufeinander abgestimmte Wirtschafts- und Sozialpolitik erreicht, die keine Destabilisierung der Wirtschaft und Gesellschaft zuläßt, durch Erhaltung der staatlichen Hebel der Wirtschaftsverwaltung und einen zuverlässigen Schutz der Menschen in der schweren Übergangsperiode.

Die Einhaltung des eingeschlagenen Kurses der Wirtschaftsreformen, die etappenweise Vervollkommnung der Mechanismen zur staatlichen Regulierung der Marktbeziehungen, die Liberalisierung der Wirtschaft und die

soziale Unterstützung der Bevölkerung, haben es ermöglicht, in gewissen Maßen eine Verschlechterung der makroökonomischen Kennwerte zu vermeiden.

Im Bereich der gesamtwirtschaftlichen Stabilität machte sich die Tendenz zum Tempoabfall in der Produktion bemerkbar, in einigen Positionen dagegen war eine Zunahme zu beobachten. Das Bruttoinlandsprodukt betrug 1994 96,5 %, das Nationaleinkommen 92,6 %.

Die vorhandene Verringerung des Bruttoinlandsprodukts war in erster Linie eine Folge der strukturellen Umgestaltungen und des Rückgangs der Produktion infolge verringerter Nachfragenach Erzeugnisse einzelner Zweige, in der Baustoffindustrie, der Chemieindustrie, der Hüttenindustrie, dem Traktoren- und Landmaschinenbau, dem Bauwesen u. s. w.

Einen unbedeutenden Rückgang der Produktion kann man zu den zyklischen Erscheinungen rechnen, die in der Regel 5 bis 15 % ausmachen und keinen wesentlichen destruktiven Einfluß ausüben. Im Gegenteil, solch ein Rückgang ist unumgänglich, da er in erster Linie mit der Diversifizierung der Struktur der Produktion und der Ausbildung eines neuen Wirtschaftsmechanismus verbunden ist.

1994 betrug der Umfang der Industrieproduktion 101 % im Vergleich zu 1993. Es zeichneten einige positive Strukturveränderungen in der Industrie ab. Auf Kosten der stabilen Entwicklung der führenden tragenden Zweige nahm der Anteil der Betriebe zu, die die Brennstoff- und Energieunabhängigkeit der Republik garantieren, die Enderzeugnisse produzieren und solcher, die auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet sind. Der Anteil der Produktion von Enderzeugnissen erhöhte sich auf 35,2 % der Gesamtproduktion.

Wenn in den GUS-Ländern, auf die der Hauptanteil der gewonnenen Energieressourcen der ehemaligen Union

entfällt, ein Rückgang ihrer Produktion zu beobachten ist und beispielsweise sich die Erdölgewinnung allein im Jahre 1994 in Rußland um 10 % und in Kasachstan um 12 % verringert hat, die Erdgasgewinnung in Rußland um 2 %, in Turkmenistan um 45 % gesunken ist, so nimmt sie in Usbekistan ständig zu. In den letzten Jahren wurde die Gewinnung von Erdöl und Gaskondensat verdoppelt, sie erhöhte sich allein im Jahre 1994 um 40 Prozent. Die Förderung von Erdgas stieg 1994 um 5 Prozent.

Früher kauften wir außerhalb der Republik 4 Mill. Tonnen Erdöl. Da wir jetzt selbst Erdöl gewinnen, verringert sich der Umfang der Einkäufe von Jahr zu Jahr. 1995 betrug er 750 Taus. Tonnen. Geplant für die nächsten Jahre ist die Erlangung der Unabhängigkeit von Getreideimporten. Das ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine wichtige politische Aufgabe.

Obwohl keine Mittel mehr aus dem Unionshaushalt eingehen und sich der tatsächliche Produktionsumfang verringert hat, ist es uns gelungen, eine stabile Finanzlage zu gewährleisten, die tatsächlichen Staatsausgaben zu senken und keine Zunahme des Haushaltsdefizits der Republik zuzulassen. Zu diesem Zweck wurde eine straffe Finanz- und Steuerpolitik durchgeführt.

Im Laufe mehrerer Jahre liegt das Defizit des Staatshaushalts bei unter 4 % des Gesamtinlandsprodukts. Die Haushaltsfinanzierung erfolgte monatlich und nur im Rahmen der eingehenden Mittel.

Die Refinanzierungssätze wurden von 40 auf 225 %, die Reserveforderungen der Banken auf 10 bis 30 % erhöht, streng begrenzt wurden die Kredit- und Bargeldemissionen.

Die Einführung der Regelung des Lohnfonds in Abhängigkeit von der Zunahme des mengenmäßigen Umfangs der Produktion, der Erhöhung der Depositenätze der

privaten Sparguthaben der Bevölkerung führte zu einer Verringerung der Bewegung der Geldmasse, deren Zunahme sich allein im Laufe des Jahres 1994 um das 1,7fache verringert hat.

Infolge der Durchführung des Antiemissionsprogramms hat sich die Bargeldhortung durch die Bevölkerung von 30 %, die sich durchschnittlich in der ersten Hälfte des Jahres 1994 herausgebildet hatte, auf 17 % zu Beginn des Jahres 1995 verringert. Im gleichen Zeitraum wurden zusätzliche Mittel und Ressourcen für die Deckung des Innenverbrauchermarktes der Republik und die stabile Tätigkeit der führenden Zweige und Betriebe, ihre dringliche Adaption an die Marktbedingungen ausfindig gemacht.

Die gesamtwirtschaftliche Situation gestaltete sich im Verlaufe der Anfangsetappe der Reformen unter aktivem Einfluß der Preisfreigabe. Ende 1994 war der Prozeß des Übergangs zu freien Marktpreisen im wesentlichen abgeschlossen. Freie, vereinbarte Preise wurden so gut wie für die gesamte Industrieproduktion, für Lebensmittel und Industriewaren eingeführt. Faktoren, die Anlaß für die Zunahme der latenten Inflation im Jahre 1995 bilden könnten, wurden beseitigt.

Die Annahme effektiver Antiinflationsmaßnahmen ermöglichten in der zweiten Hälfte des Jahres 1994 die Senkung der monatlichen Durchschnittsinflationsrate auf die Hälfte, von 31,7 % auf 15,1 %, die Geschwindigkeit des Geldumlaufs erhöhte sich auf das Dreifache. Die Einführung der nationalen Währung in der zweiten Jahreshälfte trug wesentlich zur Senkung der Inflationsrate bei.

Die Senkung der Inflationsrate unter den Bedingungen der Preisfreigabe stellt ein sichtbares, wichtiges Ergebnis der durchgeführten Wirtschaftspolitik dar. Eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben bildet die Festigung der erreichten Resultate im Kampf mit der Inflation. Das ist besonders ak-

uell, wenn man die bereits erfolgte Preiserhöhung um ein Vielfaches berücksichtigt.

Die bestimmende Rolle bei der Erreichung einer relativen wirtschaftlichen Stabilität in Usbekistan hat die ausgewogene Regulierungspolitik des Staates gespielt, der Staat wurde zum Hauptreformer, zum Initiator der Institutions- und Strukturtransformationen.

Heute wird in vielen GUS-Ländern unserem Weg der Erneuerung und des Fortschritt bereits mehr Aufmerksamkeit geschenkt, werden die Reformmechanismen mit den auf sie abgestimmten durchgreifenden Maßnahmen zum sozialen Schutz der Bevölkerung gründlicher studiert. In Belorussland und in der Ukraine hat man nichts dagegen, die bei uns angesammelten Erfahrungen der Reformtätigkeit breiter anzuwenden.

Daneben hat uns die vergangene Etappe manche Lehre erteilt, die unbedingt bei der Bewegung zur Marktwirtschaft berücksichtigt werden muß.

1. Der globale Verzicht auf staatliche Regulierung der Wirtschaft unter den Bedingungen der noch nicht entstandenen Selbstregulierung unter dem Einfluß von Angebot und Nachfrage und der freien Konkurrenz der Warenerzeuger bei beschränkten Außenwirtschaftsbeziehungen trägt zu einer bedeutenden Steigerung der Preise und der Inflationsrate bei.

2. Der Verzicht auf beliebige Formen der staatlichen Regelung des Einkommens der Bevölkerung in der Übergangsperiode fördert ihre den wirtschaftlichen Bedingungen nicht entsprechende, der Warendeckung unproportionale Erhöhung, wodurch der Inflationsprozeß weiter stimuliert wird.

3. Eine strenge Steuerpolitik, in erster Linie gegenüber den Produzenten, gewährleistet keinen defizitfreien Staatshaushalt, verringert aber die Investitionsmöglichkeiten der

Warenerzeuger, der andauernde Inflationsprozeß zwingt die Erzeuger dazu, einen großen Teil der erhaltenenen reinen Produktion für den Verbrauch zu nutzen.

4. Die Produktionsstruktur bleibt auch weiterhin hochmonopolisiert und hemmt die Ausbildung der Konkurrenzbedingungen.

5. Wirtschaftliche Stabilität ist nicht denkbar ohne die Aufnahme und Entwicklung von Außenwirtschaftsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil, ohne die Produktionskooperation mit ausländischen Partnern.

6. Außerordentlich wichtig ist die Förderung der vorrangigen Entwicklungsrichtungen der Industrie, die Heranziehung sowohl innerer als auch äußerer Investitionsressourcen.

Eine wichtige Lehre der ersten Etappe bildete die Erkenntnis der Notwendigkeit der Koordinierung der Aktionen aller zentralen Wirtschaftsorgane und, damit verbunden, die ständige Kontrolle der Resultate der angenommenen Beschlüsse, die operative Korrektur der Mechanismen zur Erreichung der Hauptprioritäten der Wirtschaftsreformierung.

**Die Erreichung der wirtschaftlichen Stabilität in Verbindung mit den durchgeführten Maßnahmen zum sozialen Schutze der Bevölkerung gewährleistete die Schaffung einer stabilen sozialpolitischen Lage in der Republik.**

In der Anfangsetappe der tiefgreifenden Veränderungen gelang es, ein rapides Abfallen des Verbrauchs der wichtigsten Lebensmittel und Industriewaren, das Auftreten von Massenarbeitslosigkeit zu verhüten und das Funktionieren der Zweige des Sozialbereichs, des Gesundheitswesens, der Bildung, der Wissenschaft und Kultur aufrecht zu erhalten.

Unter Berücksichtigung der objektiv entstandenen Bedingungen, der ethnopsychologischen Stereotypen, wurde Fragen der Lebensmittelversorgung, der Schaffung von

Voraussetzungen für die Selbstbeschäftigung der Landbewohner in ihren privaten Nebenwirtschaften und dem sich schnell entwickelnden Dechkanensektor (Einzelbausektor) besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Infolgedessen war es möglich, eine schroffe Bevölkerungsschichtung zu verhüten, die unbedingt zur Zunahme sozialer Spannungen innerhalb der Gesellschaft geführt hätte und dadurch ebenso wie in Rußland, der Ukraine und Belorußland politische Krisen ausgelöst hätte, nicht zuzulassen.

Andererseits wurden soziale Voraussetzungen für eine folgerichtige Realisierung des Reformkurses geschaffen.

Die soziale Unterstützung erfolgte zusammen mit politischen Maßnahmen zur Herstellung und Festigung der Unabhängigkeit Usbekistans, zur Wiedergeburt des nationalen Selbstbewußtseins, zur Erhaltung und Pflege der Sprache und der nationalen Traditionen, zur Gewährleistung sozialer Rechte und Garantien für die hier lebenden Personen anderer Nationalitäten, zur Entwicklung der Geistigkeit der Gesellschaft.

**Die wichtigste Errungenschaft der ersten, der Anfangsetappe, des Entstehen und der Entwicklung des unabhängigen Usbekistans, besteht in der Erhaltung der gesellschaftspolitischen Stabilität, des zivilen Friedens und der Eintracht zwischen den Nationen unserer multinationalen Gesellschaft.**

Eine politische Besonderheit des unabhängigen Usbekistans besteht in der Stabilität, im konstruktiven Zusammenwirken verschiedener politischer Strömungen, dem Fehlen von Differenzen verschiedener, einander bekämpfender politischer Gruppierungen nach Klassen-, sozialen und religiösen Merkmalen. Es überrascht, wenn man mit dem Standpunkt konfrontiert wird, daß es Menschen

gibt, die politische Auseinandersetzungen als Geburt der wahren Demokratie betrachten. Die Volksweisheit besagt: eine kranke Mutter bringt kein gesundes Kind zur Welt.

In der Republik wird ein gesellschaftspolitisches System geschaffen, das der fortschrittlichen Welterfahrung und unserer vaterländischen Erfahrung, der Mentalität des Volkes und den allgemein anerkannten Menschenrechten entspricht. Wir haben uns vollständig von dem totalitären Einparteiensystem, dem Staatsmonopol der gesellschaftlichen Politik losgesagt.

Der Reformatorstaat fördert die Vielfalt des politischen Lebens des Landes. Die ersten Schritte auf dem Wege zu dem in der Verfassung, dem Grundgesetz, verankerten politischen Mehrparteiensystem sind bereits getan, auf seiner Grundlage finden die Wahlen in das höchste Machtorgan, den Oli Mashlis, statt.

Unsere Gesellschaft hat in Ehren noch eine schwierige Aufgabe des demokratischen Aufbaus gelöst. Sie hat sich auf eine höhere Stufe der rechtlichen und bürgerlichen Reife, der sozialpolitischen Stabilität, erhoben.

Außerdem dürfen wir nicht vergessen, daß unser Volk im Laufe von Jahrhunderten seine eigenen Verfahren zur Ermittlung der öffentlichen Meinung über die Machallja- Versammlungen, die Ältestenräte und Solidaritätsbekundungen entwickelt hat. Die Machallja und die Veteranen sind die entscheidende Kraft bei einer gesunden öffentlichen Meinungsbildung. Die Inanspruchnahme der den Bürgern durch das Gesetz über die öffentliche Selbstverwaltung gewährten Rechte und Freiheiten wirkt sich wohltätig auf die Festigung der Stabilität und die Koordinierung der Handlungen des Staates und der Bedürfnisse und der Stimmung der Bevölkerung aus.

In der vergangenen Periode haben wir eine wichtige politische Lehre gezogen. Je mehr wirtschaftlich selbständige Bürger es bei uns gibt, desto stabiler sind die Voraussetzungen für eine gesetzliche Demokratie und reife politische Beziehungen.

**Stabilität, Frieden und Eintracht bilden das Fundament, auf dem das neue Gebäude unserer Staatlichkeit errichtet wird. Das ist ein Blick in unsere lichte Zukunft.**

Das Leben und die Erfahrungen der erste Jahre der unabhängigen Entwicklung Usbekistans erlauben uns, einige Lehren aus dem zurückgelegten Wege zu ziehen:

**Erstens**, je tiefer und komplizierter die Umgestaltungen sind, die in der Gesellschaft vollzogen werden, je größer ihr Maßstab ist, desto fester müssen Stabilität, Frieden und Eintracht unter ihren Mitgliedern sein. Geschlossenheit und nicht Konfrontation aller Menschen, unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit, Religion und politischen Überzeugung. Gutnachbarschaftliche Beziehungen und gegenseitige Achtung, diese jahrhundertealten Weisheiten, die uns unsere Väter und Vorväter vererbt haben, die das Wesen des nationalen Charakters, der geistigen Mentalität unseres Volkes darstellen, bilden die Grundlage und das Pfand des Wohlergehens unserer Gesellschaft.

**Zweitens**, müssen beliebige, sogar die allergrößten Veränderungen in Politik, Wirtschaft und im Sozialbereich schöpferischen Charakter tragen. Das Wichtigste ist, all das zu bewahren und nicht zu zerstören, was durch Arbeit, Mühe und Schweiß früherer Generationen geschaffen wurde. Man kann das öffentliche Gebäude nicht modernisieren, wenn man es bis auf die Grundfesten zerstört.

**Drittens**, werden nicht politische Deklarationen, nicht wohlklingende Phrasen, Losungen und Lobpreisungen den Weg in eine Zukunft in Wohlstand eröffnen, sondern langw

Produktionsrückgangs, der Berichtigung von Strukturdeformationen geleistet. Nach Schaffung der wirtschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen wurde die nationale Währung „Sum“ eingeführt. Das Finanzsystem, das Steuersystem und das Geld- und Kreditsystem wurden vervollkommenet, effektive Maßnahmen zur Antiemissionregelung und Senkung der Inflationsrate wurden durchgeführt. Ein prinzipiell neues System der sozialen Unterstützung wurde geschaffen, das in der Übergangsperiode die Interessen der Bevölkerung, besonders der sozial gefährdeten Schichten und Familien mit Kinder, zuverlässig geschützt hat, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit wurde verhütet.

Die in der Wirtschaft und im Sozialbereich vor sich gehenden grundlegenden Veränderungen ermöglichten die Schaffung von sicheren Startbedingungen für den Übergang zur nächsten, qualitativ neuen Entwicklungsetappe.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Größenordnung und Tiefe der in der Übergangsperiode zu lösenden Aufgaben, die Notwendigkeit einer etappenweisen Durchführung des Reformprozesses vorausbestimmt. Die von uns ausgearbeitete Reformstrategie stellt die allgemeine Ideologie der Transformation der Wirtschaft und des Übergangs zu den Marktbeziehungen dar. Daneben werden für jede Etappe eigene strategische Ziele und Prioritäten, spezielle Zielsetzungen festgelegt, die die Ausarbeitung entsprechender Formen und Methoden zur Verwirklichung der Reformpolitik, konkrete Hebel und Verfahren für ihre Realisierung verlangen.

Unser Weg des Übergangs zum Markt unterscheidet sich dadurch von anderen, daß nach Abschluß einer Etappe und Schaffung der notwendigen Voraussetzungen des folgerichtigen Übergangs zur neuen Etappe, zu einer neuen Entwicklungsstufe, begonnen wird. Die Dauer jeder Etappe wird nicht

durch zeitliche Rahmen begrenzt, die einzelnen Etappen können unterschiedlich lang sein, ihre Länge hängt von dem zu lösenden Problemkreis ab.

Heute ist die Republik folgerichtig in die nächste Etappe der Gesellschaftsentwicklung eingetreten. Die zweite Etappe stellt, wie sich das gesetzmäßig und logisch aus unserer Generalstrategie ergibt, die Periode der Vorwärtsbewegung auf dem Wege des Fortschritts und der Erneuerung dar. In dieser Periode sollen alle Seiten des Wirtschafts- und Soziallebens unserer Gesellschaft in den Reformprozeß einbezogen werden. Das ist eine Periode vertiefter Umgestaltungen des Systems und der Institutionen, die Ausbildung reifer Marktbeziehungen und der Ausbildung einer Schicht tatsächlicher Eigentümer an Produktionsmitteln.

Die zweite Etappe soll die Ausbildung der Marktstrukturen abschließen, Steuerpolitik, Finanzpolitik, Geld- und Kreditpolitik sollen weiter vervollkommenet, die gesamte Außenwirtschaftstätigkeit weiter liberalisiert werden. Sie ist ausgerichtet auf die Stärkung des Wirtschaftssystems unseres jungen Staates, die Erlangung wirtschaftlicher Unabhängigkeit und die Gewährleistung der Stabilität des Umlaufs und der inneren Konvertierbarkeit der nationalen Währung. Das ist eine Periode der Schaffung einer stabilen Grundlage für die Aktivierung der Investitionstätigkeit in den nachfolgenden Etappen, die Verwirklichung tiefgreifender struktureller Umgestaltungen und auf dieser Grundlage die Gewährleistung des Wirtschaftswachstums und der breiten Integrierung in das Weltwirtschaftssystem, die Stärkung der eigenen Position innerhalb dieses Systems.

Von der Zielsetzung der zweiten Etappe der Wirtschaftsreformen ausgehend, werden folgende Hauptaufgaben, auf die wir alle unsere Bemühungen und Ressourcen konzentrieren müssen, festgesetzt:

**Die erste und wahrscheinlich wichtigste Aufgabe besteht darin, die begonnene Privatisierung des Staatseigentums zu Ende zu führen.**

Ihr tiefes Wesen besteht darin, die Übergabe des Staatseigentums in die Hände wahrer Eigentümer zu beschleunigen und bei ihnen das Gefühl des wahren Eigentümers herauszubilden.

Durch Privatisierung des Staatseigentums, durch aktive Unterstützung der Unternehmertätigkeit, durch Stimulierung zur Schaffung privater Kleinbetriebe muß der Anteil des nichtstaatlichen Sektors an der gesellschaftlichen Produktion beachtlich erhöht werden.

**Die zweite wichtige Aufgabe der gegebenen Reformetappe bildet die Überwindung des Produktionsrückgangs und die Erreichung der makroökonomischer Stabilisierung, die Erringung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Betriebe, Zweige und des Staates insgesamt.**

Das setzt die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Stabilisierung und den Aufschwung der Produktion, die Stimulierung der Wirtschaftstätigkeit voraus. Man muß sich klar darüber werden, daß ohne Wiederherstellung der eigenen Produktion und des eigenen wirtschaftlichen Aufschwungs der Übergang zum zivilisierten Markt, der wirtschaftliche Schutz der Unabhängigkeit, unserer Souveränität, die Schaffung sozialer Garantien und eines würdigen Lebens für die viele Millionen zählende Bevölkerung Usbekistans nicht zu verwirklichen ist.

**Die dritte wichtige Aufgabe besteht in der weiteren Stärkung der nationalen Währung, des Sum. Die wichtigste Priorität der in unserem Lande durchgeführten wirtschaftlichen und sozialen Reformen besteht in der Stärkung der eigenen Währung, die einen Gradmesser für die Stabilität der Wirtschaft, ein Barometer der er-**

folgreichen Realisierung der geplanten Umgestaltungen darstellt. Die Wirtschaft ist nur dann stark, wenn die nationale Währung stabil ist und Autorität genießt.

Mit allen Kräften muß die Konvertierbarkeit des Sum, sein freier Umtausch in harte Währung erreicht werden. Das kann durch Verwirklichung effektiver Antiinflationsmaßnahmen, den Ausbau der eigenen Gebrauchsgüterindustrie und die Deckung des Inlandsmarktes mit diesen Waren, die Stärkung der Devisenreserven durch Ausweitung der Exporttätigkeit der Betriebe erreicht werden.

**Die vierte strategische Aufgabe besteht in der grundlegenden Veränderung unserer Wirtschaftsstrukturen, dem Übergang von der Rohstofforientierung zur Produktion von Fertigwaren, der Erhöhung ihrer Qualität und Konkurrenzfähigkeit bis hin zu den Weltmarktforderungen.**

Dabei muß die strukturelle Umgestaltung in erster Linie auf die Gewährleistung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der tragenden Industriezweige der Republik, solcher wie der Brennstoff-, Energie- und Getreidekomplex, und auf das vorrangige Wachstum der für die Republik wichtigen Zweige ausgerichtet sein, die auf den reichen Natur-, Mineral- und Rohstoffressourcen und dem Arbeitskräftepotential basieren und Usbekistan in Zukunft einen würdige Platz in der internationalen und zwischenstaatlichen Arbeitsteilung auf dem Weltmarkt garantieren. Ohne die grundlegende Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur ist es nicht möglich, wahre Unabhängigkeit zu erringen.

Eine aktuelle Aufgabe besteht in der Erweiterung der Produktion von Erzeugnissen mit Weltniveau, der Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit unserer Produktion. Dazu müssen die Betriebe mit moderner fortschrittlicher Technologie, den neuesten Anlagen, die für Klein- und Mittelbetriebe besonders kompakt ausgelegt sein müssen, ausgestattet werden. Auf

der Tagung des Oli Mashlis wurde zu dieser aktuellen Frage, der Vorschlag eingebracht, eine Konzeption und ein nationales Programm zur Einführung einfacher leistungsfähiger Produktionstechnologien auszuarbeiten, die in der Lage sind in einer kurzen Frist den Inlandsmarkt zu sättigen. Die Ausarbeitung dieses Programms und der Beginn ihrer Realisierung stellt eine der vorrangigen Aufgaben der zweiten Etappe der Wirtschaftsreformen dar.

Wir müssen uns klar darüber werden, daß wir nur wenn wir danach streben, die Betriebe mit neuester Technologie und Ausrüstung auszustatten, die Qualifikation der Beschäftigten ständig zu erhöhen und ein nationales Arbeitsmilieu zu schaffen, wenn wir die modernsten Organisationsmethoden der Produktionleitung mit Weltniveau einführen, die Produktion konkurrenzfähiger Erzeugnisse stimulieren und Absatzmärkte finden, die Entwicklung unseres Staates gewährleisten und Wohlstand erreichen können.

In der zweiten Etappe der Übergangsperiode muß die früher eingeschlagene Linie zur Verstärkung des sozialen Schutzes der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung, die Erweisung der entsprechenden Hilfeleistungen an sie, weiter fortgesetzt werden. Das ist unser ständiges vorrangiges Anliegen. Im Verlaufe der Reformen müssen die in der Verfassung verankerten gleichen sozialen Garantien und Möglichkeiten der Menschen zur Realisierung ihres Arbeitsvermögens und ihres wissenschaftlichen Potentials, zu gerechter Bezahlung für ihre Leistung gewährleistet werden. Initiative und Unternehmungsgeist müssen allseitig gefördert werden. Der Übergangsprozeß zu einem System der adressierten Unterstützung der Bevölkerung muß aktiviert werden. Dabei ist nicht weniger wichtig, Einzelnen dabei zu helfen, sich von der Konsumentenideologie zu befreien. Das alles verlangt, daß sich die Weltanschauung

der Menschen ändert und sich eine Psychologie der Marktbeziehungen herausbildet.

Wir alle müssen begreifen: das Leben geht weiter, die Situation ändert sich, das bedeutet, daß wir nach neuen Wege, untraditionellen Lösungen suchen müssen. Darin besteht das Wesen und die Forderung der zweiten Etappe der Wirtschaftsreformen.

## **2.1. VERTIEFUNG DER PRIVATISIERUNGSPROZESSE UND AUSBILDUNG VON KONKURRENZBEDINGUNGEN ALS HAUPTAUFGABEN DER ZWEITEN ETAPPE DER WIRTSCHAFTSREFORMEN**

In der zweiten Etappe wird, ausgehend von den strategischen Zielen der Wirtschaftsreformen, die begonnene Privatisierung des Staatseigentums und die Ausbildung einer sozial orientierten Wirtschaft mit mehreren sozial-ökonomischen Sektoren fortgesetzt. Das ist die vorrangige Aufgabe der zweiten Etappe. Wir haben uns das Ziel gestellt, die Primärprivatisierung des Staatseigentums abzuschließen, eine Schicht tatsächlicher Eigentümer zu schaffen, sie mit wirklichem Eigentum auszustatten, die Struktur der gesellschaftlichen Produktion grundlegend so zu verändern, daß der nichtstaatliche Sektor die vorherrschende Stellung einnimmt.

Andererseits darf man den Privatisierungsprozeß nicht als Selbstziel der Wirtschaftsreformen betrachten. Die Privatisierung bildet kein Wunderwaffe gegen alle Wahrsager im Bereich der Wirtschaft und der sozialen Sphäre, die wir als Erbe des totalitären, vollständig verstaatlichten Systems übernommen haben. Der Prozeß der Privatisierung darf nicht verabsolutiert werden, es darf nicht als Hauptergebnis betrachtet werden, wieviel Betriebe in welchem Zeitraum ihre

Eigentumsform verändert haben. Das ist meines Erachtens ein vereinfachtes, sogar primitives Herangehen.

Die Umwandlung des komplizierten, das gesamte System der Wirtschaftsbeziehungen grundlegend verändernden, wahrhaft reformatorischen energiegeladenen Prozesses der Privatisierung in eine Kampagne zur mechanischen Entstaatlichung, wird nicht nur die Vertiefung der Reformen hemmen, sondern die Idee vom wirtschaftlichen Vorteil der auf Privateigentum und eigener Arbeitsinitiative basierenden Produktion diskreditieren. Aus den Erfahrungen anderer Länder kennen wir nicht wenige Beispiele dafür, daß eine beschleunigte Massenprivatisierung nicht das gewünschten Ergebnis, die Belebung der Wirtschaft, gehabt hat. Im Gegenteil trug sie bei ungenügender Vorbereitung, ohne Schaffung eines effektiven Mechanismus zur Unterstützung der Betriebe in der Periode nach der Privatisierung, zur Vertiefung der Wirtschaftskrise bei und hat viele der entstaatlichten Betriebe an den Rand des Bankrotts geführt, die Zahl der Arbeitslosen erhöht und die Schichtung der Menschen nach Besitz und sozialer Lage weiter vertieft. Es ist kein Wunder, daß eine derartige Privatisierung die soziale Unterstützung eines bedeutenden Teils der berufstätigen Bevölkerung nicht erhalten hat und zum Objekt von Bestechung und Verbrechen wurden.

Wir müssen uns darüber klar werden, daß die Privatisierung nicht das Resultat, sondern eine der Richtungen, einen wichtigen Weg zur Realisierung der Wirtschaftsreformen darstellt. Nach Abschluß der Privatisierung müssen zumindest zwei Hauptaufgaben gelöst sein.

Erstens muß der Besitz, über den wir verfügen, einen tatsächlichen Eigentümer bekommen. In der Übergabe des Eigentums in die Hände des wahren Besitzers, der Gewährung umfangreicher Möglichkeiten der Unternehmertätigkeit besteht der Hauptsinn der durchgeführten Wirtschaftsreformen.

Ich möchte unterstreichen, daß es sich nicht um einen mechanischen Austausch des Eigentümers handelt, des staatlichen gegen den kollektiven, des Aktieninhabers gegen den Privatbesitzer. Das Eigentum soll einen solchen Besitzer erhalten, der in Lage ist, überlegt, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, über diesen Reichtum zu verfügen. Einen solchen Eigentümer, der sein Eigentum nicht in alle Winde verstreut und nicht zu einer Quelle persönlicher Bereicherung macht, sondern fähig ist, es zu mehren, technisch neu auszustatten und zu modernisieren, und auf seiner Grundlage die Produktion konkurrenzfähiger Erzeugnisse in die Wege zu leiten. Einen solchen Eigentümer, der in der Lage ist, die Produktion so zu organisieren, daß Arbeitsplätze für die nicht beschäftigte Bevölkerung geschaffen werden, daß es ihm selbst, den Beschäftigten und dem Staat Gewinn bringt.

Das kann nur in dem Falle erreicht werden, wenn das Staatseigentum dem neuen Eigentümer nicht kostenlos übergeben wird, sondern durch Verkauf. Es ist gut bekannt, daß das, was nichts kostet, auch keinen Wert besitzt und nicht entsprechend geschätzt wird. Deshalb werden wir auch in Zukunft das Prinzip befolgen, die Privatisierung gegen Bezahlung, die der Erstattung der früher aufgewandten Mittel entspricht, durchzuführen. Dazu werden wir in breiterem Rahmen solchen Formen der Privatisierung nutzen, wie die Bildung von Aktiengesellschaften, den Verkauf von Objekten über Ausschreibungen und Auktionen.

Worin besteht der Vorteil der Ausbildung des tatsächlichen Eigentümergefühls, was wird dadurch erreicht? In erster Linie eine grundlegende Änderung des Charakters der Wirtschaftsbeziehungen. Die Notwendigkeit des administrativen Kommandozwangs bei der Entwicklung und beim Ausbau der Produktion entfällt. Der tatsächliche Produzent wird befreit, er wird der Fesseln des Kommandovorschriften entbunden. Privatunternehmertum und Kommandodirektiven

sind unvereinbar. Beweggründe für den Produzenten bilden qualitativ neue Motive und Anreize, die tatsächliche Wahrnehmung der Resultate seiner Tätigkeit, dabei erhöht sich das Maß der wirtschaftlichen Verantwortung.

Das Gefühl, Eigentümer, Besitzer von Hab und Gut, Herr über seine Arbeit und die erzeugte Produktion zu sein, läßt bei dem Menschen innere Energien freierwerden, entfaltet sein intellektuelles und schöpferisches Potential, seine organisatorischen Fähigkeiten, vermittelt ihm Initiative und Unternehmergeist. In den vom wahren Eigentümern geleiteten Betrieben ist die Entwicklungsperspektive immer klar und überschaubar, sind Produktionseffektivität, Gewinn, Löhne und Gehälter der Beschäftigten höher. Je mehr wahre, wohlhabende Eigentümer es bei uns gibt, desto schneller bilden sich die Voraussetzungen für gute Verdienste der daran Interessierten heraus, desto reicher wird unsere Republik sein.

**Die zweite wichtige Aufgabe**, die im Laufe der Privatisierung zu lösen ist, besteht in der Schaffung einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren und stimulierenden Konkurrenzbedingungen.

Die Rolle der Privatisierung für die Ausbildung von Konkurrenzbedingungen kann unterschiedlich sein. Vor allem durch Abschaffung des Monopols des Staatseigentums und durch Gründung einer Vielzahl von Betrieben mit ähnlicher Tätigkeit oder Betrieben, die gleichartige Erzeugnisse produzieren oder Dienstleistungen anbieten, aber verschiedene Eigentumsformen haben, und zwar von Staats-, Kollektiv-, Privateigentum, oder von Aktiengesellschaften. Durch Privatisierung kann der bestehende Monopolismus einzelner Betriebe und ganzer Tätigkeitsbereiche abgeschafft und die Möglichkeiten zur Ausbildung einer freien Wirtschaft und von Konkurrenzbedingungen geschaffen werden. Es entsteht wirtschaftliche Konkurrenz in bezug auf das Re-

sultat der Produktion, den Rohstoff- und Materialmarkt, das Kapital, und die Absatzmärkte.

Unter gleichen wirtschaftlichen, gesetzlich geschaffenen Voraussetzungen für die Betriebe, unabhängig von der Eigentumsform, können die Vorteile dieser oder jener Organisationsform der Produktion objektiv eingeschätzt werden. Der Konkurrenzkampf zwischen Betrieben verschiedener Eigentumsformen regt sie zur Vervollkommnung der inneren Organisation der Produktionsleitung, zur technischen Neuausstattung, zur Aufgeschlossenheit gegenüber neuen wissenschaftlichen und technischen Leistungen, zur Produktion von Erzeugnissen höherer Qualität bei geringerem Aufwand und für niedrigere Preise an. Im Endeffekt bildet das einen mächtigen Hebel des wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Im Verlaufe der Privatisierung verändert sich nicht nur die Eigentumsform, sondern es kann auch und das ist sehr wichtig, die in dem sogenannten einheitlichen Volkswirtschaftskomplexes eng spezialisierte Zweigmonopolstruktur abgeschafft werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Erhaltung der Monopolstellung einzelner Zweige und Betriebe mit Schlüsselstellung auf dem Republikmarkt bei der Privatisierung sich für die Wirtschaft der Republik noch gefährlicher gestaltet, als wenn es sich noch um Staatsbetriebe handeln würde.

Nichtstaatliche Betriebe mit Monopolstellung streben, sobald sie nicht mehr der direkten staatlichen Kontrolle unterstehen, in der Übergangsperiode danach, alle Produktionskosten, hohe Löhne und Gehälter durch überhöhte Monopolpreise zu decken, was einen Grund für die hohe Inflationsrate darstellt. Deshalb muß bei der Privatisierung von Monopolstrukturen dort, wo es der technologische Zyklus gestattet, die Aufgliederung der Betriebe gewährleistet und

ihre Demonopolisierung vorgenommen werden. Mobilere, kompakte Betriebe, passen sich in der Regel schneller und besser den Marktforderungen an. Die für ihre Rekonstruktion aufgewandten Investitionen und Einzahlungen rentieren sich in viel kürzeren Fristen. Die Zahl der Betriebe mit Privatisierungseinschränkungen muß auf ein Minimum begrenzt werden. Dabei müssen die strenge Maßnahmen zur Antimonopolregelung durch Einführung von progressiven Steuersätzen für den Monopolsupergewinn verschärft werden.

Die wichtigste Seite der Privatisierung stellt die Gewährleistung der Konkurrenzfähigkeit der entstaatlichten Betriebe dar, die, falls es notwendig sein sollte, durch Diversifizierung der Betriebsstruktur erreicht wird. Gegenwärtig wurden alle früher bestehenden Einschränkungen abgeschafft, die die privatisierten Betriebe verpflichteten, im Ablauf einer bestimmten Periode das frühere Tätigkeitsprofil beizubehalten. Dadurch konnte gleichzeitig mit der Veränderung der Eigentumsform, die Zusammensetzung der Erzeugnisse verändert und die Produktion von gefragten, auf dem Inlands- und Auslandsmarkt konkurrenzfähigen Erzeugnissen aufgenommen werden.

Die Stabilität der Betriebe in der Periode nach der Privatisierung verlangt die Vornahme von breiter angelegten Restrukturierungen, die die Einschätzung der finanziellen Möglichkeiten des Betriebs, die Ausarbeitung von Projekten für ihre technischen, technologischen und wirtschaftlich-organisatorischen Umgestaltung unter Berücksichtigung der Marktforderungen vorsehen.

Durch aktive Unterstützung der neu entstehenden, nichtstaatlichen Strukturen sollen Konkurrenzbedingungen geschaffen und die Marktbeziehungen ausgebaut werden. Die Privatisierung bildet nicht die einzige Möglichkeit zur Aus-

bildung' des nichtstaatlichen Wirtschaftssektors. Den zweiten mächtigen Strom bilden die auf eigene Initiative gegründeten Klein- und Mittelbetriebe, die auf individuellem privatem Eigentum, oder auf der Grundlage unterschiedlicher Genossenschaften, Personengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung gegründet wurden. In Ländern mit entwickelten Marktbeziehungen macht ihr Anteil über die Hälfte aller Betriebe aus.

Das ist eine außerordentlich wichtige Quelle, die jedem die Möglichkeit bietet, sich eine eigene Existenz zu schaffen, sein Talent und seine Möglichkeiten zu entfalten. Das ist eine Quelle, die es ermöglicht, ohne große Kapitalinvestitionen eine Vielzahl von freien Arbeitsplätzen zu schaffen und das Beschäftigungsproblem der Bevölkerung in den Städten auf dem Lande zu lösen. Durch Entwicklung technologisch kompakt ausgestatteter Kleinbetriebe kann man in einer kurzen Zeitspanne die Produktion von konkurrenzfähigen Erzeugnissen in Gang setzen, den Inlandsmarkt damit sättigen, die Nischen im gesamten Reproduktionszyklus ausfüllen, wozu heute spezialisierte Großbetriebe nicht in der Lage sind.

Deshalb ist der Staat verpflichtet, der Entwicklung der Kleinbetriebe größtmögliche Unterstützung zuteilkommen zu lassen, ihre Gründungs- und Eintragungsverfahren maximal zu vereinfachen, für sie ein günstiges Steuersystem zu schaffen und ihnen breiten Zugang zu Krediten und materiellen Ressourcen und zur Unternehmer- und Außenwirtschaftstätigkeit zu ermöglichen. Staatliche Kleinbetriebe müssen zuverlässig gesetzlich und durch die Exekutivgewalt geschützt werden. Ein ganzheitliches Programm zur Entwicklung aller Bereiche des Kleinbusiness und seiner staatlichen Unterstützung muß ausgearbeitet und in der zweiten Etappe im wesentlichen realisiert werden.

Wir müssen das Kleinunternehmertum, das Privatunternehmertum, als einen Faktor betrachten, der die beschleunigte Wirtschaftsentwicklung unserer Republik gewährleistet.

Gerade der private Sektor ist besonders anpassungsfähig und besonders reich an Initiative. Gerade der private Sektor bildet unter günstigen Entwicklungsbedingungen die Lokomotive, die fähig ist, unsere Wirtschaft aus der Krise zu ziehen. Sobald der private, der nichtstaatliche Sektor die Hauptmasse der produzierten Erzeugnisse liefert, können wir voller Stolz verkünden, daß unsere Wirtschaft tatsächlich frei geworden ist und Zukunftsaussichten hat.

Natürlich existieren auch Wirtschaftsbereiche, in denen die staatlichen Betriebe erhalten bleiben müssen. Die Erfahrungen Frankreichs, Japans, Italiens und anderer Länder mit einer entwickelten Marktwirtschaft beweisen, daß der staatliche Sektor auch unter den Marktbedingungen eine bedeutende Rolle spielt. Es gibt praktisch keine Länder, in denen der staatliche Sektor abgeschafft wäre.

Folglich müssen wir bei der Ausarbeitung des Privatisierungsprogramms einerseits klarer den Kreis der Betriebe abgrenzen, die nicht privatisiert werden dürfen, wobei dieser Kreis möglichst klein gefaßt werden muß. Andererseits muß für diese Betriebe ein derartiger Wirtschaftsmechanismus ausgearbeitet werden, der ihnen erlaubt, sich organisch an die Marktbedingungen anzupassen. Die Staatsbetriebe müssen wirtschaftlich maximal frei, ihre Tätigkeit kommerzialisiert sein. Die in Staatseigentum verbleibenden Betriebe dürfen sich in der Wirtschaftsführung, den Bedingungen für die Gewinnverteilung und den materiellen Anreizen nur unbedeutend von den nichtstaatlichen unterscheiden. Nicht ausgeschlossen ist, daß einzelnen Tätigkeitsbereiche, besonders solchen, die mit der Schaffung

prinzipiell neuer Produktionsstrukturen für die Republik verbunden sind, bestimmte Privilegien eingeräumt werden müssen. Das widerspricht in keiner Weise dem von uns durchgeführten Kurs der Marktumgestaltungen, sondern ist im Gegenteil auf die Festigung der wirtschaftlichen und nationalen Unabhängigkeit der Republik gerichtet.

Ausgehend von den die Grundlage des Privatisierungsprozesses bildenden prinzipiellen Bestimmungen, und unter Berücksichtigung der bereits gesammelten Erfahrungen, die Hauptziele zur weiteren Vertiefung des Entstaatlichungs- und Privatisierungsprozesses wie folgt formuliert werden:

— Ausweitung der Privatisierung unter Einbeziehung der Mittel- und Großbetriebe fast aller Wirtschaftszweige und -sphären in diesen Prozeß;

— Aufgliederung der monopolistischen Produktions- und Wirtschaftsstrukturen und Schaffung eines Marktes mit Konkurrenzbedingungen;

— Vervollkommnung des Privatisierungsverfahrens, das breiten Schichten der Bevölkerung, ausländischen juristischer und natürlichen Personen, die Teilnahme an der Entstaatlichung ermöglicht;

— Leistung größtmöglicher Unterstützung an die entstaatlichten Betriebe in der Periode nach der Privatisierung;

— Schaffung eines vollwertigen Wertpapier- und Immobilienmarktes.

Die Hauptrichtungen zur Entwicklung und Vertiefung des Privatisierungsprozesses bestehen in Übereinstimmung mit der Zielsetzung in folgendem.

**Erstens**, muß die Überführung der staatlichen Betriebe in andere Eigentumsformen auf der Grundlage eines speziell ausgearbeiteten Privatisierungsprogramms für die einzelnen Zweige und Regionen weiter fortgesetzt werden.

In der Republik wurden für die Durchführung der Privatisierung von rund zwei Tausend Objekten im Jahre 1995 Programme ausgearbeitet und realisiert, wobei es sich bei rund der Hälfte um Zweigprogramme handelte, weiterhin um örtlichen Programme für die Industrie, das Bauwesen, das Verkehrswesen und das Nachrichtenwesen, den Agrar- und Industriekomplex, die soziale Sphäre und andere Tätigkeitsbereiche.

In der zweiten Etappe erfolgt der Prozeß der Entstaatlichung und Privatisierung in den tragenden Industriezweigen: im Brennstoff- und Energiekomplex, im Bergbau, im Maschinenbau und im Baumwollverarbeitungskomplex. Innerhalb des Systems der Kooperation „Usbekneftjegas“ ist für 1995 die Entstaatlichung von 11 Objekten, innerhalb des Ministeriums für Energetik von 17, in der Assoziation „Usmaschprom“ von 22 Objekten vorgesehen. Im Großmaßstab soll die Privatisierung in anderen Wirtschaftszweigen durchgeführt werden.

Der Entstaatlichungs- und Privatisierungsprozeß der Verkehrsbetriebe, einschließlich der Autobus- und Taxiunternehmen, wird mit dem Verkauf der Verkehrsmittel in Privathand fortgesetzt.

Große Aufmerksamkeit wird der Privatisierung der Touristenkomplexe in Bucharra, Samarkand, Chiwa und Taschkent durch Verkauf über Tender, ihre Umgestaltung in Aktiengesellschaften, die Schaffung von Betrieben unter Teilnahme ausländischer Partner geschenkt.

Zweitens, erfolgt die Verlagerung des Schwerpunkts der gesamten Privatisierungstätigkeit von der Zweigebene und der Republikebene auf die territoriale Ebene. Der Status der territorialen Organe muß angehoben, ihre Befugnisse müssen erweitert und ihre Verantwortlichkeit für die Verwirklic-

hung des staatlichen Programms zur Entstaatlichung und Privatisierung erhöht werden.

**Drittens**, muß die Überführung der Groß- und Mittelbetriebe durch Ausgabe von Aktien in Privateigentum und die Schaffung von offenen Aktiengesellschaften auf ihrer Grundlage zur Haupttrichtung der Privatisierung werden. Daneben sollen die früher gegründeten geschlossenen Aktiengesellschaften in offene umgewandelt werden.

Der Prozeß der Überführung durch Aktien in Privatbesitz muß für breite Schichten der Bevölkerung der Republik, sowie ausländische natürliche und juristische Personen, offen sein. Jeder, der gewillt ist, einen Teil seiner Mittel in Aktien von Großbetrieben anzulegen, muß die Möglichkeit dazu haben. Dazu ist es notwendig, offene Wertpapierauktionen zu veranstalten, die Tätigkeit der Wertpapierbörse zu erweitern, die Infrastruktur des Wertpapiermarktes durch Gründung von Investmentgesellschaften, durch ein Clearing- und Vertreternetz zu schaffen.

Der Prozeß der Überführung eines Betriebs durch Aktien in Privatbesitz muß offen und öffentlich erfolgen. Unter der Bevölkerung müssen die Bedingungen der Aktienausschreibung und die Verfahren der Dividendenauszahlung für diese Aktien ausführlicher erläutert werden.

**Viertens**, hängt der Erfolg der Privatisierung in hohem Maße davon ab, wie sie auf dem Lande durchgeführt wird. Eine wichtige Aufgabe besteht heute darin, die Voraussetzungen für eine normale Organisation der Dechkanenwirtschaften und ihre stabile Tätigkeit zu schaffen. Zu diesem Zweck muß ein staatliches Investitionsprogramm zur Entwicklung der Dechkanenwirtschaften ausgearbeitet werden, das die Teilnahme ausländischer Investoren an der landwirtschaftlichen Produktion und die Übergabe des Bodens zur lebenslänglichen Nutzung an die Dechkanen vorsieht.

Notwendig ist es, den Verkauf von Grundstücken, auf denen sich zu privatisierende oder bereits privatisierte Handels- oder Dienstleistungseinrichtungen befinden, zu verstärken und Grundstücke für die Errichtung von Büros, Wohnungen, Kleinbetrieben, Geschäften und Dienstleistungseinrichtungen zu verkaufen. Häufiger müssen Auktionen und Ausschreibungen zur Übergabe landwirtschaftlicher Flächen in die unbegrenzte Nutzung mit dem Recht, den Boden zu vererben, durchgeführt werden.

In der Vergangenheit ist es uns nicht gelungen, den Verkauf von Grundstücken im Großmaßstab zu organisieren. Die Praxis entwickelter Länder zeigt, daß ohne Grundstücksmarkt keine Marktwirtschaft möglich ist. Wer wird ein für eine längere Nutzung bestimmtes Haus, ein Geschäft, einen Kleinbetrieb auf einem Grundstück errichten, das ihm nicht gehört. Wenn wir den Menschen keinen Boden geben, können wir ihnen keinen Glauben an die Zukunft einflößen, daran, daß ihre Kinder und Kindeskinde einmal die Früchte ihrer Mühen genießen können.

Besondere Aufmerksamkeit muß in der zweiten Etappe der weiteren Vervollkommnung des Privatisierungsverfahrens selbst geschenkt werden. Es ist notwendig, ein Verfahren zur Privatisierung im Großmaßstab auszuarbeiten und einzuführen, das eine Vergrößerung des an der Privatisierung teilnehmenden Anteils der Bevölkerung gewährleistet, und diesem Teil den breiten Zugang zum Wertpapiermarkt zu eröffnen. Frei verkäuflich sein müssen die Hälfte der Aktien aller zu privatisierenden Betriebe. Ausgearbeitet werden muß ein Privatisierungsverfahren, das Anreize für die Heranziehung direkter ausländischer Investitionen und Technologien bietet. Dafür muß die Gepflogenheit, Tender und Auktionen, spezielle Investitionsauktionen, verschiedenartige Ausschreibungen zu

veranstalten, weiter ausgebaut und das Durchführungsverfahren selbst, vervollkommen werden. Ausschreibungen und Auktionen sollen in der zweiten Etappen zur vorrangigen Methode der Entstaatlichung und Priatisierung werden.

Eine weitere Entwicklung verlangt die Tätigkeit der Wertpapier- und der Immobilienbörse. Die Beschleunigung des Tempos der Entstaatlichung, der Schaffung von offenen Aktiengesellschaften, bietet ihnen neue Entwicklungsaussichten. Neben der Fortsetzung der Ausbildung von primären Immobilien- und Wertpapiermärkten muß das Schwergewicht auf die Schaffung und Entwicklung von sekundären Märkten verlagert werden. Gerade die sekundären Märkte sollen zu einer rapiden Verringerung des sich in Staatsbesitz befindlichen Anteils an Aktien und des Aktienteils, zur Liquidierung unrentabler und bankrotter Betriebe, zur natürlichen Bewegung und zum Umlauf der Wertpapiere, zur Erhöhung ihrer Liquidität beitragen.

Besondere Aufmerksamkeit ist in der zweiten Etappe der Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für eine produktive Tätigkeit der privatisierten Betriebe und der aktiven Unterstützung des Unternehmertums zu schenken. Die aus der Entstaatlichung und Privatisierung erhaltenen Mittel sollen in erster Linie für die Unterstützung der Betriebe in der Periode nach der Privatisierung aufgewandt werden. Außerdem ist es sinnvoll, diese Mittel für die wichtigsten Investitionsvorhaben, für die Entwicklung der wissenschaftsintensiven Zweige und die Umprofilierung der privatisierten Betriebe auf die Herstellung von Erzeugnissen, die der entstehenden Marktsituation entsprechen, einzusetzen.

Die Verwirklichung der geplanten Maßnahmen zur Vertiefung des Privatisierungsprozesses und zur Ausbildung eines Marktes mit Konkurrenzbedingungen erlaubt es uns, einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Ausbildung der Marktwirtschaft zu tun.

## 2.2. DIE ERREICHUNG DER MAKROÖKONOMISCHEN STABILITÄT BILDET DIE VORRANGIGE AUFGABE DER GEGENWÄRTIGEN STRATEGIE DER WIRTSCHAFTSREFORMEN

In der neuen Etappe der Wirtschaftsreformen gewinnen die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität, als Hauptvoraussetzung für strukturelle Umgestaltungen, die Belebung der Wirtschaft, ihre nachfolgende dynamische und ausgeglichene Entwicklung, vorrangige Bedeutung. Die Stabilisierung der Wirtschaft, dieser gesetzmäßige und unvermeidliche Prozeß bei der Ausbildung des Marktes, ist in erster Linie auf die Überwindung der Krisenerscheinung gerichtet. Die Effektivität der Stabilisierungsmaßnahmen hängt wesentlich davon ab, wie wir die Begriffe Wirtschaftskrise und Stabilisierung deuten, wie wir sie verstehen und nach welchen Kriterien wir sie einschätzen.

Im Laufe vieler Jahrzehnte hat man uns gelehrt und uns die Dogmen beigebracht, daß es bei uns keine Wirtschaftskrisen gäbe und daß die Krise das Hauptlaster des kapitalistischen Systems sei, daß im Sozialismus Situationen eintreten können, wenn die Produktionsverhältnisse hinter der stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte zurückbleiben, was zu bestimmten Disproportionen führe. Dafür existiert das staatliche Plankomitee und über ihm das ZK, die durch Willensanstrengung und auf administrativem Wege über den Plan, ein System von Direktivbeschlüssen, künstlich die Bilanz zwischen dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und dem Charakter der Produktionsverhältnisse wiederherstellen.

Indessen charakterisierten diese Erscheinungen die Unzulänglichkeit des Systems, die sich darin äußern, daß die Übereinstimmung zwischen dem Stand der

Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen nicht durch ökonomische Gesetze sondern durch künstliche Entscheidungen, über zusätzliche materielle Ausgaben, über zusätzliche Investitionsspritzen zur Schaffung der Illusion von Proportionalität, hergestellt werden müssen.

Im Endeffekt wurde die Steigerung der Produktion auf beliebigem Wege zum Selbstziel und regte dazu an, Erzeugnisse zu produzieren, die niemand brauchte, für die keine Nachfrage bestand, die keinen Absatzmarkt fanden. Der Staat schuf künstlich die Illusion der gesellschaftlichen Nützlichkeit der unter den Bedingungen des sozialistischen Systems hergestellten Erzeugnisse, was zur wirtschaftliche Verantwortungslosigkeit der Hersteller und zur Verausgabung der Produktion selbst führte. Die Wirtschaft begann sich selbst zu vertilgen. Die Folge davon war, daß das Defizit an materiellen und Rohstoffressourcen, deren extensiver Verbrauch zur Erschöpfung und uneffektiven Nutzung der Naturreichtümer führte, das aktuellste Problem darstellte.

**Krisensituation und Krisenerwartung stellen jenes mächtige, warnende Signal, jenen Hebel dar, der dazu zwingt, den vollständigen Zusammenbruch zu verhüten, vorbeugende Maßnahmen zur Veränderung der Produktionsstruktur und der erzeugten Produktion, zur Verringerung der Produktionskosten, zur Verbesserung der Qualität und Erhöhung des Gebrauchswerts der Produktion und zur Steigerung ihrer Konkurrenzfähigkeit zu ergreifen.** Das Bemühen, ein Versinken der Produktion in einer tiefen Krise zu vermeiden, regt den Betrieb dazu an, die neuesten wissenschaftlich-technischen Leistungen, die fortschrittliche Technologie zu finden und in der Praxis anzuwenden. Das alles ist auf die Erreichung einer stabilen Produktion unter den Bedingungen einer harten Konkurrenz

und der Gefahr eines Zusammenbruchs ausgerichtet, was im globalen Maßstab zur Gewährleistung des optimalen Gleichgewichts auf dem Markt zwischen Angebot und Nachfrage führt.

Das, was uns als großer Mangel, als Laster der kapitalistischen Produktionsweise erläutert wurde, verwandelt sich im tatsächlichen Leben in einen mächtigen Anreiz der wirtschaftlichen Entwicklung und der Vervollkommnung der Wirtschaftsbeziehungen.

Bei der Ausarbeitung des Stabilisierungsprogramms ist es wichtig, die Aufmerksamkeit nicht nur auf die Überwindung der Krisenerscheinungen selbst, sondern auf die Verbesserung der Kennwerte zu richten, die ein Barometer der wirtschaftlichen Lage darstellen und gründlicher die inneren Gründe zu untersuchen, die das Land in die Krise geführt haben, rechtzeitig auf das Auftreten von Abweichungen und Disproportionen zu reagieren, aktiv Maßnahmen zur Krisenverhütung durchzuführen.

Die Stabilisationspolitik stellt in erster Linie eine zielgerichtete staatliche Politik zur Aufrechterhaltung des makroökonomischen Gleichgewichts, zur Verhütung eines totalen Abfalls der Produktion und der Massenarbeitslosigkeit dar, die eine lenkbare Inflationsrate und Geldemission und die Erhaltung der Zahlungsbilanz gewährleistet.

Ziel der Stabilisationspolitik bildet die Vermeidung, und bei Notwendigkeit die Berichtigung der Innen- und Außenbilanzlücken, die einen nicht wiedergutzumachenden wirtschaftlichen Niedergang nach sich ziehen können.

In der Weltpraxis haben sich mehrere prinzipiell unterschiedliche Verfahren zur Wirtschaftsstabilisierung herausgebildet, von denen die typischsten folgende sind:

erstens, das monetaristische, das auf der Drosselung der Inflationsrate, der Stabilisierung des Geldumlaufs durch krasse Verringerung der Geldmasse und der gesamten zahlungsfähigen Nachfrage besteht. Ein derartiges Verfahren gewährleistet keine tiefgreifende wirtschaftliche Umgestaltung, im Gegenteil führt es häufig zur Kürzung des Produktionsumfangs, zum Einfrieren der Investitionstätigkeit;

zweitens, das auf der Stimulierung der Entwicklung der Produktion und der Unternehmertätigkeit, der Förderung struktureller Umgestaltungen und der Beseitigung der Disproportionen in der Wirtschaft in Verbindung mit Maßnahmen zur Durchführung einer mäßig strengen Finanz- und Geld- und Kreditpolitik, der Einschränkung einer überflüssigen, nicht durch Waren gedeckter Nachfrage basierende Verfahren.

Unser Verfahren zur Überwindung der tiefen und langwierigen Krise, in der wir uns befinden, besteht darin, dies ohne soziale Erschütterungen und Explosionen zu tun. Das ist nur möglich, wenn man sich auf die Produktion, auf diejenigen stützt, die die materiellen Werte schaffen. Unsere Stütze bilden diejenigen, die Waren erzeugen, die Erde bearbeiten, neue Gebäude, Anlagen und neue Kapazitäten errichten.

In der letzten Zeit macht sich besonders in den GUS-Ländern totale Begeisterung für den Standpunkt breit, daß jene Linie, jener Wendepunkt erreicht sei, an dem man sich für die monetaristischen Verfahren entscheiden muß, dafür, daß in der makroökonomischen Politik in erster Linie strenge Antiinflationsmaßnahmen zu dominieren hätten, daß diese herrschen und ihre Forderungen stellen müßten, und daß auf dieser Grundlage ein Sinken der Inflationsrate bis auf 1—2 Prozent als wichtigstes Resultat zu erreicht werden müsse, da anderenfalls sich Wirtschaft und Gesellschaft an den Rand

des Abgrunds, in die vollständige Degradierung bewegen würden.

Anstatt daß nochmals der Gefahr nachgespürt wird, die die "Schocktherapie" mit sich bringt, und die Überzeugung die Oberhand gewinnt, daß ohne starke Sozialpolitik die Reformen diskreditiert und zum Untergang verurteilt werden und zur sozialen Explosion führen können, verbreitet sich eine andere Welle, die davon ausgeht, daß wir aus politischen Überlegungen heraus zu lange auf einzelne mit der Liberalisierung verbundene Momente zurückgeblieben und so die Grenzlinie erreicht hätten. Es ist wahrscheinlich an der Zeit, sich klar darüber zu werden und gründlich zu durchdenken, daß die zwei- bis dreijährigen Erfahrungen bei der Durchführung der Reformen in den Länder der ehemaligen Union mit ihrer deformierten, hochmonopolisierten und hochspezialisierten Wirtschaft, einem niedrigen Lebensniveau des Hauptteils der Bevölkerung, die Nichtverwendbarkeit des einseitigen monetaristischen Verfahrens bewiesen haben.

Mit Gesprächen über den Übergang zum Markt haben derartige Ideologen der neuen Wirtschaftspolitik die Wirtschaft ihrer Länder bis zum totalen Niedergang geführt, bis zum Naturalaustausch (Massenerscheinungen stellen sogar die Auszahlung der Löhne in Naturalien dar), sie haben den Marktaustausch bis in die Absurdität geführt, und verkünden heute, daß diese Methode in der Lage sei, die Inflation zu drosseln, ein zivilisiertes System zu errichten und eine Belebung der Produktion zu gewährleisten.

Allerdings ist hier ein direkter Widerspruch enthalten. Eine Belebung der Produktion unter einer derartigen, sogenannten makroökonomischen Politik ist ausgeschlossen. Das ist absurd. Man kann die Produktion nicht der Inflation gegenüberstellen.

Zulässig ist nicht der totale Zusammenbruch, sondern nur ein Rückgang der Produktion innerhalb der für die Gewährleistung der strukturellen Veränderungen notwendigen Grenzen. Mit anderen Worten, es wird eine progressive Produktionsstruktur gebraucht, oder noch einfacher gesagt, konkurrenzfähige Erzeugnisse, die den Ansprüchen gerecht werden, die die Käufer an die Waren stellen.

Nur diesen Rückgang der Produktion darf man als eine Erscheinungsform der Übergangsperiode vom zentralisierten Kommando- und Plansystems zur freien Marktwirtschaft betrachten.

Sobald die Marktgesetze zu funktionieren beginnen, sich reale Konkurrenzbedingungen herausbilden und sich die Wege für ein freies Unternehmertum öffnen, wird die Neustrukturierung der sich diesen Gesetzen unterordnenden Produktion erfolgen. Sie wird dort vor sich gehen, wo eine Konkurrenzfähigkeit besteht. Es werden Voraussetzungen geschaffen, die selbst zur ständigen Erneuerung der Produktion zwingen, um konkurrenzfähig zu bleiben.

In der Übergangsperiode wird der Staat bei der Ausarbeitung und Durchführung seiner Wirtschaftspolitik berücksichtigen müssen, daß er verpflichtet ist, allseitig die Entwicklung der vorrangigen Produktionszweige mit großen Entwicklungsperspektiven zu fördern, die wichtigsten Kettenglieder (Erdöl - Erdölabhängigkeit, Energiewirtschaft - Energieabhängigkeit, Getreide - Getreideabhängigkeit, Baumwollverarbeitungsindustrie usw.) aufzufinden und somit eine folgerichtige Politik der strukturellen Umgestaltung durchzuführen.

Wir müssen in jene vorrangigen Richtungen investieren, um nicht nur ihre Entwicklung, sondern auch ihre inneren strukturellen Umgestaltungen, ihre Strukturierung, zu gewährleisten. Falls das nicht geschehen sollte, wird in der

Wirtschaft ein totales Chaos eintreten. Ohne Festlegung der vorrangigen führenden Industriezweige, ohne Förderung ihrer Ausbildung unter den Bedingungen der Marktwirtschaft, geht nicht nur die Wirtschaftsstrategie verloren, sondern wird auch die logische Folgerichtigkeit jener Umgestaltungen nicht mehr gewährleistet, die die Produktion auf eine qualitativ neue Stufe heben sollen. Sobald tatsächliche Marktbedingungen geschaffen sind, werden sie selbst die Produktion stimulieren und als Folge davon steigern.

Folglich war der Monetarismus niemals die einzige leitende und bestimmende Kraft, die den Ausweg aus der Krise gewährleisten konnte. Bei der Ausarbeitung des Stabilisierungsprogramms ist es notwendig, sich nicht auf den starren Monetarismus als solchen zu stützen, sondern eine ausgewogene Monetärpolitik, verbunden mit einer Politik zur Unterstützung der tragenden Zweige und strukturellen Umgestaltungen, zu betreiben. Das Wichtigste dabei besteht darin, gemäß den ermittelten Prioritäten die strategische Generallinie festzulegen und ihr die makroökonomische Politik anzupassen.

Wir haben nicht vor, der makroökonomischen Ausgeglichenheit die Entwicklungsprioritäten zu opfern. Wir sind bemüht, zusammen mit den Reformen die staatliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Ausgehend von dieser Situation bestehen die Hauptkriterien zur Erreichung der wirtschaftlichen Stabilität in folgendem:

— Verhütung des Rückgangs des Produktionsumfangs, wenn er nicht mit strukturellen Veränderungen oder der technischen Neuausrüstung der Betriebe verbunden ist;

— Schaffung günstiger Voraussetzung für den Auftrieb der Produktion in den vorrangigen Zweigen, Förderung der

Stimulierung der Produktionstätigkeit. Ohne Unterstützung der eigentlichen Produktion und ohne Wirtschaftsaufschwung von innen durch Nutzung der inneren Reserven darf man nicht auf eine finanzielle und soziale Stabilität hoffen;

— Gewährleistung eines stabilen Haushalts und einer stabilen Finanzlage der Betriebe innerhalb der möglichen Grenzen;

— Drosselung der Inflationsprozesse. Nur durch effektive Antiinflationsmaßnahmen kann die Stärkung der nationalen Währung, Aktivisierung des Inlandsmarkts durch langfristige Investitionen und Aufrechterhaltung eines stabilen Lebensniveaus der Bevölkerung erreicht werden;

— Nutzung aller vorhandenen Möglichkeiten zur Verbesserung der Zahlungsbilanz und der staatlichen Devisenbilanzreserven und auf ihrer Grundlage die Stärkung der Position Usbekistans in den Außenwirtschaftsbeziehungen und bei der Erhaltung der Stabilität des Wechselkurses des Sum im Verhältnis zu den harten ausländischen Währungen;

— Gewährleistung einer ausgeglichenen starken Sozialpolitik zur Stabilisierung der sozialen Lage, Festigung und Erhaltung des Lebensniveaus der Bevölkerung, soweit dies möglich ist.

In Übereinstimmung damit, muß in der zweiten Reformetappe in erster Linie das Staatshaushaltsdefizits der Republik auf den minimal zulässigen Wert (von 3-4 % des Bruttoinlandsprodukt) gesenkt werden, was eine der wichtigsten und vorrangigsten Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft darstellt. Die Einhaltung der Haushaltsdisziplin bildet einen der entscheidenden Faktoren zur Stabilisierung. Eine Zunahme des Haushaltsdefizits muß immer als Gefahrensignal betrachtet werden.

Die wichtigste Aufgabe der Haushaltspolitik in der zweiten Reformetappe bildet die Gewährleistung eines optimalen

Verhältnisses zwischen der Lösung der Aufgaben zur Stabilisierung der Wirtschaft durch Verringerung des Haushaltsdefizits und der Finanzierung der laufenden sozial wichtigen Ausgaben, die eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit stimulieren. **Versuche, den Haushalt nur durch eine weitere krasse Einschränkung der für den laufenden Bedarf und die Reorganisation der Wirtschaft notwendigen Staatsausgaben auszugleichen, können zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Lage führen und den Reformprozeß in die Länge ziehen.**

In der gegenwärtigen Reformetappe wird die Überwindung des Absinkens der Produktion bei paralleler Durchführung der notwendigen strukturellen Umgestaltungen zur Hauptaufgabe. Die staatlichen Ausgaben und ihre Struktur müssen so organisiert sein, daß sie auf die Erreichung dieser Ziele ausgerichtet sind und außerdem allseitig die vor sich gehenden Prozesse des Übergangs zum Markt fördern.

Bei der Lösung des Problems der Wirtschaftsstabilisierung und der Stärkung der Finanzlage spielt die Vervollkommnung der Steuerpolitik eine wichtige Rolle. In der Übergangsperiode zu den Marktbeziehungen werden die Steuern zum Hauptregler der Wirtschaftspolitik. Als organischer Bestandteil des Reformprozesses selbst, als sein innerer Motor, muß das Steuersystem in höchstem Grade den Zielen des wirtschaftlichen Reformprozesses entsprechen. In erster Linie muß das Steuersystem in vollem Umfang den ihm eigenen Funktionen, der Fiskal-, der Umverteilungs- und der Stimulierungsfunktion entsprechen.

Als Schwerpunktelement der Fiskalpolitik dienen die Steuern dazu, die Höhe des Einnahmeteils des Staatshaushalts so festzusetzen, wie es für die Lösung der wichtigen gesamtstaatlichen und volkswirtschaftlichen Aufgaben notwendig ist.

In Verbindung mit einer zielgerichteten Finanzpolitik verwirklicht das Steuersystem die Umverteilung eines Teils des Bruttosozialprodukts und nimmt auf diese Art und Weise unmittelbar an den strukturellen Umgestaltungen der Wirtschaft, an der Bereitstellung sozialer Garantien für die Bevölkerung teil.

**Die wichtigste Funktion des Steuersystems besteht in ihrer stimulierenden Wirkung auf die Entwicklung der Produktion, die effektive Nutzung der materiellen und Rohstoffressourcen, der Natur- und Finanzressourcen, des Arbeitskräftepotentials und des angesammelten Vermögens.**

In der zweiten Reformetappe, in der die Gewährleistung der wirtschaftlichen Stabilität und der strukturellen Umgestaltungen zu vorrangigen Aufgaben werden, muß das Steuersystem vorwiegend seine stimulierende Funktion erfüllen. Das machte eine grundlegende Reformierung des gesamten bestehenden Steuersystems notwendig.

Das Hauptprinzip, das der Änderung des Steuersystems zugrunde gelegt wurde, stellt eine rapide Senkung der Steuerlasten der Betriebe dar. Hohe Ertragssteuersätze nahmen den Betrieben die Möglichkeit, Mittel für die Entwicklung der eigenen Produktion, die technische Neuausstattung, die Auffüllung der Umlaufmittelfonds aufzuwenden, was sich im Endeffekt auf den Produktionsrückgang auswirkt. Mehr noch, bei längerer Aufrechterhaltung der Steuerlasten entsteht die Gefahr der indirekten Unterstützung einer hohen Inflationsrate. Das ist dadurch bedingt, daß bei einem Produktionsrückgang der Zuwachs der Steuermasse nur als Ergebnis der gesteigerter Inflationseinnahmen der Betriebe möglich ist. Das grenzt bereits an den mit Stagnation der Produktion und Verschärfung der sozialen Probleme verbundenen Zusammenbruch des Finanzsystems.

Der Übergang zur Besteuerung des Einkommens, zur Steuereinzahlung vom Gewinn bei gleichzeitiger Senkung der Steuerlasten, eröffnet Möglichkeiten zur Aktivierung der Produktions- und Unternehmertätigkeit. Die Zunahme der dem Betrieb verbleibenden Profitmasse festigt nicht nur ihre Finanzlage, sondern führt auch zu einer Belebung ihrer Investitionstätigkeit, die die Produktions- und technologische Grundlage der strukturellen Umgestaltungen bilden wird.

Die Vergabe größerer wirtschaftlicher Freiheiten an die Betriebe soll nicht nur zu einer Erhöhung der für die Produktionserweiterung eingesetzten Gesamtprofitmasse führen, sondern gleichzeitig die Möglichkeit schaffen, den Verdienst der Beschäftigten zu steigern. Es bilden sich Wirtschaftsbedingungen aus, die einen Anreiz für die aktive Arbeitstätigkeit darstellen, und jedem Menschen gestatten, seine Möglichkeiten zu entfalten und in Abhängigkeit von seinem Einsatz entsprechend zu verdienen. Unter diesen Bedingungen müssen die Steuern für natürliche Personen einerseits die Beschäftigten dazu anregen, durch ihre Tätigkeit aktiv an der gesellschaftlichen Produktion teilzunehmen, und andererseits dazu beizutragen, daß das Lohnniveau der geleisteten Arbeit entspricht und nicht zu einer unbegründet starken Differenzierung im Einkommen der Werktätigen führt.

Die Senkung der Steuerlasten der Betriebe, die Verringerung der Mehrwertsteuersätze müssen eine Belebung der Produktion auslösen, was von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaftsstabilisierung ist.

Im Rahmen der neuen Steuerpolitik wird verlangt, die Struktur der Steuereinnahmen grundlegend zu verändern, die Rolle der Ressourcensteuern, der Vermögenssteuern zu erhöhen, ein progressive Besteuerung der natürlichen Personen einzuführen.

Leider wurden in unserer Praxis bis vor kurzem die Bodenschatzsteuer, die Bödensteuer, die Wassersteuer und

die Steuern für andere nicht regenerierbare Naturressourcen vollständig ignoriert. Dabei war es den Betrieben gestattet, ohne die Naturnutzungsgesetze und den ökologischen Schutz der Umwelt zu beachten, Raubbau an den nicht regenerierbaren Naturreichtümern zu betreiben und damit uns und unseren Nachkommen zu schädigen.

Um die Fehler der vergangenen Jahre nicht zu wiederholen, müssen wir, da die Wiederherstellung der Naturressourcen von Jahr zu Jahr schwerer wird, pfleglicher mit ihnen umgehen. Wir sind verpflichtet, dazu in breiterem Umfang materielle Hebel einzusetzen, über Steuern alle zu einer größtmöglichen Nutzung der Natur- und Rohstoffressourcen zu zwingen.

Es existiert noch eine Seite dieses Problems. Wenn es gelingt, über Steuern die weitere Erhöhung des Verbrauchs der Rohstoff- und Materialressourcen einzuschränken, so tragen wir damit zur Senkung der Kosten und der Selbstkosten der produzierten Erzeugnisse und zur Stimulierung der fortschrittlichen ökologisch reinen und, was noch wichtiger ist, der abfalllosen Technologie bei. Auf diese Art und Weise verfolgt die Erhöhung der Preise für die Ressourcen mehrere Ziele, sie stimuliert den wissenschaftlichen-technischen und den gesellschaftlichen Fortschritt im weitesten Sinne des Wortes.

Die wichtigste Richtung zur Vervollkommnung des Steuersystem bildet die klare Abgrenzung zwischen den Republiksteuern und den Steuern auf örtlicher Ebene als Quelle für die Ausbildung der entsprechenden Haushalte. **Es ist notwendig, einen großen Teil der Steuern dem Staatshaushalt vor Ort zuzuweisen, die örtlichen Haushalte zu stärken.** Das bietet die Möglichkeit, die Selbständigkeit der Regionen zu erhöhen, ihre Initiative, Interessiertheit und Verantwortlichkeit für den Haushaltsvollzug zu steigern.

Außerdem wird dies einen Anreiz für das Auffinden neuer Einnahmequellen für die örtlichen Haushalte bilden und die Haushaltsdisziplin vor Ort erhöhen.

Auf diese Art und Weise soll die Reform des Steuersystems mächtige Anreize für die Stabilisierung der Wirtschaft, die Aktivierung der Produktions- und Arbeitstätigkeit schaffen und als effektiver Mechanismus für die Realisierung der Hauptprioritäten und Aufgaben der zweiten Reformetappe dienen.

Zur Verstärkung der Ausgeglichenheit des Haushaltstragen neben der Vervollkommnung der Steuerpolitik die Zunahme der Finanzdisziplin der Betriebe, die Normalisierung des Zahlungsumlaufs, die Liquidierung negativer Folgen der Nichtbezahlung, der Außenstände und Kreditverbindlichkeiten wesentlich bei.

Heute bringen viele den Abfall der Produktion mit dem Abreißen der alten Wirtschaftsverbindungen, der Krise der Nichtbezahlung in den gegenseitigen Verrechnungen mit Betrieben in anderen GUS-Ländern, der Errichtung von Zollgrenzen, in Zusammenhang. Das ist eine primitive und vereinfachte Ansicht, die weit von der Wahrheit entfernt ist. Die entstandenen Grenzen haben nur im Zusammenhang mit überhöhten Transporttarifen und der Einführung hoher Zollgebühren eine negative Rolle gespielt.

Ein Irrtum ist es weiterhin anzunehmen, die entstandenen Grenzen seien der Grund für die Nichtbezahlung. Die Kürzung der Lieferungen an Rohstoffen, Zulieferteilen und Erzeugnissen hängt wenig mit dem Abbruch der Wirtschafts- und Kooperationsverbindungen zusammen. Wenn man davon ausgeht, daß der Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen den Hauptgrund für die Misere infolge der neugezogenen Grenzen darstellt, wie soll man dann die Nichtzustellung der Erzeugnisse und die Nichtbezahlung in Rußland selbst erklären, wo diese

**Erscheinungen katastrophale Ausmaße angenommen haben?**

Wo ist der wahre Grund zu suchen? Die Erklärung besteht darin, daß unter dem alten System die Lieferungen der Erzeugnisse von einem Betrieb an den anderen, unabhängig von ihrem Standort, zentralisiert erfolgten und für diesen Zweck Mittel und Fonds bereitgestellt wurden. Dann bestimmte die von allen gebrauchte und das Schicksal jedes Betriebes bestimmende staatliche Materialversorgung Gosstab zentralisiert, beispielsweise welche konkreten Betriebe im Fernen Osten ihre Erzeugnisse an welche konkreten Verbraucher in Moskau liefern sollen und umgekehrt. Dabei spielte überhaupt keine Rolle, daß die Erzeugnisse in bezug auf ihre Qualität und ihren technischen Entwicklungsstand nicht konkurrenzfähig waren.

Ebenso wurden die Erzeugnisse auch unter den Republiken verteilt. Mit anderen Worten bedeutete das, daß unabhängig davon, ob die Erzeugnisse gebraucht wurden oder nicht, ob Nachfrage für sie bestand oder nicht, ob sie den internationalen Anforderungen entsprachen oder nicht, sie zwischen den Lieferanten und den Verbrauchern innerhalb der ganzen Union aufgeteilt wurden. Und der von der staatlichen Materialversorgung bestimmte Verbraucher war verpflichtet, diese Produktion in Empfang zu nehmen, und seinerseits seine Erzeugnisse an andere Betriebe zu liefern.

Die Bezahlung für die gegenseitigen Lieferungen erfolgte ebenso durch das zentralisierte System. Die Banken buchten in gesetzlich vorgeschriebener Weise die Mittel von den Konten der Betriebe ab und bezahlten die Lieferungen. Ende des Jahres wurden die entstandenen Außenstände und Kreditverschuldungen, d.h. die Schulden zwischen Lieferanten und Verbrauchern in der Regel durch sog. zentralisiert vorgenommenen zwischenbehördliche Ausgleichszahlungen

Außerdem wird dies einen Anreiz für das Auffinden neuer Einnahmequellen für die örtlichen Haushalte bilden und die Haushaltsdisziplin vor Ort erhöhen.

Auf diese Art und Weise soll die Reform des Steuersystems mächtige Anreize für die Stabilisierung der Wirtschaft, die Aktivierung der Produktions- und Arbeitstätigkeit schaffen und als effektiver Mechanismus für die Realisierung der Hauptprioritäten und Aufgaben der zweiten Reformetappe dienen.

Zur Verstärkung der Ausgeglichenheit des Haushaltstragen neben der Vervollkommnung der Steuerpolitik die Zunahme der Finanzdisziplin der Betriebe, die Normalisierung des Zahlungsumlaufs, die Liquidierung negativer Folgen der Nichtbezahlung, der Außenstände und Kreditverbindlichkeiten wesentlich bei.

Heute bringen viele den Abfall der Produktion mit dem Abreißen der alten Wirtschaftsverbindungen, der Krise der Nichtbezahlung in den gegenseitigen Verrechnungen mit Betrieben in anderen GUS-Ländern, der Errichtung von Zollgrenzen, in Zusammenhang. Das ist eine primitive und vereinfachte Ansicht, die weit von der Wahrheit entfernt ist. Die entstandenen Grenzen haben nur im Zusammenhang mit überhöhten Transporttarifen und der Einführung hoher Zollgebühren eine negative Rolle gespielt.

Ein Irrtum ist es weiterhin anzunehmen, die entstandenen Grenzen seien der Grund für die Nichtbezahlung. Die Kürzung der Lieferungen an Rohstoffen, Zulieferteilen und Erzeugnissen hängt wenig mit dem Abbruch der Wirtschafts- und Kooperationsverbindungen zusammen. Wenn man davon ausgeht, daß der Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen den Hauptgrund für die Misere infolge der neugezogenen Grenzen darstellt, wie soll man dann die Nichtzustellung der Erzeugnisse und die Nichtbezahlung in Rußland selbst erklären, wo diese

**Erscheinungen katastrophale Ausmaße angenommen haben?**

Wo ist der wahre Grund zu suchen? Die Erklärung besteht darin, daß unter dem alten System die Lieferungen der Erzeugnisse von einem Betrieb an den anderen, unabhängig von ihrem Standort, zentralisiert erfolgten und für diesen Zweck Mittel und Fonds bereitgestellt wurden. Dann bestimmte die von allen gebrauchte und das Schicksal jedes Betriebes bestimmende staatliche Materialversorgung Gosstab zentralisiert, beispielsweise welche konkreten Betriebe im Fernen Osten ihre Erzeugnisse an welche konkreten Verbraucher in Moskau liefern sollen und umgekehrt. Dabei spielte überhaupt keine Rolle, daß die Erzeugnisse in bezug auf ihre Qualität und ihren technischen Entwicklungsstand nicht konkurrenzfähig waren.

Ebenso wurden die Erzeugnisse auch unter den Republiken verteilt. Mit anderen Worten bedeutete das, daß unabhängig davon, ob die Erzeugnisse gebraucht wurden oder nicht, ob Nachfrage für sie bestand oder nicht, ob sie den internationalen Anforderungen entsprachen oder nicht, sie zwischen den Lieferanten und den Verbrauchern innerhalb der ganzen Union aufgeteilt wurden. Und der von der staatlichen Materialversorgung bestimmte Verbraucher war verpflichtet, diese Produktion in Empfang zu nehmen, und seinerseits seine Erzeugnisse an andere Betriebe zu liefern.

Die Bezahlung für die gegenseitigen Lieferungen erfolgte ebenso durch das zentralisierte System. Die Banken buchten in gesetzlich vorgeschriebener Weise die Mittel von den Konten der Betriebe ab und bezahlten die Lieferungen. Ende des Jahres wurden die entstandenen Außenstände und Kreditverschuldungen, d.h. die Schulden zwischen Lieferanten und Verbrauchern in der Regel durch sog. zentralisiert vorgenommenene zwischenbehördliche Ausgleichszahlungen

geregelt. Zentralisiert wurden Kredite für die Begleichung der Kreditschulden und Außenstände bereitgestellt, die speziell für die Bezahlung der gegenseitigen Schulden bestimmt waren.

Im nächsten Jahr begann das Ganze von Neuem und der Kreislauf wiederholte sich. Bei einem derartigen System kannte man Begriffe wie Konkurrenz, eine Ausgewogenheit von Angebot und Nachfrage auf Marktgrundlage überhaupt nicht, mehr noch, es wurden keine Voraussetzungen dafür geschaffen, daß jeder Betrieb die Erzeugnisse produziert, die wirklich gebraucht werden und die konkurrenzfähig sind.

Die Auslandsbeziehungen des sog. Volkswirtschaftskomplexes innerhalb der Union wurden in erster Linie auf Kosten des zentralisierten Devisenfonds und der Aktiva entschieden, die durch den Verkauf von Erdöl, Gas, Holz, Gold, Mineral- und Rohstoffressourcen, Baumwolle und Waffen erhalten wurden. Das alles wurde vom Zentrum entschieden und im Endeffekt bildete sich ein maximal zentralisiertes System heraus, das alles bestimmte und festlegte, wieviel und was im Rahmen des abgeschlossen Systems der Union ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Nachfrage zu erzeugen sei.

Das alles mußte einmal enden, da die Rohstoffressourcen begrenzt sind und die Entwicklung der Wirtschaft unmöglich ist, wenn man nur aus den inneren Ressourcen innerhalb eines geschlossenen System schöpft. Das führte nicht nur zur Stagnation des Wirtschaftslebens, sondern auch zu einer Degradierung des technischen Fortschritts und zur Gleichgültigkeit gegenüber den wissenschaftlich-technischen Leistungen, der fortschrittlichen Technologie, zum Zurückbleiben von den in der Weltwirtschaft vor sich gehenden Prozessen.

In diesem System wurde über alles entschieden: welche Region Rohstoffe liefert, in welcher Region diese Rohstoffe verarbeitet werden und wohin sie geliefert werden. Us-

Usbekistan wurde die Rolle des Hauptlieferanten von Baumwolle, Gas, Gold, Buntmetallen, Metallen der Gruppe der seltenen Erden, Gemüse und Obst zugewiesen. Dazu kommt, das alles zu künstlich niedrig festgesetzten Preisen, ohne Berücksichtigung des Arbeitsaufwands und der Weltkonjunktur für Rohstoffe und Material geliefert wurde.

Mit anderen Worten bedeutet das, daß die Rolle Usbekistans in diesem geschlossenen System streng festgelegt war und wir keine Möglichkeit hatten, aus diesem geschlossenen Kreis auszubrechen. So konnten wir beispielsweise bei Kaprolaktam, das aus usbekischem Gas hergestellt wurde, oder Nitron, das in den Chemiekombinaten in Tschirtschik und Nawoi unter gesundheitsschädigenden und explosionsgefährlichen Bedingungen produziert wurde, keine hohe Veredelung vornehmen und Fertigerzeugnisse produzieren, da derartige Produktionsstätten bereits in Belorußland, Rußland, der Ukraine und in anderen Regionen errichtet waren und wir gemäß der Unionsarbeitsteilung verpflichtet waren, sie mit Rohstoffen zu versorgen.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Prozesse zum Erwerb der Unabhängigkeit in der Staaten der ehemaligen Union mit der allgemeinen Ablehnung des unzumutbaren administrativen zentralisierten Kommandosystems der Umverteilung der Erzeugnisse und dem Übergang zu einer freien Marktwirtschaft verbunden waren. **Im Prinzip schaffen wir heute eine neue, auf den Marktgesetzen basierende Wirtschaft, bei der die Erzeugnisse unter Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage erzeugt werden müssen, wobei von Anfang an berücksichtigt werden muß, daß sie konkurrenzfähig sein und den allgemein üblichen Standards entsprechen müssen. Kein einziger Betrieb, der zu den marktwirtschaftlichen Prinzipien übergeht, kann seine Zukunft ohne Berücksichtigung der Absatzmärkte**

und der dort herrschenden Konkurrenz gestalten. Jeder Betrieb hat nur dann Entwicklungsaussichten, wenn er Kooperationsbeziehungen besitzt und für seine Produktion zumindest dort, von wo die Lieferung der Komplettierungsteile erfolgt, Nachfrage besteht.

Für alle muß zu Norm werden, daß der Hauptteil der Produktion in andere Regionen verkauft werden muß, in erster Linie für frei konvertierbare Währung. Diese Devisen auf den Konten der Betriebe werden dann die finanzielle Grundlage für die Bezahlung aller Ausgaben, für den Erwerb von Ausrüstungen und Komplettierungsteilen, für die technologische Neugestaltung darstellen. Nur eine derartige Grundlage kann eine sichere Basis für die Sicherung einer normalen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil und die Erhöhung des Wohlstands des Betriebes und seines Kollektivs bilden.

Die Betriebsleiter müssen sich ein für allemal klar darüber werden, daß sie nur dann, wenn sie Deviseneinnahmen auf ihr Konto buchen können, in der Lage sind, beliebiger Komplettierungsteile und Materialien, aus jeder beliebigen Region, aus jedem Erdteil, geliefert zu bekommen. Nur solche Perspektiven können uns aus dem Krisenzustand herausführen und eine Zunahme der Produktion garantieren. Dann entfällt die Notwendigkeit für Betriebe, ganze Assoziationen und Korporationen um die Bereitstellung von Rohstoffressourcen, wie Baumwolle und Baumwollereugnisse, Buntmetalle u.a.m., für den Abschluß verschiedener erniedrigender Bartergeschäfte zu betteln. Dann wird keinerlei Notwendigkeit mehr bestehen, sich auf den sogenannten Abbruch der Wirtschaftskontakte, die Nichtabwicklung der Zahlungen und die „Souveränitätsparade“ zu berufen.

Natürlich sind wir uns dessen bewußt, daß man auf alle Fälle die Fragen des Abbaus der künstlichen Grenzen und Barrieren beim Durchlauf der Waren, des Kapitals, der Arbeitskräfte und der Senkung der räuberisch hohen Zollgebühren und Transporttarife entscheiden muß. Man irrt sich jedoch, wenn man glaubt, daß sie den Hauptgrund für den Abfall der Produktion, den Stillstand der Betriebe und die Nichtzahlungen darstellen.

**Der Hauptgrund besteht in der Notwendigkeit struktureller Veränderungen in der Produktion und in der Auflösung der Betriebe, für deren Erzeugnisse kein Bedarf mehr besteht.**

In der gegenwärtigen Reformetappe gewinnt die Stärkung des Kredit- und Banksystems, des Geldumlaufs, die Regelung der Währungsbeziehungen vorrangige Bedeutung.

Die Stabilisierungsprogramme müssen nach einer beachtlichen Kürzung der reinen inneren Kreditgewährung streben. Bankkredite müssen in erster Linie an diejenigen vergeben werden, die in der Lage sind, die Produktion strategisch wichtiger Erzeugnisse und Gebrauchsgüter zu steigern, und die rechtzeitige Rückzahlung der fremden Mittel garantieren können. Gleichzeitig dürfen wir nicht davon abgehen, unbegründete Kreditemissionen und eine Verzettlung der geliehenen Mittel zuzulassen.

**Wir alle müssen die Tatsache begreifen, daß die Gewährung von Krediten an diejenigen, die nicht in der Lage sind, die Produktion von Gebrauchsgütern und anderen lebenswichtigen Erzeugnissen zu steigern, den Inflationsprozeß verstärkt und die Stabilität der nationalen Währung untergräbt. Deshalb muß jeder in Umlauf gebrachte Summe eine entsprechende Warendeckung besitzen.**

Das Hauptziel der Reformen im Bereich der Geld- und Kreditpolitik besteht in der Schaffung der notwendigen

Voraussetzungen für die Überwindung der Krise und die Gesundung der nationalen Wirtschaft durch konsequente Verringerung der Inflation und durch die Schaffung von Voraussetzungen für die Wirtschaftsstabilisierung.

Es ist notwendig, die Inflationsrate streng unter Kontrolle zu halten und die Durchführung effektiver Antiinflationsmaßnahmen zu gewährleisten. Eine wesentliche Senkung des Inflationstempos bildet das Kernstück der Stabilisationspolitik in der gegenwärtigen Etappe. Dabei muß man realistisch bei der Wahl des tragbaren Inflationstempos sein. Die Erreichung eines künstlich geschaffenen niedrigen Inflationstempos unter Einsatz beliebiger Mittel und Methoden, erweist sich nicht immer als richtig, besonders wenn das zum Produktionsabfall führt. **Die künstliche Bremsung der Inflation, ohne Aufdeckung der Gründe, die sie hervorgebracht haben, kann ihre wahren Wurzeln in die Tiefe dringen lassen, was dazu führen kann, daß sie erneut ausbricht und sich vertieft, ohne überwunden zu sein.**

Hier muß festgestellt werden, daß die Sicherung der Kontrolle über die Inflation noch keine Gewähr für die erfolgreiche Durchführung des Stabilisationsprogramms bietet. Die Inflation stellt einen Indikator dar, der auf eine schwere Störung des Gleichgewichts hinweist, deren Beseitigung notwendig ist.

**Die Grundlage jeder Inflation besteht in der Störung der wirtschaftlichen Hauptproportionen.** Der Kampf mit der Inflation besteht deshalb nicht einfach in ihrer Unterdrückung, sondern in der Verwirklichung einer starken Strukturpolitik, die auf die Überwindung der Disproportionen in der Wirtschaft gerichtet ist. Die Erfahrungen einer Reihe ausländischer Staaten im Kampf mit der Inflation weisen nach, daß sie, ausgehend vom untrennbaren Zusammenhang zwischen Inflation und Strukturdeformationen der Wirtschaft, sich nicht auf eine feste Regelung der Umlaufsphäre

und die Beseitigung der überschüssigen gesamten zahlungsfähigen Nachfrage beschränkt haben, sondern bedeutende gezielte Investitionsprogramme ausgearbeitet und verwirklicht haben, mit deren Hilfe die Disproportionen und damit die Inflationsursachen beseitigt wurden.

**Die makroökonomische Stabilisierung bildet für uns kein Selbstziel. Sie ist wichtig als lebensnotwendige Etappe der Schaffung notwendiger Verhältnisse und Vorbedingungen für die Belebung der Wirtschaft und für ihre strukturellen Wandlungen, die Aktivierung der Investitionstätigkeit, die Vergrößerung der Anzahl der Arbeitsplätze, die Steigerung der Produktion konkurrenzfähiger Erzeugnisse und das Wachstum des Realeinkommens der Bevölkerung.**

### **2.3. STÄRKUNG DER NATIONALEN WÄHRUNG, ENTSCHEIDENDES PROBLEM DER NEUEN ETAPPE DER WIRTSCHAFTSREFORMEN**

In der Strategie der Wirtschaftsreformen, die von unserem jungen Staat verwirklicht werden, kommt eine besondere Bedeutung der Lösung des Problems der Einführung und der Sicherung des stabilen Umlaufs einer eigenen Währung zu. **Die Nationalwährung ist unser nationaler Stolz, das Symbol der staatlichen Unabhängigkeit und ein Attribut des souveränen Staates. Sie stellt den gemeinsamen Reichtum und das gemeinsame Gut der Republik dar.**

Die Einführung ab 1. Juli 1994 einer vollwertigen Nationalwährung, des Sums, im Hoheitsgebiet der Republik Usbekistan als einziges Zahlungsmittel stellte einen wahrhaft revolutionären Schritt dar und bedeutete den Beginn einer qualitativ neuen Etappe der Wirtschaftsreformen. Wir bekamen ein effektives Werkzeug für die Verwirklichung der eigenen, von fremden Willen unabhängigen Finanz-, Geld- und

Kreditpolitik und der ganzen Wirtschaftspolitik, die den Interessen des usbekischen Volkes entspricht in die Hand. Auf dieses Ereignis bereiteten wir und lange und sorgfältig vor. Wie die Erfahrungen der ersten Monate des Umlaufs der Nationalwährung gezeigt haben, stellt sie einen wirkungsvollen Stabilisierungsfaktor der Wirtschaft und der Festigung der finanziellen Lage der Betriebe und Wirtschaftszweige und einen Faktor des sozialen Schutzes der Bevölkerung und des Verbrauchermarktes der Republik dar.

Heute besteht die vorrangige Aufgabe darin, unserer Währung zu stärken und ihr Autorität in der Welt zu verschaffen. Sie muß hohen Wert und große Macht besitzen. Die Gewährleistung der Stabilität und der hohen Autorität des Sum ist eine gesamt nationale Aufgabe, von deren Lösung das Wohlergehen und der Wohlstand aller Bürger unserer Republik abhängt. Deshalb besteht die strategische Priorität der zweiten Etappe in der weiteren Stärkung des Sum. Seine innere Konvertierbarkeit und sein freier Umtausch gegen harte Währung müssen erreicht werden. Vom der Umlaufstabilität der nationalen Währung hängt das Wohlergehen jeden von uns, aller Menschen in der Republik und den Betriebe ab.

Die Stabilität der nationalen Währung, ihrer inneren Konvertierbarkeit wird durch eine genügende Menge konkurrenzfähiger Erzeugnisse, durch die notwendigen Reserven gedeckt. Um das zu erreichen, wurden von uns vier zielgerichtete für die Lösung konkreter Aufgaben bestimmte Komplexprogramme ausgearbeitet und realisiert.

Erstens, besitzt die eigene Währung nur dann tatsächliche Stärke und Autorität, wenn sie eine stabile Warendeckung besitzt. Zur Erhöhung der Kaufkraft des Sum muß der Republikmarkt so schnell wie möglich mit Gebrauchsgütern, sowohl aus eigener Produktion als auch durch Importe gesättigt werden.

Die Hauptaufgabe besteht dabei darin, die Produktion eigener Erzeugnisse maximal auszubauen, die dringlichsten Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Zu diesem Zweck werden wir Betrieben, unabhängig von ihrer Eigentumsform, die Waren für das Volk erzeugen, jegliche Hilfe erweisen, ihnen in erster Linie Investitionen, Rohstoffe und Kreditressourcen zuweisen.

Positive Veränderungen in dieser Richtung sind schon spürbar. Von Jahr zu Jahr nimmt die Produktion von Gebrauchtwaren zu. Der Anteil der eigenen Produktion am Gesamtumfang des Verkaufs der Gebrauchtwaren erhöht sich. Gleichzeitig sind wir noch auf den Import einer Reihe lebenswichtiger Nahrungsmittel, solcher wie Getreide, Zucker, Trockenmilch, Lebensmittelalkohol und zahlreicher Industriewaren, besonders langlebiger Gebrauchsgüter, angewiesen. Das muß möglichst schnell geändert werden.

Zu diesem Zweck muß unsere gesamte Industrie auf die Produktion von Konsumgütern hoher Qualität, die den Wünschen unserer anspruchsvollsten Käufer gerecht werden, umgestellt werden. Mit mehr Mut muß an die Organisation neuer Betriebe für die Produktion moderner Gebrauchsgüter, die Schaffung von Voraussetzungen für die Tätigkeit der Kleinbetriebe, die in der Lage sind, schnell auf Änderungen der Nachfrage und die Marktkonjunktur zu reagieren, herangegangen werden.

Unser Volk, dem schwere Prüfungen auferlegt wurden, das auch in dieser komplizierten Übergangsperiode gewillt ist, sein Leben zum Besseren zu wenden und bereit ist, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, hat Anspruch auf vollwertige Nahrung, geschmackvolle Kleidung und menschenwürdige Lebensbedingungen. Wir sind verpflichtet, ihm diese Bedingungen zu schaffen.

Es ist notwendig, daß sowohl unsere Hersteller als auch unsere Verbraucher ihre Psychologie ändern. Wir müssen stolz auf das sein, was wir produzieren, und daß wir Erzeugnisse eigener Produktion kaufen und tragen können. Es muß für unsere nationale Würde schmerzhaft sein, wenn die erzeugte Produktion keinen Käufer findet und die Qualität der Waren zu wünschen übrig läßt. Das ist nicht nur ein Beweis für die gleichgültige Einstellung zur eigenen Arbeit, was für unser arbeitsames Volk nicht typisch ist. Damit berauben wir uns selbst, unser Land, unser Volk. Wir müssen erreichen, daß Erzeugnisse mit der Marke „Hergestellt in Usbekistan“ in allen Teilen der Welt gefragt sind und keiner weiteren Reklame bedürfen.

Aus bekannten Gründen waren wir bis in die letzte Zeit nicht in der Lage, den Bedarf des Marktes aus eigener Produktion vollständig zu sättigen. Auch heute nehmen Importwaren in der Struktur des Warenumlaufs einen relativ hohen Anteil ein und erfreuen sich großer Nachfrage bei der Bevölkerung. Wir müssen auch in Zukunft die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, daß unsere Bevölkerung die Möglichkeit hat, hochwertige Waren aus verschiedenen Ländern der Welt zu kaufen. Allseitig werden wir die Importeure lebenswichtiger, sich erhöhter Nachfrage erfreuender Lebensmittel und Industriewaren unterstützen. Heute sind alle Zollgebühren für den Warenimport abgeschafft. Daneben werden wir die Importstruktur vervollkommen und die Interessen unserer Verbraucher vor dem Eindringen von Waren schlechter Qualität, mit niedrigen Gebrauchseigenschaften, die der Gesundheit schaden und überteuert sind, schützen.

Neben der Importstimulierung sind wir bemüht, die Konkurrenzfähigkeit unserer Produktion zu erhöhen und bei unserer Bevölkerung den Wunsch und das Bemühen zu er-

wecken, Waren aus eigener Produktion zu kaufen. Man kann kein wahrer Patriot seiner Heimat sein und sich vor allem Importierten verneigen.

Zweitens hängt das ausgeglichene Funktionieren der Währung, ihre Stabilität und Konvertierbarkeit vom Vorhandensein genügend großer Devisenreserven ab. Nur dann wird unsere Währung anerkannt und geachtet werden, wenn man sie frei gegen jede beliebige harte Währung umtauschen kann. Das verlangt eine grundlegende Umgestaltung unserer gesamte Außenwirtschaftspolitik.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß eine der Hauptprioritäten der Reformen im Ausbau des Exportpotential, der Umorientierung der Betriebe auf die Produktion von Exportwaren und die Erringung einer stabilen Position auf dem Weltmarkt besteht. Wir haben mehr als einmal hervorgehoben, daß nur die Betriebe, die den Ausbau der Exportproduktion als ihre strategische Linie für die Zukunft gewählt haben, Vorteile bei der Versorgung mit Rohstoffen und der Bereitstellung von Investitionen haben werden. Das ist unsere Generallinie.

**Wir müssen derartige Anreize, derartige Hebel schaffen, daß die Betriebe sich vollständig der Produktion von auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger Erzeugnisse zuwenden.** Sie müssen so schnell wie möglich Erzeugnisse auf den Weltmarkt bringen, die in der Lage sind, jeglicher Konkurrenz standzuhalten, lernen, Devisen zu verdienen und die Republikkasse aufzufüllen. Das ist ihre Mission, ihre heilige Pflicht vor dem Staate, vor dem Kollektiv, vor dem Volke.

Drittens wird die nationale Währung nur dann zu einem wahren Zahlungsmittel, wenn jeder Betrieb und jeder Mensch den verdienten Sum achten lernt. Wir müssen lernen, die nationale Währung zu achten, stolz auf sie zu sein. Die

Währung bildet den Maßstab und die Bewertung der Arbeit jeden Bürgers.

Um das zu erreichen, muß eine konsequente straffe Finanz- und Kreditpolitik durchgeführt werden. Wir müssen unsere Finanzen wirtschaftlich, sparsam und überlegt nutzen, ihre Verzettlung nicht zulassen. Jeder ausgegebene Sum, der in die Volkswirtschaft investiert ist, muß soliden Gewinn bringen, muß für das Morgen und die Zukunft der Republik arbeiten.

**Betriebe und Unternehmer müssen klar begreifen, daß die Mittel, die sie in Form von Krediten vom Staat erhalten, kein unentgeltliches Geschenk darstellen. Ein unumstößliches Gesetz muß die unbedingte Verantwortung für die effektive und zielgerichtete Nutzung der erhaltenen Mittel sein. Kredite müssen einen hohen Grad von rechtzeitiger Rückzahlbarkeit haben. Deshalb müssen auch die Bedingungen der Kreditbereitstellung so sein, daß sich die Betriebe der Verantwortung für ihre Aufnahme bewußt werden und bemüht sind, sie mit maximaler Effektivität für den Ausbau der Produktion einzusetzen.**

**Viertens bildet die Durchführung einer starken, ausgewogenen Antiinflationpolitik die wichtigste Voraussetzung für die Stärkung unserer Währung. Eine rapide Senkung der Inflationsrate kann unserer Währung Stabilität verleihen. Das bildet das Unterpfand der Stärke und Gesundheit unserer Währung.**

Nur dann gewinnt unsere nationale Währung „Sum“ an Stärke und Autorität, wenn sie für eine lange Dauer ihre hohe Zahlungsfähigkeit bewahrt. Wir haben bereits zu spüren bekommen, über welche Stärke unser „Sum“ verfügt. Die Inflationsrate ist sichtlich gesunken. Diese positive Tendenz muß unterstützt werden. Zur festen Regel muß werden, daß jeder in Umlauf gebrachte Sum verpflichtet ist, sich in Waren,

in Dienstleistung zu verwandeln und für das Wohlergehen der Familie zu arbeiten. Grundlegend muß die Tätigkeit der Handelseinrichtungen verbessert werden. Heute sind sie alle privatisiert. Es muß erreicht werden, daß die Handelsbetriebe untereinander um den Käufer kämpfen, für den Käufer da sind, um seine Bedürfnisse zu befriedigen.

Wir sind nicht befugt und haben kein Recht, eine Erhöhung der Geldmasse-zuzulassen, die nicht durch eine entsprechende Zunahme von Waren und Dienstleistungen gedeckt ist. **Zweifellos führt eine Erhöhung der Geldmasse bei der Bevölkerung bei Fehlen der entsprechenden Warenmenge zu einer Anhebung der Preise, zu einem erneuten Anstieg der Inflationsrate.** Dabei entsteht die Gefahr der Ausbildung eines geschlossenen Teufelskreises, der zur Entstehung der Hyperinflation führt.

Das Defizit an Waren und Dienstleistungen auf dem Inlandsverbrauchermarkt unter den Bedingungen monopolisierter Produktion und Verteilung und freigegebener Preise regt die Erzeugerbetriebe und die Handelsorganisationen zu Preiserhöhungen an. Das führt zur Senkung des Reallohnes, zur Einschränkung der Kaufkraft der Bevölkerung und zur Verringerung des tatsächlichen Verkaufs. Im Interesse des Schutzes der Bevölkerung, der Verhütung einer rapiden Senkung des Lebensniveaus der Menschen, ist der Staat verpflichtet, Maßnahmen zur Indexierung der Einnahmen der Bevölkerung, zur Erhöhung der minimalen und mittleren Löhne und Gehälter, der Renten und Stipendien vorzunehmen. Die kaufkräftige Nachfrage nimmt zu, ohne Steigerung der Produktion von Gebrauchsgütern und Dienstleistungen kann sie jedoch nicht befriedigt werden. Die Folge sind ein Warendefizit und Preissteigerungen, in ständig neuen Kreisen, in immer größeren katastrophalen Maßstäben. Wenn keine konkreten, entschiedenen Maßnahmen zur Ein-

stellung der Jagd auf dieser unheilvollen Spirale erfolgen, so wiederholt sich das Ganze unendlich viele Male. Das zunehmende spiralförmige Wachstum der Geldmasse löst unbedingt eine langwierige Hyperinflation aus, die Folge sind eine unregelbare Wirtschaft, die Degradierung der gesamten Produktion, die Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung und soziale Erschütterungen, was den Zerfall des gesamten Wirtschaftssystems zur Folge hat, für deren Wiederherstellung Jahre und riesige Mittel gebraucht werden.

**Deshalb muß in der gegenwärtigen Etappe, bei ungenügender Warenfüllung des Inlandsmarktes die Zunahme des Konsumtionsfonds in unmittelbare Abhängigkeit von der Steigerung des mengenmäßigen Volumens der Produktion von Erzeugnissen und Dienstleistungen gebracht werden.** Es ist wichtig, die einfache Tatsache zu begreifen, daß die heutige Reformetappe, die das Ziel verfolgt, den Inlandsmarkt so schnell wie möglich, mit Waren und Dienstleistungen zu füllen, die schwere Aufgabe lösen muß, zu verhüten, daß Geld ohne Wert den Geldumlauf auffüllt.

Die Auffüllung des Inlandsmarkts mit Waren bildet die wichtigste Voraussetzung für die Stabilität der nationalen Währung und die Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung. Aus diesem Grunde muß die Kontrolle des Konsumtionsfonds und des Produktionszuwachses gewährleistet werden. Eine Nichtbefolgung kann zur Hyperinflation führen.

Eine vorrangigen Aufgabe besteht darin, keine Zunahme der Bargeld- und Kreditemissionen und der Geldhortung durch die Bevölkerung zuzulassen. Es muß alles getan werden, um den Rückfluß der bereitgestellten Geldmasse zu garantieren, und keine Kredite zu vergeben, wenn der Betrieb keine Produktionserhöhung garantiert.

Die Verwirklichung der vier geplanten Programme muß unbedingt zur Stärkung unserer nationalen Währung, zur

Stabilisierung des Wechselkurses in bezug auf die harten Währungen beitragen.

Unter den Bedingungen der offenen Wirtschaft, wie der Wirtschaft Usbekistans, bildet die Stabilisierung des Wechselkurses der nationalen Währung eine wichtige Maßnahme zur makroökonomischen Stabilisierung. Wenn der Devisenkurs stabil ist, so sind auch die Importpreise stabil, was sich wiederum positiv auf die allgemeine Preisdynamik auf dem Inlandsmarkt auswirkt und einen mächtigen Faktor zur Drosselung der Inflation bildet.

Zur Bestimmung des tatsächlichen Wechselkurses der nationalen Währung in bezug auf die Währungen anderer Länder werden ab 15. Oktober 1994 regelmäßig Devisenauktionen an der Usbekischen Zwischenbanklichen Republikdevisenbörse veranstaltet. Für alle Devisenoperationen wurde ein einheitlicher Wechselkurs festgelegt, der sich in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage ausbildet.

Wichtig ist die Tatsache, daß wir in der Anfangsetappe des Devisenumtausches der Erhöhung des bargeldlosen Devisenumtausches auf der Zwischenbanklichen Devisenbörse den Vorrang einräumten.

Zur Deckung der Nachfrage nach harter Währung werden auf den Devisenauktionen regelmäßig Mittel aus dem zentralisierten Export der Produktion und ein Teil der Deviseneinnahme der Betriebe, die als Pflichtabführungen an die Zentralbank abgeführt werden müssen, sowie freie Devisenmittel der Betriebe selbst zum Verkauf angeboten. Im Laufe des Jahres 1994, seit Beginn der Börsentätigkeit erhöhte sich der Umfang der Auktionen um das 5fache.

Jetzt soll der Umsatz auf der Zwischenbanklichen Devisenbörse Ausmaße annehmen, die es jedem beliebigen Betrieb, jedem Unternehmer und jedem Bürger gestatten, zu jedem beliebigen Zeitpunkt eine beliebige Summe in frei

konvertierbare Währung umzutauschen und umgekehrt. Zu diesem Zweck wurden neben den Maßnahmen zur Erweiterung des Exports unserer Erzeugnisse, ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank über die Bereitstellung von institutionellen und Rehabilitierungskrediten unterzeichnet, die erlauben bereits 1995 den Gesamtumsatz der Usbekischen Republikdevisenbrse auf 1,5 Mrd. US-Dollar zu erhöhen. Ab April 1995 sollen Devisenauktionen nicht seltener als zweimal wöchentlich und in Zukunft noch häufiger veranstaltet werden. Die Politik zur weiteren Vergrößerung der Teilnehmerbestands der Devisenbrse wird fortgesetzt.

Die erfolgreiche Verwirklichung der geplanten Maßnahmen wird sich zweifellos positiv auf die Bilanzierung des Wechselkurses unserer Währung, ihre Stärkung und die Zunahme ihrer Autorität auswirken. Ich möchte noch einmal an die unumstbliche Wahrheit erinnern - eine Wirtschaft ist nur dann stark, wenn die Nationalwährung stark ist.

#### **2.4. DIE VORNAHME TIEFGREIFENDER STRUKTURELLER UMGESTALTUNGEN BILDET DIE HAUPTVORAUSSETZUNG EINES STABILEN WIRTSCHAFTSWACHSTUMS**

In der zweiten Etappe der Wirtschaftsreformen steht die Lösung der wichtigsten Aufgabe bevor, die für die Republik strategische Bedeutung besitzt und in der Schaffung der Basis für die grundlegenden strukturellen Umgestaltungen unserer Wirtschaft besteht. Die Verwirklichung tiefer struktureller Veränderungen bildet eine der Hauptvoraussetzungen für die makroökonomische Stabilität, die Gewährleistung des stabilen Wirtschaftswachstums und des Wohlstands der Bevölkerung Usbekistans in der Integrierung in das Weltwirtschaftssystem.

Es ist gut bekannt, in welcher komplizierten Lage sich die Wirtschaft befand, die wir als Erbe erhielten, sie war hochzentralisiert, besaß eine deformierte Zweigstruktur mit Rohstoffausrichtung, tiefe territoriale Disproportionen und eine größtenteils moralisch und physisch abgenutzte Produktionsbasis. Um die alten Fesseln ganz abzuwerfen und wahre Selbständigkeit und wirtschaftliche Freiheit zu erlangen, sind wir verpflichtet, strukturelle Umgestaltungen vorzunehmen.

Die einseitige Rohstoffausrichtung unserer Wirtschaft soll entschieden überwunden, die Zweigstruktur radikal verändert, die Disproportionen abgeschafft, die bei der Entwicklung und Standortverteilung der Produktivkräfte infolge der sogenannten Unionsspezialisierung gemachten Fehler sollen berichtigt, es soll zur Produktion von Fertigerzeugnissen mit Weltmarktniveau in bezug auf Qualität und Konkurrenzfähigkeit übergegangen werden.

Die Strukturpolitik ist beim Übergang ins XXI. Jahrhundert auf die Schaffung eines prinzipiell neuen Volkswirtschaftskomplexes Usbekistans ausgerichtet, der der Republik wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit und seinem Volke würdige Lebensbedingungen bringen soll.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen nicht nur die Zweig- und die Territorialstruktur unserer Wirtschaft, die Struktur der erzeugten Produktion und die Struktur unseres Exports und Imports, sondern in erster Linie die wichtigsten makroökonomischen und Reproduktionsproportionen grundlegend geregelt werden. Dadurch soll im Endeffekt ein optimales Gleichgewicht der Reproduktionsstrukturen der Wirtschaft erreicht werden, die sowohl den Interessen der Produktion als auch der Bevölkerung entspricht.

Die Zweigstruktur bedarf grundlegender Umgestaltungen. Es ist verständlich, daß es sehr schwer ist, in kurzen Zeiträumen radikale Veränderungen vorzunehmen. Aber

schon heute müssen wir alle Kräfte einsetzen, um unsere Volkswirtschaft auf die Bedürfnisse der Republik und die Ansprüche der Bevölkerung auszurichten. Die ersten Schritte in dieser Hinsicht wurden bereits unternommen. Jetzt muß das Erreichte gefestigt und weiterentwickelt werden.

Besondere Beschlüsse verlangt die Vervollkommnung der Territorialstrukturen. Das Natur-, Ressourcen- und Arbeitskräftepotential der Republik Karakalpakstan und der Oblaste wird bei weitem nicht in vollem Umfang und genügend effizient genutzt. Es gibt bei uns immer noch zahlreiche Siedlungen und Kischlaks mit einer schwach ausgebildeten Produktionsgrundlage und einer rückständigen Infrastruktur.

Unter der Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur ist nicht nur eine Änderung der Erzeugnismenklatur unter Berücksichtigung der Nachfrage, sondern auch eine entsprechende Qualitätssteigerung, eine Senkung der Gesamtausgaben für ihre Herstellung zu verstehen. Folglich muß eine Veränderung der Produktionsstruktur, die der Entwicklung der führenden Zweige vauseilt, unbedingt von einer Auflösung unrentabler Betriebe und einer Neuprofilierung der Betriebe, die keine konkurrenzfähigen Erzeugnisse produzierend, begleitet werden. Dieses Problem ist nicht weniger wichtig, als die Schaffung neuer Betriebe.

Bei der Ausarbeitung der Strukturpolitik in einer neuen Etappe der Wirtschaftsreformen müssen wir uns auf die unendlich reichen uns zur Verfügung stehenden Natur-, Mineral- und Rohstoffressourcen und auf das Arbeitskräftepotential unter Berücksichtigung ihrer möglichst vollständigen und effektiven Nutzung stützen und uns von den festgesetzten Prioritäten und Aufgaben leiten lassen, deren Lösung diese Politik sich als Aufgabe stellt.

Der strukturellen Umgestaltung in der Wirtschaft ist die Lösung folgender wichtiger Aufgaben untergeordnet:

**erstens**, die Erringung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Republik durch Verringerung der Einfuhr wichtiger Rohstoffressourcen, Komplettierungsteile und Lebensmittel aus anderen Ländern durch Entwicklung der die Einfuhr ersetzender Betriebe;

**zweitens**, die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und der Volkswirtschaft insgesamt an lebenswichtigen Erzeugnissen und Konsumgütern durch Organisation ihrer eigenen Produktion;

**drittens**, Gewährleistung eines ausgeglichenen und stabilen Funktionierens der Wirtschaft;

**viertens**, Überwindung der einseitigen Rohstoffausrichtung der Wirtschaft, Organisation der Weiterverarbeitung der Mineral- und Rohstoffressourcen und der Agrarrohstoffe, Hebung des Fertigstellungsgrades und der Konkurrenzfähigkeit der erzeugten Produktion;

**fünftens**, Ausweitung des Exportpotentials der Republik, Erreichung einer positiven Zahlungsbilanz in den Außenwirtschaftsbeziehungen, Stärkung der Gold- und Devisenreserven;

**sechstens**, Gewährleistung einer vernünftigen Beschäftigung des Arbeitskräftepotentials, Schaffung von Bereichen zur Anwendung von Arbeit, die den neuen Technologien, den historischen Traditionen und den Fertigkeiten des Volkes entsprechen;

**siebtens**, Beseitigung der innerhalb der Zweige und Territorien entstandenen Disproportionen, beschleunigte Entwicklung und rationale Standortverteilung der Produktivkräfte im Hoheitsgebiet der Republik.

Für eine effektive Umgestaltung unserer Wirtschaft in Übereinstimmung mit den modernen Marktforderungen müssen wir folgende Fragen klar beantworten:

— welche Wirtschaftsrichtungen, welche Zweige und Betriebe sind heute für uns vorrangig, sodaß wir auf deren Entwicklung alle unsere Anstrengungen konzentrieren und in die wir alle Mittel und Ressourcen akkumulieren müssen;

— für welche Mittel, und aus welchen Quellen Erzeugnisse hergestellt werden können, für die auf dem Inlands- und dem Weltmarkt Nachfrage besteht;

— wie wir die Konkurrenzfähigkeit unserer Erzeugnisse gewährleisten können.

Die Beantwortung dieser Frage eröffnet uns den Zugang zum allgemeinen Fortschritt, zum breiten Einsatz der modernen wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften, der fortschrittlichen Verwaltungsformen und -methoden, zur breiten Integrierung in das Weltwirtschaftssystem und zur Einnahme eines würdigen Platzes innerhalb dieses Systems.

In Übereinstimmung mit den festgelegten Aufgaben bilden in der zweiten Reformetappe die beschleunigte Entwicklung Zweige und Komplexe, die die Energie- und Lebensmittelunabhängigkeit der Republik garantieren, der Ausbau des Potentials der koordinierten Zweige und Betriebe, die in kürzester Frist unsere Fertigerzeugnisse auf der Grundlage der vorhandenen Mineral- und Rohstoffressourcen und Agrarerzeugnisse konkurrenzfähig machen können, die Hauptrichtungen der strukturellen Wirtschaftsumgestaltungen. Gleichzeitig müssen die Betriebe mit den traditionellen Aufgabenbereichen mit moderner Technologie ausgestattet und dynamisch ausgebaut werden.

In der zweiten Reformetappe muß die Reproduktionsstruktur der Volkswirtschaft grundlegend geändert werden. Wir werden niemals das unheilvolle Defizit los, solange wir die Reproduktionsstruktur nicht verändern, solange wir die Produktionskosten nicht senken die Materialintensität nicht verringern und keine Ressourcen einsparen.

In der neuen Reformetappe spielen die Erreichung einer optimalen Ausgeglichenheit zwischen Konsumtions- und Akkumulationsfonds, die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung und das weitere Wachstum eine wichtige Rolle. Die Optimierung des Konsumtionsfonds ist sehr wichtig für die Ausgleichung von Angebot und Nachfrage auf dem Inlandsmarkt, d.h. zur Herstellung richtiger Proportionen zwischen Geldmasse und vorhandener Warendeckung. Deshalb muß der Staat schneller mit dem Mechanismus zur optimalen Regelung der makroökonomischen Reproduktionsproportionen umgehen lernen.

Bei der Durchführung der Strukturpolitik in der zweiten Reformetappe werden vorrangig die Zweigstrukturen umgestaltet, insbesondere diejenigen, die mit der beschleunigten Entwicklung der tragenden Zweige verbunden sind.

Da die Republik in ihrer Entwicklung gezwungen ist, sich vorwiegend auf die eigenen Kräfte zu stützen, verlangt es das Leben selbst, die tragenden Zweige, die Erdöl- und Gasindustrie, die Energetik, die Goldgewinnung, anderer Zweige der Nichteisenmetallurgie, das Kommunikationssystem und die Infrastruktur bevorzugt zu entwickeln.

**Die Entwicklung der tragenden Zweige bildet die Hauptvoraussetzung für die wirtschaftlichen Unabhängigkeit Usbekistans.** Nur wenn es uns gelingt, eine beschleunigte Entwicklung der tragenden Zweige zu gewährleisten und dafür eine Investitionsquelle zu finden, können wir dadurch eine feste Grundlage und günstige Voraussetzungen für eine dynamische Entwicklung der gesamten Wirtschaft schaffen.

Die Republik wird in dem Augenblick unabhängig, in dem sie Energieselbständigkeit erlangt. Bis in die allerletzte Zeit waren wir gezwungen, hauptsächlich aus den GUS-Ländern

— welche Wirtschaftsrichtungen, welche Zweige und Betriebe sind heute für uns vorrangig, sodaß wir auf deren Entwicklung alle unsere Anstrengungen konzentrieren und in die wir alle Mittel und Ressourcen akkumulieren müssen;

— für welche Mittel, und aus welchen Quellen Erzeugnisse hergestellt werden können, für die auf dem Inlands- und dem Weltmarkt Nachfrage besteht;

— wie wir die Konkurrenzfähigkeit unserer Erzeugnisse gewährleisten können.

Die Beantwortung dieser Frage eröffnet uns den Zugang zum allgemeinen Fortschritt, zum breiten Einsatz der modernen wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften, der fortschrittlichen Verwaltungsformen und -methoden, zur breiten Integrierung in das Weltwirtschaftssystem und zur Einnahme eines würdigen Platzes innerhalb dieses Systems.

In Übereinstimmung mit den festgelegten Aufgaben bilden in der zweiten Reformetappe die beschleunigte Entwicklung Zweige und Komplexe, die die Energie- und Lebensmittelunabhängigkeit der Republik garantieren, der Ausbau des Potentials der koordinierten Zweige und Betriebe, die in kürzester Frist unsere Fertigerzeugnisse auf der Grundlage der vorhandenen Mineral- und Rohstoffressourcen und Agrarerzeugnisse konkurrenzfähig machen können, die Hauptrichtungen der strukturellen Wirtschaftsumgestaltungen. Gleichzeitig müssen die Betriebe mit den traditionellen Aufgabenbereichen mit moderner Technologie ausgestattet und dynamisch ausgebaut werden.

In der zweiten Reformetappe muß die Reproduktionsstruktur der Volkswirtschaft grundlegend geändert werden. Wir werden niemals das unheilvolle Defizit los, solange wir die Reproduktionsstruktur nicht verändern, solange wir die Produktionskosten nicht senken die Materialintensität nicht verringern und keine Ressourcen einsparen.

In der neuen Reformetappe spielen die Erreichung einer optimalen Ausgeglichenheit zwischen Konsumtions- und Akkumulationsfonds, die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung und das weitere Wachstum eine wichtige Rolle. Die Optimierung des Konsumtionsfonds ist sehr wichtig für die Ausgleichung von Angebot und Nachfrage auf dem Inlandsmarkt. d.h. zur Herstellung richtiger Proportionen zwischen Geldmasse und vorhandener Warendeckung. Deshalb muß der Staat schneller mit dem Mechanismus zur optimalen Regelung der makroökonomischen Reproduktionsproportionen umgehen lernen.

Bei der Durchführung der Strukturpolitik in der zweiten Reformetappe werden vorrangig die Zweigstrukturen umgestaltet, insbesondere diejenigen, die mit der beschleunigten Entwicklung der tragenden Zweige verbunden sind.

Da die Republik in ihrer Entwicklung gezwungen ist, sich vorwiegend auf die eigenen Kräfte zu stützen, verlangt es das Leben selbst, die tragenden Zweige, die Erdöl- und Gasindustrie, die Energetik, die Goldgewinnung, anderer Zweige der Nichteisenmetallurgie, das Kommunikationssystem und die Infrastruktur bevorzugt zu entwickeln.

**Die Entwicklung der tragenden Zweige bildet die Hauptvoraussetzung für die wirtschaftlichen Unabhängigkeit Usbekistans.** Nur wenn es uns gelingt, eine beschleunigte Entwicklung der tragenden Zweige zu gewährleisten und dafür eine Investitionsquelle zu finden, können wir dadurch eine feste Grundlage und günstige Voraussetzungen für eine dynamische Entwicklung der gesamten Wirtschaft schaffen.

Die Republik wird in dem Augenblick unabhängig, in dem sie Energieselbständigkeit erlangt. Bis in die allerletzte Zeit waren wir gezwungen, hauptsächlich aus den GUS-Ländern

das notwendig Erdöl, Erdölprodukte und Energieressourcen zu importieren.

Jetzt ändert sich die Situation. Der Umfang der Erdölgewinnung und Erdgasförderung wurde gesteigert, die eigene Produktion von Erdölprodukten, Heizöl, Dieseldieselkraftstoff und Schmierölen auf Erdölbasis wurde bedeutend erhöht. Gute Perspektiven haben die neuen Erdöllagerstätten Mingbulak und Kokdumalak, die intensiv erschlossen werden müssen. Die Arbeiten zum Bau des Erdölverarbeitungsbetrieb in Buchara und zur Rekonstruktion des Betriebs in Fergana müssen aktiv vorangetrieben werden. Der Bau der Überlandkraftwerke Nowoangren und Talimard Khan muß abgeschlossen werden, die Kohleförderung erhöht werden. In der Brennstoffbilanz der Republik müssen Erdgas und andere relativ billige Energieressourcen eine dominierende Stellung einnehmen.

Daneben muß eine Politik der Energieeinsparung, der beschleunigten Entwicklung energiesparender Technologien durchgeführt werden, die eine positive strukturelle Umgestaltung der Wirtschaft bei gemäßigter Entwicklung des Brennstoff- und Energiekomplexes erlauben.

Die Strukturpolitik im Hüttenwesen muß eine Steigerung der eine wichtige Devisenquelle darstellenden Buntmetallproduktion und solcher Erzeugnisse, wie Schweißrohr, Messing, Bronze u.a. vorsehen, die heute noch aus den GUS-Ländern eingeführt werden.

Von großer Bedeutung ist die grundlegende Rekonstruktion Bekabader Hüttenkombinats, das Sekundärrohstoffe und zwar Schrott verarbeitet und der einzige Betrieb in Mittelasien ist, der Erzeugnisse des Eisenmetallsortiments und Metallerzeugnisse herstellt.

Die Entwicklung der Chemieindustrie muß in erster Linie auf einer möglichst vollständigen Erschließung der eigenen

Ressourcen bei Gewährleistung einer ökologisch reinen Produktion basieren. Der gesamte chemische Komplex muß grundlegend umgestaltet und technisch rekonstruiert werden.

Unter Berücksichtigung dessen, daß Usbekistan über eigene Erdgasvorkommen mit einem hohen Anteil an Benzolkohlenwasserstoffen und ein entsprechendes Förderpotential verfügt, muß auf dieser Grundlage ein Großkomplex für die Produktion von Polyäthylen und Polypropylen geschaffen werden, die auf dem Inlands- und dem Weltmarkt erhöhte Nachfrage besitzen. Im Interesse der wirtschaftlichen Unabhängigkeit ist weiterhin die Errichtung von Betrieben zur Weiterverarbeitung von Kaprolaktam, Kapron, Garn und Stapelfasern geplant.

Die wichtigste Priorität der Zweigstrukturpolitik stellt die dynamische Entwicklung und die Hebung der Rolle der wissenschaftsintensiven Produktion dar. Eine Orientierung auf die wissenschafts- und technikintensiven Industriezweige gestattet die Lösung der strategischen Aufgabe, die Position Usbekistans auf dem Weltmarkt zu festigen und die wirtschaftliche und technologische Unabhängigkeit der Republik zu erreichen.

Usbekistan besitzt als einziges zentralasiatisches Land ein entwickeltes wissenschaftlich-technisches Potential, eine stabile Experimental- und Produktionsbasis. Es ist unsere Pflicht, sie in den Dienst der Interessen der Republik und des Volkes zu stellen.

Ebenso wie früher muß im Rahmen des Maschinenbaus der auf der Produktion von Maschinen und Geräten für den Baumwollkomplex der Republik basierende Landmaschinenbau die wichtigste Richtung der Branchenspezialisierung darstellen. Wir können uns nicht auf die Einfuhr von Saat-, Bearbeitungs- und Erntetechnik für den Baumwollbau orientieren, da derartige Maschinen in der Welt hauptsächlich

in zwei Ländern produziert werden, in den USA und in Usbekistan.

Im Maschinenbau muß bei Einschränkung der Produktion in den Zweigen mit einer hohen Einfuhrabhängigkeit von Rohstoffen und Komplettierungsteilen, die materielle Basis für die Produktion von Maschinen und Anlagen für die Fertigverarbeitung der örtlichen Rohstoffe, von technologischen Ausrüstungen der Leicht- und Lebensmittelindustrie, von Geräten für die Kleinmechanisierung der neu gegründeten Einzelbauernwirtschaften (Dechkanenwirtschaften) und privaten Nebenwirtschaften, von Landmaschinen- und Kraftwagensersatzteilen und komplizierter Haushaltsgeräten und anderen Konsumgütern geschaffen werden.

Die Zukunft Usbekistans gehört dem Flugzeugbau, der für Usbekistan neuen Kraftfahrzeugindustrie, der Funkelektronik- und Elektroindustrie, der Petrochemie und anderen modernen Zweigen, sowie den Zweigen, die die Produktion von Ausrüstungen für die Leicht- und Lebensmittelindustrie und Geräten für die Kleinmechanisierung auf dem Lande und Konsumgütern gewährleisten. Das ist der Schlüssel für die Erschließung der Außenmärkte.

Die Entwicklung dieser grundlegenden Richtungen der Strukturpolitik, das Bereitstellen der notwendigen Investitionen für ihre Verwirklichung stellen eine wichtige Quelle des weiteren Wirtschaftswachstums dar. Der Staat ist verpflichtet, diese vorrangigen Richtungen zu unterstützen. Ihre Reproduktion in der Republik ermöglicht die Schaffung und Ausweitung einer für die Wirtschaftsentwicklung notwendigen Basisinfrastruktur.

Die wichtigste und vorrangigste Richtung der Strukturpolitik in der zweiten Reformetappe besteht in der Durchführung tiefgreifender fortschrittlicher Umgestaltungen in der Landwirtschaft und im gesamten Agrar- und Industriekom-

plex. Ihr Ziel muß in der endgültigenden Lösung des Lebensmittelproblems, der hohen Veredlung von Agrarerzeugnissen und der Schaffung von kompakten Kleinbetrieben auf dem Lande, der Entwicklung der produktiven und sozialen Infrastruktur Dorfes und der Hebung des Lebensniveaus der Landbevölkerung bestehen.

Die Strukturpolitik der Landwirtschaft wird in erster Linie durch Optimierung der Anbauflächenstruktur in Übereinstimmung mit der regionalen Spezialisierung verwirklicht. Neben Baumwolle muß auch der Getreide- und Kartoffelanbau zu den tragenden Zweigen gerechnet werden. Die Durchführung der Umgestaltung der Landwirtschaft erlaubt es Usbekistan, nicht nur die Produktion der wichtigsten landwirtschaftlichen Kulturen und Lebensmittel schneller zu steigern, sondern auch die Importabhängigkeit der Republik in bezug auf Brot- und Futtergetreide, Margarineerzeugnisse, Speisealkohol und andere wichtige Waren abzuschaffen.

Gestärkt werden muß die eigene Futterproduktionsgrundlage, verringert werden muß die Einfuhr von Futtergetreide, Bohnen, Sojabohnen und anderen Komponenten, was uns erlaubt, zunächst den Umfang der Fleisch- und Milchproduktion zu stabilisieren und im weiteren zu erhöhen.

Die strategisch wichtigste Aufgabe besteht in einer tiefgreifenden technischen Umgestaltung der verarbeitenden Zweige, ihrer Ausrüstung mit moderner Technik und Technologie, der Schaffung eines abgeschlossenen technischen Zyklusses für die Produktion qualitativ hochwertiger konkurrenzfähiger Konsumwaren. Besondere Bedeutung wird der Veredelung der wichtigsten Agrarerzeugnisse, Baumwolle, Seide, Kenaf, Obst und Gemüse, der Traubenproduktion, dem Ausbau der angrenzenden Zweige der Leichtindustrie geschenkt. Der Anteil der in der Republik

verarbeiteten Baumwollfasern wird künftig 28—30 Prozent betragen. Die Produktion von Trockenobst, Korinthen und Trockengemüse soll bedeutend gesteigert werden. Große Aufmerksamkeit ist der Entwicklung der Kindernahrungs- mittelindustrie zu schenken.

Die Schaffung neuer Verarbeitungskapazitäten bietet die Möglichkeit der weitgehenden Ausweitung arbeitsaufwendiger Zweige, Spinnereien, Webereien und Textilveredelungsbetriebe, der Trikotagen-, Textil- und Konfektionsindustrie und der Erweiterung des Sortiments an Fertigerzeugnissen. Wir müssen lernen, nicht mit Rohstoffen, nicht mit billigen Halbfabrikaten, sondern mit modernen, gefragten Fertigerzeugnissen zu handeln.

Eine der außerordentlich wichtigen Richtungen der Landwirtschaftsentwicklung in der zweiten Reformetappe stellt die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit dar. Deshalb muß auf dem Lande in erster Linie in die Rekonstruktion der Böden, die Kultivierung neuer Flächen für den Bewässerungsfeldbau, die Verbesserung des agrochemischen und meliorativen Zustands des Bodens, den Ausbau des Irri gations-, Kollektor- und Drainagenetzes investiert werden. Wenn wir die Bodenfruchtbarkeit erhöhen und hohe Erträge stabilisieren, werden auch die ausländischen Investoren nicht auf sich warten lassen, um auf diesen Böden die landwirtschaftliche Produktion zu intensivieren und Agrarrohstoffe zu verarbeiten.

Bei der Lösung des Problems der Stabilisierung und dynamischen Entwicklung der Wirtschaft in der Übergangsperiode wird der vorrangigen Entwicklung der Produktionsinfrastruktur, dem ingenieurtechnischen Kommunikations-, Verkehrs- und Nachrichtensystem besondere Beachtung geschenkt. Da vom Kommunikationssystem die Rede ist, sei hervorgehoben, daß Fragen der Entwicklung des Verkehrs-

und des Kommunikationsnetzes infolge der Besonderheiten der geographischen Lage Usbekistans, des Fehlens eines Zugangs zu den Häfen und den größten Verkehrsknotenpunkten vorrangige, strategische, lebenswichtige Bedeutung gewinnen.

Der Infrastrukturkomplex bildet das Fundament, auf dem unsere gesamte Wirtschaftsstruktur basiert. Von seinem Zustand und dem Entwicklungsstand des Infrastruktursystems hängen voll und ganz die Geschlossenheit des gesamten Volkswirtschaftskomplexes der Republik, seine Effektivität, sowie die Möglichkeit zur Heranziehung ausländischer Investitionen ab. Gerade die Produktionsinfrastruktur, in erster Linie das gesamte Verkehrs- und Nachrichtenwesen, gewährleisten die Einführung unserer Waren und Dienstleistungen auf dem Auslandsmarkt, beeinflussen ihre Konkurrenzfähigkeit und dienen gleichzeitig als Kanal für den Erhalt der notwendigen Information, der Rohstoffe, Komplettierungsteile, der modernen Technologien und Ausrüstungen.

Deshalb müssen wir die Produktionsinfrastruktur allseitig unterstützen, für ihren Ausbau die notwendigen materiellen, Finanz- und Devisenressourcen bereitstellen, auch wenn diese beschränkt sind, die Heranziehung von ausländischen Investitionen in diese Zweige fördern. In allernächster Zeit müssen wir bereits einen den internationalen Standards entsprechenden Stand der Telekommunikations- und Nachrichtennetze erreichen. Ohne ein entwickeltes Kommunikationssystem hat Usbekistan keine Zukunftsperspektiven. Das müssen wir begreifen.

Die Hauptaufgabe der strukturellen Umgestaltungen besteht in der verstärkten sozialen Orientierung der Wirtschaft mit dem Ziel, den Republikverbrauchermarkt mit Lebensmitteln und Industriewaren eigener Produktion zu sättigen. Die

beschleunigte Entwicklung der arbeitsaufwendigen Zweige und Dienstleistungsbereiche, die Standortverteilung und vorrangige Entwicklung kleiner Betriebe auf dem Lande, die Förderung des Unternehmertums, die Wiedergeburt des Heimgewerbes und des Volkskunsthandwerks ermöglichen nicht nur den Ausgleich der Zunahme des Arbeitskräftepotentials durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern eine beachtliche Ausweitung des Assortiments der produzierten gefragten Ware und Dienstleistungen.

Die Strukturpolitik in der Nichtproduktionssphäre muß der Lösung der Aufgaben zur Festigung der materiellen Basis des Gesundheitswesens, der Volksbildung und Kultur, zur Erhöhung der sozialen Ausgestaltung der Städte, Siedlungen und Kischlaks, und besonders auf dem Lande auch ihrer Gas- und Wasserversorgung, untergeordnet sein.

Für die vollständigere Versorgung der Bevölkerung der Republik mit fertigen Arzneimitteln, muß die Produktion der ungenügend angebotenen Medikamente im Großmaßstab organisiert werden. Das verlangt eine schnellere Entwicklung der Pharmaindustrie. Heute produziert Usbekistan als einziger Staat der GUS zahlreiche seltene Medikamente, Vakzine und Seren, die auf dem Weltmarkt bekannt sind.

Der Auslandstourismus gestaltet sich zu einem immer wichtigeren Wirtschaftszweig der Republik und zu einer wichtigen Quelle zur Auffüllung ihrer Deviseneinnahmen. Deshalb müssen auch weiterhin komfortable Hotels und Campings gebaut werden, eine entwickelte Infrastruktur des Tourismus ausgebildet und der Ausbau der Erholungszone fortgesetzt werden. Besondere Aufmerksamkeit muß der Restaurierung der national-historischen und Kulturdenkmäler geschenkt werden, was nicht nur für die Heranziehung ausländischer Touristen, sondern auch für die Wiedergeburt

der geistigen Werte des Volkes und die Erziehung der jungen Generation bedeutungsvoll ist.

Eine wichtige Rolle bei der Durchführung der Strukturpolitik bildet die Berücksichtigung des territorialen Aspekts, da man nur durch Entwicklung wirtschaftlich schwach entwickelter Regionen, der Produktions- und Sozialinfrastruktur, durch optimale Standortverteilung der Produktivkräfte in diese Regionen, zusätzliche Investitionen heranziehen, die entstandenen territorialen Disproportionen im Lebensniveau der Menschen überwinden und eine komplexe und effektive Nutzung des Ressourcen- und Produktionspotentials gewährleisten kann.

Die Verwirklichung der strukturellen Umgestaltung der Wirtschaft ist untrennbar mit der Durchführung einer aktiven Investitionspolitik verbunden. Der Ausbau und die Vertiefung der Investitionsbasis bildet die wichtigste Voraussetzung der Reformstrategie. Die geplanten Richtungen der strukturellen Wirtschaftsumgestaltung, die Ausweitung des Exportpotentials sind nur unter den Bedingungen einer starken Investitionspolitik zu verwirklichen. Dafür müssen alle Investitionsquellen herangezogen werden, sowohl die eigenen als auch ausländische Kredite und direkte Investitionen.

Die Heranziehung von Auslandsinvestitionen, einschließlich ausländischen Kapitals, in größerem Ausmaß wird heute als notwendige Voraussetzung für die strukturelle Umgestaltung der Volkswirtschaft betrachtet. Die Heranziehung ausländischen Kapitals muß in Form direkter Investitionen sowie in Form staatlicher Anleihen und Investitions-, Finanz- oder Kreditmittel erfolgen, die von internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen, Spenderländern bereitgestellt werden. Besondere Aufmerksamkeit

schenken wir der Heranziehung ausländische Kapitals für spezielle Investitionsvorhaben.

Heute sind viele ausländische Firmen und Gesellschaften an einer Zusammenarbeit mit uns interessiert. Wir müssen lernen, diese Möglichkeiten rationell zu nutzen. Es ist sinnvoll neue Technologien zu importieren, sich schnell rentierende Kleinbetriebe zu errichten. Für die Verwirklichung dieser vorrangigen Aufgaben ist es notwendig, gegenüber den ausländischen Investoren eine Politik der offenen Tür, der weiteren Liberalisierung der Außenwirtschaftstätigkeit, der Vervollkommnung des Verfahrens zur freien Konvertierung des erhaltenen Gewinns, zur Verstärkung der Garantien durchzuführen.

Einer der aussichtsreichen Wege zur Erreichung des Zieles stellt die Gründung von Joint-ventures dar. Ich möchte noch einmal wiederholen, daß Betriebe oder Unternehmer, die keine engen Kontakte zu ausländischen Partnern anknüpfen, keine Zukunft haben.

Für die Lösung der Hauptaufgabe der strukturellen Umgestaltung der Produktion können wir andererseits nicht nur auf ausländische Investitionen bauen, sondern müssen eigene Reserven und Investitionsquellen ausfindig machen und mobilisieren.

Dabei müssen wir unseren ungenutzten Reserven größte Aufmerksamkeit schenken. Ein wesentlicher Teil des erzeugten Bruttosozialprodukts wird aufgebraucht, Problemen der Akkumulation wird ungenügende Aufmerksamkeit geschenkt. Das ist durch die komplizierten gegenwärtigen Bedingungen zu erklären, darf jedoch nicht zur Politik der allernächsten Zukunft werden. Wir müssen uns darüber klar werden, daß wir ohne Akkumulation keine Entwicklungsaussichten haben. Ohne Akkumulation, ohne Entwicklung der Produktion, kommen wir nicht von der Stelle.

Auch in dieser Hinsicht, muß sich die Psychologie, die Einstellung der Betriebe zu dieser Frage grundlegend ändern. Einfach in den Tag hinein leben, ohne an den morgigen Tag zu denken, ohne dafür einen entsprechenden Vorlauf zu haben, bietet keine Perspektiven.

**Ausländische Investitionen sind dann zu erwarten, wenn wir bei uns selbst und für uns selbst die notwendige Akkumulation vornehmen, die als Investitionsquelle für die Entwicklung der führenden, in erster Linie der tragenden Zweige dienen kan.** In der Regel erfolgen ausländische Investitionen nur dort, wo sie sich schnell rentieren. Die ausländischen Investoren sind wenig an der Lösung des uns am Herzen liegenden Problems der strukturellen Umgestaltung, der vorrangigen Entwicklung kapitalintensiver, jedoch keinen großen Gewinn bringenden, aber für die Versorgung der Republik dringend notwendigen Zweige und Betriebe interessiert. Deshalb müssen wir eigene Investitionsquellen für den Ausbau der tragenden Zweige, für die Gewährleistung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit finden.

Aus diesen Gründen wurde die Schaffung eines effektiven Verfahrens zur Stimulierung einer verstärkten Investitionstätigkeit der Betriebe und der Bevölkerung durch Einführung von Steuervergünstigungen für die in der Produktion investierten Mittel und durch andere Maßnahmen, zu einer der Hauptaufgaben des Staates in der zweiten Reformetappe.

Die Verwirklichung einer ganzheitlichen und zielgerichteten Strukturpolitik in der zweiten Reformetappe und ihre Stützung durch notwendige Investitionen, ermöglichen es bereits in nächster Zukunft, grundlegende Veränderungen in der komplexen und rationellen Nutzung der Agrar-, Mineral- und Rohstoffressourcen zu erzielen und in der Republik

lik neben den traditionellen Zweigen neue spezialisierte Zweige, wie Erdölförderung und Erdölverarbeitung, Kraftwagenbau, Elektronik, Gerätebau, Auslandstourismus, Getreidebau und Futtererzeugung und viele andere zu entwickeln.

Die geplanten Entwicklungsrichtungen der Industrie in Verbindung mit der strukturellen Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion und der dynamischen Entwicklung des Kommunikationssystems und des Dienstleistungsbereichs, der sozialen Sphäre insgesamt, schaffen die notwendigen Voraussetzungen für eine ausgeglichene Wirtschaftstätigkeit, für eine nutzbringende Beschäftigung der Bevölkerung und die Hebung seines Wohlstands.

Deshalb besteht die Hauptaufgabe während der ganzen Übergangsperiode in der tiefen strukturellen Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft. Es muß eine Struktur geschaffen werden, die alle unsere Ressourcen berücksichtigt und die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Usbekistans gewährleistet.

## **2.5. UNSER ZIEL BESTEHT IN DER AUSBILDUNG EINES DEMOKRATISCHEN STAATES MIT STARKEN SOZIALEN GARANTIEN**

Die in Usbekistan durchgeführte Wirtschaftspolitik, die sich in den radikalen Wirtschaftsreformen widerspiegelt, dient der Ausbildung einer stabilen materiellen Grundlage für die demokratische Umgestaltung und die Schaffung eines starken souveränen Staates. Wir verfolgen das Ziel, eine demokratische, gerechte, zivile Gesellschaft aufzubauen. Das ist unser sehnlichster Wunsch, unsere Strategie. Darin besteht das Wesen der allgemeinen Ideologie und des allumfassenden Programms der nationalen Wiedergeburt und Entwicklung.

Die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft entspricht voll und ganz den Interessen des multinationalen

Volkes Usbekistans, das mit den in allen Bereichen des öffentlichen Lebens durchgeführten Reformen seinen Traum von Freiheit, Glück und Wohlergehen verbindet. Wir sind verpflichtet, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Wir sind bemüht einen Staat wahrhaft freier Menschen aufzubauen.

Worin besteht das Endziel aller Reformen? Für wenn errichten wir in erster Linie das Gebäude einer erneuerten demokratischen Gesellschaft? Natürlich für unser Volk, für unsere Kinder.

Wir haben wiederholt unterstrichen, daß die Verwirklichung der Reformen, die Durchführung tiefgreifender systembezogener Veränderungen nicht den Selbstzweck darstellt. Wichtig ist, was die Reformen dem Volke bringen. Was sich im Leben der Menschen zum Besseren wendet. Wieviel wohlhabender, reicher und schöner ihr Leben wird. In wie weit der Mensch sich wirklich frei fühlt und wirklicher Herr seiner Arbeit, seines Schicksals und seines Landes wird.

Deshalb steht im Mittelpunkt unserer vielseitigen Tätigkeit zur Reformierung und Erneuerung der Gesellschaft der Mensch, der Bürger des souveränen Usbekistans. Der Sinn der Reformen besteht gerade darin, jedem Bürger die Möglichkeit zu geben, seine Fähigkeiten, sein Talent und seine Persönlichkeit zu entfalten. Alle Umgestaltungen im politischen und wirtschaftlichen Leben sind der Erreichung des höchsten Zieles untergeordnet, das Leben jedes Menschen besser, würdiger und geistig reicher zu gestalten.

Andererseits hängt von konkreten Persönlichkeiten, von konkreten Menschen die gesamte Zielgerichtetheit, die Dynamik und die Effizienz der Reformprozesse ab. Davon, wie sich die Persönlichkeit in allernächster Zukunft entwickeln und welchen geistigen, kulturellen und moralischen Werten sie zugetan sein wird, werden auch der Erfolg unserer Reformen und die Zukunft unseres Landes abhängen.

Deshalb sind wir bemüht, einen Staat zu errichten, der die allgemein anerkannten demokratischen Prinzipien und Normen mit den urwüchsigen moralischen Grundsätzen unseres Volkes harmonisch vereint. Der demokratische Staat, den wir aufbauen, soll die Mentalität unseres Volkes, die durch hohe Geistigkeit und ein ausgeprägtes Gefühl für soziale Gerechtigkeit, das Streben nach Aufgeklärtheit und Gebildetheit gekennzeichnet wird, möglichst vollständig berücksichtigen. Diese Charakterzüge haben sich unter starkem Einfluß der orientalischen Philosophie, der Philosophie des Islams, ausgebildet, für deren Entstehung das usbekische Volk einen nicht hoch genug einzuschätzenden, allgemein anerkannten Beitrag geleistet hat.

Die Erringung der Unabhängigkeit bot die historische Möglichkeit, bei der Ausbildung der eigenen Staatlichkeit sich den Quellen unserer Kultur zuzuwenden, diesem riesengroßen, nach Erkenntnis verlangendem geistigen Erbe, all das Gute, was unsere reiche historische Vergangenheit ausmacht, aufzunehmen und weiterzuentwickeln. Das tiefe und allseitige Studium der Errungenschaften der orientalischen Zivilisation, des kulturellen und geistigen Reichtums vergangener Generationen bietet uns die Möglichkeit, die Kultur, die Lebensweise, die Sitten und Traditionen unseres alten Volkes besser zu begreifen. Wir sind verpflichtet, in die Schatzkammer der nationalen Geistigkeit die Namen und Werke aller großen Vorfahren zurückzubringen, aller Denker, Gelehrten und Schöpfer des Großartigen.

Indem wir die Geistigkeit von den ideologischen Dogmen befreien, eröffnen wir breite Möglichkeiten für die Wiedergeburt des nationalen Selbstbewußtseins, die Ausbildung und Entwicklung der Gedankenfreiheit, der nationalen Ideologie. Die Hauptaufgabe besteht jetzt darin, daß unsere gebildeten, geistig hochstehenden Menschen, den Glauben

an sich selbst und ihre Fähigkeit, ihr Leben zum Besseren zu wenden, stärken.

Wir werden auch in Zukunft der Wiedergeburt, Erhaltung, Stärkung und Entwicklung der geistig-moralischen und kulturellen Leistungen der Nation unsere größte Aufmerksamkeit schenken, was die Garantie für die Vielfalt der kulturellen Urwüchsigkeit des Volkes Usbekistans und der demokratischen Umgestaltungen bildet.

Die Prozesse des staatlichen Aufbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung müssen sich in vollständigem harmonischem Einklang mit der geistigen Vervollkommnung und der hohen Moral befinden. Darauf basiert unsere Politik, die wir konsequent fortsetzen werden. Wo kein Glaube herrscht, gibt es keinen Enthusiasmus, keine schöpferische Tätigkeit. Die demokratischen Umgestaltungen bilden das Ergebnis der mühevollen alltäglichen Arbeit im materiellen und geistigen Bereich. Es muß erreicht werden, daß die Notwendigkeit der demokratischen Umgestaltungen nicht nur von der Bevölkerung verstanden wird, sondern daß sie als der einzig Weg zur Erlangung wahrer Freiheit, Unabhängigkeit und wahren Wohlergehens betrachtet wird.

Wahrer Demokratismus wird durch den Vorrang des Gesetzes, die Breite der gewährten Rechte und Freiheiten, die Stärke der sozialen Garantien charakterisiert. Jeder Staat, und besonders der, der tatsächlich danach strebt, ein demokratischer Staat zu sein, ist verpflichtet, fähig zu sein, die Interessen seines Volkes, die Ehre und Würde seiner Bürger, ihr Leben und ihre Freiheit zu schützen.

Die erfolgreiche Lösung der sozialen Probleme, die Schaffung sicher sozialer Garantien, die Verstärkung der Arbeitsmotivation bilden eine zuverlässige Stütze zur Verwirklichung der Reformen und das Unterpfand für ihre Nichtumkehrbarkeit.

Wir streben nicht nur danach, eine demokratische Gesellschaft schlechthin zu errichten, wir streben nach einer wahrhaft demokratische Gesellschaft. Das Streben nach Gerechtigkeit ist das wichtigste Merkmal der Mentalität unseres Volkes. Die Idee der Gerechtigkeit muß das gesamte System der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen durchdringen und seine Widerspiegelung im Mechanismus der sozialen Unterstützung finden. Ohne Berücksichtigung dieser Tatsache können wir keinen demokratischen, mächtigen Staat aufbauen.

Wir haben kein Recht, eine krasse Aufteilung der Gesellschaft in sehr Reiche und sehr Arme zuzulassen. Notwendig ist es, den Prozeß des Übergangs zu einem Adresssystem der sozialen Hilfe und Unterstützung der bedürftigsten Schichten der Bevölkerung, der Kinder, alleinstehender älterer Leute, Invaliden überzugehen. Deshalb werden auch in der zweiten Reformetappe das System der sozialen Unterstützung und das geltenden Verfahrens zum Sozialschutz der Bevölkerung weiter vervollkommen. Die reelle materielle Hilfe muß tatsächlich die konkrete Familie erreichen, die Hilfe muß unterschiedlich groß und für jene bestimmt sein, die sie in der schweren Übergangsperiode tatsächlich benötigen.

Gegenwärtig sind die Hauptprinzipien und Kanäle zur Erweisung materieller Hilfe durch den Staat für die sozial gefährdeten Schichten der Bevölkerung bereits ausgearbeitet.

Eine wichtige Besonderheit unserer Gesellschaft besteht darin, daß sie auf der Idee des Kollektivismus, der Einheit der Gemeindeinteressen, dem Vorrang der öffentlichen Meinung basiert. Deshalb spielt die Machallja im Demokratisierungssystem der Gesellschaft, bei der Realisierung ihrer Hauptprinzipien, und zwar in erster Linie der Gerechtigkeit, eine wichtige Rolle. Es gibt heute keine andere Struktur, die

die tatsächliche materielle Lage der Familie, ihre geistigen und kulturellen Interessen besser kennt, als die Machallja. Die Machallja stellt den gerechtesten, das Vertrauen des Volkes genießenden Kanal und Mechanismus zur sozialen Unterstützung der Bevölkerung dar. Sie muß eine zuverlässige Stütze und ein effektives Mittel zur Verwirklichung der Reformen in unserer Gesellschaft werden.

Deshalb muß auch in Zukunft die Rolle der Selbstverwaltungsorgane der Bürger bei der Lösung aktueller sozialer Probleme weiter erhöht und durch die notwendigen Mittel gestärkt werden. Der Staat ist verpflichtet, den Selbstverwaltungsorganen der Bürger bei der Lösung dieser wichtigen sozialen Aufgaben jegliche Hilfe und Unterstützung zu erweisen.

Daneben muß die soziale Ausrichtung der Tätigkeit der örtlichen Macht- und Verwaltungsorgane, insbesondere solcher anerkannter, wie die Chokimiate, verstärkt werden. Gerade die Chokimiate sind heute für das reibungslose Funktionieren der Strukturen verantwortlich, die die Bevölkerung mit lebenswichtigen Waren, unterschiedlichen Sozial- und Dienstleistungen versorgen, die Probleme der rationalen Beschäftigung der arbeitsfähigen Bevölkerung regeln.

Deshalb müssen sie die Schaffung kompakter Kleinbetriebe für die Erzeugung von Gebrauchsgütern und Dienstleistungen und den dezentralisierten Einkauf der wichtigsten Konsumgüter allseitig unterstützen und fördern. Ein stabiler, reibungsloser Verkauf der lebenswichtigen Erzeugnisse und die Ausweitung ihres Angebots müssen erreicht werden, es muß angestrebt werden, sie breitesten Kreisen der Bevölkerung zugänglich zu machen. Große Aufmerksamkeit muß der optimalen, für die Menschen günstigen Standortverteilung der Handels- und Dienstleistungseinrichtungen geschenkt werden. Die Bevölkerung muß problemlos

ihre dringlichen, lebenswichtigen Bedürfnisse befriedigen können.

Die Chokimiate müssen ihre Bemühungen auf der Weiterentwicklung und Stärkung der materiellen Basis der sozialen Infrastruktur konzentrieren. Das Angebot unterschiedlicher sozialer Leistung muß durch Privatisierung eines Teils der Objekte des Sozialbereichs, durch den Anreiz zur Schaffung nichtstaatlicher, privater Eigentumsformen für Sozialleistungen, und durch Vervollkommnung der Tätigkeit der sich in Kommunaleigentum befindlichen Sozialeinrichtungen erweitert werden. Reale Konkurrenzbedingungen sollen sich nicht nur in der Produktionssphäre, sondern auch im sozialen Bereich ausbilden. Die Dienstleistungsorganisationen für die Bevölkerung müssen, unabhängig von ihrer Eigentumsform, um ihre Kunden kämpfen und bemüht sein, die Bedienungskultur und die Qualität der Dienstleistungen ständig zu verbessern. Notwendig ist es, daß in allen Tätigkeitsbereichen und in erster Linie in der Sozialsphäre, der Verbraucher, der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Nöten, seine Wünsche dem Erzeuger der materiellen Werte und dem Erbringer der Dienstleistungen diktiert.

Eine vorrangige Aufgabe der Chokimiate besteht weiterhin in der Versorgung der Siedlungen, der Ortschaften und der Kischlaks mit Erdgas und Trinkwasser. In dieser Hinsicht wurde bereits Bedeutendes geleistet, aber es gibt immer noch Kischlaks oder Siedlungsteile ohne elementaren kommunalen Komfort. Diese Mängel müssen in kürzester Frist beseitigt werden. Die Bewohner der Städte und der entfernten Kischlaks müssen gleiche Möglichkeiten bei der Nutzung von elektrischem Strom, Trinkwasser, Erdgas und anderen kommunalen Leistungen haben. Die örtlichen Chokimiate müssen für diesen Zweck die notwendigen Mit-

tel ausfindig machen und zur Lösung dieses Problems alle interessierten Betriebe und Organisationen heranziehen. Mit der Schaffung einer weitverzweigten sozialen und produktiven Infrastruktur können wir das notwendige Kapital zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Organisation neuer Produktionsstätten und folglich für die Lösung eines breiten Komplexes sozialer Probleme, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung heranziehen.

Unsere Aufgabe besteht darin, einen solchen staatlichen und rechtlichen Mechanismus zu schaffen, der allen Menschen gleiche Anfangsbedingungen für die Entfaltung und Anwendung seiner Fähigkeiten und die Befriedigung seiner Bedürfnisse gewähren würde. Jeder ehrlich arbeitende Mensch muß die Möglichkeit haben, seine Familie zu unterhalten und gleiche Recht auf Bildung, auf medizinische Betreuung und Sozialversicherung wahrzunehmen. Die weitergehende Stellung jedes Einzelnen in der Gesellschaft muß durch seine Wünsche und sein Arbeitsvermögen bestimmt werden.

Eine effektive Sozialpolitik besteht nicht nur darin, die Interessen der Menschen in der komplizierten Übergangsperiode zuverlässig zu schützen, sondern in erster Linie in der Schaffung wirksamer Anreize und Motive für die produktive Tätigkeit, der Festlegung garantierter Rechte der Freiheit der wirtschaftlichen Wahl und der Freiheit der Tätigkeit und der Steigerung der beruflichen und sozialen Aktivität der Bevölkerung. Die soziale Stütze bei der Durchführung des Programms des Übergangs zum Markt bildet vor allem die wirtschaftlich aktive Schicht der Gesellschaft, deren Energie, Enthusiasmus und Bereitschaft zu Veränderungen die Durchsetzung neuer Wirtschaftsbedingungen, die möglichst schnelle Überwindung des Produktionsabfalls, die Gesundung und den Aufschwung der Wirtschaft wesentlich fördern können.

Darum werden die Arbeitsmotivation, die Schaffung von Voraussetzungen für die Entfaltung des schöpferischen und beruflichen Potentials jedes Menschen zu den wichtigsten Aufgabe der zweiten Reformetappe. Es ist notwendig, den auf der Verbindung der wirtschaftlichen Freiheit jedes Einzelnen und der wirtschaftlichen Verantwortlichkeit für das eigene Wohlergehen und den Wohlstand der Familie beruhenden Wirtschaftsbeziehungen zum Durchbruch zu verhelfen. Beziehungen, bei denen der Verlaß auf die eigenen schöpferischen Fähigkeiten und Möglichkeiten die einzige stabile Quelle des Wohlstands bildet.

Dabei muß durch die Gesetzgebung und im Alltag jedem Bürger Usbekistans das Recht auf Eigentum und auf vollständige Freiheit der Wahl der Anwendungsform und -sphäre seiner Arbeit gewährleistet werden.

Mit der Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit, mit der Möglichkeit als Unternehmer tätig zu sein und Einkommen zu erhalten, ist die Lösung des Problems der rationalen Beschäftigung der arbeitsfähigen Bevölkerung eng verbunden. In Usbekistan, mit seiner demographischen Struktur, die durch einen hohen Bevölkerungszuwachs gekennzeichnet ist, gehörten Fragen der Arbeitsbeschaffung immer zu den aktuellsten vorrangigsten Problemen.

Die Lösung dieser Frage kann auf folgende Weise erreicht werden:

**erstens** durch Stimulierung der aktiven Entwicklung der privaten Kleinbetriebe mit einer breiten Tätigkeitspalette, die in erster Linie Agrarrohstoffe verarbeiten, Konsumgüter und Baumaterialien aus örtlichen Rohstoffen herstellen, sowie durch Schaffung von Bedingungen für die Ausweitung des individuellen Unternehmertums;

**zweitens** durch beschleunigte Entwicklung des Dienstleistungsbereichs, besonders auf dem Lande, durch eine wes-

entliche Ausweitung der sozialen Leistungen, Dienstleistungen und Bauarbeiten. Der Dienstleistungsbereich stellt eine ungenutzte Reserve dar, die in der Lage ist, eine Vielzahl von Menschen aufzunehmen, und nicht nur die freiwerdenden Werktätigen sondern auch den Zuwachs des Arbeitskräftepotentials mit Arbeitsplätzen zu versorgen;

**drittens** durch wesentliche Verbesserung der Organisation der Weiterbildung und Umschulung der freiwerdenden Arbeitskräfte. Ein weitverzweigtes Netz spezieller Konsultations- und Ausbildungszentren, Businessschulen muß geschaffen werden, die in der Lage sind, kurzzeitig den freiwerdenden Beschäftigten oder Personen ohne Beruf eine neue, den Marktbedingungen und der sich verändernden Wirtschaftsstruktur entsprechende Qualifikation zu vermitteln, und ihnen zu helfen, sich wirtschaftlich und psychologisch den Veränderungen in ihrem Leben anzupassen;

**viertens und letztens** dadurch, daß der Staat der Kategorie der arbeitsfähigen Bevölkerung, für die es zeitweilig keine Arbeitsmöglichkeit gibt, sicheren sozialen Schutz erweist, daß sie über eine zuverlässige Quellen für die Befriedigung ihrer dringlichsten Bedürfnisse verfügen.

Die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit berührt in erster Linie die Interessen der Frauen. Gerade sie haben Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, sind sozial am meisten gefährdet. Wir müssen die Stellung der Frau in der Gesellschaft, in der Familie grundlegend verändern. **Die Einstellung zur Frau muß den Indikator der geistigen und moralischen Reife unserer Gesellschaft darstellen.**

Wir müssen der Organisation der Arbeit und des alltäglichen Lebens unserer Frauen mehr Aufmerksamkeit schenken, für sie Voraussetzungen schaffen, die sie befähigen, die Führung des Haushalts mit aktiver Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion zu verbinden. Frauen müssen ak-

tiver in leitenden Posten eingesetzt werden, ihnen müssen selbständige, verantwortungsvolle Arbeitsbereiche übertragen werden, sie müssen die Möglichkeit erhalten, ihr berufliches und geistiges Potential vollständig zu entfalten.

**Die Autorität der Frau und Mutter muß beachtlich erhöht werden, ihre Arbeit bei der Erziehung einer körperlich gesunden, geistig reifen und moralisch reinen heranwachsenden Generation muß entsprechend gewürdigt werden. Heilige Pflicht des Staates ist, sich um das Wohlergehen von Mutter und Kind zu kümmern. Wir müssen alles tun, damit Mütter und Kinder Usbekistans versorgt, gesund und glücklich sind, daß sie mutig, ohne Furcht, voller Optimismus in die Zukunft blicken.**

Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Vervollkommnung des gesamte Gesundheitswesens. Es muß nicht nur grundlegend geändert, sondern auch materiell und technisch gestärkt, mit modernen Diagnostik und Behandlungsgeräten und hochqualifizierten Kadern ausgestattet werden. In erster Linie müssen die wichtigsten Glieder des Gesundheitswesens, die stark untergliederten Rayonkrankenhäuser und medizinischen Einrichtungen auf dem Lande weiter ausgebaut, technisch ausgestattet, mit Medikamenten und Präparaten versorgt werden, der vorbeugenden Gesundheitspflege unter der Bevölkerung muß mehr Beachtung geschenkt werden.

Auf ein qualitativ neues Niveau muß die gesamte Prophylaxe und Diagnostik, die Impfung der Kinder, der Sanitäts- und Seuchendienst gehoben werden. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um ein für allemal das Eindringen und die Verbreitung von Seuchen im Hoheitsgebiet Usbekistans zu verhüten, müssen lernen, rechtzeitig, im Frühstadium, Krankheiten festzustellen, und sie effektiv unter Einsatz

moderner Medikamente zu behandeln, die Effektivität der Nutzung der Krankenhausbetten erhöhen.

Bei der Einschätzung des Zustand des Gesundheitswesens müssen wir entschieden von quantitativen Werten, der Bettenzahl in Krankenhäusern und der Zahl der Ambulatorien und Polikliniken, der Zahl der Ärzte, abgehen und unser Hauptaugenmerk der qualitativen Seite zuwenden, wir müssen danach streben, die Lebenserwartung zu erhöhen, die Kinder- und Müttersterblichkeit rapide und die Häufigkeit der Infektionskrankheiten, Herz- und Kreislaufferkrankungen und anderer verbreiteter Krankheiten zu senken. Nur eine körperlich starke und gesunde Generation ist in der Lage, die tiefgreifenden, das Wesen unseres großangelegten Programms zur Erneuerung und des Fortschritts darstellenden Umgestaltungen zu verwirklichen. Wir sind verpflichtet, durch Entwicklung verschiedener Formen medizinischer Betreuung, die sowohl auf staatlichem als auch auf Privateigentum basieren, durch die Schaffung eines ausgebauten medizinischen Versicherungssystems, zur allseitigen Stärkung der Gesundheit unseres Volkes beizutragen.

Die Erreichung unseres Zieles, die Errichtung einer neuen demokratischen Gesellschaft, das Schicksal der Reformen hängt davon, über welches intellektuelle Potential wir verfügen, welchen kulturellen und beruflichen Entwicklungsstand unsere Jugend besitzt, welchen Idealen sie anhängt, wie hoch ihr geistiger Reichtum ist. Deshalb bildet die Erhöhung der Allgemeinbildung der Bevölkerung, die Erziehung einer neuen Generation, die in der Lage ist, die Idee der nationalen Wiedergeburt zu verwirklichen, eine der vorrangigen Aufgaben.

Nur eine hochgebildete, kulturell und beruflich qualifizierte Persönlichkeit kann wirtschaftlich frei und eine zuverlässige Stütze der demokratischen und radikalen wirt-

schaftlichen Umgestaltungen sein. Das Verständnis für diese Wahrheit muß die Grundlage des gesamten Entwicklungsprozesses des geistigen und kulturellen Lebens des Volkes, der Erneuerung des gesamten Bildungswesens darstellen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß eine große Zukunft, Blüte und Wohlergehen nur von Ländern und Nationen erreicht werden können, die in der Lage sind, Persönlichkeiten mit guten Kenntnissen, Fachwissen und Energie, wahre Patrioten ihres Landes auszubilden, ihnen das reiche geistige Erbe unserer großen Nationalkultur zu vermitteln und sie an die Kostbarkeiten der Weltwissenschaft und Kultur heranzuführen.

Der Weg zur nationalen Wiedergeburt verläuft über hohe Bildung und Kultur. Aus diesem Grunde müssen Bildungsniveau und berufliche Qualifikation Gradmesser unserer gesellschaftlichen Entwicklung beim Übergang zum XXI. Jahrhundert sein. Das ist die beste Garantie für eine erfolgreiche Verwirklichung des geplanten Reformkurses, das ist die Richtung, die mit der Zeit die höchsten Dividenden für die angelegten Mittel bringt.

Wir sind verpflichtet zu helfen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß unsere jungen Männer und jungen Mädchen alle Kenntnisse erwerben können, die ein gebildeter Mensch braucht, und sich alle kulturellen, moralischen, ethischen und geistigen Werte aneignen, die es ihnen erlauben, sich schnell und schmerzlos an die neuen Bedingungen anzupassen, aktive Teilnehmer der Errichtung eines erneuerten Staates, des Reformprozesses zu werden.

Es ist notwendig, das gesamte Volkssystem entschiedener und schneller umzugestalten. Die modernen Verhältnisse verlangen es, das Volkssystem als einen einheitlichen Komplex mit allen seinen Gliedern zu betrachten, der die Vorschulbildung, den Erwerb einer allge-

meinen und fachlichen Ausbildung, der Berufsausbildung, die geistige und moralische Ausbildung der jungen Menschen zur Persönlichkeit und ihre körperliche Ertüchtigung umfaßt. Nur auf dieser Grundlage kann man eine körperlich und geistig gesunde Generation heranbilden, die in der Lage ist, die edle Angelegenheit der Errichtung einer neuen blühenden Gesellschaft, die heute von ihren Eltern und der älteren Generation begonnen wurde, zu Ende zu führen.

Dazu müssen die allgemeinbildende Schule und das Hoch- und Fachschulsystem wesentlich gefestigt werden, müssen die Lehrprogramme erneuert und durch die Kostbarkeiten der Weltkultur bereichert werden, die Herausgabe von modernen Lehrbüchern und Fachliteratur organisiert werden, die Autorität des Schul- und Hochschullehrers wiederhergestellt und seine Tätigkeit geachtet und hochbezahlt werden.

Besondere Aufmerksamkeit ist der außerschulischen Arbeit mit den Kindern auf Grundlage der Festigung der materiellen Basis und Entwicklung der Sozialstruktur solcher Einrichtungen, wie Bibliotheken, Theatern, Museen, Ausstellungssäle u.a.m., zu schenken, die berufen sind, beim Menschen und in erster Linie bei der heranwachsenden Generation, hohe Kultur und Bildung, Güte und Ehrenhaftigkeit, moralische Reinheit herauszubilden. **Man darf keine vollständige Kommerzialisierung der Kultur, des gesamten Veranstaltungs- und Vergnügungskomplexes zulassen, damit sich bei den Jugendlichen keine primitive, vulgäre Vorstellung von den Marktbeziehungen, von den Werten im Leben, vom Wohlstand und von den Wegen und Verfahren zu ihrer Erreichung herausbilden.**

Die demokratische Gesellschaft ist in erster Linie eine zivile Gesellschaft. Der höchste Sinn der wahren Demokratie besteht in der Harmonisierung der Beziehungen zwischen den Menschen, den Nationen, den staatlichen und gesells-

chaftspolitischen Beziehungen, bei denen Mensch und Gesellschaft, Gesellschaft und Staatsmacht in Frieden und Eintracht leben. Usbekistan war im Verlaufe seiner jahrhundertalten Geschichte und verbleibt einer der einzigartigen Staaten, in denen sich von alters her eine multinationale Zusammensetzung der Bevölkerung ausbildete und dynamisch weiterentwickelte. Alle Bürger der Republik, unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit, bilden das ganzheitliche und einige souveräne Volk Usbekistans.

Wir sind entschiedene Gegner der Vornahme beliebiger Unterscheidungen nach nationalen Kennzeichen. In der Welt existieren keine großen und kleinen Nationen und Völkerschaften. Jede von ihnen ist bedeutend durch die mit nichts zu vergleichenden stabilen jahrhundertalten Traditionen, den Reichtum des historischen Erbes, die Einheit des nationalen Geistes, die Urwüchsigkeit der Kultur. Es ist heilige Pflicht der Usbeken, der nationalen Mehrheit der Bevölkerung der Republik, nicht nur ihre Muttersprache, ihre nationale Kultur und Geschichte wieder auferstehen zu lassen, sondern auch die Verantwortung für das Schicksal der mit ihnen zusammenlebenden kleinerer Völker, für die Erhaltung ihrer kulturellen und geistigen Urwüchsigkeit zu übernehmen und ihnen gleiche Bedingungen und Möglichkeiten für die Selbstentwicklung und Selbstrealisierung zu gewähren.

Ziviler Frieden, Eintracht zwischen den Nationen und Freundschaft, das Streben sie zu bewahren und zu festigen, haben immer unser Volk ausgezeichnet und werden es auch in Zukunft tun, da diese Eigenschaften liebevoll von einer Generation an die andere weitergegeben werden. Usbekistan wird auch in Zukunft ein wahrhaft demokratischer, internationaler Staat mit zuverlässigen sozialen Garantien bleiben.

Usbekistan bewegt sich in Übereinstimmung mit den ausgearbeiteten Prinzipien und Prioritäten konsequent auf seinem eigenen Weg der Erneuerung und des Fortschritts weiter. Die ersten Ergebnisse des Reformprozesses sind bereits in allen Lebensbereichen deutlich zu spüren.

Das staatliche und politische System unseres jungen souveränen Staates hat neue, moderne demokratische Merkmale angenommen. Erstmals wurde auf Mehrparteiengrundlage das höchste staatliche Machtorgane, der Oli Mashlis, gewählt. Im Leben setzen sich die allgemein anerkannten demokratischen Normen - Freiheit der Willensäußerung, Redefreiheit, Gewissens- und Glaubensfreiheit - durch. Ziviler Frieden, Eintracht zwischen den Nationen und soziale Stabilität sind das, was uns von vielen postsozialistischen Ländern unterscheidet, was uns den hochentwickelten, zivilisierten demokratischen Ländern näher bringt und uns den Weg für eine breite Integration in die Weltgemeinschaft öffnet. Die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens findet ihren direkten Ausdruck in der Stärkung und in der Hebung der Rolle der örtlichen Macht- und Verwaltungsorgane, der Oblast-, Stadt- und Rayonchokimiate bei der Lösung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Probleme. Im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit hat sich der Einfluß der Bürgerselbstverwaltungsorgane, der Machallja, wesentlich erhöht. Im Verwaltungssystem wurde den Grundwirtschaftsstrukturen, den Betrieben selbst und ihren freiwilligen Vereinigungen mehr Handlungsfreiheit gewährt. Grundlegend verändert sich die Rolle des Staates und der staatlichen Verwaltungsorgane. Sie konzentrieren ihre Aufmerksamkeit immer stärker auf die Ausübung ihrer Hauptfunktionen und -aufgaben: der

Festlegung der Strategie und Vornahme der Kontrolle ihrer Erfüllung, die Gewährleistung der Verteidigung und Sicherheit des Landes, die Durchführung einer aktiven Außenpolitik, die Herausbildung der Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen, der Produktions- und Wirtschaftstätigkeit.

Im ökonomischen Bereich schuf der Reformprozeß die Grundlagen der neuen Marktbeziehungen, eröffnete der freien Unternehmertätigkeit, Initiative und dem Unternehmertgeist unbegrenzte Möglichkeiten. Die ersten realen Schritte zur Überwindung des Produktionsabfalls und zur Stabilisierung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage wurden unternommen, die in früheren Jahrzehnten zugelassenen Wirtschaftsdeformationen wurden beseitigt.

Im sozialen und geistigen Bereich wurden im Verlaufe der Reformen die sozialen Garantien verstärkt, zuverlässig funktionierte das von uns ausgearbeitete Verfahren zum sozialen Schutze der Bevölkerung, das erlaubte, keine rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen in der komplizierten Übergangsperiode zuzulassen. Die Befreiung von den ideologischen Dogmen gab uns die Möglichkeit, die Geschichte unseres Landes, unseres Volks tiefer zu erfassen, der im Laufe vieler Jahrhunderte geschaffenen geistigen Werte teilhaftig zu werden, die Schönheit und Größe unserer Muttersprache zu begreifen, was die Grundlage für die nationale Selbstwiedergeburt bildete. Die zunehmende Geistigkeit erlaubte eine neue Einschätzung der Werte im Leben, des Sinns und der Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung, des gesamten Reformprozesses und der Erneuerung.

In der Geschichte unseres Volkes hat eine neue Periode begonnen. Wir sind in eine neue Phase unserer Entwicklung eingetreten.

Klar und deutlich sind die Ziele der zweiten Etappe festgelegt, die sich logisch aus dem Erreichten ergeben und auf

die-Vertiefung der Reformprozesse ausgerichtet sind. Wir müssen uns noch weiter und tiefer auf dem Wege der Demokratisierung unserer Gesellschaft, der Errichtung eines demokratischen, gerechten, zivilen Staates mit einer sozial orientierten entwickelten Marktwirtschaft fortbewegen.

Das Ziel der zweiten Etappe besteht darin, die demokratische Ordnung in der Republik weiter zu stärken, die Rolle des Gesetzes und der Rechtsnormen im Organisationssystem des gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaftstätigkeit zu festigen und die Machtfunktionen der einzelnen Glieder des ganzheitlichen staatlichen Verwaltungssystems mit maximaler Ausweitung der Rechte und Befugnisse der örtlichen Macht- und Verwaltungsorgane, der Bürgerselbstverwaltungsgorgane, streng abzugrenzen. Im politischen Leben müssen sich Pluralismus, politische Duldsamkeit und Verantwortlichkeit für das Schicksal unseres Volkes durchsetzen.

Im Verlaufe der Realisierung der Wirtschaftsreformen müssen in der zweiten Etappe wirtschaftliche Stabilität gewährleistet, die nationale Währung gestärkt, die Prozesse zur-Entstaatlichung und Privatisierung vertieft, die Schaffung von privaten Kleinbetrieben vorangetrieben und tatsächliche Konkurrenzbedingungen geschaffen werden. Das alles muß eine zuverlässige Grundlage für die Durchführung tiefgreifender struktureller Umgestaltungen, den Aufschwung der Wirtschaft auf ein qualitativ neues Niveau bilden, was die Gewähr für die Erschließung der Weltmärkte und die beschleunigte Integration in das Weltwirtschaftssystem darstellt.

Der von uns festgelegte und durchgeführte Reformkurs fand breite Unterstützung durch namhafte Wirtschafts- und Finanzorganisationen, die Weltöffentlichkeit, die größten, wirtschaftlich hochentwickelten Ländern, was uns Hoffnung in die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges, an den Erfolg

der Verwirklichung des eigenen Modells des Übergangs zu den Marktbeziehungen einflößt.

Die Verwirklichung der geplanten Aufgaben und Prioritäten der zweiten Etappe der demokratischen und wirtschaftlichen Reformen sind untrennbar mit der Stärkung der sozialen Garantien und der Entwicklung der Geistigkeit und Kultur unseres Volkes verbunden. Eine hohe Geistigkeit bildet das Fundament unumkehrbarer radikaler Umgestaltungen, die Bestätigung der wahren Demokratie und eines zivilisierten Übergangs zur Marktwirtschaft.

Für die erfolgreiche Verwirklichung des vertieften Reformprozesses muß die rechtliche Grundlage verstärkt, müssen neue Gesetze angenommen werden, die mächtige Anreize und Garantien für die grundlegenden Umgestaltungen schaffen, der Volkswirtschaft hochkompetente, über ein entsprechendes Fachwissen verfügende, ihrer Heimat ergebene und sie heiß liebende Kader zugeführt werden.

Der Erfolg der Reformen hängt von jedem von uns, von der ganzen Bevölkerung Usbekistan ab. Wenn wir wollen, daß unser Land frei und reich ist und eine hohe Blüte erreicht, wenn wir wollen, daß unsere Kinder glücklich sind und in Wohlstand leben, so müssen wir all unsere Kräfte für die Verwirklichung der Ziele und Aufgaben der zweiten Reformetappe einsetzen. Ihre Aufgabe besteht in der Schaffung einer stabilen Grundlage für die dynamische Entwicklung unseres Landes und der Stärkung seiner Macht und Autorität in der Weltgemeinschaft. Es ist unsere heilige Pflicht, unsere höchste Verpflichtung, gegenüber kommenden Generationen, dieses Ziele zu erreichen.

## INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Verlags	3
Einführung	7

### *Teil 1*

<b>ERGEBNISSE UND LEHREN DER ERSTEN ETAPPE DER WIRTSCHAFTSREFORMEN</b>	<b>16</b>
1.1. Grundsätze der Gestaltung der Strategie und des Kurses der Wirtschaftsreformen	17
1.2. Schaffung der Rechtsgrundlagen der Wirtschafts- reformen	28
1.3. Privatisierung des Staatseigentums und Bildung der Grundlagen einer Wirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Sektoren	41
1.4. Reformierung der Landwirtschaft, Schaffung eines neuen Typs von Agrarbeziehungen	56
1.5. Institutionelle Umgestaltung und Abschaffung des administrativen Kommandosystems	71
1.6. Preisfreigabe und Ausbildung der Marktinfrastruktur	83
1.7. Liberalisierung der Aussenwirtschaftstätigkeit und Integrierung in die Weltwirtschaftsgemeinschaft	96
1.8. Gewährleistung zuverlässiger sozialer Garantien	111
1.9. Die geistig-moralische Wiedergeburt des Volkes bildet die Grundlage der Wirtschaftsreformen	129
1.10. Die Gewährleistung der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität bildet das Hauptergebnis der ersten Reformetappe	141

### *Teil 2*

<b>AUFGABEN UND PRIORITÄTEN DER ZWEITEN ETAPPE DER WIRTSCHAFTSREFORMEN</b>	<b>157</b>
2.1. Vertiefung der Privatisierungsprozesse und Ausbildung von Konkurrenzbedingungen als Hauptaufgaben der zweiten Etappe der Wirtschaftsreformen	163

- |  |     |
|--|-----|
| 2.2. Die Erreichung der makroökonomischen Stabilität bildet die vorrangige Aufgabe der gegenwärtigen Strategie der Wirtschaftsreformen | 176 |
| 2.3. Stärkung der nationalen Währung, entscheidendes Problem der neuen Etappe der Wirtschaftsreformen                                  | 195 |
| 2.4. Die Vornahme tiefgreifender struktureller Umgestaltungen bildet die Hauptvoraussetzung eines stabilen Wirtschaftswachstums        | 204 |
| 2.5. Unser Ziel besteht in der Ausbildung eines Staates mit starken sozialen Garantien   | 220 |

*Ислам Абдуганиевич Каримов*

**УЗБЕКИСТАН  
ПО ПУТИ УГЛУБЛЕНИЯ  
ЭКОНОМИЧЕСКИХ РЕФОРМ  
на немецком языке**

Переводчик *Д. Баклицкая*  
Ответственная за выпуск *О. Дрыганова*  
Художник *А. Саибназаров*  
Техн. редактор *С. Сабирова*  
Корректор *Л. Джавадова*

Сдано в набор 04.11.95. Подписано в печать 06.11.95.  
Формат 84X108 1/32. Гарнитура "Таймс". Печать офсетная.  
Усл. печ. л. 12,60. Уч. изд. л. 11,5. Тираж 5000. Заказ 693.  
Цена договорная.

Издательство "Узбекистон", 700129, Ташкент, ул. Навои, 30.  
Изд. № 227—95.

Оригинал-макет изготовлен на базе технических и программных средств ОсОО "Ношир".

Отпечатано на арендном предприятии Ташполиграфкомбината Государственного комитета по печати Республики Узбекистан.  
700129, Ташкент, ул. Навои, 30.

